

# Die Unternehmungs- formen

von Prof. Dr.  
K. Viesmann



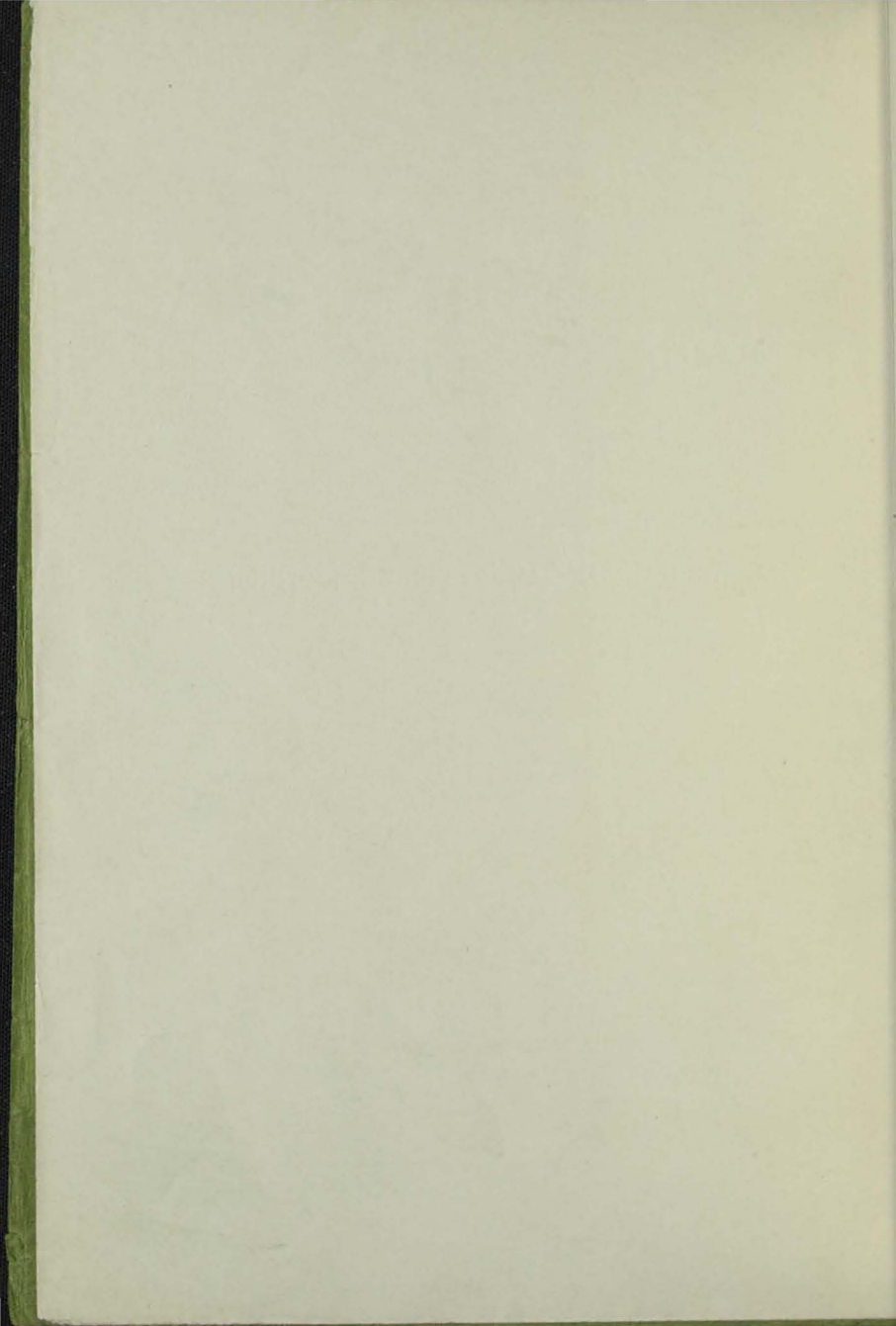
Verlag: Ernst Heinrich Moritz · Stuttgart

*ex libris*  
*P. Jannaccone*

---



Liefmann, Die Unternehmungsformen

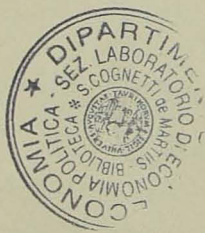


DEP. J. 1158

NAP 0123563

# Die Unternehmungs- formen

von Prof. Dr.  
R. Liefmann



N.ro INVENTARIO

PRE 16 161

Verlag: Ernst Heinrich Moritz · Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

---

Copyright 1912 by  
Ernst Heinrich Moritz in Stuttgart

Stuttgarter Sechsmaschinen-Druckerei Holzinger & Co.

## Vorwort.

Die vorliegende Schrift ist aus Vorträgen entstanden, die ich zuerst in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Berlin gehalten habe. Sie mußten dann freilich für die Zwecke der Veröffentlichung erweitert und systematischer gestaltet werden. Die Arbeit ist als Einführung in die Probleme der modernen Unternehmung für weitere Kreise bestimmt und bietet gleichzeitig die Einleitung, Vorstufe oder Ergänzung zu der im gleichen Verlage erschienenen Schrift Kartelle und Trusts. Sie enthält natürlich im wesentlichen allen Nationalökonomien bekannte Dinge. Immerhin glaube ich, das Wesen der Unternehmung selbst sowie der Genossenschaften etwas schärfer systematisch erfaßt zu haben, als in der bisherigen Literatur üblich war, und in der Beurteilung der Aktiengesellschaften, der Genossenschaften und der öffentlichen Unternehmungen wird man einige neue Gesichtspunkte finden.

Freiburg i. B., im Mai 1912.

Robert Liefmann.



# Inhaltsübersicht.

## Kap. I. Von der Hauswirtschaft zur Unternehmung.

1. Das Wesen der Unternehmung . . . . . 1—8  
Konsumenten- und Marktproduktion. Das Kapitalrisiko in der Unternehmung. Lohnwerk, Verlagsystem, Fabrik.
2. Große und kleine Betriebe und Unternehmungen . . . . . 8—18  
a) in der Produktion, b) im Handel. Statistik. Vorzüge und Nachteile des Klein- und Großbetriebes.
3. Die Unternehmung als selbständige Erwerbswirtschaft . . . . . 18—24  
Trennung von der Hauswirtschaft. Bedeutung für die beschäftigten Arbeitskräfte.
4. Einzelunternehmungen u. Gesellschaftsunternehmungen . . . . . 24—32  
Die Handelsgesellschaften. Personal- und Kapitalgesellschaften. Trennung von Unternehmungsbesitz und -leitung.
5. Die Umgestaltung des Tauschverkehrs durch die Unternehmung . . . . . 32—38  
Gewerbefreiheit. Freie Konkurrenz und ihre Mängel. Bedeutung für die Arbeitskräfte.
6. Neuere Entwicklungstendenzen der Unternehmung . . . . . 39—45  
Kartelle, Fusionen, Kombinationen.
- Anmerkungen zu Kapitel I . . . . . 46—53

## Kap. II. Die Gesellschaftsunternehmungen.

1. Die Entwicklung d. Handelsgesellschaften . . . . . 54—61  
Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
2. Das Effektenwesen . . . . . 61—68  
Die Entwicklung und Bedeutung der Mobilisierung des Kapitals. Kuxe, Aktien und Obligationen.

3. Die Organisation der Kapitalgesellschaften	68—75
Die wichtigsten Rechtsnormen der Aktiengesellschaft. Generalversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat.	
4. Volkswirtschaftliche Bedeutung der Kapitalgesellschaften . . . . .	75—85
Zusammenbringung großer Kapitalien und Verteilung ihrer Erträge. Arbeitsloses Einkommen. Macht des Finanzkapitals.	
5. Die Gründung der Kapitalgesellschaften	85—94
Simultan- und Sukzessivegründung. Bedeutung für die Organisation des Gründungswesens. Mißstände im Gründungswesen.	
6. Die Kapitalgesellschaften und die Börse	94—101
Das Emissionsgeschäft. Die Aktienspekulation. Große und kleine Aktien.	
7. Neuere Entwicklungstendenzen der Kapitalgesellschaften . . . . .	101—114
Die Beteiligungen. Verflechtung großer Unternehmungen. Tochtergesellschaften. Die Effektensubstitution.	
8. Wirtschaftspolitische Aufgaben gegenüber den Kapitalgesellschaften . . . . .	114—118
Größere Öffentlichkeit, Verbesserung des Bilanzwesens, ständige Überwachung.	
Anmerkungen zu Kapitel II . . . . .	119—123

### Kap. III. Die Genossenschaften.

1. Das Wesen der Genossenschaften . . . . .	124—130
Juristischer und ökonomischer Begriff der Genossenschaft. Unterschied von den Gesellschaften im ökonomischen Sinne.	
2. Das Genossenschaftsgesetz . . . . .	130—132
Rechtsformen der Genossenschaft. Die Organe der Genossenschaft.	
3. Die Arten der Genossenschaften . . . . .	132—139
Genossenschaften zur Förderung der Haus- und der Erwerbswirtschaft. Die sog. Produktivgenossenschaften.	
4. Die Genossenschaften zur Förderung der Hauswirtschaft . . . . .	139—147
Die Konsumvereine, Entwicklung in England und Deutschland. Ihre volkswirtschaftliche Bedeutung. Die Baugenossenschaften.	
5. Genossenschaften zur Förderung der Erwerbswirtschaft . . . . .	147—158
Die Kreditgenossenschaften, insbesondere in der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Verkaufs- und Einkaufsgenossenschaften. Städtische Genossenschaften.	

6. Entwicklungstendenzen im Genossenschaftswesen . . . . .	158—166
Monopolstendenzen. Die Genossenschaften als Mittel dagegen. Ausschaltungstendenzen durch die Genossenschaften.	
7. Allgemeine Beurteilung der Genossenschaften . . . . .	166—170
Grenzen des Genossenschaftswesens. Die Uniformierung des Bedarfs.	
Anmerkungen zu Kapitel III . . . . .	171—173

### Kap. IV. Die öffentlichen Unternehmungen.

1. Die Arten öffentlicher Unternehmungen . . . . .	174—186
Öffentliche Anstalten, öffentliche Wirtschaften, öffentliche Unternehmungen. Staats- und Gemeindeunternehmungen. Gemischte Unternehmungen.	
2. Die Gründe für die Errichtung öffentlicher Unternehmungen . . . . .	186—194
Gegenüberstellung der Gründe. Der Widerspruch im Wesen der öffentlichen Unternehmungen. Ihre Berechtigung als Erwerbs Einkünfte und weil ihre Leistungen den Wirtschaftspersonen in sehr verschiedenem Umfange zugute kommen.	
3. Die Verwaltung öffentlicher Unternehmungen . . . . .	194—204
Öffentliche Monopolunternehmungen und solche, die in Konkurrenz mit Privaten betrieben werden. Schwierigkeiten der Preisfestsetzung. Nachteile der Beamtenverwaltung.	
4. Die Grenzen der öffentlichen Unternehmungen . . . . .	204—215
Die Verstaatlichung ganzer Erwerbszweige als Mittel gegen die monopolistischen Vereinigungen bedenklich. Andere Mittel. Irrtümer des Sozialismus. Voraussichtliche Zukunft des Verstaatlichungsgebankens.	
Anmerkungen zu Kapitel IV . . . . .	215—216



## Kapitel I.

# Don der Hauswirtschaft zur Unternehmung.

### 1. Das Wesen der Unternehmung.

So weit man die menschliche Entwicklung zurückverfolgen kann, niemals hat der Mensch isoliert seine wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt. Selbst bei den primitivsten Völkern, die noch nicht den Boden zu bebauen, Tiere zu züchten gelernt haben, sondern vom Sammeln wildwachsender Früchte und von der Jagd leben, finden wir ein wirtschaftliches Zusammenwirken, eine gemeinsame Wirtschaft. Eine gewisse Arbeitsteilung ist auch schon von Natur durch die Verschiedenheit der Geschlechter und der Altersstufen gegeben. Die Familie, zu der oft auch die entfernteren Verwandten gehören (sog. Großfamilie), bildet die wirtschaftliche Einheit, die gemeinsame Wohnung den wirtschaftlichen Mittelpunkt. In der Hauswirtschaft geht die ganze wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen, die ganze Sorge für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse auf.

Daran wird auch durch das Aufkommen des Tausches zunächst noch nicht viel geändert. Denn der Tausch erfolgt nur gelegentlich in Überschußprodukten zweier Wirtschaften oder in Luxus- und Seltenheitsgütern, die durch Stammesfremde ab und zu herbeigebracht werden. Eine eigentliche Tauschwirtschaft, die von vornherein für den Tausch produziert, ist erst möglich mit dem Aufkommen eines allgemeinen Tauschmittels, des Geldes. Sehr langsam und mit vielen Zwischenstufen vollzieht sich dieser Übergang von der „Naturalwirt-

schaft“ zur „Geldwirtschaft“. Der kleine Landwirt in vom Verkehr entfernten Gegenden erzeugt und verbraucht noch heute den größten Teil der Güter in der eigenen Wirtschaft, und vor wenigen Jahrzehnten, vor der Entwicklung der Großindustrie und der Eisenbahnen, war das noch viel allgemeiner. Aber auch im Gewerbe sind noch bis in die neueste Zeit hinein Reste der Naturalwirtschaft erhalten geblieben, so wenn der Bäcker für 2 Pfund ihm übergebenes Mehl 3 Pfund Brot zu liefern pflegte und den Rest als Bezahlung für das Backen zurückbehielt, oder wenn der Zinngießer, der Gold- und Silberschmied in ähnlicher Weise mit einem Teile des Materials entlohnt wurden.

Aber auch abgesehen von solchen Resten der Naturalwirtschaft läßt sich doch innerhalb der Geldwirtschaft selbst eine sehr bemerkenswerte Entwicklung konstatieren. Sie wird dadurch gekennzeichnet, daß man dem mittelalterlichen Handwerker den modernen Unternehmer gegenüberstellt. \*) Man kann darnach in der Entwicklung der tauschwirtschaftlichen Produktion zwei Perioden unterscheiden, die ich folgendermaßen charakterisieren möchte: in der ersten Periode erfolgt die Produktion für andere erst auf Bestellung und zwar dessen, der die Produkte konsumieren will. In der zweiten Periode arbeitet der Produzent auf Vorrat, ohne Aufträge, für den Markt. Man nennt die erste Periode daher die der Konsumenten- (oder Kunden-)produktion, die zweite die der Marktproduktion. Die Wirtschaftsform nun der ersten Periode, der Produktion auf Bestellung, bezeichnen wir als Handwerk. Die Wirtschaftsform der Produktion auf Vorrat, für den Markt, ist die Unternehmung.

---

\*) Die Anwendung unserer Unterscheidungen auf die Wirtschaftsformen des Altertums kann hier unterbleiben, da auch die Historiker über die Auffassung derselben in vielen Fällen nicht einig sind.



Fragt man nun: welche Wirkungen hat diese Produktion für den Markt im Gegensatz zu der auf Bestellung auf die Unternehmer, so erkennt man leicht, daß Produktion auf Vorrat ein ganz anderes Risiko mit sich bringt als die Produktion auf Bestellung. Und im Risikomoment liegt das Wesen der Unternehmung schon im gewöhnlichen Sprachgebrauch. Wenn man von Kriegsunternehmungen, Entdeckungsunternehmungen spricht, denkt man an das Risiko, die Gefahr, die derjenige läuft, der etwas unternimmt. Das Risiko der Unternehmung, das beim Handwerker fehlt, besteht also bei der Marktproduktion in der Möglichkeit, keinen Absatz für ihre Produkte zu finden. Aber das läßt sich ökonomisch noch schärfer fassen. Fragen wir weiter: was riskiert denn eine Unternehmung, wenn sie keinen Absatz für die von ihr hergestellten Produkte findet? Sie riskiert das in die Waren und eventuell auch das in die Produktionsmittel gesteckte Kapital. Und dieses Kapitalrisiko ist das eigentliche Charakteristikum der Unternehmung im wirtschaftlichen Sinne. Zwar arbeitet auch der Handwerker mit Kapital, wenn auch meist mit geringerem; immerhin sind seine Werkzeuge Kapital. Aber man denke z. B. an den mittelalterlichen Zunfthandwerker. Er riskierte nichts, die ganze Organisation des Gewerbes war darauf angelegt, daß er nichts riskierte. Es wurden nur soviel Meister zu jedem Gewerbe zugelassen, daß jeder Beschäftigung, seine auskömmliche „Nahrung“ finden konnte. Meist wurde jedem auch vorgeschrieben, wieviel Gesellen und Lehrlinge er halten durfte, und die Obrigkeit wachte darüber, daß keiner seine Tätigkeit auf Kosten der anderen ausdehnte. Aber selbst heutzutage trägt der eigentliche Handwerker kein nennenswertes Kapitalrisiko. Allerdings befindet sich ein großer Teil der früheren handwerksmäßigen Tätigkeiten auf der Übergangsstufe zur Unternehmung. Es sind kleine Unternehmer. Aber ein anderer Teil des früheren Handwerks, derjenige, der ganz besonders noch das Handwerk reprä-

sentiert, trägt auch heutzutage kein Kapitalrisiko. Es ist das sog. Lohnwerk, bei welchem der Produzent den Rohstoff vom Konsumenten geliefert bekommt. Der kleine Schneider, der das Tuch vom Kunden geliefert erhält oder nur eine Reparatur an dem ihm übergebenen Anzug vornimmt, die Näherin, die eventuell in der Wohnung des Kunden ihr übergebene Stoffe zurechtschneidert, werden dadurch nicht zu Unternehmern, daß sie sich Schere und Nadel selbst anschaffen mußten. Sie tragen kein Kapitalrisiko. Früher war dieses Lohnwerk sehr viel häufiger. Ich erwähnte schon den Bäcker, der kein Brot verkaufte, sondern den ihm übergebenen Teig oder das Mehl verarbeitete. Auch der Weber wurde so tätig, er kaufte nicht selbst Garn, sondern verarbeitete das in der Hauswirtschaft Gesponnene. Zahlreiche andere Handwerker, auch Gerber, Schuhmacher, Schreiner, Wagenmacher, Sattler usw., erhielten erst vom Kunden den Rohstoff geliefert. Der Konsument ist es, der in der Regel den ganzen Produktionsprozeß organisiert. Der Lohnwerker nimmt also nur eine Arbeit am fremden Stoffe vor, wird nie Eigentümer des Produkts, verkauft keine Waren, sondern leistet eine Arbeit, riskiert daher auch kein Kapital.

Dagegen ist für die Unternehmung charakteristisch das Kapitalrisiko, das in der Produktion auf Vorrat für den Markt, begründet ist. Der Unternehmer muß den Rohstoff kaufen und weiß noch nicht, ob er das fertige Produkt mit Gewinn wird absetzen können. Er schafft sich kostspielige Maschinen an, dingt Arbeitskräfte, ohne zu wissen, ob er auch Absatz für seine Waren finden wird. Das Kapitalrisiko ist also das grundlegende tauschwirtschaftliche Merkmal für die Unternehmung, d. h. das Unterscheidungsmerkmal, welches direkt auf eine Besonderheit der heutigen tauschwirtschaftlichen Organisation: die Produktion auf Vorrat zurückgeht und sie verwendet auf die Unterscheidung der dieser Organisation entsprechenden Form der Einzelwirtschaft. Es bedeutet aber



zweifelloos eine ganz andere Organisation tauschwirtschaftlicher Bedarfsbefriedigung, ob Produzent und Konsument direkt miteinander in Beziehung treten, letzterer den ganzen Produktionsprozeß leitet, seinerseits immer direkt den Anstoß zur Produktion gibt und also selbst für Befriedigung seines Bedarfs zu sorgen hat, oder ob, wie bei der heutigen Unternehmung, der tauschwirtschaftliche Produzent auf eigenes Risiko für einen noch unbekannten Bedarf tätig ist, der Konsument aber sich um nichts kümmert und darauf rechnen kann, daß ihm jederzeit und an jedem Ort Güter geradezu aufgedrängt, Bedürfnisse geradezu suggeriert werden. Diese „Antizipation des Bedarfs“ durch den Unternehmer, wie ich es schon vor 15 Jahren in meinen „Unternehmerverbänden“ bezeichnet habe, ist das Charakteristikum der heutigen tauschwirtschaftlichen Bedarfsversorgung im Gegensatz zu der direkt durch den Konsumenten in Tätigkeit gesetzten Lohnwerkverfassung.\*) Alle sonstigen Eigentümlichkeiten der modernen Unternehmung, die Besonderheiten ihrer inneren Einrichtung, auf die wir gleich noch zu sprechen kommen, leiten sich erst aus dieser ihrer tauschwirtschaftlichen Funktion ab.<sup>1)</sup>\*\*)

Die wichtige Unterscheidung von Konsumenten- und Marktproduktion rührt von Prof. Bücher her, der aber den Begriff der Unternehmung selbst nicht entwickelt hat.<sup>2)</sup> Auf der Stufe des mittelalterlichen Handwerks und heute noch überall beim sog. Lohnwerk treten Produzenten und Konsumenten direkt mit einander in Beziehung. Auf der Stufe der Marktproduktion aber sind sie getrennt und zwar durch den Handel. Der Händler, der Kaufmann, tritt hier zwischen Produzent und Konsument. Der Handel

\*) Gewiß kam auch im Mittelalter schon Produktion für den Markt vor, ebenso wie heute noch Lohnwerk ohne Kapitalrisiko vorkommt, aber es kommt natürlich auf die typische Wirtschafts- und Organisationsform an.

\*\*) Die Ziffern beziehen sich auf die am Schluß des betreffenden Kapitels stehenden [längeren Anmerkungen.]

ist nun überhaupt die erste Form der Unternehmung und diejenige Tätigkeit, die nur in Form der Unternehmung vorkommt. Handel ist die Tätigkeit des Ankaufs, Vorrat- und zur Verfügunghaltens von Waren. Die Tätigkeit des Kommissionärs, der zwar „in eigenem Namen“ aber „auf fremde Rechnung und Gefahr“ kauft, ist keine Unternehmung, kein Handel, sondern eine Leistung. Unternehmer ist nur der, der selbst die Gefahr trägt. Der Handel ist aber die älteste Form der Unternehmung, weil hier zum ersten Male ein Wirtschaftler auf eigene Rechnung und Gefahr für andere tätig wird und sein Kapital riskiert. Hier zum ersten Mal finden wir jene Antizipation des Bedarfs. Erst unter dem Einfluß des Handels wird allmählich auch die Produktion unternehmungsweise betrieben. Und zwar vollzieht sich das im Wege einer ganz charakteristischen Übergangsstufe, deren Wesen man erst von diesem Begriff der Unternehmung aus richtig erkennt. Es ist die sog. Hausindustrie oder das Verlagsystem: ein Händler, der Verleger, organisiert die Produktion handwerksmäßiger Produzenten. Die gewerbliche Betriebsform also bleibt bestehen. Aber an Stelle des Konsumenten als Auftraggeber des Lohnwerkers tritt der Kaufmann. Er übergibt jenem den Rohstoff, läßt ihn die Arbeit daran vornehmen und verkauft das Produkt.<sup>3)</sup> Der Handel dringt so in die Produktion ein, trägt das Risiko derselben, während der Produzent Lohnwerker bleibt. Dieses Verlagsystem ist aber in den meisten Fällen nur eine Übergangsstufe. Auf der weiteren Stufe der Entwicklung organisiert der Produzent selbst die Produktion, den Absatz, trägt das Kapitalrisiko. Es entsteht die Produktionsunternehmung. Und zwar in zwei Formen, die aber zeitlich nebeneinander vorkommen und sich nur durch die Betriebstechnik unterscheiden: der Manufaktur, bei welcher die handwerksmäßige Technik immer noch beibehalten wird, aber zahlreiche handwerksmäßig tätige unselbständige Arbeiter in einem Betriebe



durch einen Unternehmer vereinigt werden, und der Fabrik, dem mit Maschinen arbeitenden Großbetrieb.

Bei den mit Maschinen und kostspieligen Fabrikanlagen arbeitenden Produktionsunternehmungen ist nun im Gegensatz zum Handel, der umlaufendes, in die Waren gestecktes Kapital riskiert, das Risiko des stehenden Kapitals die Hauptsache. Dieses Risiko ist auch dann vorhanden, wenn der Unternehmer nicht auf Vorrat, sondern nur auf Bestellung tätig wird. Die Lokomotivenfabrik, der Kanonenfabrikant, die Brückenbauunternehmung und zahlreiche andere produzieren ja nicht auf Vorrat, sind aber doch Unternehmungen, weil sie stehendes Kapital riskieren, während der Lohnwerker, der keine Aufträge hat, der Flickschneider, die Näherin, kein Kapitalrisiko läuft. Dort besteht das Kapitalrisiko eben in der Errichtung der Unternehmung, in der Investierung großer Kapitalien in einen Erwerbszweig, von dem man noch nicht weiß, ob er Gewinn bringen wird.

Da aber Maschinen und kostspielige Anlagen heute selbst in zahlreichen Zweigen des früheren reinen „Handwerks“ zur Anwendung kommen, wird ein großer Teil dieser Handwerker zu kleinen Unternehmern. Dieser Entwicklungsprozeß hat mit dem Fortschreiten der Technik immer mehr Handwerke ergriffen und ist sicher noch nicht zum Abschluß gelangt. Der Schlosser, der Schreiner, der Schuhmacher sind heute meist kleine Unternehmer, sofern sie nicht, was auch häufig vorkommt, bloß Agenten einer Fabrik oder reine Händler sind. Bei den „Schirmmachern“ ist dies z. B. die Regel, bei den „Hutmachern“ sehr häufig. Das reine Handwerk als Lohnwerk spielt aber immer noch eine Rolle in den Reparatur- und Anbringungsge Werben: Uhrmacher, kleine Tapezierer, Anstreicher, Flickschneider, Installateure u. dergl. Sehr häufig sind diese Gewerbe zugleich mit einer kaufmännischen Tätigkeit, einem Ladenhandel, verbunden. Aber der Laden ist heute kein Zeichen einer selbständigen Kleinhandelsunternehmung, sondern vielfach beruht die Tätig-



keit dieser anscheinend selbständigen Händler nur auf weitgehender Kreditgewährung durch dahinterstehende Fabrikanten. Immerhin ist aber das eigentliche Handwerk noch keineswegs ganz verdrängt und auch die Hausindustrie erhält sich noch in Gewerben, wo die motorische Kraft aus verschiedenen Gründen nicht unbedingt der Handarbeit überlegen ist, z. B. in der Konfektionsindustrie, oder wo wegen starker Konjunkturschwankungen infolge Veränderungen der Mode die Investierung großer Kapitalien für Maschinen sich nicht lohnt, wie in manchen Zweigen der Weberei.

In der Landwirtschaft ist eine Entwicklung zur Unternehmung zweifellos zu konstatieren. Wo der Großbetrieb vordringt, ergibt sich die sie charakterisierende Steigerung des Risikos von selbst aus der gesteigerten Notwendigkeit des Absatzes der Produkte auf dem Markte, dann auch aus der Zunahme der dem landwirtschaftlichen Großbetriebe angegliederten Weiterverarbeitungs- und Nebenbetriebe und der damit zusammenhängenden kapitalintensiveren Wirtschaft. Aber auch der landwirtschaftliche Kleinbetrieb wird durch die stetig zunehmende Verflechtung selbst entlegenerer Wirtschaften mit dem städtischen Markte immer mehr aus einer großen Hauswirtschaft eine kleine Unternehmung.

## 2. Große und kleine Betriebe und Unternehmungen.

Diese gewaltige Umwälzung vom früheren Handwerk über die Hausindustrie zur modernen Produktionsunternehmung hat sich in der Hauptsache im Laufe des 19. Jahrhunderts vollzogen. Welches sind ihre Ursachen? Im letzten Grunde waren es technische Veränderungen, die großen technischen Erfindungen und Entdeckungen seit Mitte des 18. Jahrhunderts: die Dampfmaschine, die Spinnmaschine, der mechanische Webstuhl, die verschiedenen Stahlbereitungsverfahren, die zahllosen neuen Werkzeuge und Maschinen, die immer mehr Maschinenarbeit an Stelle der Handarbeit gesetzt haben. Sie ermöglichten und

erforderten den Großbetrieb, die Massenfabrikation an Stelle des handwerksmäßigen Kleinbetriebs. Aber um diese Maschinen anzuwenden, zur Massenproduktion übergehen zu können, bedurfte es noch etwas anderem, des Massenabsatzes. Dieser war für die meisten Produktionszweige erst gegeben mit einer Verbesserung und Verbilligung der Transportgelegenheiten, und auch hier waren es zwei neue Erfindungen, Eisenbahnen und Dampfschiffahrt, die durch Verbilligung der Transportkosten den Großbetrieb in vielen Produktionszweigen erst ermöglichten. Ein Beispiel wird das am besten klar machen. Selbst wenn man die heutigen Maschinen zur Nagelfabrikation gehabt hätte, wäre vor dem Zeitalter der Eisenbahnen eine heutige Nagelfabrik, die in der Stunde Hunderttausende von Nägeln herstellt, unmöglich gewesen. Der Wert des Produkts vertrug eben nicht die damaligen hohen Transportkosten auf große Entfernungen. Heute dagegen steht technisch und wirtschaftlich nichts im Wege, daß eine einzige Fabrik den Bedarf der ganzen Welt an Nägeln versorgt.

Während früher also im Gewerbe der Kleinbetrieb das allgemein übliche war und die ganze Wirtschaftsverfassung, das Zunftwesen, darauf angelegt war, den Betrieb des Einzelnen nur so groß werden zu lassen, daß er ihm seinen Lebensunterhalt, seine „auskömmliche Nahrung“ gewährte, sehen wir heute eine gewaltige Verschiedenheit der Betriebsgrößen. In der Landwirtschaft ist eine solche allerdings aus historischen Gründen nichts neues. Hier hat es von jeher neben den kleinen, früher meist hörigen Bauern die großen Grundbesitzer gegeben. Im Gewerbe aber ist, abgesehen etwa vom Bergbau, Hüttenwerken u. dergl., die nie in der Form des Handwerks betrieben werden konnten, der Unterschied der Betriebsgrößen erst durch die moderne technische Entwicklung entstanden, und die schnelle Zurückdrängung des früher allgemeinen Kleinbetriebs durch große und immer größere Unternehmungen ist seit vielen Jahrzehnten eins der am



meisten erörterten ökonomischen Probleme. Man hat daher auch die Grenzen für beide schärfer festzustellen gesucht. Dabei gehen aber technische Merkmale der Betriebsorganisation, und ökonomische d. h. solche, die sich aus der tauschwirtschaftlichen Stellung des Handwerks oder der Unternehmung ergeben, nebeneinander her. Das volkswirtschaftlich bedeutsamste Unterscheidungsmerkmal ist wohl die entwickeltere Arbeitsspezialisierung innerhalb der Unternehmung, die eine Trennung der Leitenden von der ausführenden Arbeit bewirkt. Beim Handwerk, dem Kleinbetrieb, arbeitet der Betriebsinhaber in der Regel bei der Produktion in derselben Weise mit wie seine Angestellten. Beim Großbetriebe wird dagegen die Leitung des Unternehmens zu einer selbständigen Aufgabe, die eine besondere Ausbildung erfordert. Auf einer höheren Stufe findet sich dann noch die Trennung technischer und kaufmännischer Leitung und bei ganz großen Unternehmungen ist beides wieder je nach den besonderen Erfordernissen noch weiter spezialisiert.

Eng damit zusammen hängt als weiteres Unterscheidungsmerkmal die soziale Differenzierung bei der Unternehmung, wo Leiter und ausführende Arbeiter durch Erziehung, Ausbildung und soziale Stellung ganz verschiedenen Klassen angehören, während im Kleinbetrieb Arbeitgeber und Arbeiter in bezug auf soziale Stellung und Bildung nicht verschieden sind und auch oft eine Eingliederung der Arbeitskräfte in die Familie des Arbeitgebers stattfindet.

Ferner ist es ein Unterscheidungsmerkmal, daß die großen Unternehmungen regelmäßig für einen großen ausgedehnten Markt tätig zu sein pflegen, im Gegensatz zu dem mehr lokalen Absatz des Handwerkers. Alle diese Unterscheidungsmerkmale gelten übrigens auch für Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft, zum Teil auch im Handel, nur daß im Engroshandel wegen der geringeren Bedeutung der Arbeitskräfte überhaupt die soziale Differenzierung eine geringere Rolle spielt.

Die Statistik gebraucht für die Unterscheidung von Groß- und Kleinbetrieb ein rein äußerliches Merkmal, die Zahl der Arbeitskräfte, was insofern kein ganz zutreffendes Bild geben kann, als bei den einzelnen Produktionszweigen das Erfordernis an Arbeitern sehr verschieden ist, z. B. chemische Fabriken und Spinnereien im Verhältnis zum Kapital sehr viel weniger Arbeitskräfte gebrauchen als etwa ein Steinbruch, Bauunternehmungen oder die meisten Bergwerke.

Die Statistik unterscheidet Alleinbetriebe, Kleinbetriebe, d. h. solche mit 1—5 Arbeitern, Mittelbetriebe (5—50 Arbeiter) und Großbetriebe (über 50 Arbeiter). Hier werden dann noch vielfach besondere Angaben für Betriebe von 50—200, 200—1000 und über 1000 Arbeitern (Riesenbetriebe) gemacht. In der Landwirtschaft werden Größenklassen unterschieden nach der landwirtschaftlich benutzten Fläche: Betriebe bis zu 2 ha (Zwergbetriebe), 2—5 ha (Kleinbetriebe), 5—20 ha (mittelbäuerliche Betriebe), 20—100 ha (großbäuerliche Betriebe), über 100 ha (Großgrundbesitz).

Von den 3 265 623 Gewerbebetrieben (einschließlich Handel und Verkehr) mit 14 435 739 beschäftigten Personen, die die Gewerbebeziehung von 1907 feststellte, waren 1 451 700 Alleinbetriebe, davon  $\frac{1}{3}$  allein im Bekleidungsgewerbe,  $\frac{1}{4}$  im Handel. 1882 gab es noch 1 877 872 Alleinbetriebe, 1895 ungefähr ebensoviel. Im übrigen gibt folgende Tabelle über die Betriebsgrößen und die beschäftigten Personen Aufschluß:

		Zahl der Betriebe		
		1882	1895	1907
Kleinbetriebe . . . .		1 000 661	1 053 890	1 355 204
1—5 Personen				
Mittlere Betriebe . .		87 189	191 299	270 142
6—50 Personen				
Großbetriebe	51—200	8 095	15 624	26 279
	201—1000	1 752	3 331	5 337
	über 1000 Personen	127		506



		Zahl der beschäftigten Personen		
		1882	1895	1907
Kleinbetriebe . . . .	1—5 Personen	2576092	2889833	3592303
Mittlere Betriebe . .	6—50 Personen	1238564	2454257	3699174
Großbetriebe {	51—200	742688	1439776	2418150
	201—1000	657399	1604567	1791056
	über 1000 Personen	213160		

Unter dem Einfluß immer neuer technischer Erfindungen hat insbesondere im Gewerbe der Großbetrieb eine immer größere Verbreitung gewonnen.<sup>4)</sup> Zwar sind manche der neu erfundenen Maschinen und Verbesserungen auch dem Handwerk zugute gekommen und durch die elektrische Kraft und die anderen Kleinkraftmaschinen ist insbesondere auch der mechanische Antrieb den kleineren Betrieben möglich geworden. Aber es ist klar, daß sehr viele Maschinen nur im Großbetrieb und in der Massenfabrikation zur Anwendung gelangen oder doch volle Ausnutzung finden können. Die Vorteile großer Unternehmungen kann man kurz etwa folgendermaßen zusammenfassen: durch die entwickeltere Arbeitsteilung in großen Unternehmungen und die stärkere Verwendung von Maschinen wird die Produktion verbilligt und gesteigert und damit die Bedarfsversorgung verbessert. Anlagekosten, Aufsicht u. dergl. spielen nicht die gleiche Rolle, wie wenn dieselbe Produktenmenge in einer Anzahl kleiner Betriebe hergestellt werden müßte. Auch wird eine Verminderung der Kosten dadurch herbeigeführt, daß große Unternehmungen oft billiger einkaufen können. Einer der Leiter ist meist speziell für den Einkauf ausgebildet, er kann den Rohstoffmarkt besser übersehen als der Leiter eines kleinen Betriebs, der sich um alles selbst kümmern muß. Große Unternehmungen erhalten auch leichter und billiger Kredit von den Banken, pflegen solchen weniger bei ihren Lieferanten in Anspruch zu nehmen, was die Einkaufspreise verbilligt.



Anderseits hat aber auch der Kleinbetrieb manche Vorzüge. Die Produktion erfolgt weniger schablonenmäßig, sie kann sich mehr einem individuellen Bedarf anpassen. Wo ein solcher vorhanden ist, bleibt der Kleinbetrieb oft trotz größerer Produktionskosten konkurrenzfähig. Auch kann der kleine Produzent seine Waren von sich aus individueller und künstlerischer gestalten. Vor allem aber ist mit den großen Unternehmungen ein sehr viel stärkeres Kapitalrisiko verbunden als mit Kleinbetrieben. Die Errichtung solcher, der Massenproduktion dienenden Großbetriebe erfordert viel Kapital, und da ihr Absatzgebiet sich häufig über die ganze Erde erstreckt, so ist der jeweilige Bedarf sehr schwer zu übersehen. Daher ist schon mit der Gründung und dann weiter mit dem Betriebe derartiger Unternehmungen ein sehr viel größeres Risiko verbunden, als es auch nur verhältnismäßig bei den kleinen Erwerbswirtschaften vorhanden ist, die in der Hauptsache für einen lokalen Markt arbeiten.

Dieses Risiko wird noch gesteigert durch die Spezialisierung der Unternehmungen, die eine Folge der Massenproduktion und des Massenabsatzes ist. Es ist unglaublich, für was für Spezialitäten es heute eigene Unternehmungen gibt. Ich nenne nur einige neu aufgekommene und allgemein bekannte Gebrauchsgüter, wie die Glühstrümpfe, die eine ganze Industrie ins Leben gerufen haben, Spezialfabriken für Fahrradlaternen, die photographische Industrie, in der es eigene Fabriken gibt, die nur Platten, andere die nur Papiere, wieder andere die nur Kameras herstellen. Es gibt Spezialfabriken von Abreißkalendern, von Holzbüsten für Schaufensterdekorationen, von Klosettpapier, solche die nur Krawattenstoffe und andere, die fertige Krawatten herstellen, usw. Man denke auch an die sog. vertikale Spezialisierung: Wieviel selbständige Wirtschaften durchläuft die Wolle, bis sie vom australischen Schafzüchter als fertiger Anzug in das Kleidergeschäft und in die Hände des Konsumenten gelangt! Durch diese Spezialisierung wird jeder

einzelne Unternehmer auf seinem Spezialgebiet besonders leistungsfähig und billig. Aber diese Spezialisierung hat den Nachteil, daß infolge der damit verbundenen Zersplitterung der Produktion leicht die Übersicht über die Marktlage für das fertige Produkt verloren geht, umso mehr, je mehr selbständige Wirtschaften der Rohstoff auf seinem Wege zu passieren hat. Dann kann in einem Produktionsstadium zu viel erzeugt werden, oder die Unternehmer irren sich über die Preise, die für das fertige Produkt zu erzielen sind. Die Konjunkturschwankungen und Krisen sind zu einem großen Teile auf diese zu weit getriebene Spezialisierung zurückzuführen. Der Weg vom Rohstoff zum fertigen Produkt ist zu weit, um schnell die Produktion des ersteren Veränderungen in der Nachfrage nach letzterem anpassen zu können. Kurzum: die Spezialisierung bedeutet eine Verstärkung des Risikos der Unternehmer.

Technische Errungenschaften ermöglichten also die Massenproduktion und den Massenabsatz und schufen damit die heutige Produktionsunternehmung. Gleichzeitig aber gaben sie auch der Handelsunternehmung einen gewaltigen Anstoß zu weiterer Entwicklung. Zunächst wird man sich daran erinnern, daß der Handel die Aufgabe hat, diese Produkte der Massenfabrikation zu verteilen. Die Produktionsunternehmung war viel mehr auf den Handel für den Absatz angewiesen als der nur einen lokalen Bedarf versorgende Handwerker. Der Handel verstand es, immer neue Absatzgebiete zu gewinnen, die Bedürfnisse anzuregen, und er bediente sich dabei der modernen Mittel, Inserat und Reklame, die von der unternehmungsweisen Bedarfsversorgung unzertrennlich sind.

Aber die Bedeutung des Handels geht weit über die bloße Aufgabe der Verteilung der Massenfabrikate hinaus. Er war in den Anfängen der Produktionsunternehmung sicher und ist teilweise noch heute der Hauptfaktor für die Preisbildung. Die alten obrigkeitlichen Preisfestsetzungen waren mit der Beseitigung der Zünfte gefallen. Jetzt



standen die Produzenten selbst vor der Aufgabe, Produktion und Preise den Nachfrageverhältnissen anzupassen. Einen großen Teil dieser Aufgabe nahm der Handel den Produzenten ab, indem er sich immer mehr zwischen sie und die Konsumenten schob. Damit gewann der Handel gegen früher einen ganz gewaltigen Einfluß, ja er brachte vielfach die Produktionsunternehmungen unter seine Herrschaft, insbesondere, wenn er sie mit Kredit unterstützt hatte, und oft nahm er den größten Teil des Gewinnes für sich in Anspruch. Denn der einzelne Produzent hatte oft keine Übersicht über die Marktlage, er verkaufte am liebsten fest an den Händler. Überflüssig war also dieser Handel keineswegs. Er „vermittelte“ nicht nur zwischen Produzenten und Konsumenten, sondern nahm ihm auch einen großen Teil des Risikos ab. Erst neuerdings haben die Produzenten durch gemeinsame Organisationen, Genossenschaften und Kartelle, die gemeinsame Anpassung der Produktion an den Bedarf teilweise selbst in die Hand genommen und die Handelsunternehmungen vielfach auszuschalten versucht. Es ist deshalb sehr irreführend, von einer zunehmenden „Kommerzialisierung des Wirtschaftslebens“ zu sprechen. (Sombart.) Im Gegenteil: die Bedeutung des selbständigen Handels geht zurück, die Produktion dringt immer mehr in sein Gebiet ein und besonders versuchen gemeinsame Organisationen von beiden Seiten her, sowohl der Produzenten wie der Konsumenten, seinen Geltungsbereich einzuschränken.<sup>5)</sup>

Auch im Handel spielt der Gegensatz von großen und kleinen Unternehmungen eine Rolle und auch hier ist die Tendenz zur Ausdehnung des Großbetriebs festzustellen. Doch ist dabei Engros- (Groß-) und Detail- (Klein-) handel zu unterscheiden. Der erstere ist immer die typische Form der Unternehmung gewesen. Er wird am meisten durch die neuere Entwicklung der Produktionsunternehmungen zurückgedrängt, die, je mehr sie erstarken und sich gemeinsam organisieren, die frühere Leitung durch den Großhandel entbehren können. Doch behält er seine Be-

deutung da, wo Preis- und Konjunkturschwankungen häufig, das Kapitalerfordernis bedeutend und das Risiko groß sind, wie z. B. im Metallhandel. Aber gerade hier sind die großen kapitalkräftigen Händler selbst meistens an der Produktion interessiert.

Der Detailhandel ähnelt in seinem Wesen mehr dem Handwerk. Der Laden mit seinem lokalen Absatz ist sein Charakteristikum. Auch hier aber dringt neuerdings der Großbetrieb in eigenartiger Weise vor, nämlich in den Versandgeschäften und Warenhäusern. Die ersteren gehen über den nur lokalen Absatz des sonstigen Detailhandels hinaus und gewinnen so die Möglichkeit größter Ausdehnung ihres Betriebes. Die letzteren gelangen zum Großbetrieb dadurch, daß sie die verschiedensten Warengattungen in einem Verkaufsbetrieb vereinigen. Der Erfolg liegt auch hier im Massenabsatz. Dafür beschränken sich diese Geschäfte auf wenig Sorten und Qualitäten jeder Ware. Für einen individuellen Geschmack, der reichere Auswahl wünscht, bleibt daher das spezialisierte kleinere Geschäft von Bedeutung. Doch sehen wir gerade auf diesem Gebiete ein besonders starkes Vordringen der Produzenten selbst in die Verkaufssphäre durch Errichtung von Verkaufsstellen, Filialen u. dergl. In der Hauptsache hält sich der Kleinbetrieb im Detailhandel für alle Produkte, bei denen es auf die größte Verteilung des Absatzes durch eine möglichst große Zahl von Verkaufsstellen ankommt, also vor allem für Lebensmittel und die gangbarsten Gebrauchsartikel des Haushalts.

Mit der Ausdehnung der Produktionsunternehmungen, der Errichtung immer größerer kostspieliger Fabrikanlagen, insbesondere aber auch mit dem Bau der großen Transportunternehmungen, der Eisenbahnen, nimmt der Kapitalbedarf für diese Zwecke außerordentlich zu und daher entwickelt sich auch der Geldkapitalhandel selbst zu großen Unternehmungen: die Banken.<sup>2)</sup> Ja, die ganze neuere Entwicklung der Unternehmung, insbeson-



dere der Gesellschaftsunternehmungen, ist nur verständlich, wenn man gleichzeitig auch die heutige Entwicklung des Kreditwesens betrachtet. Je mehr der Großbetrieb sich ausdehnte, um so weniger war der Einzelne imstande, große Unternehmungen mit eigenem Kapital ins Leben zu rufen. Zwei Wege wurden hier eingeschlagen, die beide von der größten Bedeutung geworden sind: einmal die Heranziehung von fremdem Kapital und Arbeitskräften im Wege der Gesellschaftsunternehmungen, und ferner die ausgedehnteste Benützung des Kredits. In beiden Fällen haben die Banken eine sehr große Rolle gespielt, und ihre eigene Entwicklung ist daher mit der der Produktionsunternehmungen parallel gegangen. Auch das Bankwesen hat sich aus kleinen Anfängen, die oft in enger Verbindung mit dem Warenhandel standen, zu einem Unternehmungsweig von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung entwickelt. Die Ausdehnung der Kreditgewährung, nicht nur an Unternehmungen, sondern auch an die öffentlichen Körperschaften, ferner die Entwicklung der Gesellschaftsunternehmungen und endlich die intensive Verflechtung aller Volkswirtschaften mit dem Auslande und die damit in Verbindung stehenden Geldtransaktionen haben die Bedeutung des Bankwesens als Unternehmungsweig enorm gesteigert. Was speziell ihre Beziehungen zu den sonstigen Unternehmungen betrifft, so besorgen sie zunächst alle ihre Geldangelegenheiten in Einnahme und Ausgabe. Das bewirkt eine gewaltige Ersparung an barem Geld und ist daher volkswirtschaftlich von der größten Wichtigkeit. Außerdem aber gewähren sie den Unternehmungen in den verschiedensten Formen Kredit. Neue Unternehmungen werden heute fast regelmäßig gleich von Anfang an nicht nur mit eigenem Kapital der Unternehmer, sondern zum großen Teil mit Bankkredit oder mit einer Beteiligung der Banken errichtet. Sehr häufig aber besorgen die Banken die Beschaffung des ganzen Kapitals, das sog. Gründungs- und Finanzierungsgeſchäft, von dem bei den Gesellschaftsunter-

nehmungen zu reden sein wird. Dadurch wird insbesondere die Errichtung solcher Unternehmungen, die gleich von Anfang an in großem Maßstabe gegründet werden müssen, von der Mitwirkung einer Bank abhängig und in gewissem Sinne, kann man sagen, organisieren heute die Banken, wenigstens nach der finanziellen Seite hin, was die Geldkapitalbeschaffung anbetrifft, ebenso die Produktionsunternehmungen, wie es früher, zur Zeit der Hausindustrie, durch den Warenhandel der Fall war. Doch ist auch bei dieser Form des Handels, bei den Banken, ihr Einfluß auf die Produktionsunternehmungen in neuester Zeit eher geringer geworden.

### 3. Die Unternehmung als selbständige Erwerbswirtschaft.

Welchen Einfluß hat nun diese ganze Entwicklung vom mittelalterlichen Handwerk über die Hausindustrie zur modernen, alle Zweige wirtschaftlicher Tätigkeit umfassenden Unternehmung auf die Organisation der Bedarfsversorgung? Die Unternehmung, sagten wir schon, ist die der heutigen tauschwirtschaftlichen Organisation charakteristische Form der Einzelwirtschaft. Die Verschiedenheiten der Einzelwirtschaft früher und heute wollen wir jetzt noch etwas näher untersuchen. Früher hat es auch schon eine Produktion für andere gegeben, aber in der Regel nur in kleinen Betrieben, direkt für die Konsumenten und unter weitgehender Regulierung und Aufsichtigung durch den Staat. Der größte Teil der Produktion aber erfolgte noch in der eigenen Hauswirtschaft. In einem langen Entwicklungsprozeß, der erst in der Neuzeit die größten Fortschritte gemacht hat und noch immer nicht beendet ist, ist die eigene Produktion in der Hauswirtschaft immer mehr zurückgedrängt worden. Abgesehen von der Landwirtschaft ist die Hauswirtschaft heute immer mehr eine reine Konsumtionswirtschaft geworden. Nur das Kochen geschieht noch in der Hauswirtschaft, aber auch hier sehen wir in Amerika, und bei



uns mit den Einküchenhäusern, Bestrebungen, es aus der Hauswirtschaft auszuschalten.

Die früher von der Hauswirtschaft betriebenen wirtschaftlichen Funktionen sind immer mehr Gegenstand besonderer Erwerbswirtschaften geworden. Das Charakteristische dieser besonderen Erwerbswirtschaften ist nicht, wie manche meinen (s. Anm. 1), daß sie einen Gewinn erzielen wollen. Denn einen Gewinn oder Ertrag, möglichst große Differenz zwischen Nutzen und Kosten, zu erzielen, ist Zweck und Wesen jeder Wirtschaft. Aber die Besonderheit der Erwerbswirtschaften gegenüber den Hauswirtschaften liegt in folgendem: während die Hauswirtschaften in der Versorgung des eigenen Bedarfs ihrer Mitglieder ihr Ziel finden und dabei auf Grund des wirtschaftlichen Prinzips einen möglichst großen Überschuß von Nutzen (Genuß) über die Kosten, einen möglichst großen Nutz-(Konsum-)ertrag erstreben, ist das Ziel der Erwerbswirtschaften ein möglichst großer Geld-(Preis-)ertrag. Die Hauswirtschaft geht von Gütern (Sachgütern und Leistungen) aus, und ihr Ziel ist ein Mehr von solchen, d. h. ein Mehr an Bedarfsbefriedigung. Die Erwerbswirtschaft geht von einem Geldvermögen aus, und ihr Ziel ist dessen Vermehrung, ein Geldertrag.<sup>1)</sup> Es ist also das Charakteristische besonderer Erwerbswirtschaften, daß ihr Kapital als ein besonderes, von dem Privatvermögen der Unternehmer ganz getrenntes Vermögen angesehen, ihr Gewinn von etwaigem, sonstigem Einkommen der Besitzer ganz getrennt gehalten wird. Das geschieht zunächst nur rechnungsmäßig und ist heute in den entwickelten Volkswirtschaften, abgesehen von den kleinen Landwirten, bei allen Inhabern selbständiger Wirtschaften ganz allgemein geworden. Auch die Besteuerung fordert heute überall die rechnungsmäßige Sondernung derartiger Vermögen und Einkommen. Die Sondernung der Erwerbswirtschaft von der Hauswirtschaft bleibt aber nicht nur rechnungsmäßig, sondern sie wird tatsächlich auch nach außen hin strikt durchgeführt überall da,



wo zwei oder mehr Unternehmer zu einer gemeinsamen Unternehmung zusammentreten, bei den Gesellschaftsunternehmungen. In ihren höchsten Formen, den reinen Kapitalgesellschaften, erscheinen die Erwerbswirtschaften als vollkommen selbständige Vermögensmassen, die, völlig losgelöst von ihren Besitzern, ein eigenes tauschwirtschaftliches Leben führen und anscheinend für sich selbst Gewinnerzielung bezwecken. Das ist die sog. Mobilisierung, das Unpersönlichwerden des Kapitals, das vor allem durch das Effektenwesen bewirkt wird. Das Kapital wird hier scheinbar allein, ohne die menschliche Arbeit wirksam. Es erzielt jedenfalls Erträge, die seinen Besitzern ohne eigene Arbeitsleistung zufallen. Hier liegen die großen sozialen Probleme der modernen Unternehmung, von denen später bei den Kapitalgesellschaften zu reden sein wird.

Die allmähliche Trennung der Erwerbswirtschaft von der Hauswirtschaft dokumentiert sich aber auch in äußeren technischen Merkmalen, und sie sind viel mehr als jener innere Umbildungsprozeß der Wirtschaft bisher beachtet worden. Die äußeren Merkmale einer selbständigen Wirtschaft, die äußeren Veranstaltungen und Einrichtungen einer Wirtschaftstätigkeit bezeichnet man als Betrieb. Mit dem Übergang zur Unternehmung hat sich der Betrieb bei der Erwerbswirtschaft immer mehr von dem der Hauswirtschaft losgelöst. Dieser Prozeß läßt sich bei verschiedenen Gewerben in seinen einzelnen Stadien historisch genau verfolgen und ist insbesondere von Schmoller in vorzüglicher Weise dargestellt worden. Beim mittelalterlichen Handwerker ist es, trotzdem er für den Austausch produziert, zur Ausbildung einer besonderen Erwerbswirtschaft im allgemeinen noch nicht gekommen. Seine Erwerbstätigkeit vollzieht sich in engster Verbindung mit der Haus- oder Familienwirtschaft, sogar seine Arbeitskräfte werden meist zur Familie hinzugezogen. Aber die Werkstatt, trotzdem sie im Hause sich befindet, stellt doch einen besonderen Betrieb dar. Bei manchen

Gewerben tritt dies jedoch sehr viel mehr hervor, nämlich überall da, wo die Errichtung der Betriebsanlage über die Kapitalkraft des Einzelnen hinausging. Schon sehr früh ist es dafür in Deutschland, wo der genossenschaftliche Gedanke von jeher rege war, zu gemeinsamen Betriebs-einrichtungen gekommen. So zu gemeinsamen Gerbereien, Molkereien, Färbereien, Bäckereien, Schlächtereien, Brauereien. Anfänglich erschienen diese Betriebe noch als ein Anhängsel der Hauswirtschaft, jeder hatte z. B. reihum das Recht, das gemeinsame Brauhaus, den gemeinsamen Backofen zu benutzen. Allmählich werden diese Tätigkeiten zu selbständigen Erwerbszweigen, aber die gemeinsamen Betriebe, losgelöst von der Hauswirtschaft, bleiben erhalten. In anderen Produktionszweigen, dem Bergbau, dem Eisenhüttenwesen, der Salzgewinnung haben sich daraus allmählich bestimmte Gesellschaftsformen, die Gewerkschaften entwickelt.

Im großen und ganzen aber bleibt in der Produktion auf der Stufe des Handwerks die Erwerbstätigkeit ungetrennt von der Hauswirtschaft, und dasselbe gilt auch für die Hausindustrie. Wie aus ihrem Namen hervorgeht, ist gerade hier die Verbindung von Erwerbstätigkeit und Hauswirtschaft noch besonders eng, zumal hier nur selten neben den Familienmitgliedern fremde Arbeitskräfte verwendet werden.<sup>8)</sup> Eine vollständige Trennung des erwerbswirtschaftlichen Betriebes von dem hauswirtschaftlichen erfolgt aber erst bei dem modernen Großbetrieb, sowohl in Form der Manufaktur als auch besonders der Fabrik und ebenso bei den größeren Handels- und Transportunternehmungen. Hand in Hand geht damit die schon erwähnte Zurückdrängung der hauswirtschaftlichen Produktion. Denn je mehr Güter Gegenstand der Massenproduktion wurden, umso mehr mußten sie der hauswirtschaftlichen Tätigkeit entzogen werden.

Die Zusammenfassung zahlreicher technisch selbstständiger Betriebe in einer Unternehmung hat heutzutage



tage, namentlich in der Eisen- und Elektrizitätsindustrie sowie im Transportwesen, den denkbar größten Umfang angenommen. Die sog. „Konzentration“ der Unternehmungen geht aber noch weit darüber hinaus, indem innerhalb einer großen Kombinationsunternehmung einzelne Abteilungen wiederum mehr oder weniger selbständige Wirtschaften darstellen. Häufig sind sie auch aus einer früher völlig selbständigen Unternehmung entstanden, die in irgend einer Weise einer anderen eingegliedert wurde. Das Charakteristikum einer solchen „Teilunternehmung“, wie man sie vielleicht am besten bezeichnen kann, im Gegensatz zum bloßen „Betriebe“, ist, daß sie rechnungsmäßig in der Gesamtunternehmung ein gewisses eigenes wirtschaftliches Leben führt. Sie hat eine eigene Bilanz, liefert nicht nur, wie ein Betrieb, technische Produkte, sondern sie liefert Waren, die sie auch innerhalb der Gesamtunternehmung an etwaige weiterverarbeitende andere Teilunternehmungen ebenso verkauft wie nach außerhalb. Im einzelnen Falle kann diese wirtschaftliche Selbständigkeit verschieden gestaltet, mehr ausgedehnt oder auch stärker beschränkt sein.

Als ein Beispiel sei das größte industrielle Unternehmen Deutschlands, die Firma Krupp, angeführt, die zwar jetzt als Aktiengesellschaft konstituiert ist, sich aber im Besitze ganz weniger Personen befindet. Das Unternehmen besteht aus der Gußstahlfabrik in Essen, die selbst wieder in ca. 60 Betriebe zerfällt, den Kohlenzechen bei Essen und Bochum, verschiedenen Eisensteingruben, der Mühlhofener Hütte bei Engers, der Hermannshütte bei Neuwied, der Sanner Hütte bei Sann, der Friedrich-Alfred-Hütte bei Rheinhausen, dem Stahlwerk Annen, dem Grusonwerk in Magdeburg-Buckau, der Germaniawerft in Kiel-Gaarden und einer Reederei in Rotterdam. In allen Werken zusammen werden über 61 000 Arbeiter und über 8000 Beamte beschäftigt. —

Von der größten Bedeutung ist diese so viel beachtete und beschriebene „Entwicklung zum Großbetrieb“ auch für



die in der Produktion tätigen Arbeitskräfte gewesen. Die für diese Personen eingetretenen Veränderungen sind geradezu das soziale Problem des 19. Jahrhunderts gewesen. Diese Dinge sind so bekannt, daß ich hier nur der Vollständigkeit halber sie in Kürze erwähnen möchte. Beim mittelalterlichen Gewerbe gehörten Arbeitgeber und Arbeiter, Meister, Gesellen und Lehrlinge derselben sozialen Schicht an. Jeder hatte ursprünglich Aussicht, selbst Meister zu werden. Die Zunft beschränkte den Zutritt von Lehrlingen und Gesellen zu diesem Zwecke. Aber auch wo das in den späteren Zeiten nicht mehr überall möglich war, war doch die soziale Differenzierung zwischen Meister und Gesellen keine sehr scharfe. Und auch noch heute ist sie überall nicht sehr bedeutend, wo der Kleinbetrieb existiert. Dagegen stehen beim Großbetrieb ein oder wenige kapitalbesitzende Unternehmer einer großen Menge kapitalloser Arbeiter gegenüber, die keine Aussicht haben, jemals zur Unternehmerstellung zu gelangen. Die Entwicklung der Produktionsunternehmung bedeutet daher eine außerordentliche Verschärfung der sozialen Gegensätze, und diese Erscheinung ist seit der Mitte des 19. Jahrhunderts das Zentralproblem der modernen Volkswirtschaften geworden.

Diese sozialen Gegensätze wurden noch gesteigert durch das Aufkommen falscher ökonomischer Theorien, die man, weil sie auf den damaligen Anschauungen der Wissenschaft fußten, bis in die neueste Zeit hinein nicht völlig widerlegen konnte. Der sog. wissenschaftliche Sozialismus von Marx, Rodbertus, Cassalle lehrte, den Arbeitern gehöre das Produkt, das sie herstellen, der Gewinn der Unternehmer beruhe auf der Ausbeutung der Arbeiter. Diese Lehre, die ihre schärfste Zuspitzung in der Marxschen Mehrwerttheorie gefunden hat, beruht auf der bis in die neueste Zeit von der Wissenschaft vertretenen und auch heute noch nicht ganz überwundenen Arbeitswerttheorie, wonach die Güter Wert erhalten, weil Arbeit auf sie verwendet wurde. Heute wissen

wir, daß die Bewertung etwas rein subjektives ist, daß noch so vollkommen produzierte Güter nur dann Wert haben und einen Preis erzielen, wenn ein Bedarf zahlungsfähiger Konsumenten für sie vorhanden ist. Die Arbeiter produzieren also nicht den Wert der Güter, stellen überhaupt keine Güter her, sondern nur Produkte. Ob diese Produkte zu Gütern werden und ob sich ein Gewinn mit ihnen erzielen läßt, hängt nicht von den Arbeitern ab, sondern allein von der richtigen Einschätzung der Bedürfnisse der Konsumenten seitens der Unternehmer. Daher haben die Arbeiter auch keinen Anspruch auf den Gewinn, den der Unternehmer möglicherweise erzielt, sondern fahren am besten, wenn sie auch am Risiko keinen Teil haben, vielmehr von vornherein mit festen Lohnvereinbarungen abgefunden werden. Daß bei diesen Vereinbarungen der Arbeiter oft der schwächere Teil und dem Unternehmer in die Hand gegeben ist, ist richtig. Doch braucht es nicht immer der Fall zu sein, und die Arbeiter haben die Möglichkeit, durch gemeinsame Organisationen ihre Macht gegenüber den Unternehmern zu stärken. Jedenfalls kann daraus kein allgemeiner Einwand gegen das Prinzip dieser Arbeitsverfassung hergeleitet werden, welches vielmehr bei den Großbetrieben in der modernen Unternehmung das einzig mögliche ist.

#### 4. Einzelunternehmungen und Gesellschaftsunternehmungen.

Die völlige Trennung von Haus- und Erwerbswirtschaft spricht sich besonders deutlich bei denjenigen Unternehmungen aus, die sich nicht im Besitze eines Einzelnen, sondern einer Mehrheit von Unternehmern befinden. Eine Unternehmung kann natürlich im Eigentum einer oder mehrerer Personen stehen und darnach unterscheidet man Einzel- und Gesellschaftsunternehmungen. Was diese Unterscheidung ökonomisch bedeutet, ist leicht einzusehen. Ein einzelner Unternehmer erhält den ganzen Gewinn, trägt aber auch das ganze



Risiko. Bei mehreren Unternehmern wird beides verteilt. Der einzelne Unternehmer muß das ganze Kapital allein beschaffen, bei Gesellschaftsunternehmungen teilen sich mehrere in diese Aufgabe. Allerdings kann heute der einzelne Unternehmer sein Kapital durch Kreditinanspruchnahme ergänzen — und dies geschieht auch bei allen Unternehmungsformen in größtem Umfange. Aber auch Kredit wird leichter gewährt, wenn mehrere Unternehmer dafür einstehen. Der einzelne Unternehmer trägt aber auch die ganze Verantwortung für seine Unternehmung. Ihr Mißlingen kann für ihn den Verlust seines Kapitals, aber auch seiner wirtschaftlichen und sozialen Stellung bedeuten. Das wird ihn zur größten Anspannung seiner Fähigkeiten anspornen. Das Selbstinteresse wird nirgends so wirksam werden wie in der Einzelunternehmung. Aber nicht nur sein eigener wirtschaftlicher Erfolg hängt von ihm, seinen Fähigkeiten, Kenntnissen, seiner Arbeitsamkeit ab. Jede Unternehmung arbeitet mit fremden Arbeitskräften und zum Teil mit fremdem Kapital. Und wenn auch heute der freie Arbeitsvertrag gilt und die Leistungen des Arbeitgebers über den Lohn hinaus, z. B. für Sicherheit und Schutz der Gesundheit im Betriebe ziemlich genau gesetzlich festgelegt sind, so bleibt doch eine gewisse soziale Verantwortlichkeit den Arbeitern gegenüber bestehen. Auch die Kreditinanspruchnahme ist heute ein reines Geschäft, und der Kreditgeber hat selbst auf die Sicherung seiner Forderung zu sehen. Aber nichtsdestoweniger ist die Verantwortlichkeit keine rein rechtliche, und die öffentliche Meinung berücksichtigt gerade in Deutschland besonders stark die gesellschaftlichen und sozialen Verpflichtungen, die dem Unternehmer über das gesetzlich Geforderte hinaus obliegen.

Das große Kapitalerfordernis und die große Verantwortlichkeit bewirken, daß sehr umfangreiche Unternehmungen meist in Gesellschaftsform geschaffen zu werden pflegen. Nur besonders tatkräftige Unternehmer, hervorragende organisatorische Talente werden imstande sein,



eine große Unternehmung ganz mit eigener Verantwortung aufzubauen und gewöhnlich werden diese Unternehmungen nach ihrem Ableben oder schon bei Lebzeiten in der einen oder anderen Weise in die Gesellschaftsform übergeführt.

Die Einzelunternehmung hat allgemein ihre Stelle da, wo es weniger auf Beschaffung großen Kapitals als auf schnelle Entschlüsse, rasche Dispositionsfähigkeit des Unternehmers ankommt. Daher ist die Einzelunternehmung besonders verbreitet im Handel. Hier ist auch im Verhältnis zum Gewerbe wegen des rascheren Kapitalumschlags meist kein so großes Kapital nötig. Es handelt sich meist um umlaufendes Kapital, und auch der kurzfristige Kredit zur Ergänzung des eigenen Kapitals kann meist leichter beschafft werden. Je größer eine Unternehmung wird, desto mehr wird aber auch im Handel die Gesellschaftsunternehmung oft deswegen nötig, weil die Leitung die Kräfte eines Einzelnen übersteigt.

Wo mehrere Eigentümer einer Unternehmung vorhanden sind, muß die Rechtsordnung die Rechtsverhältnisse zwischen ihnen, ihre Ansprüche auf den Ertrag, die Verteilung des Verlustes, dann besonders aber auch die Rechtsverhältnisse nach außen, die Befugnis des Einzelnen zum Abschluß von Verträgen, die Haftung gegenüber den Gläubigern usw. regeln. Das heutige deutsche Recht hat daher die sog. Handelsgesellschaften ausgebildet: Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Aktiengesellschaft und ihre Zwischenformen, daneben noch durch besonderes Gesetz die Gesellschaft m. b. H. Aus dem älteren deutschen Recht besteht noch die Gewerkschaft als eine besondere Gesellschaftsform für den Bergbau. Außerdem ist noch die Kolonialgesellschaft zu nennen, bei welcher als Gegengewicht gegen verschiedene Erleichterungen in der Organisation eine Staatsaufsicht (durch den Reichskanzler) eingeführt wurde.

Wir werden im folgenden Kapitel die Entstehung

und rechtliche Organisation dieser „Handelsgesellschaften“ noch näher kennen lernen. Hier zunächst noch einige statistische Angaben über das Verhältnis von Einzel- und Gesellschaftsunternehmungen. Einzelinhabern gehörten im Deutschen Reiche 1907 1674131 Gehilfenbetriebe im Gewerbe mit 7523707 beschäftigten Personen. Dazu kommen noch die Alleinbetriebe mit 1451701 Personen, sodaß 3125833 gewerbliche Betriebe mit 8975408 beschäftigten Personen in der Hand von Einzelinhabern (freilich nicht alles Unternehmern in unserm Sinne) sich befanden, das sind  $95\frac{1}{3}\%$  aller gewerblichen Betriebe überhaupt und 92% aller Gehilfenbetriebe. Man erkennt daraus das ungeheure Überwiegen der kleineren Betriebe, sogar was die beschäftigten Personen anbelangt. „Mehreren Gesellschaftern“ gehörten demgegenüber 82370 gewerbliche Betriebe mit 2151248 beschäftigten Personen, Aktien- und Aktienkommanditgesellschaften 10172 Betriebe mit 1807231 beschäftigten Personen, Gesellschaften m. b. H. 11001 Betriebe mit 534328 Personen, Gewerkschaften 510 Betriebe mit 229993 Personen, Kommanditgesellschaften 1636 Betriebe mit 129907 Personen, eingetragenen Genossenschaften 8122 Betriebe mit 47809 Personen, Vereinen 5109 Betriebe mit 30116 Personen, der Rest von 469 Betrieben mit 9214 Personen anderen privaten Unternehmungen.<sup>9)</sup>

Ganz andere Zahlen würden sich freilich ergeben, wenn es möglich wäre, die investierten Kapitalien oder auch die hergestellte Produktenmenge einander gegenüberzustellen. Sehr viel größer als in Deutschland ist die Bedeutung der Gesellschaftsunternehmungen in manchen anderen Ländern, besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika. In Belgien war 1906 etwa die Hälfte der gewerblichen Arbeiterschaft in Aktiengesellschaften tätig, in Amerika über 70%, während in Deutschland Aktiengesellschaften, Gewerkschaften und Gesellschaften m. b. H. nur etwa  $12\frac{1}{2}\%$  der gesamten gewerblichen Arbeiter beschäftigen.



In den Vereinigten Staaten versucht die Statistik, die Zahl der Betriebe und der beschäftigten Arbeiter, die Höhe der investierten Kapitalien, des Wertes der Produkte und der gezahlten Arbeitslöhne in den verschiedenen Unternehmungsformen im Gewerbe (ohne Handel und Verkehr) festzustellen. Doch können diese Zahlen nicht Anspruch auf große Genauigkeit erheben. Im Jahre 1905 ergab:

Unter- nehmungs- formen	Zahl der Betriebe	%	Kapital. in Mill. Doll.	%	Zahl der Arbeiter	%	Arbeits- löhne in Mill. D	%	Wert der Produkte in Mill. D	%
Einzelunter- nehmung .	113 961	52,7	965,83	7,6	755 972	13,8	346,85	13,3	1 702,98	11,5
Off. Handels- gesellschaft .	47 942	22,2	1 088,89	9,4	841 280	15,4	380,33	14,5	2 132,62	14,4
Aktiengesell- schaft . . .	51 156	23,6	20 510,81	82,8	3 864 549	70,6	1 879,56	72	10 912,08	73,7
Verschiedene .	3 203	1,5	20,73	0,2	8 520	0,2	4,80	0,2	54,47	0,4

Man hat nun bis in die neueste Zeit hinein diese sog. Handelsgesellschaften auch in der National-ökonomie fast ausschließlich vom juristischen Standpunkt aus betrachtet, hat namentlich die Formalien derselben, ihre Organe, ihre Rechtsverhältnisse im Inneren und nach außen erörtert. Demgegenüber möchte ich versuchen, die Gesellschaftsunternehmungen — wir vermeiden also den Ausdruck Handelsgesellschaften, denn speziell mit dem Handel haben diese Unternehmungen gar nichts zu tun — vor allem vom ökonomischen Standpunkt aus zu betrachten. Dafür hat aber die von der Jurisprudenz vorgenommene Unterscheidung ihrer verschiedenen Formen eine sehr geringe Bedeutung. Denn ökonomisch sind ganz andere Dinge von Wichtigkeit, als wie sich juristisch die offene Handelsgesellschaft von der Kommanditgesellschaft und diese von der Aktiengesellschaft



unterscheidet. Worauf es ökonomisch vor allem ankommt, das möchte ich, scharf zugespitzt, etwa folgendermaßen ausdrücken: ob eine Unternehmung nur einen Besitzer oder zwei, drei, vier Besitzer hat und dementsprechend im letzteren Fall in irgend einer Gesellschaftsform organisiert ist, das ist für die ökonomische Betrachtung ganz gleichgültig. Von ungeheurer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist aber, daß es heute Unternehmungen gibt, die Hunderte und Tausende von Besitzern haben, einerlei in welcher juristischen Form sie organisiert sind.

Warum ist das von so großer volkswirtschaftlicher Bedeutung? Die Antwort lautet: bei den Unternehmungen, die Hunderte und Tausende von Besitzern haben, müssen Unternehmungsbesitz und Unternehmungsleitung notwendigerweise getrennt sein. Die Besitzer sind die Unternehmer, die das Kapital zur Verfügung stellen und demgemäß das Risiko tragen. Aber es können nicht alle Hunderte oder Tausende Besitzer auch die Leitung haben. Hier wird also eine Trennung von Unternehmungsbesitz und Unternehmungsleitung unbedingt nötig und das ist ökonomisch von der größten Wichtigkeit. Daher unterscheidet sich ökonomisch eine Unternehmung mit einer kleinen Zahl von Besitzern, die juristisch schon als Gesellschaftsunternehmung, meist als offene Handelsgesellschaft, organisiert sein muß, nicht wesentlich von der Einzelunternehmung. Wo aber Unternehmungsbesitz und Unternehmungsleitung getrennt sind, konnte eine beliebig große Zahl von Leuten mit bloßer Kapitalbeteiligung zur Errichtung großer Unternehmungen herangezogen werden. Es war anzunehmen, daß sie ihr Kapital zur Verfügung stellen würden, sobald man ihnen nur hohe Erträge zusichern konnte. Es können also auf diese Weise die größten Unternehmungen errichtet werden, und die Gesellschaftsunternehmungen, die diese Heranziehung des Kapitals am besten ermöglichen, die Aktiengesellschaften, verdanken daher ihre Entwicklung und ihre gewaltige heutige Ausdehnung dem Umstande, daß

die technischen Fortschritte, z. B. für Eisenbahnbauten, die Beschaffung der größten Kapitalmengen notwendig machen.

Aus dem Gesagten ergibt sich schon, daß wir an Stelle der juristischen Unterscheidung der Handelsgesellschaften vom ökonomischen Standpunkt aus zwei Arten von Gesellschaftsunternehmungen zu unterscheiden haben: Personal- und Kapitalgesellschaften. Die Personalgesellschaften, deren juristischer Haupttypus die offene Handelsgesellschaft ist, stehen ökonomisch der Einzelunternehmung am nächsten. Es handelt sich bei ihnen um das Zusammenwirken weniger Personen, einerlei in welcher juristischen Form. Einige wenige Personen ergänzen durch sie ihre Arbeit und ihr Kapital. Besonders häufig ist heute bei Produktionsunternehmungen die Verbindung eines Kaufmanns mit einem Techniker, also eine ganz naturgemäße Arbeitsteilung in der Unternehmensleitung, die juristisch eine Gesellschaftsform erfordert. Auch sonst ist gewöhnlich eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den Inhabern einer Personalgesellschaft vorhanden. Das Zusammenwirken von Arbeitskräften ist meist wichtiger als die Ergänzung des Kapitals, die ja auch im Wege des Kredits erfolgen kann. (Die sog. stille Gesellschaft, bei welcher ein Teil der Mitglieder nur mit Kapital beteiligt ist, ist ökonomisch überhaupt keine Gesellschaft, sondern ein Kreditverhältnis, nur nicht mit fester Verzinsung, sondern mit schwankender Beteiligung der Einleger am Gewinn. Denn der stille Gesellschafter wird nicht Miteigentümer der Unternehmung, vielmehr der Unternehmer Eigentümer der Einlage des stillen Gesellschafters.)

Ganz anders die Kapitalgesellschaften, deren juristischer Haupttypus die Aktiengesellschaft ist. Hier tritt die Person der Unternehmer ganz in den Hintergrund, nicht auf die Vereinigung der Arbeitskräfte der Mitglieder kommt es an, ihre Kapitaleinlagen scheinen hier ganz allein und ganz losgelöst vom Vermögen ihrer Besitzer selbständig wirksam zu werden. Das ist



es eben, was man als unpersönlichen Kapitalismus bezeichnet hat. Aber das darf nicht so aufgefaßt werden, wie es der Sozialismus tut und wie es, ihm folgend, eine sehr verbreitete Phrase geworden ist, von der Wirksamkeit des Großkapitals zu reden, als ob heute faktisch das Kapital irgendwie von selbst wirksam werde. Vielmehr müssen auch hier leitende Persönlichkeiten vorhanden sein, die das Ganze organisieren. Daß man das lange ganz übersah, führte zu den Versuchen, die Arbeiter im Wege der sog. Produktivgenossenschaften zu Unternehmern zu machen, wovon wir im Kapitel über die Genossenschaften noch sprechen werden. Man glaubte, die Arbeiter brauchten nur das Kapital in die Hand zu bekommen, dann könnten sie selbst große Unternehmungen leiten. Bemerkenswert ist aber, daß bei diesen Kapitalgesellschaften auch die Leiter nicht selbst Unternehmer, nicht selbst mit Kapital an der Gesellschaft beteiligt zu sein brauchen, sondern Angestellte derselben sind. Charakteristisch ist m. a. W. die Trennung von Unternehmungsbesitz und Unternehmungsleitung.

Weil so die große Mehrheit der Aktionäre mit der Leitung der Unternehmung gar nichts zu tun hat, der Einzelne vielmehr nur sein Kapital zur Verfügung stellt, und sich um die Gesellschaft oft sehr wenig kümmert, hat man die Frage aufgeworfen, wer denn in einer Aktiengesellschaft der Unternehmer sei. Und manche sehen eben die Leitung der Unternehmung als das Wesentliche an, Unternehmer bei einer Aktiengesellschaft sind darnach die Direktoren. Das ist aber eine ganz unökonomische Auffassung. Dann wäre z. B. der Eisenbahnminister Unternehmer und nicht der Staat, auf dessen Rechnung und Gefahr die Eisenbahnen gebaut und betrieben werden. Vielmehr ist Unternehmer auch bei der Kapitalgesellschaft, wer die Kosten und die Gefahr trägt, also die Aktionäre. Vor allem natürlich die ersten Aktionäre, die Gründer, die den Anstoß zur Unternehmung gaben. Dann später aber jeder, der sich an der Unternehmung mit Erwerb



von Anteilen beteiligt. Denn wenn sich auch der einzelne Aktionär oft seiner Unternehmerstellung gar nicht bewußt ist, ermöglicht er doch seine Erwerbung von Aktien die Gründung oder Weiterführung der Unternehmung. Denn wenn niemand die Aktien erwerben wollte, würde die Unternehmung nicht zustande kommen oder müßte schließlich aufhören zu bestehen. Unternehmer sind also die Gesamtheit der jeweiligen Aktionäre, die durch ihre Kapitalbeteiligung den Willen zum Betrieb derselben bekunden und in deren Eigentum sie ja auch steht.

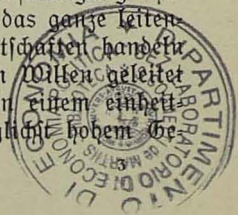
Wenn auch, wie die oben mitgeteilten Zahlen be- weisen, die Einzelunternehmungen in Deutschland nicht nur ihrer Zahl, sondern auch den beschäftigten Personen nach weit überwiegen, so sind doch die Gesellschaftsunternehmungen, besonders die Kapitalgesellschaften, für die ganze Struktur der heutigen Volkswirtschaft von solcher Bedeutung, daß wir im zweiten Kapitel sie eingehend behandeln müssen.

### 5. Die Umgestaltung des Tauschverkehrs durch die Unternehmung.

Wir haben bisher gesehen, wie durch die Entwicklung der modernen Unternehmung gegenüber dem Zustand des mittelalterlichen Gewerbes sich die innere Organisation der privaten Wirtschaft von Grund aus geändert hat, wie mit einem Worte im Zustande der heutigen unternehmungsweisen Bedarfsbefriedigung an Stelle der eng mit der Hauswirtschaft verbundenen Erwerbstätigkeiten ganz anders geartete selbständige Erwerbswirtschaften die Grundzelle der volkswirtschaftlichen Organisation bilden. Wir haben jetzt noch zu zeigen, wie diese volks- oder tauschwirtschaftlichen Organisationen selbst, d. h. die Beziehungen zwischen den einzelnen Erwerbs- und Hauswirtschaften sich mit der Entwicklung der modernen Unternehmungen geändert haben. Diese

Veränderungen der volkswirtschaftlichen Organisation sind schon viel mehr als jene Umbildungen innerhalb der Einzelwirtschaft Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung gewesen. Bei der Aufstellung sog. Wirtschaftsstufen pflegt man sie zum Ausgangspunkt zu nehmen.

Der mittelalterliche Tauschverkehr war in größtem Umfange durch die Obrigkeit, durch Preistaren, Schau-, Meister- und Gesellenprüfungen usw. reguliert. Allerdings gab es schon früh außerhalb der Zunftordnung stehende Gewerbe, wie Bergbau und Eisenhüttengewerbe, die von jeher in verhältnismäßig großen Betrieben ausgeübt wurden. Aber überall regelte die Obrigkeit den Zutritt zum Gewerbe, überall war eine besondere Konzession nötig und in sehr vielen Gewerben waren die Größe des Betriebs und der Umfang der Produktion genau vorgeschrieben. Wie ganz anders heute! Jeder Unternehmer wendet sich seinem Erwerbszweig völlig frei und ganz aus eigenem Antrieb zu, ausschließlich bestimmt durch seine Erwartungen auf Gewinn. An Stelle der alten Gebundenheit ist die vollständige Gewerbefreiheit getreten. Niemand kümmert sich darum, ob auch den einzelnen Erwerbszweigen entsprechend der Zunahme des Bedarfs genügend Unternehmer und Arbeiter zufließen, niemand regelt mehr den Zutritt zu den verschiedenen Gewerben, nur das Streben nach möglichst hohem Gewinn bewirkt, daß neue Unternehmungen überall da gegründet werden, wo die Unternehmer einen überdurchschnittlichen Gewinn erwarten zu können glauben. So sehen wir, daß, wenn ein Unternehmungszweig mehr als andere prosperiert, sofort das Kapital ihm zufließt, und neue Unternehmungen ins Leben ruft. Es ist also der heutigen unternehmungsweisen Bedarfsbefriedigung charakteristisch, daß ihr ein übergeordneter, das ganze leitender Wille fehlt. Aber die einzelnen Wirtschaften handeln so, wie wenn sie von einem einheitlichen Willen geleitet würden. Denn sie werden tatsächlich von einem einheitlichen Streben beherrscht, dem nach möglichst hohem Ge-





winn. Dieses wirkt also als automatisch wirkendes Prinzip in der heutigen Volkswirtschaft. Es ist nicht sowohl die freie Konkurrenz als vielmehr das ungehinderte Streben nach möglichst hohem Gewinn, welches die Anpassung der Produktion an den Bedarf gewährleistet. So wird durch den Tausch die denkbar vollkommenste Bedarfsbefriedigung erzielt.

Es ist aber klar, daß mit dieser anscheinend so vorzüglichen und automatisch wirkenden Organisation der Bedarfsbefriedigung ein großes Risiko für die Unternehmer verbunden ist. Hier stoßen wir wieder, von der volkswirtschaftlichen Seite aus, auf das Kapitalrisiko als das Wesensprinzip der Unternehmung. Der einzelne Unternehmer kann sich leicht über die Bedürfnisse der Konsumenten und den Umfang, in dem sie noch unbefriedigt sind, täuschen. Er weiß oft nicht, ob nicht andere Unternehmer besser oder billiger produzieren können. Oder es ändern sich die Bedürfnisse, neue Arten ihrer Befriedigung kommen auf und ganze Unternehmungszweige können so zugrunde gehen. Oder bei den gewaltigen Fortschritten der heutigen Technik kommen neue Produktionsmethoden auf, Millionen, die in die alten Einrichtungen und Anlagen gesteckt waren, können dadurch verloren gehen. Bekannte Beispiele sind die Ersetzung des älteren Sodabereitungsverfahrens nach Leblanc durch das vollkommenere nach Solvan und die Verdrängung des natürlichen Indigos durch den künstlichen. Man hat die unternehmungsweise Bedarfsbefriedigung, wo jeder isoliert auf eigenes Risiko und in Konkurrenz mit anderen seine Unternehmung errichtet und betreibt und in jedem Moment damit rechnen muß, durch einen neuen Unternehmer aus dem Felde geschlagen zu werden, den anarchischen Zustand der Produktion genannt. Die Produktionskrisen sind eine Folge dieses Zustandes, der Tatsache, daß ein einheitlicher Wille, der die Produktion organisiert und dem Bedarf anpaßt, fehlt.

Je komplizierter die Bedarfsversorgung wurde, je



mehr die Unternehmungen sich spezialisierten, je enger alle Volkswirtschaften mit einander verflochten und von einander abhängig wurden, um so schwieriger würde es für den einzelnen Unternehmer, alle die Verhältnisse auf längere Zeit zu übersehen, von denen der materielle Erfolg seines Unternehmens abhängt. Enorme Kapitalmengen können so in unzweckmäßiger Weise angewendet werden. Wieviel Waren werden produziert, besonders in Modeindustrien, die keinen lohnenden Absatz finden! Wieviel Lebensmittel gehen zugrunde, weil der Produzent oder der Händler sich über die momentane Nachfrage geirrt hat! Und doch wird durch das private Gewinnstreben unter Herrschaft der freien Konkurrenz zweifellos die vollkommenste Bedarfsbefriedigung gewährleistet, wie sie die öffentliche Unternehmung und auch die monopolisierte private nie herbeiführen könnten. Unzählige Gebrauchsgüter, die früher ganz unbekannt oder nur Wenigen zugänglich waren, sind durch sie Gemeingut Aller geworden. Fast alle Gegenstände wurden im Wege der Massenproduktion enorm verbilligt. Der Vorteil davon für den gesamten Kulturfortschritt ist gar nicht auszudenken. Mit der Zunahme des Kapitalreichtums in den entwickelten Volkswirtschaften stürzt sich das Anlage und Gewinn suchende Kapital auf jedes neu auftretende Bedürfnis und sorgt für seine Befriedigung. Aber noch mehr. Die unternehmungsweise Bedarfsbefriedigung zeichnet sich dadurch aus, daß sie geradezu neuen Bedarf schafft, neue Bedürfnisse anregt. Jeder Unternehmer sucht den anderen zu überbieten dadurch, daß er neue Waren, neue Muster auf den Markt bringt. Aber auch das geht heute vielfach ins Übermaß. Jede neue Idee, die Anklang gefunden hat, wird alsbald durch die übermäßige Konkurrenz zu Tode gehehrt. Das erstreckt sich ja heute selbst auf die Kunst. Jede neue Stilart, jede neue Geschmacksrichtung, wird durch die Massenfabrikation und die Konkurrenz in kürzester Zeit so allgemein gemacht, daß man sie bald satt bekommt und wieder nach etwas

anderem strebt. Jede Veränderung der Mode bringt gewaltige Umwälzungen hervor. Auf eine Modelaune bauen sich ganze Industrien auf, wie bei den Teddy-bears, der Chantecler-Mode u. a. Jeden Tag sucht man etwas neues zu bieten, die Ansichtskarten-, die Kinematographenindustrie sind typisch für diese Ruhelosigkeit des heutigen Erwerbslebens. Floriert irgendwo ein neues Unternehmen, so findet sich sofort das Kapital für eine Konkurrenzunternehmung. Bei uns in Deutschland kann man das am besten in Berlin beobachten, bei der Gründung immer neuer Theater, Restaurants, moderner Hotels, Eispaläste. Selbst auf die größten Äußerlichkeiten erstreckt sich die Konkurrenz. Nachdem in London ein Hotel mit dem Namen Carlton Erfolg gehabt hat und als vornehm gilt, muß jede größere Stadt jetzt ein Carlton-Hotel haben. Früher nannte man es Savoy oder Bristol.

Befindet sich so das Kapital geradezu in einem fortwährenden Wettlauf nach gewinnbringenden Unternehmungen, so kann es doch anderseits vorkommen, daß wirklich bahnbrechende, umwälzende Erfindungen in ihrer Bedeutung nicht erkannt werden, daß sich kein Unternehmer für sie findet. Mit den Patenten für Gasglühlicht, vielleicht derjenigen modernen Erfindung, die die allgemeinste Anwendung gefunden hat, ging der Erfinder seinerzeit sozusagen hausieren. Alle großen Banken lehnten ab, schließlich fand sich eine kleine Bankfirma, die die Auergesellschaft finanzierte.

Der völlig freie Zutritt zu jedem Gewerbe an Stelle der früheren obrigkeitlichen Regelung gilt nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die von ihnen beschäftigten Arbeiter. Ja, während dort im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Sittlichkeit noch mancherlei Beschränkungen vorhanden sind, staatliche Konzessionen, Prüfungen u. dergl. (z. B. für das Schankgewerbe, Apotheker, Ärzte usw.), können sich die unselbständigen Arbeiter ganz frei jedem beliebigen Berufe zuwenden. Beschränkungen gibt



es nur für jugendliche und weibliche, aber nicht für erwachsene männliche Arbeiter. Diese in der Gewerbeordnung ausgesprochene Freiheit, sich jedem Berufe zuwenden zu können, wird noch ergänzt durch die allgemeine Freizügigkeit, die auch erst im 19. Jahrhundert der früher vielfach, besonders in der Landwirtschaft, vorhandenen Gebundenheit Platz machte. Auch für die im festen Lohn angestellten Arbeitskräfte der modernen Unternehmungen gilt daher, daß nur das Streben des einzelnen nach möglichst hohem Gewinn ihre zweckmäßigste Verteilung auf die verschiedenen Erwerbszweige bestimmt. Jede andere Regelung entsprechend dem Bedarf nach Arbeitskräften in den einzelnen Gewerben fehlt vollkommen. Sind einem Erwerbszweige mehr Arbeitskräfte zugeströmt, als Bedarf dafür vorhanden ist, so drückt ihre Konkurrenz den Lohn; besteht in einem andern Gewerbe mehr Nachfrage nach Arbeitskräften, so steigt er dort, und dadurch und nur dadurch wird ihre zweckmäßigste Verteilung herbeigeführt. Für alle tauschwirtschaftlichen Tätigkeiten im Zustand freier Konkurrenz, sowohl Warenverkäufe wie Arbeitsleistungen, gilt also ein „Gesetz des Ausgleichs der Erträge“, aber der durchschnittliche „Grenzertrag“, bei welchem eine Leistung gerade noch vorgenommen wird, wird bei Kapitalleistungen und bei Arbeitsleistungen in verschiedener Weise festgestellt.<sup>10)</sup> Das sog. e h e r n e Lohngesetz, wonach der Lohn immer die Tendenz habe, sich dem Existenzminimum zu nähern, indem bei Überangebot von Arbeitskräften in einem Erwerbszweige die überflüssigen Arbeiter schließlich zugrunde gehen, bei starker Nachfrage nach solchen und damit höheren Löhnen die Arbeiterbevölkerung aber sich nur schneller vermehre und damit die Löhne wieder auf das Existenzminimum herabdrücke, ist die spezifisch sozialistische Darstellung der Bestimmungsgründe des Arbeitslohns in der unternehmungsweisen Wirtschaftsorganisation. Sie gibt aber nur die denkbar unterste Grenze des Lohns an, nicht den wirklichen Preis der Arbeit. Dieser wird, wie alle Preise, bei freier Konkurrenz nicht durch die



Produktions- oder Reproduktionskosten, sondern durch den Grenzertrag bestimmt. Bei Kapitaleleistungen ist dies der landesübliche Zinsfuß, bei Arbeitsleistungen der durchschnittliche Lebensstandard der betr. Arbeiterklasse. Dieser geht unter Umständen aber oft weit über das Existenzminimum hinaus.

Der Nachteil dieser ganzen Organisation des Arbeiterzuflusses zu den einzelnen Gewerben, die also auch wieder eine automatisch wirkende Selbstregulierung ist, besteht, wie man leicht erkennt, vor allem darin, daß der Arbeiter, der sich einmal einem bestimmten Beruf zugewendet hat, nur sehr schwer zu einem anderen übergehen kann, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften Veränderungen erleidet. Die Ausgleichung kann also hauptsächlich nur durch die jungen, neu dem Gewerbe sich zuwendenden Arbeiter erfolgen, ebenso wie bei den Unternehmern nur das neu aufzuwendende Kapital sich die günstigsten Anlagegelegenheiten suchen und so den Ausgleich der Erträge herbeiführen kann, während das alte meist festgelegt und, bei der Produktion wenigstens, nur schwer wieder herauszuziehen ist.

Diese Nachteile machen sich sowohl für die Unternehmer wie für die Arbeiter besonders bemerkbar bei den großen Umgestaltungen einzelner Gewerbe, die durch technische Fortschritte herbeigeführt werden. In der Regel handelt es sich dabei um eine Ersetzung von Arbeitskräften durch Maschinen. Es kann daher eine große Arbeitslosigkeit bestimmter Berufe die Folge solcher technischen Umwälzungen sein. Aus der älteren Zeit ist besonders die Verdrängung des Handwebstuhls durch den mechanischen Stuhl zu erwähnen, aus der neueren Zeit die Einführung der Setzmaschine im Buchdruckgewerbe und der Owenschen Flaschenmaschine in der Glasflaschenfabrikation. Namentlich in letzterem Falle hat man aber durch Vereinbarungen der Fabrikanten, welche die allmähliche Einführung regeln — es wurde ein europäischer Verband gegründet, welcher die Owenschen Patente ankaufte — einer plötzlichen Entlassung größerer Arbeitermengen vorgebeugt.

## 6. Neuere Entwicklungstendenzen der Unternehmung.

Man erkennt also, wie die Anpassung des Angebots von Waren und Arbeitskräften an die Nachfrage, die durch die freie Konkurrenz automatisch erfolgen soll, keineswegs durchaus befriedigend, sondern zum mindesten oft sehr schwerfällig und langsam arbeitet und große Erschütterungen in den einzelnen Erwerbszweigen oft nicht zu vermeiden vermag. Aus diesem Grunde sehen wir heute bei allen in die Tauschwirtschaft verschlochtenen Personen das Bestreben, die Konkurrenz untereinander auszuschalten und für ihren Erwerbszweig die Preise durch monopolistisches Zusammengehen einseitig zu bestimmen. Diese monopolistischen Vereinigungen, von denen besonders die Kartelle der Unternehmungen und die Gewerksvereine der Arbeiter bemerkenswert sind, bezwecken also zunächst für ihre Mitglieder beim Preiskampfe mit ihren Abnehmern günstigere Bedingungen durchzusetzen, darüber hinaus aber wollen sie durch Zusammenfassung des größten Teils der Angehörigen eines Erwerbszweiges und Beseitigung ihrer früheren Isolierung noch eine bessere gemeinsame Anpassung des Angebots an die jeweilige Nachfrage zur Durchführung bringen. Für die Unternehmungen bewirken sie so unter Umständen eine bedeutende Verminderung des Kapitalrisikos und sind daher für die neueste Entwicklung der unternehmungsweisen Bedarfsbefriedigung von der größten Wichtigkeit.

Die Erörterung dieser Organisationen gehört nun nicht zum Gegenstand dieser Schrift, in der wir es nur mit den Unternehmungsformen zu tun haben. Denn die Kartelle sind keine Unternehmungsform, obgleich sie noch vielfach in den Lehrbüchern, im Anschluß an die Lehre von den Unternehmungsformen behandelt werden. Sie sind keine eigenen Wirtschaften, üben keine eigene Unternehmungstätigkeit aus. Sie sind vielmehr vertragsmäßige Vereinbarungen zwischen selbständig bleibenden



Unternehmungen, deren äußere Form also durch jene nicht geändert wird. Ihr Zweck ist Beseitigung oder Einschränkung der Konkurrenz, und in einer systematischen Darstellung der Volkswirtschaftslehre müssen sie daher bei der Erörterung über Konkurrenz und Monopol betrachtet werden. Sie sind aber für die modernen Unternehmungen, wie wir eben ausführten, von der allergrößten Bedeutung und insofern bietet die Darstellung der Kartelle und Trusts, die wir in einer besonderen, in demselben Verlage erschienenen populären Schrift geliefert haben,\*) eine direkte Ergänzung unserer hier vorliegenden Darstellung der Unternehmungsformen. Beide Bände zusammen liefern eine ziemlich vollständige Übersicht über die Stellung und Entwicklungstendenzen der Unternehmung in der heutigen Volkswirtschaft. Die amerikanischen Trusts, in denen sich die beteiligten Unternehmungen zu einer gemeinsamen neuen Unternehmung zusammenschließen, bedeuten mit dieser Organisation freilich auch eine besondere Unternehmungsform (Beteiligungsgesellschaft), von der im folgenden Kapitel die Rede sein wird.

Aber mit den Kartellen und Trusts sind die Versuche der modernen Unternehmungen, die Konkurrenz auszuscheiden oder einzuschränken oder durch Zusammenschluß mit anderen sich für den Konkurrenzkampf Dritten gegenüber zu stärken, keineswegs erschöpft. Und diese verschiedenartigen Versuche, die man allgemein als die Konzentrationstendenz in der modernen Volkswirtschaft bezeichnet, sind von solcher Bedeutung für die Entwicklung der Unternehmungen, daß davon noch kurz die Rede sein muß. Besonders ist die Fusions- und die Kombinationsbewegung zu unterscheiden, die man auch beide mit dem Worte Integration zusammenfaßt. Auch hier handelt es sich nicht um neue Unter-

---

\*) Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation. 2. Aufl. Stuttgart 1911.



nehmungsformen, sondern um ökonomische Vorgänge, durch die die tauschwirtschaftliche Stellung der einzelnen Unternehmung erheblich umgestaltet wird, ohne daß ihre Form sich ändert. Die Fusion ist vor allem ein rechtlicher Vorgang, aber oft von den größten ökonomischen Folgen. Sie besteht in der völligen Verschmelzung einer Unternehmung mit einer anderen. Rechtlich kommen dabei besonders Gesellschaftsunternehmungen in Betracht, und die Gesetzgebung regelt die Frage nach der Sicherung der Rechte Dritter bei dem Aufgeben der Rechtspersönlichkeit der einen Gesellschaft. Ökonomisch ist aber der Vorgang bei Privatunternehmungen von ebensolcher Bedeutung. Die Fusion wird angewendet, um eine Unternehmung durch Angliederung anderer zu vergrößern. Es können dadurch technische und kaufmännische Vorteile erzielt werden: umfangreichere Anwendung von Maschinen, bessere Ausnützung derselben, Verbilligung der Generalunkosten, Verstärkung der Kapitalkraft u. dgl. Insbesondere finanzielle Zwecke sind sehr häufig mit einer Fusion verbunden. Sie kann aber auch erfolgen, um die Konkurrenz mit den fusionierten Unternehmungen auszuschalten. Die so vergrößerte Unternehmung kann dann entweder gegen noch Unabhängige den Konkurrenzkampf mit größerer Macht und Kapitalkraft führen, oder aber sie beseitigt durch die Fusion die Konkurrenz überhaupt oder doch auf einem bestimmten Gebiete (monopolistische Fusionen). Fusionen spielen bei den heutigen Großbetrieben in Gewerbe, Handel und Verkehr eine solche Rolle, die großen Unternehmungen suchen sich dermaßen durch Angliederung anderer Unternehmungen auszudehnen, daß man geradezu von einer Entwicklung vom Großbetriebe zum „größeren Betriebe“ gesprochen hat. Die gewaltige Entwicklung unserer großen Montanwerke, Banken, Elektrizitätsgesellschaften, chemischen Fabriken, Schiffsahrtsunternehmungen ist zu einem erheblichen Teil auf die Angliederung anderer Unternehmungen durch Fusionen zurückzuführen. Die Phönix-

Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb hatte z. B. bis 1898 ein Kapital von zirka 21 Millionen Mark, heute beträgt dasselbe 106 Millionen Mark. Das Aktienkapital der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft betrug bis 1899 35 Millionen Mark, heute ist dasselbe auf 180 Millionen Mark angewachsen. Aus der in Zahlungsstockung geratenen Aktiengesellschaft für Eisen- und Kohlenindustrie Differdingen-Dannenbaum entstand 1901 mit 20 Millionen Mark Kapital die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-Gesellschaft. Heute, nach Fusionierung mit zahlreichen anderen Kohlenzechen und Eisenwerken beträgt dasselbe 100 Millionen Mark. Alle diese Gesellschaften haben sich durch Fusionierung mit anderen in dieser Weise entwickelt, und manche Unternehmungen haben dadurch schon eine solche Größe erlangt, daß ihre Verhältnisse kaum noch zu übersehen sind. Hier liegt die Grenze für die Fusionen bei der einzelnen Unternehmung. Aber die Zahl solcher Verschmelzungen ist noch dauernd im Wachsen begriffen, und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Handelspresse Nachrichten darüber bringt.

Die Kombinationen sind demgegenüber eine rein wirtschaftliche Erscheinung, die aber auch in der juristischen Form der Fusion erfolgen kann. Es handelt sich dabei um die Erweiterung einer Unternehmung in der Weise, daß ihrem bisherigen Produktionszweige vor- ausgehende oder nachfolgende Produktionsstadien hinzugefügt werden. Das kann durch eigene Errichtung neuer Betriebe, z. B. Bau einer eigenen Kohlenzeche, einer eigenen Hochofenanlage, eines eigenen Röhrenwerks, oder auch durch Angliederung einer bisher schon bestehenden Unternehmung im Wege der Fusionen geschehen. In diesen Kombinationen spricht sich vor allem die heutige Tendenz zum größeren Betriebe aus. Große Unternehmungen suchen selbst in die verschiedenen Zweige der Rohstoffgewinnung oder Weiterverarbeitung einzudringen und sich damit von gewissen Lieferanten oder Abnehmern unabhängig zu machen. So sehen wir namentlich in der



Montanindustrie, daß die ganz großen Unternehmungen heute die verschiedensten Betriebe umfassen. Von eigenen Kohlenzechen, Erzgruben und Kalksteinbrüchen über alle Zweige der Weiterverarbeitung bis zu Röhrenwerken, Drahtstiftfabriken und eigenen Konstruktionswerkstätten. Ebenso stellen unsere großen elektrotechnischen Fabriken alles, was irgend mit Elektrizität zu tun hat, von den großen Dynamos bis zum Metallsfaden der Glühlampe in eigenen Werkstätten her, umfassen die verschiedensten Betriebe von der Gießerei bis zur Gummifabrik.

Gerade durch die Verschmelzung mit anderen gleichartigen Unternehmungen wurde vielfach die Angliederung solcher vor- oder weiterverarbeitender Produktionsstadien an den eigentlichen Hauptgeschäftszweig erst möglich. Diese Kombination ist also gerade das Gegenstück zu der früher erwähnten Spezialisierung. Beide Entwicklungstendenzen spielen in der heutigen Volkswirtschaft nebeneinander eine Rolle, sind in besonderen Fällen zweckmäßig. Die Kombination hat den Vorteil, daß dadurch die Gewinne, die früher die spezialisierten Unternehmungen an ihrem Teilprodukt machten, gespart werden. Die Kombinationsunternehmung berechnet sich für jedes Teilprodukt nur ihre Produktionskosten. Sie ist damit nicht kombinierten Unternehmungen, die alle Rohstoffe und Halbfabrikate von anderen kaufen müssen, erheblich überlegen. Diese Überlegenheit ist in der Montanindustrie noch dadurch besonders groß, daß sie selbst es ist, von der die spezialisierten Unternehmungen ihre Rohstoffe, z. B. Roheisen und Halbzeug, kaufen müssen. Aber auch die Zwischengewinne der Händler fallen bei den Kombinationsunternehmungen oft hinweg, ebenso bedeuten sie meist eine Ersparnis von Transportkosten. Diese Kombinationsunternehmungen erlangten um so größere Wichtigkeit, je mehr sich die Rohstoffkartelle entwickelten und die Preise hochhielten. Solange dagegen unter den Rohstoffproduzenten, Konkurrenzkampf herrscht, hat die Kombinationsunternehmung geringere Vorteile,



da man unter Umständen damit rechnen kann, die Rohstoffe ebenso billig von fremden Unternehmungen kaufen zu können. Aber auch technische Fortschritte, z. B. die Ausnutzung der Hochofengase für den Antrieb von Maschinen, haben in der Montanindustrie die Kombinationstendenz sehr gefördert.

In technischer Beziehung kann man es so geradezu als ein Charakteristikum der heutigen Entwicklungsstufe des Großbetriebs im Gewerbe bezeichnen, daß heute nicht mehr wie früher in der Regel jeder Betrieb auch ökonomisch eine Unternehmung darstellt, sondern daß es für große Unternehmungen charakteristisch ist, daß sie mehrere Betriebe umfassen. Doch tritt dieser technische Gesichtspunkt hinter einem ökonomischen an Bedeutung zurück, und das ist die intensive Verflechtung, in der heute große Unternehmungen mit zahlreichen anderen zu stehen pflegen. Diese Verflechtung kann in den verschiedensten Formen geschehen, z. B. dadurch, daß Leiter oder Aufsichtsräte der einen Unternehmung in die Leitung oder den Aufsichtsrat der anderen eintreten, daß sie gemeinsam ihre Rohstoffe einkaufen, große Aufträge gemeinsam übernehmen (namentlich in der elektrischen Industrie und im Bauwesen), daß eine Unternehmung mit andern langdauernde Lieferungs- oder Abnahmeverträge abschließt, daß die eine den ganzen Betrieb oder Teilbetriebe einer anderen pachtet usw. Besondere Bedeutung haben neuerdings die Interessengemeinschaften erlangt, die darin bestehen, daß zwei, selten mehr Unternehmungen ihre Gewinne gemeinsam nach einem bestimmten Verhältnis, gewöhnlich nach der Größe des Aktienkapitals verteilen. Dadurch wird die Konkurrenz zwischen ihnen, das Unterbieten in den Preisen, vollkommen ausgeschaltet, d. h. überflüssig gemacht. Die bedeutendsten derartigen Interessengemeinschaften, die heute existieren, sind wohl die zwischen den beiden Gruppen der größten chemischen Fabriken: Elberfelder Farbenfabriken—Badische Anilin- und Sodafabrik—Berliner Aktiengesell-

schaft für Anilin-Fabrikation und Höchster Farbwerke—  
Cassella u. Co.—Kalle u. Co.

Don noch größerer volkswirtschaftlicher Bedeutung, weil viel allgemeiner anwendbar, ist aber die Verflechtung mehrerer Unternehmungen durch Beteiligung, d. h. durch Erwerb von Aktien anderer Unternehmungen. Doch setzt diese Organisation bei den so verbundenen Unternehmungen die Gesellschaftsform voraus. Daher sollen die Beteiligungen am Schlusse des nächsten Kapitels besprochen werden, das die Gesellschaftsunternehmungen behandelt.

---

## Anmerkungen zu Kapitel I.

<sup>1)</sup> Die hier vorgetragene Auffassung des Unternehmers und der Unternehmung war früher keineswegs die herrschende. Sie wurde zuerst entwickelt in meiner Schrift „Die Unternehmerverbände“, Kap. II. Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen. I. 1. 1897. Sie hat seitdem immer allgemeinere Zustimmung oder vielmehr Anwendung durch andere erfahren. Insbesondere hat Sombart, Der moderne Kapitalismus, sie im wesentlichen akzeptiert und auch v. Philippovich, in der neuesten, 9. Auflage seines Lehrbuches, S. 143 ff., ist ihr näher gekommen. v. Schmoller, der früher in seinen Aufsätzen: die geschichtliche Entwicklung der Unternehmung, in seinem Jahrbuch 1890 und 91, einen sehr viel weiteren Begriff der Unternehmung vertrat, und jede selbstständige Wirtschaft, jedes Geschäft, z. B. auch die Tätigkeit einer Wäscherin als Unternehmung bezeichnete, legt neuerdings in seinem Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre Band I, S. 428 ff. den Hauptnachdruck auf die Trennung der Erwerbswirtschaft von der Familienwirtschaft (s. darüber unten). Das trifft aber für die Landwirtschaft nicht zu, auch wenn dieselbe sonst alle charakteristischen Merkmale des unternehmungsweisen Betriebs zeigt. Er definiert „die moderne Geschäftsunternehmung als die selbstständige, von der Familienwirtschaft der Unternehmer, Beamten und Arbeiter äußerlich, lokal losgelöste Geschäftsanstalt, welche nach rein kaufmännischen und technischen Gesichtspunkten angelegt und betrieben, in der Hand des das Kapital beschaffenden oder besitzenden Unternehmers mit Hilfe geldgelohnter Beamter, Kommiss, Techniker und Arbeiter einen Zweig des Handels oder der Produktion auf ihre Gefahr übernimmt, für den großen Markt, oft einen nationalen und internationalen, arbeitet, aber in erster Linie einen Gewinn machen will“. Dagegen ist zunächst einzuwenden, daß in der Häufung mehr oder weniger äußerlicher Merkmale nicht die Aufgabe von Definitionen besteht. Besonders ist aber zu kritisieren, daß das Streben nach Gewinn als etwas für die Unternehmung Charakteristisches hingestellt wird. Es gibt überhaupt keine private Wirtschaft, die nicht nach Gewinn oder Ertrag strebt. Das Verkennen dieser Tatsache ist von großer Bedeutung für die ganze ökonomische Theorie geworden, besonders für die Einkommenslehre, hat zur sog.



Zurechnungslehre bei derselben und zur Ausbildung des Begriffs eines besonderen Unternehmergewinns geführt, indem man nämlich jede Einkommensart einem besonderen „Produktionsfaktor“ zurechnen wollte.

Wie verbreitet diese höchst sonderbare Anschauung ist, kann man daran erkennen, daß auch Sombart und v. Philippovich sie vertreten. Sombart, *Der moderne Kapitalismus*, behauptet sogar, daß vor ihm noch niemand erkannt habe, daß die auf kapitalistischer Basis errichtete Schuhfabrik nicht eine Veranstaltung zur Erzeugung von Schuhwerk, sondern zur Erzielung von Profit sei. Mit Recht entgegnet Pohle, daß auch der mittelalterliche Handwerker nicht aus anderen Gründen Schuhe hergestellt habe (L. Pohle, *Der Unternehmerstand*, S. 48), und dasselbe ist von jedem Arbeiter zu behaupten.

Auch v. Philippovich, *Grundriß der politischen Ökonomie*, Band I, stellt das Streben nach Gewinn als etwas für die Unternehmung Charakteristisches hin. „Eine Unternehmung ist eine Wirtschaft, die produziert oder erwirbt (soll heißen: einkauft), um durch Weiterveräußerung des Produzierten oder Erworbenen einen Gewinn zu erzielen.“ Er macht dann den Fehler, die Unternehmer und die Leiter der Unternehmung zu identifizieren, was bekanntlich in sehr vielen Fällen heute nicht zutrifft (s. Kap. II). „Es werden Grund und Boden, Kapitalien, Arbeitskräfte vereinigt, um Waren oder Dienstleistungen für den Fall des Bedürfnisses bereitzustellen und gegen Entgelt an die Bedürftigen abzugeben. Die persönlichen Leiter dieser Veranstaltungen, welche sie organisieren, welche den Aufwand an Sachgütern und Arbeitskräften bestimmen und ihre Kosten vorläufig, bis zur Erzielung des Absatzes, tragen, welche Umfang und Richtung der Marktversorgung feststellen, die innere Organisation der Veranstaltungen beherrschen, sind die Unternehmer.“ Von diesem Standpunkt polemisiert v. Philippovich im folgenden gegen die Auffassung, die das Risiko als charakteristisch für den Unternehmer ansieht, trifft aber damit gar nicht unsere Definition des Unternehmers, sondern nur die noch ziemlich verbreitete ältere Auffassung, die das Wesen des Unternehmers ganz allgemein in der Vereinigung von Kapitalien und Arbeitskräften erblickt. Es handelt sich nicht um das „Mißlingen der Produktion“, sondern um das Risiko des Absatzes und nicht um irgendeine Gefahr, die auch der Arbeiter und der Gläubiger

läuft, sondern um die Unsicherheit des Gewinns. Außerst charakteristisch für die noch vorhandenen theoretischen Unklarheiten ist auch der Satz: „Nun tritt allerdings diese Gefahr im unternehmungsweisen Betriebe immer auf, aber ebenso die Aussicht auf Gewinn und man könnte ebenfogut dies letztere Moment als das für die Unternehmertätigkeit wesentliches hinstellen.“ (!) In der neuesten Auflage kommt v. Philippovich, wie oben bemerkt, unserer Auffassung näher.

Im übrigen kann man in der Lehre von der Unternehmung zwei Richtungen unterscheiden, deren Verschiedenheit sehr charakteristisch ist. Die einen stellen „den Unternehmer“, die anderen „die Unternehmung“ in den Mittelpunkt. Erstere ist die ältere, hat aber, wie wir gleich sehen werden, auch noch heute Vertreter. Die Lehre von der „Unternehmung“ ist vor allem durch die Entwicklung der Gesellschaftsunternehmungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts veranlaßt worden. Unter ihrer Berücksichtigung hat zuerst Schäffle die Lehre von den Unternehmungsformen erörtert (Zeitschrift für die ges. Staatswissenschaft 1869). Besonders aber hat v. Schmoller durch seine breit angelegten Untersuchungen über „die geschichtliche Entwicklung der Unternehmung“ den Gegenstand gefördert.

Der Sozialismus erblickt im Unternehmer vor allem den Kapitalbesitzer, und stellt ihm den kapitallosen Arbeiter gegenüber, der nach der Marxschen Lehre durch jenen ausgebeutet wird, indem er ihm den vom Arbeiter produzierten „Mehrwert“ vorenthält.

Diese Auffassung wurde nun seit den 70er Jahren durch eine Anzahl Schriften (von Pierstorff, Groß, Mataja, Wirminghaus u. a.) bekämpft, welche den „Unternehmergewinn“ zu rechtfertigen suchten und daher die volkswirtschaftlichen Funktionen des Unternehmers in den Vordergrund stellten. In übertriebener Weise werden diese Leistungen des Unternehmers neuestens betont von A. Tille, Die Berufstandspolitik des Gewerbes und Handelsstandes, Berlin 1910. Andererseits gehen allerdings einige „Kathedersozialisten“ viel zu weit, wenn sie versuchen, den Unterschied zwischen Unternehmer und Arbeiter überhaupt zu verwischen und nachzuweisen, daß auch der Arbeiter „Unternehmer“ sei. So vor allem Steffen, Studien zur Geschichte der englischen Lohnarbeiter, I. Band, Stuttgart 1901: „Von den ersten Anfängen des Lohnsystems an ist der Lohnarbeiter als Unternehmer zu



betrachten.“ „Der Lohnarbeiter ist Unternehmer für eine Ware, diese ist aber kein Sachgut, sondern eine Leistung“ usw. Ihm folgend dann Brentano, „Der Unternehmer“, Volkswirtschaftliche Zeitfragen. 29. Jahrgang, Heft 1, 1907: „In unserer, auf der persönlichen Freiheit beruhenden Wirtschaftsordnung, ist jeder Arbeiter, der seine Arbeitsleistungen an einen Arbeitgeber verkauft, gleichfalls Unternehmer“ usw. Diese Auffassung bedeutet eine völlige Verkennung des Wesens der heutigen tauschwirtschaftlichen Organisation, übertreibt den an sich richtigen Gedanken, daß jede Wirtschaftstätigkeit auf Gewinn oder Ertrag gerichtet ist und übersieht ganz das wesentliche Unterscheidungsmerkmal des Kapitalrisikos.

Am extremsten betont jetzt Sombart die persönlichen Unternehmereigenschaften und ihre Bedeutung für die volkswirtschaftliche Organisation, was um so bemerkenswerter ist als er bis vor kurzem noch einer der extremsten Vertreter der marxistisch-materialistischen Auffassung von der selbständigen Wirksamkeit „des Großkapitals“ war. In seinem „Modernen Kapitalismus“, Band I. 1900, wird die „kapitalistische Unternehmung“ im Sinn von Marx als selbständiges kapitalistisches Gebilde hingestellt, das sich mit der Entwicklung des modernen Kapitalismus und der damit verbundenen Ausbeutung der Arbeiter mit Notwendigkeit entwickeln mußte. In seinen neuesten Schriften: Der kapitalistische Unternehmer (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 29, S. 689 ff.), und besonders neuestens in seinem Buche: Die Juden und das Wirtschaftsleben, geht er ganz zur massenpsychologischen Betrachtung über, der Kapitalismus ist ihm nicht mehr das notwendige Ergebnis der produktiven Kräfte, sondern die Folge des speziell jüdischen „kapitalistischen Geistes“; er versteigt sich zu der Behauptung, daß es ohne die Juden die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht gebe. Beide sich extrem gegenüberstehenden Behauptungen sucht er aber in beiden Schriften durch Anführung zahlreichen historischen Tatsachenmaterials zu beweisen.

Neuestens wird „das Persönliche im modernen Unternehmertum“ von Wiedenfeld in der so betitelten Schrift (Leipzig 1911) und von Pohle in der Schrift „Der Unternehmerstand“ (Vorträge der Geheftigung, III. Band 1910) in den Vordergrund gestellt. Ersterer zeigt, wie die Verschiedenheiten der industriellen Entwicklung in Deutschland, Frank-



reich, England und den Vereinigten Staaten zum Teil auch auf die verschiedenen persönlichen Eigenschaften der führenden und leitenden Unternehmer zurückzuführen sind. Letzterer sucht den Begriff eines besonderen Unternehmerstandes abzugrenzen, seine Entwicklung und seine Funktionen darzustellen. So interessant solche individual- oder massenpsychologischen Untersuchungen auch sind, so kommt es doch für die Volkswirtschaftslehre zunächst einmal darauf an, die neue Form der Einzelwirtschaft als solcher in ihren Besonderheiten gegenüber früheren Formen der Erwerbswirtschaft zu analysieren, ihre besonderen Funktionen, die neue Organisation der Tauschwirtschaft, die sie mit sich bringt, darzustellen, kurzum: nicht der Unternehmer, der gerade hier oft zurücktritt und nicht in einer Person verkörpert ist, sondern die Unternehmung ist der Ausgangspunkt für eine volkswirtschaftliche Betrachtung. Es ist eben die Reaktion gegen frühere einseitige Auffassungen zu weit getrieben, wenn Pohle sagt (S. 5): „Gewiß haben die Fortschritte der Produktionstechnik, die Umgestaltung der Verkehrsmittel, die gesteigerte Kapitalbildung und ähnliche Faktoren mehr, die man meist als die treibenden Kräfte dieser Entwicklung zur unternehmungsweisen Produktion hinstellt, bei ihr eine wichtige Rolle gespielt. Allein wir wollen dabei doch das eine nicht vergessen: alle menschliche Entwicklung setzt schließlich lebendige Personen als ihre Träger voraus.“ Man kann in der hier zugrunde liegenden alten Streitfrage der Geschichtswissenschaft im allgemeinen noch so sehr auf dem Standpunkt des Individualismus stehen, muß aber für die Entwicklung der Unternehmung doch anerkennen, daß jene äußeren Bedingungen die eigentlich treibenden Kräfte waren, die geeignete Menschen, um sie zur Anwendung zu bringen, auch zu jeder beliebigen anderen Zeit gefunden hätten. Es waren aber die wirtschaftlichen und technischen Vorbedingungen, die früher fehlten, sie also haben die moderne Unternehmung geschaffen.

2) Carl Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft.

3) Vgl. dazu meine Schrift, über Wesen und Formen des Verlags (der Hausindustrie). Volkswirtschaftl. Abhandlungen der badischen Hochschulen, III. 1. 1899.

4) Für die Landwirtschaft gelten in der Frage des Groß- oder Kleinbetriebs ganz andere Gesichtspunkte und zwar in der Hauptsache deswegen, weil hier die verschiedenen Betriebsgrößen auch verschiedene Produkte herzustellen pflegen und daher

nicht die Menge an und der Gewinn aus gleichartigen Produkten bei Klein- oder Großbetrieb einander gegenübergestellt werden können. Zwar sind auch hier Maschinen vor allem beim Großbetrieb zur Anwendung gelangt, aber der intensivere Betrieb, wenn man die Kosten von Kapital und Arbeit im Verhältnis zur Bodenfläche und zum Wert der gewonnenen Produkte zusammenfaßt, ist hier in der Regel der kleinere. Im Kleinbetrieb können manche landwirtschaftlichen Produkte hergestellt werden, beim Garten-, Gemüse-, Obstbau, Vieh-, Geflügelzucht, für die sich der Großbetrieb weniger eignet oder doch größere Kosten aufzuwenden hat. Volkswirtschaftlich besteht ein seit langem erkannter Unterschied zwischen landwirtschaftlichem Groß- und Kleinbetrieb darin, daß der letztere eine größere Menschenmenge in der Landwirtschaft selbst ernähren kann, wogegen der Großbetrieb mehr in anderen Erwerbszweigen tätige Personen mit Nahrungsmitteln zu erhalten vermag.

<sup>5)</sup> Die Beziehungen zwischen Großhandel und großen Produktionsunternehmungen unter dem Einfluß der modernen Entwicklungstendenzen sind von außerordentlichem ökonomischen Interesse. Teils haben die großen Produzentenkartelle den Handel und das Frachtgeschäft von sich aus organisiert wie in der Kohlen-, Eisen-, Spiritusindustrie, teils haben sich die großen kombinierten Unternehmungen der Montanindustrie eigene Handelsfirmen für den Absatz ihrer Produkte angegliedert, teils haben sich große selbständige Handelsfirmen durch Fusionen und Interessengemeinschaften vergrößert und gestärkt, teils haben kapitalkräftige Handelsunternehmungen von sich große Unternehmungen der Montanindustrie organisiert oder unter ihre Herrschaft gebracht. Näheres s. in Kartelle und Trusts, S. 95 ff.

<sup>6)</sup> Eine Theorie der Banken als Geldkapitalhandel im Zusammenhang mit einer schärferen Erfassung und Systematik des Handels überhaupt habe ich zu geben versucht in meinem Buche: Beteiligungs- und Finanzierungs-gesellschaften, Jena 1909, Kap. VIII, 2.

<sup>7)</sup> Über den allgemeinen Ertragsbegriff = Differenz zwischen Nutzen und Kosten, als Grundlage der Wirtschaftstheorie vgl. meine Schrift: Ertrag und Einkommen, Jena 1907 und den Aufsatz: Die Entstehung des Preises aus subjektiven Wertschätzungen, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 34, Heft 1 und 2. — Schon



K. Marx, Das Kapital (Band I, 3. Aufl., S. 77 und 120), hat betont, daß es für die moderne Unternehmung charakteristisch sei, daß sie, statt vom Produkt vom Gelde ausgehe. In der Tat ist ja das Entstehen selbständiger Erwerbswirtschaften nur möglich in der entwickeltsten Geldwirtschaft. Marx drückt das so aus: An die Stelle des früheren Austausches: Ware—Geld—Ware, wo also das Geld nur Tauschmittel war, sei die Formel: Geld—Ware—Geld getreten, wo also das Geld als das eigentliche Vermögensobjekt und Ziel der Wirtschaft erscheint. — Sombart, Der moderne Kapitalismus (Band I, Kapitel 1), hat diesen Gedanken aufgegriffen und will geradezu das Wesen der Unternehmung darin erblicken, daß sie ein Geldvermögen verwertet. Infolge von Unklarheiten über die Grundbegriffe (er verwechselt Geldkapital und Sachkapital, s. meine Kritik in Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften, Kap. I), kommt er aber nicht zu klaren Formulierungen. In seiner neuesten Schrift: Die Juden und das Wirtschaftsleben hat er die Anwendung dieses Gedankens auf die Charakterisierung des ganzen modernen Kapitalismus enorm überspannt. Der richtige Grundgedanke von Marx ist jedenfalls mehr ein privatwirtschaftliches Merkmal der Unternehmung, das gegenüber dem direkt aus der volkswirtschaftlichen Funktion des Unternehmers entspringenden Moment des Kapitalrisikos an Bedeutung zurücktritt. Die Bedeutung des Ertragsbegriffs für die Unternehmung ist richtig erkannt bei Alexander Tille in seinem oben zitierten Werke. Statt nun aber das Wesen der Unternehmung in dem Ertragsrisiko und damit dem Kapitalrisiko zu erblicken, konstruiert er einen ganz unklaren, halb juristischen Begriff der Verantwortlichkeit und bezeichnet den Unternehmer als einen „Verantwortlichkeits-träger“ (Kap. II), offenbar um damit den Unternehmergewinn zu „begründen“. Es ist aber gerade charakteristisch, daß der Unternehmer dem Arbeiter nicht „verantwortlich“ ist für die Leitung, ihm vielmehr nichts weiter verspricht als den Lohn für eine meist nur sehr kurze vereinbarte Zeit. Verantwortlichkeit ist nur ein unklarer, offenbar absichtlich mit einem gewissen ethischen Einschlag gewählter Ausdruck für das, was man juristisch die Haftung des Unternehmers mit seinem Kapital, ökonomisch aber „Kapitalrisiko“ nennen wird. Den Gewinn der Unternehmer auf seine „Verantwortlichkeit“ zurückzuführen, ist ebenso verkehrt und tendenziös wie auf der andern



Seite die Auffassung des Sozialismus, in ihm eine „Ausbeutung“ des Arbeiters, den Arbeitern „vorenthaltenen Mehrwert“ zu erblicken. Daß das Einkommen aller Wirtschaftspersonen niemals als ein spezielles „Entgelt“ für ihre Leistungen, sondern nur als ein Ergebnis ökonomischer Macht- (Angebots- und Nachfrage-) verhältnisse aufgefaßt werden darf, mit anderen Worten: wie aus subjektiven Nutzenschätzungen der Konsumenten objektive Preise und damit die Einkommen der verschiedenen Wirtschaftssubjekte entstehen, habe ich in den oben angeführten Schriften auseinandergelegt.

<sup>8)</sup> Das gilt wenigstens für die ältere, ländliche Hausindustrie, die sich noch in den Gebirgsgegenden Deutschlands in erheblichem Umfange erhalten hat. In der neueren, städtischen Hausindustrie, insbesondere der verbreitetsten, der Konfektionsindustrie, finden wir häufig eine Beschäftigung der sog. Hausindustriellen in besonderen Zwischenmeisterwerkstätten. Mit diesem System, das zu einer doppelten Abhängigkeit der Arbeiter, einmal vom eigentlichen Arbeitgeber, dem Verleger, dann vom Zwischenmeister führt, dessen Stellung aber sehr verschiedenartig sein kann, sind große soziale Mißstände verbunden. Während die ländliche Hausindustrie insbesondere als Nebenbeschäftigung kleiner Landwirte ausgeübt wird, wird sie in den Städten vornehmlich von Frauen und Mädchen der unteren Klassen zum Erwerb benutzt.

<sup>9)</sup> Die entsprechenden Zahlen für 1895 sind: Einzelinhabern gehörten 1 280 830 Gehilfenbetriebe mit 5 723 221 beschäftigten Personen, mehreren Gesellschaftern 55 239 Betriebe mit 1 475 081 Personen, Aktien- und Aktienkommanditgesellschaften 5083 Betriebe mit 844 088 Personen, Gesellschaften m. b. H. 1028 Betriebe mit 66 055 Personen, Kommanditgesellschaften 1117 Betriebe mit 90 153 Personen, Gewerkschaften 440 Betriebe mit 132 104 Personen, eingetragenen Genossenschaften 2212 Betriebe mit 17 952 Personen, Vereinen 1311 Betriebe mit 11 208 Personen, anderen privaten Organisationen 377 Betriebe mit 14 442 beschäftigten Personen.

<sup>10)</sup> S. dazu die in Anmerkung 7) genannten Schriften.

## Kapitel II.

### Die Gesellschaftsunternehmungen.

#### 1. Die Entwicklung der Handelsgesellschaften.

Vom ökonomischen Standpunkte aus sind, wie wir im vorigen Kapitel sahen, nur zwei Arten von Gesellschaftsunternehmungen zu unterscheiden: Personal- und Kapitalgesellschaften. Erstere stehen der Einzelunternehmung nahe, insofern als hier alle oder doch die weitaus meisten Gesellschafter auch an der Leitung des Unternehmens beteiligt sind, also Kapital und Arbeitskraft vereinigen. Die Kapitalgesellschaften dagegen charakterisiert die Trennung von Unternehmungsbesitz und Unternehmensleitung, alle oder doch weitaus die meisten Gesellschafter sind nur mit Kapital beteiligt, die Leitung liegt meist in den Händen angestellter Beamter, die unter Umständen selbst gar nicht mit Kapital beteiligt zu sein brauchen. Den Typus der Personalgesellschaften stellt die Offene Handelsgesellschaft, den der Kapitalgesellschaften die Aktiengesellschaft dar. Von den vom Recht ausgebildeten Formen der „Handelsgesellschaften“ stehen die Kommanditgesellschaft und die Kommanditgesellschaft auf Aktien in der Mitte zwischen beiden Gruppen. Bei beiden sind einige Gesellschafter nur mit Kapital beteiligt, andere haben auch die Leitung und diese haften persönlich mit ihrem ganzen Vermögen, während die Haftung jener auf ihre Einlage beschränkt ist. Die Kommanditgesellschaft auf Aktien, deren Kapital in Aktien eingeteilt ist, steht der reinen Kapitalgesellschaft näher,



weil bei ihr Zahl und Kapitalbeteiligung der Kommanditisten meist die der persönlich haftenden Gesellschafter erheblich zu übertreffen pflegen. Über die Entstehung und rechtliche Organisation dieser „Handelsgesellschaften“ sei hier zunächst das Wichtigste angeführt.

Die häufigste handelsrechtliche Gesellschaftsform ist die Offene Handelsgesellschaft, die eigentliche ursprüngliche „Compagnie“ = Brotgemeinschaft. Sie ist auch wohl die älteste, aber über ihre Entstehung wissen wir am wenigsten. Sie ist jedenfalls aus der Haus- und Familienwirtschaft hervorgegangen, und ihr Zweck war früher und ist noch heute in erster Linie die Erweiterung der Leitung einer Erwerbswirtschaft, die Heranziehung weiterer Personen zur Ergänzung der Tätigkeit des bisher einzigen Unternehmers. Die Ergänzung der Arbeitskraft ist meist wichtiger als die Heranziehung neuen Kapitals. So nimmt der Vater seinen Sohn als Teilhaber mit in das Geschäft auf oder er übergibt es mehreren Söhnen in der Form der Offenen Handelsgesellschaft, so treten heute auch zwei, selten mehr, Nichtverwandte zur Errichtung einer gemeinsamen Unternehmung zusammen. Die Offene Handelsgesellschaft soll in Italien zuerst für den Gewerbebetrieb aufgekommen sein, hat dann aber überall, besonders für größere Handelsgeschäfte, Anwendung gefunden, insbesondere auch in der Weise, daß die zwei oder mehreren Kompagnons an verschiedenen Plätzen sich aufhielten und sich in die Hände arbeiteten. Die Kompagnons haften solidarisch für die Geschäfte der Gesellschaft, sie stellen nach außen eine Einheit dar, führen eine Firma, in der die selbstständige Erwerbswirtschaft zum Ausdruck kommt, kurz sie bilden eine gemeinsame Unternehmung. Die Offene Handelsgesellschaft hat namentlich durch die „Handelsordnung“ J. B. Colberts von 1673 ihre heute noch allgemein gültige rechtliche Regelung erfahren.

Eine andere Entwicklungsreihe führte zur heutigen Kommanditgesellschaft. Sie ist entstanden aus der



Commenda, der wohl schon im Altertum vorkommenden, besonders aber im Mittelalter ausgebildeten Vereinigung für Seeschiffahrt und Seehandel. Die Commenda war freilich zunächst ein Kommissions- oder ein Kreditverhältnis. Dem über See gehenden Kaufmann, tractator, commendatarius, wurden Waren anvertraut unter Verteilung des Gewinns an alle Beteiligte. Gesellschaften im ökonomischen Sinne entstanden daraus erst, wenn mehrere Auftraggeber, die das Kapital lieferten, untereinander Vereinbarungen trafen, oder der tractator sich selbst mit Kapital beteiligte. Dann entstand ein selbstständiges, gemeinsames Erwerbsvermögen, eine Gesellschaft (*societas maris*). Der tractator wird schließlich die Hauptperson, die Beteiligung der übrigen erhält einen dauernden Charakter, das Gesellschaftsverhältnis wird durch eine Firma zum Ausdruck gebracht. Vom Seehandel dehnt sich die commenda auf den Landhandel, insbesondere das Bankgeschäft aus, sie wird für die Aristokratie und die Geistlichkeit ein Mittel, sich an den Handelsgeschäften ohne eigene Tätigkeit zu beteiligen. Die Rechtsordnung für die heutige Kommanditgesellschaft wird in Frankreich im 17. Jahrhundert geschaffen. Dabei wird sie von der auch aus der commenda hervorgegangenen sog. stillen Gesellschaft dadurch unterschieden, daß die Kommanditisten auch Miteigentümer der Gesellschaft sind, während die Einlage des stillen Gesellschafters in das Eigentum des eigentlichen Unternehmers übergeht.<sup>1)</sup> Den Kommanditisten, deren Haftung auf ihre Einlage in die Gesellschaft beschränkt bleibt, stehen bei der Kommanditgesellschaft die „persönlich haftenden Gesellschafter“ oder „Komplementäre“ gegenüber, die mit ihrem ganzen Vermögen für die Schulden der Gesellschaft herangezogen werden können. In ihren Händen liegt gewöhnlich die Leitung des Unternehmens, doch kann sie neben ihnen auch angestellten Beamten übertragen sein.

Die Aktiengesellschaft, die wichtigste der Handelsgesellschaften, diejenige Form, an welche man bei

der Betrachtung der Gesellschaftsunternehmungen vor allem denkt, ist, nach den verschiedenen Seiten ihrer Organisation, zu sehr verschiedenen Zeiten und aus sehr verschiedenen Anfängen entstanden. Als ein Hauptursprung der Aktiengesellschaft werden die seit dem 12. Jahrhundert in Italien aufkommenden Gläubigergesellschaften, die Montes oder Maonae angesehen. Insofern mit Recht, als sie das erste Mittel der sich entwickelnden Geldwirtschaft waren, große Summen für allgemeine Staatszwecke aufzubringen. Aber sie waren ursprünglich weniger gemeinsame Erwerbswirtschaften als Schutzvereinigungen der Staatsgläubiger, die dann allerdings, wie bei der Casa di S. Giorgio in Genua, Kolonialbesitz und Bankgeschäft zur Verwaltung übertragen erhielten. Ziemlich unabhängig davon entwickeln sich im Norden, insbesondere in Holland und England, seit Ende des 16., Anfang des 17. Jahrhunderts, große Gesellschaftsunternehmungen teils aus der Schiffspartnerschaft und commenda, wie in Holland, teils aus den „regulierten Compagnien“, die in England unter der Königin Elisabeth das Monopol für den Handel nach fremden Ländern (Rußland 1554, Preußen 1568, Türkei 1581) erhielten, aber noch kein gemeinsames Kapital aufwiesen. Als erste moderne Aktiengesellschaft kann zweifellos die 1602 durch die holländische Regierung für den indischen Handel mit zirka 6½ Mill. fl. gegründete Allgemeine niederländische vereinigte Ostindische Compagnie gelten, die durch Vereinigung zahlreicher kleiner lokaler Gesellschaften und Schiffspartnerschaften gebildet wurde, welche durch ihre Konkurrenz beim indischen Handel in eine ungünstige Lage geraten waren. In Holland scheint sich auch, vielleicht unter spanischem Einfluß, die ökonomisch wichtigste Seite der modernen Aktiengesellschaft, die Zerlegung des Aktienkapitals in gleichartige, daher vertretbare Abschnitte, Aktien, entwickelt zu haben. Auch daß diese Aktien Inhaberpapiere wurden und damit frei veräußerlich und auf die einfachste Weise übertragbar



waren, dürfte von Holland ausgegangen sein. In den Aktien dieser ersten großen Aktiengesellschaft entwickelte sich auch die erste Aktienspekulation an der Börse. Gleich in den ersten Tagen ihrer Errichtung stiegen die Aktien der holländisch-ostindischen Kompagnie weit über ihren Nennwert und die Börsenspekulation bemächtigte sich ihrer um so mehr, als die Dividenden sehr schwankend waren, 15% im Jahre 1605, 75% im Jahre 1606, 40, 20, 25, 50% in den folgenden Jahren. Bald trat ihr die holländisch-westindische Kompagnie an die Seite, deren Aktien auch ein beliebtes Spekulationsobjekt wurden. Bei der Spekulation in diesen Aktien hat sich an der Amsterdamer Börse das Börsentermingeschäft ausgebildet. Schon 1610 versuchte die holländische Regierung gegen die Auswüchse der Aktienspekulation einzuschreiten.

Bald werden auch in den anderen Ländern, besonders in Frankreich und England, Aktiengesellschaften für den auswärtigen Handel gegründet und auch auf andere Erwerbszweige, Fischerei, Seeversicherung, Banken, Feuerversicherung, Bergwerksunternehmungen wird das Aktienprinzip ausgedehnt. Schon 1695 erlebt England seine erste Epoche unsolider Aktiengründungen und in der großen Schwindelperiode von 1717—20 in England (sog. Bubbles) und Frankreich (John Law's Mississippigesellschaft) spielen die Mißbräuche des Aktienwesens schon eine ganz moderne Rolle. Gerade durch diese Schwindelperiode, die in bezug auf wahnsinnige Kurstreiberei der Aktien niemals übertroffen worden ist, kam aber das Aktienwesen auf lange Zeit in Verruf und erst gegen Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts beginnt man langsam, sich mit dieser Unternehmungsform zu befreunden. Versicherungsgesellschaften, Bergwerksunternehmungen, Banken werden gelegentlich in dieser Form geschaffen. Aber immer bedarf ihre Errichtung einer besonderen Konzession, meist erfolgt sie auf Grund eines eigenen Gesetzes. Die eigentliche Entwicklung der Aktien-



gesellschaften aber beginnt erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, seit insbesondere für den Bau von Eisenbahnen die Aufbringung der größten Kapitalien erforderlich wurde. Um diese Kapitalien zusammenzubringen, entstanden überall auf dem Kontinent nach dem Vorbilde des 1852 in Paris gegründeten *Crédit Mobilier* die Gründungs- oder Effektenbanken, die selbst die Aktienform hatten, das Gründen von Aktiengesellschaften erwerbsmäßig betrieben und um die Aktien der von ihnen errichteten Gesellschaften abzusetzen, bald eine große Aktienspekulation an den Börsen entfachten. Heute ist die Aktiengesellschaft das in der ganzen Welt allgemein angewandte Mittel geworden, um große Kapitalien für Unternehmungszwecke zusammenzubringen. Das Konzeptionsystem ist fast überall gefallen und die erheblichen Mißstände, die sich bei der Gründung und Verwaltung derartiger Unternehmungen herausstellten, hat man durch ein ausgebildetes Aktienrecht zu beseitigen versucht.

Die komplizierten Bestimmungen desselben, die namentlich in Deutschland durch die Novelle zum Handelsgesetzbuch von 1884 zur Einführung gelangten, nachdem die Hochkonjunktur anfangs der 70er Jahre manche schwindelhafte Gründungen gezeitigt hatte, erwiesen sich aber mit dem zunehmenden Bedürfnis nach Gesellschaftsunternehmungen immer mehr als hemmend. Daher führte die Reichsregierung durch Gesetz vom 20. April 1892 die Gesellschaft mit beschränkter Haftung ein. Sie war für kleinere Unternehmungen gedacht, ihre Organisation ist daher gegenüber der der Aktiengesellschaft vereinfacht. Ein Aufsichtsrat und auch die Generalversammlung sind nicht erforderlich. Die Leitung der Gesellschaft erfolgt durch den oder die Geschäftsführer, die nicht Gesellschafter sein müssen. Die Gründungsformalitäten und die Vorschriften über die Bilanz sind sehr vereinfacht, eine Veröffentlichung der letzteren ist nur den Gesellschaften m. b. H. zur Pflicht gemacht, welche Bankgeschäfte betreiben. Dafür hat man die Übertragung

der Geschäftsanteile erschwert, sie bedarf notarieller Beglaubigung; auch sind sie dem Börsenhandel entzogen. Diese Gesellschaftsform hat eine sehr große Verbreitung erlangt und sich keineswegs auf kleine Unternehmungen beschränkt. Es wurden gegründet:

1895	297	Ges. m. b. H. mit 150 Mill. M Stammkapital
1897	640	" " " " " 136 " " "
1908	3101	" " " " " 386 " " "
1910	3872	" " " " " 335 " " "
1911	4051	" " " " " 400 " " "

Es bestanden „tätige“ Gesellschaften:

Ende 1897	1813	Ges. m. b. H. mit 630 Mill. M Stammkapital
" 1909	16503	" " " " " 3538 " " "
" 1911	22179	" " " " " 4230 " " "

Zahl der Gesellschaften m. b. H. mit einem Stammkapital von:

20 000 M	über 20- bis 50 000 M	über 50- bis 100 000 M	über 100- bis 250 000 M	über 250- bis 500 000 M	über 500 000 bis 1 Mill. M	über 1 Mill. bis 5 Mill. M	über 5 Mill. M
3479	4263	3262	2682	1648	710	429	35

In der Stadt Berlin existierten Ende 1909 allein 3212 tätige Gesellschaften m. b. H. mit 710 Millionen M. Stammkapital, im Rheinland 3085 Gesellschaften mit 747 Millionen M. Stammkapital.

Die Gesellschaft m. b. H. wird hauptsächlich angewendet für Familiengründungen, für Ausbeutung neuer Erfindungen oder als Studiengesellschaft zur Erwerbung von Patenten (wofür dann oft auch von großen Aktiengesellschaften besondere Gesellschaften m. b. H. errichtet werden, auch als Vorbereitung für künftige Aktiengesellschaften), ferner für Unternehmungen der verschiedensten Art, die in wenigen Händen sind, darunter auch sehr



Millionen M. Stammkapital, Herne Ges. m. b. H., die Vereinigung von Hibernia-Aktionären, mit 42 Millionen Mark Stammkapital, Stummische Eisenwerke, Gebr. Röschling Eisen- und Stahlwerke, Bankgeschäfte, Zeitungen (August Scherl Verlag, Frankfurter Zeitung, Münchner Neueste Nachrichten u. a.), auch als Verkaufsstelle von Kartellen, ferner neuestens besonders häufig auch als Terraingesellschaften (zum Teil um Wertzuwachs- und Umsatzsteuer zu sparen: der Käufer tritt in die Gesellschaft ein und erwirbt alle Stammanteile).<sup>2)</sup>

## 2. Das Effektenwesen.

Wir erörtern im ersten Kapitel, warum es volkswirtschaftlich wenig ausmacht, ob eine Unternehmung nur einen Eigentümer hat oder einer kleinen Zahl von Eigentümern gehört. Von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung aber ist es, daß es heute Unternehmungen gibt, die Hunderten und Tausenden von Eigentümern gehören. Die Errichtung von Unternehmungen durch Heranziehung einer so großen Zahl von Kapitalbesitzern ist aber erst eine Errungenschaft der neueren Zeit. Es wurde das erst möglich mit dem Aufkommen vertretbarer Wertpapiere, vor allem Inhaberpapiere, der Aktien und Obligationen. Man faßt sie unter dem Namen Effekten zusammen. Die Anwendung von vertretbaren Inhaberpapieren in Form von Aktien auf die Beteiligung an Unternehmungen ist von so fundamentaler Bedeutung für die moderne Volkswirtschaft, daß man von ihrem Aufkommen geradezu eine neue Epoche des Kapitalismus, die des Effektenkapitalismus datieren kann. Nach den verschiedenen Formen, die das Kapital annehmen kann, sind in der tauschwirtschaftlichen Entwicklung drei Epochen zu unterscheiden: auf der ersten Stufe, der des Sach- oder Naturalkapitalismus, kommt Kapital nur in Form des Sachkapitals, der Werkzeuge vor; auf der zweiten Stufe, große (Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. mit 90



der des Geldkapitalismus, wird auch das Geld Kapital und das geschieht, indem man es ausleiht. Auf der dritten Stufe, der des Effektenkapitalismus, werden auch Effekten Kapital, d. h. sie stellen privatwirtschaftlich ein selbständiges Vermögen dar, ganz getrennt von dem Sachkapital, auf das hin sie ausgegeben sind.

Volkswirtschaftlich sind Kapital natürlich nur die Sachgüter als Ertragsmittel, Effekten verkörpern nur ein Anrecht auf Erträge, die mit solchem Sachkapital erzielt wurden. Aber indem ein Sachkapital in Wertpapieren verkörpert wird, die in einer großen Menge generisch gleicher Stücke vorkommen und deren jedes ohne Schwierigkeit jeden Tag ge- oder verkauft werden kann, wird ein solches Sachkapital ganz getrennt von dem persönlichen Vermögen und der privaten Wirtschaft der jeweiligen Besitzer dieser Effekten. Ein Produktionsbetrieb, dessen Sachkapital in solcher Weise in Effekten (Aktien) verkörpert ist, erscheint als eine völlig selbständige Wirtschaft, ganz unabhängig von der Person und dem Vermögen der zahlreichen jeweils wechselnden Aktionäre. Eine derartige Unternehmung erfüllt ihre tauschwirtschaftliche Funktion ganz selbständig und strebt nach Ertrag anscheinend ganz unabhängig von den Aktionären, die das Kapital zusammengebracht haben, funktioniert jedenfalls ganz ohne deren Arbeit. Das ist das Unpersönlichwerden des Kapitals, seine sog. Mobilisierung, die durch das Effektenwesen herbeigeführt wird.

Solange die Effekten noch nicht aufgekommen waren, war es ganz unmöglich, daß eine Unternehmung durch Hunderte oder gar Tausende von Besitzern gebildet wurde. Daher haftete allen voreffektenkapitalistischen Gesellschaftsunternehmungen, wie der Offenen Handelsgesellschaft und der Kommanditgesellschaft, noch etwas Persönliches an. Ein Wirtschaftler konnte sein eigenes Kapital mittels desjenigen eines andern nur ergänzen, indem er mit jenem persönlich in Beziehung trat. Umgekehrt konnte dieser letztere nur durch persönliche Bekanntschaft

mit einem Kapitalbedürftigen Kapital, das er nicht selbst verwerten konnte, gewinnbringend machen, anlegen. Kreditgewährung und Teilhaberschaft beruhten also ausschließlich auf persönlichen Beziehungen. Der Teilhaber brauchte zwar schon bei der commenda nicht selbst wirtschaftlich mit tätig zu sein, aber er übergab Geld- oder Sachkapital natürlich nur dann dem tractator, wenn ein persönliches Vertrauen zu ihm vorhanden war.

Wie ganz anders heute im Zustand entwickeltesten Effektenwesens! Der Kapitalist, der sein Geld Kapital werden lassen, es anlegen will, kann, wenn sein Vermögen groß genug ist, mit einem einzigen Auftrage an seinen Bankier der Gläubiger von Duzenden von Staaten, von Hunderten von Kommunen, und sonstigen öffentlichen Körperschaften und von Tausenden von industriellen, Handels- oder Transportunternehmungen werden. Er kann gleichzeitig bei einer beliebigen, nur durch den Umfang seines Vermögens begrenzten Zahl von Unternehmungen Teilhaber sein. Er kann diese Teilhaberschaft und ebenso seine Gläubigerstellung jeden Tag aufgeben und sich an anderen Unternehmungen beteiligen bezw. bei anderen Staaten usw. Gläubiger werden. Das alles wird bewirkt durch die Verkörperung des Sachkapitals in Effekten. Sie ermöglicht es, eine Beteiligung an solchem Sachkapital in jedem Moment wieder in Geldkapital zu verwandeln.

Am meisten trägt von den schon im Mittelalter ausgebildeten Gesellschaftsformen eigentlich die Gewerkschaft des alten deutschen Rechtes diesen Charakter einer selbständigen Gesellschaftsunternehmung, des Unpersönlichwerdens des Kapitals. Der Kux ist schon frühzeitig ein vertretbares Wertpapier und es fanden schon im Mittelalter häufig Käufe und Verkäufe in ihnen statt. Die Gewerkschaft, die alte deutsche Gesellschaftsform für den Bergbau, ist aber eine Beteiligung zu ideellen Teilen, d. h. der einzelne Anteil, Kux, lautet nicht, wie die Aktie, auf eine bestimmte eingezahlte Geldsumme, sondern



stellt eine bestimmte Quote am Gesellschaftsvermögen dar. Die ältere deutsche Gewerkschaft zerfiel in 128 Kuxe, die neuere, die erst durch das preußische Berggesetz von 1865 geschaffen wurde, in 100 oder 1000. Der Kux der älteren Gewerkschaft war teilbar und nur auf diesem Wege konnten also mehr als 128 Personen sich zum gemeinsamen Betrieb eines Bergwerks zusammenschließen. Wie unzweckmäßig das aber war, kann man daraus erkennen, daß durch Vererbung und Veräußerung die Zersplitterung der Besitzanteile nicht selten ins Unglaubliche ging. Am 16. Februar 1867 besaß z. B. von den 141 Gewerken der Zeche Allendorf bei Allendorf a. d. Ruhr einer, ein Kaufmann Sch., neben 10 anderen Anteilen, von denen noch einer in die Billionstel ging, einen Anteil von

15 492 Millionen Billionen Trillionen

420 854 Millionen Billionen Trillionstel

d. h. ein Bruch mit 47 Ziffern im Zähler und 48 im Nenner, zwei andere Gewerken besaßen Anteile mit 35 Ziffern im Nenner, zwei weitere mit 30- und 26stelligen Brüchen! Man erkennt daraus wie unzweckmäßig für die modernen Bedürfnisse der Mobilisierung diese Form der Teilhaberschaft war.

Bei der Gewerkschaft des neuen Rechts sind die Kuxe nicht mehr teilbar. Das hat aber den Nachteil, daß die Teilhaberschaft an einem Bergwerk 1000 Personen nicht überschreiten kann, meist natürlich viel geringer sein wird, und daß der Kux großer und hochrentierender Bergwerke unter Umständen ein ganzes Vermögen darstellt. (Ein Kux der Gewerkschaft Graf Bismarck zirka 76 000 Mark.) Mit allen Kuxen ist die Zubußpflicht verbunden, d. h. der Inhaber, Gewerke, ist verpflichtet, von der Gesellschaft beschlossene Nachzahlungen auf seinen Anteil zu leisten. Doch kann er sich von dieser Leistung dadurch befreien, daß er der Gewerkschaft seinen Kux zwecks Befriedigung durch Verkauf zur Verfügung stellt.

Der Kur ist aber kein Inhaberpapier, die Übertragung des Eigentums ist gewöhnlich an eine Umschreibung im Gewerkenbuch gebunden.

Jedenfalls bedeutet die Gewerkschaft noch keine völlige Mobilisierung des Kapitals, sie tritt daher auch in neuerer Zeit, wenigstens bei großen Unternehmungen, immer mehr zurück hinter der Aktiengesellschaft und der Gesellschaft m. b. H. und hält sich heute vor allem noch in der Kaliindustrie aus lokalen rechtlichen Gründen.

Alle Aktiengesellschaften bedurften früher zu ihrer Errichtung einer besonderen staatlichen Konzession. Man glaubte damit am ersten die Errichtung schwindelhafter Gründungen, wie sie früher vorgekommen waren, und die übermäßige Spekulation, die sich an sie knüpfte, zu verhindern. Dieses Konzessionsystem wurde allgemein erst durch ein Gesetz des Norddeutschen Bundes von 1870 aufgehoben, das dann in den folgenden Jahren auch in Süddeutschland zur Einführung gelangte. Die Folge war, in Verbindung mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges, eine enorme Zunahme der Gründung von Aktiengesellschaften. Vor 1871 sind in Preußen überhaupt nur 459 Aktiengesellschaften gegründet worden, darunter 5 vor 1800. Allein in den zwei Jahren 1871 und 1872 wurden, allerdings im ganzen deutschen Reiche, 686 Aktiengesellschaften errichtet, nämlich 1871 207 Gesellschaften mit 759 Millionen Mark Kapital und 1872 479 Gesellschaften mit 1478 Millionen M. Kapital.

Noch 1873 betrug die Zahl der Gründungen 242 mit 544 Millionen M. Kapital. Diese Zahlen sind, was das Gründungskapital betrifft, nie wieder übertroffen worden. 1874 ging die Zahl der Gründungen auf 90 mit 106 Millionen M. Kapital zurück, 1875 auf 55 mit 46 Millionen M. Kapital. Die Jahre 1876—79 bilden den



nie wieder erreichten Tiefpunkt mit 42, 44, 42, 45 Gründungen mit 18, 43, 13, 57 Millionen M. Kapital. Die Ziffern der folgenden Jahre sind:

Jahr	Zahl der Gründungen	Kapital in Millionen Mark	Jahr	Zahl der Gründungen	Kapital in Millionen Mark
1880	97	92	1890	236	271
1881	111	199	1891	160	90
1882	94	56	1892	127	80
1883	192	176	1893	95	77
1884	153	111	1894	92	88
1885	70	53	1895	162	251
1886	113	104	1896	182	269
1887	168	128	1897	254	380
1888	184	194	1898	329	404
1889	360	403	1899	364	544
Jahr	Zahl der Gründungen	Kapital in Millionen Mark	Jahr	Zahl der Gründungen	Kapital in Millionen Mark
1900	261	340	1906	212	475
1901	158	158	1907	221	254
1902	87	118	1908	151	162
1903	84	300*	1909	179	231
1904	104	141	1910	186	241
1905	192	386	1911	163	225

Die Zahlen zeigen, trotz mancherlei sonstigen Einflüssen, die Abhängigkeit der Gründung von Aktiengesellschaften von den Konjunkturen, auch die Gründung vieler kleiner Gesellschaften in den Jahren 1882—94, die erst mit der Einführung der Gesellschaften m. b. H. (1892) abnimmt.

\*) Gründung der Firma Friedr. Krupp Aktiengesellschaft mit 160 Millionen M. Kapital.

Die größten deutschen Aktiengesellschaften sind:

Deutsche Bank	Kap. 200 Mill. M (Res. 108 Mill. M)				
Diskonto-Gesellschaft	" 200	"	"	80	" "
Dresdener Bank	" 200	"	"	61	" "
Reichsbank	" 180	"	"	70	" "
Darmstädter Bank	" 160	"	"	32	" "
Schaafhausen'scher Bankverein	Kap. 145	"	"	34	" "
Berliner Handelsgesellschaft	Kap. 110	"	"	35	" "
Friedrich Krupp, Akt.-Ges.	" 180	"	"	n. 58 Mill. M Oblig.	
Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft	Kap. 180 Mill.	"	73	"	" "
Phönix-Aktiengesellschaft	Kap. 106	"	"	34	" "
Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-Gesellschaft	Akt.-Kap. 100 Mill. M			Oblig. 60 Mill. M	
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	Akt.-Kap. 130 Mill. M			80	" "
Deutsch-überseeische Elektrizitäts-Gesellschaft	Akt.-Kap. 120 Mill. M			Oblig. 85	" "
Hamburg-Amerika-Linie	Akt.-Kap. 150	"	"	75	" "
Norddeutscher Lloyd	" 125	"	"	75	" "
Große Berliner Straßenbahn	Akt.-Kap. 100	"	"	4	" "

Die größte Aktiengesellschaft der Welt ist die United States Steel Company mit 508 Millionen Dollars Stammkapital, 360 Millionen Dollars Vorzugsaktien und 620 Millionen Dollars Obligationen, also einem Nominalkapital von über 6 Milliarden Mark. Doch wird sich der Stahltrust wahrscheinlich auf Grund der neuen amerikanischen Trustbekämpfung in eine große Zahl einzelner Gesellschaften auflösen müssen. Er beschäftigte 1910 218 435 Angestellte, denen 174 Mill. Dollars Lohn gezahlt wurden.

Von den amerikanischen Eisenbahnen seien genannt die Southern Pacific Company mit einem Gesamtkapital von fast 900 Millionen Dollars, die Pennsylvania Railroad Company mit 454 Millionen Dollars Aktien und 258 Millionen Dollars Obligationen. Die Northern Pacific Railroad Company mit 248 Millionen Dollars Aktien und 298 Millionen Dollars Oblig.



gationen. Die Union Pacific Company mit 217 Millionen Dollars Stamm- und 100 Millionen Dollars Vorzugsaktien, sowie 329 Millionen Dollars Obligationen, die Canadian Pacific Railway Company mit 180 Millionen Dollars Stamm-, 57 Millionen Dollars Vorzugsaktien und 180 Millionen Dollars Obligationen. Die Standard Oil Company hat 206 Millionen Dollars Aktien ausgegeben, die American Telephon & Telegraph Co. 250 Millionen Dollars Aktienkapital.

### 3. Die Organisation der Kapitalgesellschaften.

Trotz der großen Entwicklung der Gesellschaften m. b. H., welche eigentlich nur eine vereinfachte Form der Aktiengesellschaft darstellen für Fälle, wo in andern Ländern diese selbst benutzt wird, ist die Aktiengesellschaft auch bei uns volkswirtschaftlich die weitaus wichtigste Form der Gesellschaftsunternehmungen. Sie zieht eben die weitesten Kreise zur Kapitalbeschaffung heran, bringt so die größten Kapitalien für Unternehmungszwecke zusammen und ihre Erträge fallen auch wieder der größten Zahl von Beteiligten zu.

Nach dem Handelsgesetzbuch § 178 ist eine Aktiengesellschaft dann vorhanden, wenn „die sämtlichen Gesellschafter nur mit Einlagen auf das in Aktien zerlegte Grundkapital der Gesellschaft beteiligt sind, ohne persönlich für deren Verbindlichkeiten zu haften.“ Während also ökonomisch die völlige Trennung von Unternehmungsbesitz und Unternehmungsleitung das Charakteristische der reinen Kapitalgesellschaft ist, ist es juristisch die völlig selbständige Rechtspersönlichkeit des zusammengebrachten Kapitals, das Fehlen jeder Haftung der Aktionäre für die Verpflichtungen der Gesellschaft. Die Aktien müssen in Deutschland auf mindestens 1000 M. lauten (vor 1884 100 Th.; solche Aktien kursieren aber noch heute). Auf Namen lautende Aktien, deren Übertragung an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden ist, und, mit Zustimmung des Bundesrates, Aktien gemein-

nütziger Unternehmungen dürfen auf einen Betrag von nicht weniger als 200 M. ausgestellt werden (§ 180). Die Aktien dürfen nicht für einen geringeren als den Nennbetrag (pari) ausgegeben werden. Bei Ausgabe über pari ist das Agio dem Reservefonds zuzuführen. Diesem ist so lange mindestens der 20. Teil des jährlichen Reingewinns zuzuführen, bis er 10% des Grundkapitals erreicht hat (gesetzlicher Reservefonds, § 262). Daneben aber haben die meisten Aktiengesellschaften noch einen sog. freien Reservefonds, der über den gesetzlich geforderten hinausgeht. Auch verfügen sie vielfach über sog. stille Reserven, die aus der Bilanz nicht ohne weiteres ersichtlich sind, sich vielmehr daraus ergeben, daß Vermögensstücke, insbesondere leicht realisierbare (Effekten), erheblich unter ihrem Verkaufswerte in die Bilanz aufgenommen sind. Übrigens ist auch der gesetzliche sog. Reservefonds regelmäßig nicht in bar vorhanden oder gesondert angelegt, sondern er bildet nur einen Bilanzposten, die dafür zurückgestellten Einnahmen arbeiten im Betriebe mit, er ist also nur ein Reservekonto. Auch wenn neue Aktien ausgegeben werden, zur Erhöhung des Grundkapitals, ist das erzielte Agio dem Reservefonds zuzuführen. Die Ausgabe neuer Aktien soll nicht vor der vollen Einzahlung auf die alten erfolgen (außer bei Versicherungsgesellschaften) § 278. Sie bedarf der Zustimmung einer  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit in der Generalversammlung.

Der Gesellschaftsvertrag, durch den die Aktiengesellschaft errichtet wird, ist ins Handelsregister einzutragen, wobei das Handelsgericht prüft, ob die gesetzlichen Bestimmungen gewahrt sind. Erst mit der Eintragung ins Handelsregister beginnt die Aktiengesellschaft als eigene juristische Person zu „bestehen“ (§ 200). Bei Auflösung einer Aktiengesellschaft erfolgt die Liquidation durch den Vorstand. Sie kann aber auch anderen Liquidatoren übertragen werden. Auch kann eine Aktiengesellschaft endigen ohne Liquidation, wenn das ganze Vermögen mit



Aktiven und Passiven verkauft wird. Ein anderer Auflösungsgrund ist die Fusion, die Verschmelzung der Aktiengesellschaft mit einer anderen. Auch hierbei kann eine Liquidation unterbleiben.<sup>3)</sup>

Die Organe der Aktiengesellschaft sind Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung. Die letztere ist das Organ, durch welches die eigentlichen Unternehmer, die Aktionäre, ihre Rechte in den Angelegenheiten der Gesellschaft ausüben. Jede Aktie gewährt das Stimmrecht (§ 252).<sup>4)</sup> Die Generalversammlung wird durch den Vorstand berufen (§ 253) und zwar mindestens einmal jährlich zur Genehmigung der Bilanz und der Gewinnverteilung sowie zur Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats (§ 260). Die Generalversammlung muß aber berufen werden, wenn Aktionäre, deren Anteile den 20. Teil des Grundkapitals erreichen, es verlangen (§ 254).

Die Generalversammlung stellt also den letzten und obersten Willen in der Aktiengesellschaft dar. Da sie aber bei der meist großen Zahl der Aktionäre ein schwerfälliges Organ ist, kommt dieser oberste Wille nur selten aktiv zum Ausdruck. Seine Willenserklärungen sind meist nur formal, Zustimmungen zu den Beschlüssen der Leitung. Wenn daher auch bei einer gutgehenden Aktiengesellschaft oft nur sehr wenige Aktionäre in der Generalversammlung erscheinen und die Leiter die ganzen Formalien schnell „unter sich“ erledigen, so kann doch andererseits die Generalversammlung, wenn eine Gruppe von Aktionären mit der Leitung unzufrieden ist, der Schauplatz erbitterter Machtkämpfe werden und die Majorität kann ihre Macht sehr einschneidend geltend machen. Aber die Leitung des Unternehmens übt die Generalversammlung natürlich in keiner Weise aus. Vielmehr bestellt sie — das ist überall ihr hauptsächlichstes Recht — den „Vorstand“, die Direktoren, die in Deutschland aber nicht selbst Aktionäre zu sein brauchen. Die Direktoren haben dann die Leitung im Innern und die



Vertretung nach außen. Außerdem bestellt die Generalversammlung als ein Kontrollorgan den Aufsichts- oder Verwaltungsrat.

Es ist nun bemerkenswert, daß die Verfassung der Aktiengesellschaft und die Stellung der Aktionäre in Deutschland ganz besonders demokratisch sind. Jeder Aktionär ist stimmberechtigt und fast alle wichtigeren Beschlüsse: Dividendenfestsetzung, Feststellung der Bilanz, Kapitalerhöhungen oder -herabsetzungen usw. sind von der Zustimmung der Generalversammlung abhängig. In England und, eigentümlicherweise, besonders in Amerika ist die Aktiengesellschaft viel weniger demokratisch organisiert. Die Befugnisse der Generalversammlung können dort auf Bilanzgenehmigung und Direktorenwahl beschränkt sein, selbst die Dividendenfestsetzung und Kapitalerhöhungen können ihrer Kompetenz entzogen sein. Ganz besonders aber wirkt die sehr verbreitete Übung, nur einer bestimmten Kategorie von Aktien Stimmrecht zu gewähren, dahin, daß häufig den eigentlichen Kapitalbeitragsenden nur ein sehr geringer Einfluß auf die Gesellschaft gewährt wird. So werden nicht selten die common shares, Stammaktien, den Gründern ohne oder gegen nur geringe Einzahlung überlassen, ihnen aber das Stimmrecht ganz allein vorbehalten. Die Folge davon ist, daß oligarchische Zustände bei den amerikanischen Aktiengesellschaften die Regel bilden, d. h. fast regelmäßig wird eine Aktiengesellschaft beherrscht, „kontrolliert“ — wie der technische Ausdruck lautet — durch eine kleine Gruppe mächtiger Aktionäre, die dann gewöhnlich auch selbst in der Verwaltung sitzen. Es kommt dabei auch in Betracht, daß die Funktionen von Direktion und Aufsichtsrat dort sehr viel weniger scharf getrennt sind als bei uns. Ein eigentlicher Aufsichtsrat fehlt, die kontrollierende Funktion liegt bei dem board of directors, wogegen der eigentliche Leiter der Unternehmung president genannt wird, aber beide Funktionen sind eben nicht scharf getrennt. Die Leiter sind bei dieser Organisation meist

stark an der Unternehmung durch eigenen Aktienbesitz interessiert, die Verwaltung ist daher keine so rein beamtenmäßige wie bei uns — was in Amerika mangels der jahrhundertelangen Schulung durch ein staatliches Beamtentum nicht möglich wäre. Aber das schlimme ist eben, daß diese Leiter oft mit einem verhältnismäßig außerordentlich kleinen Teil des Gesamtkapitals, nämlich nur der Mehrheit der stimmberechtigten Aktien, das ganze Unternehmen beherrschen, während alle übrigen Aktionäre vollständig machtlos sind. Dieses Prinzip, mit möglichst geringer Kapitalinvestierung große Unternehmungen zu beherrschen, haben die amerikanischen Großkapitalisten zur Virtuosität ausgebildet mittels des Systems der Verschachtelung der Unternehmungen (Effektensubstitution), von der wir später noch sprechen werden, und sie beherrschen damit die verschiedensten Erwerbszweige. Natürlich nützen sie auch ihre bessere Kenntnis der Verhältnisse des Unternehmens zu Effektenmanipulationen an der Börse aus, entfachen und beeinflussen überhaupt die Spekulation in ihrem Sinne, und die kleinen Aktionäre sind dann gewöhnlich die Opfer.

Unser demokratischeres Aktienrecht ermöglicht viel weniger leicht die Erwerbung und den Mißbrauch einer Kontrolle, aber es hat den Nachteil, daß es die Leitung der Unternehmung von der zufälligen Majorität in der Generalversammlung abhängig macht und, wie bei aller Demokratie, ist natürlich keinerlei Gewähr gegeben, daß diese Massenregierung, eine solche Zufallsmajorität der Aktionäre, besonders sachverständig ist und die Interessen des Unternehmens fördert. Aber wie die demokratischste Verfassung im Staate tatsächlich die Oligarchie nicht ausschließt, derjenigen nämlich, die nach ihrem Willen die Masse zu lenken verstehen, so ist auch in der Aktiengesellschaft die faktische Beherrschung derselben gerade dann am leichtesten, d. h. mit dem geringsten Kapital möglich, wenn die Aktien recht stark verteilt, in recht vielen Händen sind.



übrigens sind diese rechtlichen Verschiedenheiten in der Stellung des Verwaltungsrates und der Direktion nicht von so großer praktischer Bedeutung, wie es den Anschein haben könnte. Denn praktisch wird ihre Stellung sehr oft bestimmt auf Grund individueller persönlicher Verhältnisse. Ein sehr tüchtiger und energischer Direktor kann ganz allein die Unternehmung beherrschen, Aufsichtsrat und Generalversammlung „in der Tasche haben“. Er kann trotzdem ein Schwindler sein, wie bei der berüchtigten Aktiengesellschaft für Trebertrocknung, wo der Generaldirektor Schmidt den Aufsichtsrat und die ganze Direktion der Leipziger Bank beherrschte. Ebenso ist aber auch sehr häufig ein einflußreicher und geschäftskundiger Vorsitzender des Aufsichtsrates, besonders oft ein Vorbesitzer der Unternehmung, der eigentliche Leiter, namentlich wenn er neu eingetretenen oder weniger erfahrenen Direktoren gegenübersteht. Ferner kann aber auch ein bloßes Mitglied des Aufsichtsrates z. B. sehr oft der Vertreter einer großen Bank die Verhältnisse des Unternehmens bestimmen, mindestens einen den normalen weit übersteigenden Einfluß ausüben. Und schließlich kommt es natürlich auch bei uns vor, daß bisher Außenstehende, besonders häufig wiederum eine Bank, durch Erwerb zahlreicher Aktien oder auch nur unter Benützung des Stimmrechtes ihrer Kunden plötzlich einen entscheidenden Einfluß auf die Leitung einer Gesellschaft gewinnen. Für alles das sind zahlreiche Beispiele in Deutschland anzuführen. Man erkennt daraus wieder, daß man die Unternehmereigenschaft nicht mit der Leitung der Gesellschaftsunternehmung in Verbindung bringen darf, weil diese faktisch bei sehr verschiedenen Personenkategorien sich befinden kann. Es ergibt sich auch aus dem Gesagten, daß es sehr häufig nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt, daß nach deutschem Recht der Aufsichtsrat immer nur als Ganzes wirken und das einzelne Mitglied für sich allein keine Funktionen haben soll.



Der Aufsichtsrat ist jedenfalls dasjenige Organ der Aktiengesellschaft, auf das sich in Deutschland die meisten Vorschläge auf gesetzliche Neuregelung beziehen. Er hat nach dem Gesetz (§ 246 H.G.B.) die Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung zu überwachen, die Bücher, die Bestände an Wertpapieren und Waren, sowie der Kasse zu untersuchen, schließlich die Jahresrechnungen und Bilanzen zu prüfen. Die äußerst zahlreichen Angriffe gegen diese Institution beruhen darauf, daß die einzelnen Mitglieder zwar ihre oft sehr hohen Tantiemen gern einstecken, aber meist nicht imstande waren, Nachlässigkeiten oder Unterschleife der Beamten zu verhindern. Nur selten gelang es, Vorstand und Aufsichtsrat dafür haftbar zu machen. Man verlangt vielfach eine stärkere Haftung des Aufsichtsrates und schlägt zu diesem Zwecke Tantiemensperre u. dergl. vor. Aber es heißt von Menschen zu viel verlangen, wenn man fordert, daß der Aufsichtsrat jede geschickte Betrügerei von Angestellten entdecken und dafür haftbar sein soll. Allerdings ist kein Zweifel, daß sehr viele Aufsichtsräte das ihnen übertragene Amt ernsthafter nehmen und sorgfältiger ausüben könnten. Man will das dadurch herbeizuführen suchen, daß man die Kumulierung von Aufsichtsratsstellen in einer Person bei verschiedenen Unternehmungen einzuschränken vorschlägt. In der Tat ist es von jeher vorgekommen, daß manche Personen, insbesondere große Bankiers, im Aufsichtsrat so zahlreicher Unternehmungen sich befanden, daß sie der Überwachung der einzelnen kaum genügende Sorgfalt widmen können. Aber es scheint bedenklich, hier schematische Gesetzesbestimmungen zu treffen. Denn schließlich hat die Generalversammlung, die die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder wählt, es in der Hand, von diesem Gesichtspunkte aus ungeeignete Personen auszuschließen. In Deutschland spielen aber für die Wahl zum Aufsichtsrat besondere Beziehungen zu der Unternehmung, vor allem also ihre Bankverbindung, aber auch die Leiter großer rohstoffliefernder Werke oder

große Abnehmer, eine bedeutende Rolle. Dagegen tritt die Wahl rein dekorativer Persönlichkeiten, z. B. Angehöriger des hohen Adels, die in England von ziemlichem Umfange ist, bei uns an Bedeutung zurück.

#### 4. Volkswirtschaftliche Bedeutung der Kapitalgesellschaften.

Vor dem Aufkommen des Effektenwesens waren Gesellschaften, wie gesagt, nur in beschränktem Umfange möglich, in der Hauptsache in Form der Offenen Handelsgesellschaft, die eben nur für eine kleine Zahl von Gesellschaftern in Betracht kommt. Über fremde Kapitalien zu verfügen war nur möglich auf Grund persönlichen Vertrauens der Kapitalbesitzer. Daher konnten selbst die öffentlichen Körperschaften meist keine großen Unternehmungen ins Leben rufen, da sie ebenfalls nur in beschränktem Umfange im Wege des Kredits über fremde Kapitalien verfügen konnten. Die gewaltige Ausdehnung der Staatsanleihen ist natürlich ebenfalls an die Entwicklung des Effektenwesens gebunden. Vorher gab es daher gar kein mobiles Kapital im heutigen Sinne. Denn außer Geldsurrogaten, Zahlungsmitteln mit kurzer Umlaufszeit, die gleichzeitig für kurze Fristen als Kreditmittel dienen konnten (Wechsel), war Kreditgewährung und Beteiligung eine rein persönliche Angelegenheit. Die Anlage ersparten Einkommens war regelmäßig für längere Zeit immobil. Heute dagegen kann man durch Ankauf von Effekten jederzeit die größten Kapitalien anlegen und durch Verkauf kann man sie in kürzester Zeit wieder flüssig machen. Trotzdem in Wahrheit, ebenso wie früher, und noch mehr wie früher (wegen der Verfeinerung des Geld- und Kreditmechanismus), jedes ersparte Einkommen sofort wieder in sachlichen Produktionsmitteln investiert wird — denn nur in solchen wirkt es produktiv, — bleibt es doch durch die Verkörperung in Effekten für den Eigentümer so fungibel als ob es immer noch die Geldform hätte, und kann tatsäch-

lich für ihn jeden Augenblick wieder in diese zurückverwandelt werden. Nur wenn man dies sich vor Augen hält, — und man braucht nur in den nationalökonomischen Lehrbüchern nachzusehen, wie wenig bisher darauf hingewiesen wurde — versteht man die Bedeutung der Kapitalgesellschaften richtig.

Die Wirkungen dieser Mobilisierung und Funktionalisierung des Kapitals durch die Verkörperung in Effekten sind nämlich zweierlei: erstens war es nur auf diesem Wege möglich, selbst für die größten Unternehmungen das Kapital zusammenzubringen und zweitens — und nicht minder wichtig — war es nur so möglich, daß die Erträge dieser großen Unternehmungen auch einer großen Zahl von Personen zufallen. Was das erste anbetrifft, so kann man heute in einer Aktiengesellschaft beliebig große Kapitalien zusammenbringen, sobald nur der Zweck irgendwie gewinnbringend erscheint. Und wenn eine Gesellschaft sich schon bewährt und Erfolge erzielt hat, so strömen ihr zu Vergrößerungen ohne weiteres beliebige Kapitalmengen zu. Tausende stellen dann Gelder zur Verfügung, und wohlhabende Leute können sich so an zahlreichen Unternehmungen beteiligen. Die gewaltigen Summen, die für Eisenbahnbauten und sonstige große Unternehmungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verwendet wurden, hätten ohne das Effektenwesen nicht aufgebracht werden können. Denn auch der Staat hätte die vielen Millionen, die er sich heute geliehen hat (Rentenschulden), niemals aufgebracht, wenn nicht die jederzeitige Veräußerlichkeit seiner Obligationen dem Gläubiger die Unkündbarkeit und mangelnde Rückzahlungspflicht ersetzte. Bei den Aktiengesellschaften gibt dagegen die unbegrenzte Gewinnchance einen starken Antrieb zur Beteiligung, während durch die beschränkte Haftung das Risiko dieser Beteiligung auf die Kapitaleinlage beschränkt bleibt. Diese beschränkte Haftung hat außerordentlich dazu beigetragen, neben der Kreditgewährung gegen festen Zins auch



der Beteiligung am Gewinn durch Erwerb von Aktien eine so große Verbreitung zu verschaffen. Daher bedeuten die Kapitalgesellschaften die denkbar größte Verteilung des Risikos. Sie erleichtern mit alledem die Einführung neuer Produktionsmittel und haben daher mehr als irgend etwas anderes den technischen Fortschritt und seine Anwendung gefördert. Daß die jederzeitige Veräußerlichkeit der Aktien in Verbindung mit ihrem Anrecht auf schwankende Gewinne die Spekulation und das Spiel stark gefördert hat, davon wird später noch zu reden sein.

Zweitens liegt dann, wie schon gesagt, die Bedeutung der Kapitalgesellschaften darin, daß sie die Erträge der so ermöglichten großen Unternehmungen auch einer großen Zahl von Personen zugute kommen lassen.<sup>5)</sup> Vor dem Aufkommen des Effektenwesens mußten große Unternehmungen schon deswegen selten sein, weil sonst ihre Erträge nur einigen wenigen Personen zugeflossen wären. Um das an einem Beispiel klar zu machen: wenn die ganze gewerbliche Produktion in Deutschland durch lauter Krupps erfolgte, d. h. wenn alle großen Unternehmungen wie diese in den Händen von einer oder ganz weniger Personen wären, würde eine verschwindende Zahl von Personen ungeheuer reich sein. Die Einkommensverteilung wäre dann sehr ungünstig. Durch die Aktiengesellschaften werden also die Erträge der großen Unternehmungen an eine viel größere Zahl von Personen verteilt. Da neue große Unternehmungen mit viel Kapital heute notwendig sind und sich noch immer weiter ausdehnen werden, wirkt die Aktiengesellschaft, das Effektenwesen im Sinne einer diesem Umstande angepaßten besseren Einkommensverteilung. Auch aus diesem Grunde war die allgemeine Ausbreitung des Großbetriebs im Gewerbe und Transportwesen an die Entwicklung der Effekten gebunden. Sie sind nicht nur das Mittel, große Kapitalien zusammenzubringen, sondern auch große Einnahmen vielen Beteiligten zuzuführen.<sup>6)</sup> Da also heute

infolge der technischen Entwicklung große Betriebe unbedingt notwendig sind, bewirkt das Prinzip der Aktiengesellschaften, das Effektenwesen, an sich eine Verminderung der Übermacht des bloßen Kapitalbesitzes im Produktionsprozesse, die sonst hätte eintreten müssen. Ohne die Aktiengesellschaften gäbe es in allen vorgeschrittenen Industriestaaten eine Herrschaft einer kleinen Klasse von „Industriearbarnen“, die noch viel intensiver wäre als die der mächtigsten Großgrundbesitzerklasse in einem Agrarstaate. Allerdings kann durch die Aktiengesellschaften an die Stelle der Herrschaft großindustrieller Unternehmer eine solche des Finanzkapitals treten, die wegen des damit verbundenen spekulativen Charakters volkswirtschaftlich noch ungünstiger sein kann als jene. Davon wird unten noch zu reden sein.

Die Trennung von Unternehmungsbesitz und Unternehmungsleitung bei den Kapitalgesellschaften hat auch eine erhebliche Bedeutung für die Errichtung deutscher Unternehmungen im Auslande. Während der private Unternehmer, der ins Ausland geht, mit seinem Kapital und seiner Arbeitskraft gewöhnlich für Deutschland verloren ist, fließen die Erträge von im Auslande errichteten Aktiengesellschaften in der Regel nach Deutschland zurück. Da nun Deutschlands wachsender Kapitalreichtum immer mehr andere Länder wirtschaftlich mit erschließen hilft, und auch, wo Waren aus Deutschland exportiert werden könnten, die wirtschaftliche Gesetzgebung fremder Länder und der zunehmende Konkurrenzkampf oft zur Errichtung ausländischer Unternehmungen zwingen, so gewinnen hier die Gesellschaftsunternehmungen immer größere Bedeutung, namentlich für Bahnen, Elektrizitätsanlagen und Bergwerke. Die Deutsch-überseeische Elektrizitätsgesellschaft, die umfangreiche Anlagen besonders in Buenos Aires besitzt, gehört zu den größten deutschen Aktiengesellschaften. Auch die anatolischen Bahnen, die Schantungbahn, die deutschen Auslandsbanken seien hier erwähnt.



Die völlige Trennung von Unternehmungsbesitz und Unternehmungsleitung, die durch das Effektenwesen ermöglicht wird, oder — anders ausgedrückt — die Tatsache, daß man sich durch bloßen Erwerb von Aktien jederzeit an den verschiedensten Unternehmungen beteiligen und diese Beteiligung durch Verkauf jederzeit wieder aufgeben kann, hat aber noch weitere höchst wichtige Wirkungen auf die Einkommensverteilung, die man bisher längst nicht genügend beachtete. Die Entwicklung der Kapitalgesellschaften und ebenso auch das Aufkommen der öffentlichen Anleihen in Form der Inhaberpapiere, kurz das Effektenwesen, hat die Erzielung arbeitslosen Einkommens außerordentlich verallgemeinert. Man vergegenwärtige sich einmal, wer denn vor 100 Jahren ein Einkommen ohne eigene Arbeit genießen konnte. Nur der große Grundbesitzer durch Verpachtung seiner Güter, allenfalls noch der städtische Hausbesitzer durch Vermietung, was aber damals entfernt nicht so häufig war wie heute. Jedenfalls nur der Immobilienbesitzer. Daher war der Besitz von Grund und Boden bis in die neueste Zeit hinein die einzige Form des Reichtums, die sich vererben ließ, die Grundaristokratie die einzige Form der Aristokratie im sozialen Sinne, d. h. einer durch Generationen über die große Masse hervorragenden sozialen Oberschicht. Wer ein Handelsgeschäft, einen Gewerbebetrieb ererbt hatte, mußte sie selbst betreiben. Da die Erben dazu durch mehrere Generationen meist nicht imstande waren, so verfiel der Reichtum. Nur wenn die in Handel und Gewerbe erworbenen Vermögen in Grundbesitz angelegt wurden, erhielt er sich. Nur so hat der Reichtum der Suggen und Welfen die Jahrhunderte überdauert.

Ganz anders heute. Ein Fabrikant, der reich geworden ist, macht aus seiner Fabrik eine Aktiengesellschaft, veräußert eventuell einen Teil der Aktien, legt sein Vermögen geschickt in Effekten an und seine Kinder und Kindeskinde genießen deren Erträge ohne jede eigene



Arbeit. Ja, das Vermögen vermehrt sich häufig. Die Aktien werden durch Abschreibungen im Laufe der Jahre wertvoller, es werden junge Aktien ausgegeben, die die Aktionäre mit einem Gewinn am Kurse beziehen können. Kurzum, die Stabilisierung eines Vermögens über den Tod des ursprünglichen Erwerbers hinaus, die ein Einkommen ohne eigene Arbeit ermöglicht, wird durch den Effektenkapitalismus ganz allgemein. Dieser ist also ein ungeheuer wirksames Mittel, eine einmal besitzende Klasse im Besitze zu erhalten. Das hat man bisher noch kaum erkannt, denn diese ganze Entwicklung ist ja auch erst in ihren Anfängen. Der Effektenkapitalismus wirkt insofern aber zweifellos in der Richtung einer Verschärfung der sozialen Gegensätze. Gegenüber dem Arbeitseinkommen, das mit dem Tode des Leistenden erlischt, nimmt das auf Vermögensbesitz beruhende, sog. fundierte Einkommen durch das Effektenwesen immer größere Bedeutung an. Es wird so der Genuß eines arbeitslosen Einkommens um so mehr auf die Nachkommen übertragen, je mehr durch Ein- oder Zweikindersystem eine Teilung des Vermögens vermieden wird. So paradox es klingen mag: Zweikindersystem und Effektenkapitalismus sind daher Korrelate. Je mehr dieser sich entwickelt, um so mehr wird sich daher wohl auch jenes verbreiten. Daher z. B. auch die außerordentlich geringe Volksvermehrung in dem typischen Rentnerstaat Frankreich und bei der wohlhabenden Bevölkerung in den Vereinigten Staaten, wo das Aktienwesen die weiteste Ausbreitung gefunden hat.

Diese Möglichkeit, mittels Effektenbesitzes ohne eigene Arbeit an den Erträgen vieler Unternehmungen zu partizipieren, hat noch mancherlei sonstige ökonomische und soziale Wirkungen, und zwar gute und schlechte. Sie bewirkt zunächst, daß sich so viele Leute Berufen zuwenden können, die ihnen keinen oder nur ungenügenden Lebensunterhalt bieten. Der große Andrang zu den wissenschaftlichen Berufen rührt daher,

ebenso der Zudrang zum Beamtenstand, bezw. umgekehrt ausgedrückt, nur durch die gewaltige Ausbreitung fundierter Einkommen mit der Entwicklung des Effektenkapitalismus war es möglich, daß der Staat seine Beamten im Vergleich zu ihrer sozialen Stellung so gering besolden kann und doch so großer Andrang dazu vorhanden ist. Während es auf der einen Seite in kultureller Hinsicht sehr erfreulich ist, daß sich so viele Leute der Produktion immaterieller Güter, wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen zuwenden können — leider sind die Besitzer derartiger Talente und die von Vermögen aber nicht immer identisch —, ist eine übermäßige Inanspruchnahme von Arbeitskräften für die öffentliche Verwaltung keineswegs erwünscht. Und erst recht ist es natürlich nicht im Interesse der Volkswirtschaft, daß, wie z. B. in England und den Vereinigten Staaten, zahlreiche Vermögensbesitzer gar nichts tun als Kupons abschneiden und allenfalls Sport zu treiben, weil dann ihre Bedarfsbefriedigung durch die Arbeit der anderen mit erfolgen muß. Es ist, wie gesagt, nicht zu bezweifeln, daß durch den Effektenkapitalismus der soziale Gegensatz gegenüber allen denen, die ein Arbeitseinkommen aber kein Vermögen besitzen, verschärft wird. Daher ist eine besondere Belastung des sog. fundierten Einkommens heutzutage eine notwendige Einrichtung in jedem gerechten Steuersystem, ja, wie mir scheint, ist aus diesem Grunde eine starke und progressive allgemeine Erbschaftsteuer eine Forderung sozialer Gerechtigkeit, um die schon in naher Zukunft kein Staat mehr herumkommen wird.

Endlich ist noch eine dritte Veränderung in den Einkommensverhältnissen durch das Aufkommen der Aktiengesellschaften zu konstatieren. Der Großbetrieb, der durch sie so enorm gefördert wurde, hat an die Stelle kleinerer, auf eigene Rechnung und Gefahr tätiger Unternehmer vielfach die unselbständigen, Lohn empfangenden Beamten der Gesellschaftsunternehmungen gesetzt. Gewaltig gestiegen ist die Zahl der Direk-

toren, Ingenieure, Chemiker, Prokuristen, Kassierer usw., von denen früher viele selbständige Unternehmer geworden wären, während sie jetzt zeitlebens abhängige Angestellte bleiben. Man beklagt vielfach diese Zunahme der unselbständigen Berufe, der Abhängigen. Aber diese Entwicklung hat auch gewisse Vorteile. Die wirtschaftliche Lage dieser Leute ist heute meist gesicherter und weniger riskant. Genau so wie sich oft der kleine Handwerksmeister oder Ladeninhaber in ungünstigerer Lage befindet als der gelernte Arbeiter, ebenso ist auch oft ein selbständiger Unternehmer ungünstiger gestellt als ein gut bezahlter höherer Beamter einer Aktiengesellschaft. Diese kann durch große Gehälter die fähigsten Leute an sich ziehen und lockt sie damit auch oft nicht nur aus selbständigen Stellungen, sondern auch aus dem Staatsdienst. Sie bereitet damit den selbständigen Unternehmern einen schweren Stand und oft muß der einzelne Unternehmer der überlegenen Kapitalkraft der großen Gesellschaften weichen. Besonders auch, weil diese ungünstige Konjunkturen unter Umständen sehr viel länger aushalten. Sie verteilen jahrelang keine Dividenden, die Aktien werden zusammengelegt u. dergl. Alles das können die Aktionäre vertragen, weil der einzelne niemals sein ganzes Kapital in einer einzigen Gesellschaft anzulegen pflegt. Der private Unternehmer aber hätte seinen Betrieb schon längst aufgeben müssen.

Wenn also die Gesellschaftsunternehmungen bei den Unternehmern selbst das Risiko verteilen, anderseits Leuten ohne Kapital die Möglichkeit gewähren, in ihnen gutbezahlte Stellungen und ein sicheres Einkommen zu erhalten, so ist doch die daraus sich ergebende Vergrößerung der unselbständigen und abhängigen, ein festes Arbeitseinkommen erhaltenden Klasse, keineswegs in jeder Hinsicht erwünscht. In derselben Richtung geht ja auch die Entwicklung der öffentlichen Unternehmungen und die mit dem Wachsen der Staatsaufgaben immer fortschreitende Vermehrung der Beamten. Das kann in wirt-



schaftlicher Hinsicht leicht zu einer Verminderung des Unternehmungsgeistes führen. Bürokratische Verwaltung kann, wie beim Staat so auch bei den ähnlich verwalteten großen Unternehmungen Platz greifen. Der bloße Versorgungsstandpunkt einschließlich staatlicher oder privater Versicherung kann zu sehr an die Stelle des eigenen Tätigkeitstriebes treten. Es ist kein Zweifel, daß diese Gefahr bei uns in Deutschland mit unserer Vorliebe für alles Beamtentum besonders nahe liegt.

Ebensogut aber kann das Umgekehrte der Fall sein. Da die Leiter der großen Kapitalgesellschaften, die Direktoren der Banken, die über die bei ihnen zusammenströmenden Kapitalien verfügen, kein eigenes Kapital riskieren, kann auch zuviel Unternehmungslust vorhanden sein. Es kann leichtfertig jeder neue Gedanke ausgeführt werden, große Kapitalien können für noch unerprobte Erfindungen verwendet werden, die einzelnen Unternehmungen suchen sich in Neuerungen zu überbieten.

Ob diese oder jene Wirkung eintritt: in beiden Fällen ist der Nachteil der Kapitalgesellschaften der, daß keine Sicherheit besteht, daß die Errichtung dieser Unternehmungen dem volkswirtschaftlichen Bedürfnis, der Nachfrage nach Produkten angepaßt wird. Nicht mehr der Unternehmungsgeist des eigentlichen Unternehmers, der das Kapital besitzt und riskiert, bestimmt die Ausdehnung der Bedarfsversorgung, sondern entweder der Tätigkeitsdrang angestellter und nicht selbst interessierter Direktoren oder einfach die Masse des sich anbietenden, Anlage suchenden Kapitals. Und damit kommen wir zu einer der wichtigsten Wirkungen, die die Entwicklung der Kapitalgesellschaften bisher schon gehabt hat und vielleicht in Zukunft noch in höherem Maße haben wird. Wenn es bei den heutigen großen Unternehmungen nicht mehr der Unternehmungsgeist des einzelnen ist, der sie ins Leben ruft und den wirtschaftlichen Fortschritt herbeiführt, sondern diese Unternehmungen genau so verwaltete Erwerbsanstalten im Interesse einer großen Zahl von

Aktionären sind, wie der Staat Anstalten im Interesse der Allgemeinheit betreibt, so ergibt sich, daß überhaupt eigentlich nicht mehr Personen mit eigenem Erwerbsstreben und eigenem Betätigungstrieb die treibende Kraft im Wirtschaftsleben sind, sondern daß die verfügbaren, Anlage suchenden Kapitalien, das sog. mobile Kapital, den Anstoß zu wirtschaftlicher Tätigkeit, zur Erweiterung und Vervollkommnung der Bedarfsversorgung geben. Und das ist in der Tat eine ganz allgemeine und höchst wichtige Folgeerscheinung der modernen Kapitalgesellschaften und des Effektenwesens: nur im Gebiete der kleinen Erwerbswirtschaften, des Handwerkers, des Kaufmanns u. dergl. wird der Anstoß zur Errichtung neuer Unternehmungen noch gegeben durch den Tätigkeits- und Erwerbstrieb des einzelnen Unternehmers, der sich damit seinen Lebensunterhalt zu verdienen sucht. Auf allen Gebieten des Großbetriebes kommen die Unternehmungen nur zustande auf Grund des Verwertungsbedürfnisses von allen Seiten zusammenströmender und dann einheitlich zusammengefaßter ersparter Kapitalien. Diese Zusammenfassung geschieht vor allem durch die Banken und daher rührt der große Einfluß, den die Banken auf die Errichtung neuer Unternehmungen haben und der für die Bedeutung der Kapitalgesellschaften in der Volkswirtschaft charakteristisch ist. Die Kapitalisten gründen heute im Zustande des Effektenkapitalismus nicht selbst mehr Unternehmungen, sondern ihre ersparten Kapitalien sammeln sich bei den Banken. Diese stellen sie dann nach ihrem Ermessen für neue Unternehmungen zur Verfügung und die Kapitalisten beteiligen sich an ihnen durch Erwerbung der Effekten, welche die Banken ihnen anbieten.

An und für sich ist diese ganze Entwicklung keineswegs ungünstig zu beurteilen. Nachdem die frühere obrigkeitliche Regulierung des Zugangs zu den verschiedenen Erwerbszweigen, wie sie das Zunftwesen charakterisiert, gefallen war, war es, abgesehen von besonderen Neigungen, einzig und allein die Aussicht auf möglichst hohen



Gewinn, welche den einzelnen bestimmte, sich diesem oder jenem Erwerbszweig zuzuwenden. Darin lag der ganze Regulator, durch den das Angebot von Gütern an die Nachfrage angepaßt wurde. Daran hat sich auch mit den Kapitalgesellschaften nichts geändert. Aber bei einer kleinen Zahl großer Unternehmungen könnte es doch leichter erscheinen, ihre Einrichtung und Erweiterung den tatsächlichen Verhältnissen des Bedarfs anzupassen als bei einer großen Zahl kleiner und isolierter Erwerbswirtschaften. Trotzdem hat sich überall gezeigt, daß die Einrichtung großer Kapitalgesellschaften heutzutage in erster Linie weder durch den Unternehmungsgeist einzelner noch mit besonderer Rücksicht auf den wirklichen Bedarf erfolgt, sondern daß dafür vor allem die Verhältnisse des Geld- und Kapitalmarktes entscheidend sind. Der Charakter des mobilen Kapitals und die enge Beziehung der Kapitalgesellschaften zu den Hauptorganen des Geld- und Kapitalmarktes, den Banken, kommen darin vor allem zum Ausdruck. Wir sind damit an die Fragen des Gründungswezens gelangt, die zu den wichtigsten Problemen der modernen Unternehmung und der heutigen Volkswirtschaft überhaupt gehören. Wir müssen uns mit ihnen etwas eingehender beschäftigen.

##### 5. Die Gründung der Kapitalgesellschaften.

Durch die Art ihrer Entstehung unterscheiden sich die Kapitalgesellschaften in den meisten Fällen wesentlich von den Einzelunternehmungen und Personalgesellschaften und wiederum ist es der Effektenkapitalismus, die Verkörperung des Kapitals in Effekten, die diese Verschiedenheit bewirkt. Einzelunternehmungen und Personalgesellschaften pflegen sich meist aus kleinen Anfängen zu entwickeln, letztere oft aus ersteren, wenn der Geschäftsbetrieb für einen einzelnen zu viel Arbeit macht. Es wird dann ein Kompagnon zugezogen oder die Söhne oder Verwandte treten in das Geschäft ein. Dagegen ist



charakteristisch für die meisten Kapitalgesellschaften, daß sie gleich in großem Maßstabe ins Leben zu treten pflegen. Ihre Form wird eben gewählt, wo sehr viele Kapitalisten herangezogen werden sollen, wo gleich von vorn herein sehr große Kapitalien erforderlich sind oder ein großes Risiko es zweckmäßig erscheinen läßt, es gleich auf viele Schultern zu verteilen. Daher sehen wir die meisten Aktiengesellschaften auch entstehen, wo derartige Gründe und Zwecke vorliegen, bei Eisenbahnen, Bergwerken, Banken, Versicherungsgesellschaften. Später werden dann freilich Aktiengesellschaften auch errichtet, wo derartige Gründe nicht vorliegen, und es kommen auch die sog. Familiengründungen vor, wo die Aktien in wenigen Händen bleiben (z. B. Friedrich Krupp Aktiengesellschaft). Doch das sind Ausnahmen und im allgemeinen kann man davon ausgehen, daß die Zerlegung des Kapitals einer Unternehmung in Aktien erfolgt, um das Geld dafür früher oder später von verschiedenen Seiten heranzuziehen und vielen so die Möglichkeit der Beteiligung zu gewähren.

Aber auch juristisch ist die Art der Entstehung einer Aktiengesellschaft von ganz besonderer Bedeutung. Es ist die sog. Gründung. Das Handelsrecht hat nämlich die Gründung einer Aktiengesellschaft wegen der zahlreichen Rechtsfolgen, die sich daran knüpfen, genau geregelt. Und diese Regelung ist von der allergrößten volkswirtschaftlichen Wirkung geworden. Es gibt vielleicht keine Gesetzesnorm, welche so bestimmend auf die Entwicklung einer wirtschaftlichen Organisation eingewirkt hat wie die Gesetzgebung über die Aktiengesellschaftsgründung. Denn — so übertrieben das klingen mag — die ganze Entwicklung unseres deutschen Bankwesens in seinen fundamentalen Unterschieden gegenüber dem englischen rührt zum größten Teile von der verschiedenen Gestaltung des Gründungswesens der Aktiengesellschaften in beiden Ländern her. Wegen dieser großen ökonomischen Bedeutung muß hier auf die rechtlichen Bestimmungen über

die Gründung von Aktiengesellschaften etwas näher eingegangen werden.

Das deutsche Recht kennt prinzipiell zwei Arten der Gründung von Aktiengesellschaften: die Simultangründung, bei welcher die Gründer von vornherein alle Aktien übernehmen (§ 188 H.G.B.) und die Sukzessivgründung, bei welcher das nicht geschieht (§ 189). Das deutsche Recht macht nun im Gegensatz zum englischen und amerikanischen die Simultangründung zur fast allein üblichen durch die Bestimmung, daß eine Aktiengesellschaft erst ins Handelsregister eingetragen wird und damit „besteht“, d. h. in eigenem Namen Geschäfte abschließen kann, wenn alle Aktien, die nicht ihren Gegenwert in Sacheinlagen finden, mindestens zu  $\frac{1}{4}$  ihres Nennbetrages in Geld einbezahlt sind (§ 195 ff.). Diese Leute, die Sacheinlagen machen und auch den Gesellschaftsvertrag feststellen, nennt das Gesetz die Gründer (§ 187). Die Gründer brauchen nicht selbst die Aktien bar zu bezahlen, aber wenn sie es nicht tun, müssen es andere getan haben, bevor die Gesellschaft ins Handelsregister eingetragen wird. Daher ist es in Deutschland das übliche, daß die Gründer auch die erforderlichen Geldbeträge auf die Aktien gleich einzahlen (Simultangründung).

Man sieht also, das Recht macht die juristische Entstehung der Gesellschaft abhängig von einem wirtschaftlichen Akt, der Kapitalbeschaffung für dieselbe. Dieses Kapital muß entweder in Sacheinlagen oder in Geld bestehen. Diese Geldbeschaffung für eine Unternehmung nennt man nun im ökonomischen Sprachgebrauch Finanzieren. Das Gesetz hat diesen Begriff nicht verwendet, ökonomisch aber ist er von höchster Bedeutung. Finanzierender ist eben im Gegensatz zum Gründer, wer die durch Barzahlung zu leistenden Einlagen macht.<sup>7)</sup>

Ganz anders nach englischem und amerikanischem Recht. Da brauchen bloß einige Leute zusammenzutreten und zu sagen, wir gründen eine Gesellschaft, und sich die charter, die Konzessionsurkunde, zu beschaffen, so ist die

Gesellschaft gegründet, kann Geschäfte in eigenem Namen abschließen, ohne daß schon Kapital eingezahlt zu sein braucht, abgesehen von minimalen Beträgen, die die Gründer leisten müssen. Das Kapital sucht man dann regelmäßig erst zusammenzubringen durch Aufforderung an das Publikum: Sukzessivgründung. Welches Verfahren das solidere ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. Im Interesse der Sicherheit der mit einer Aktiengesellschaft in Geschäftsverkehr Tretenden verlangt das deutsche Gesetz vor Gewährung der Rechtspersönlichkeit volle Kapitalbeschaffung. Diese Bestimmung bewirkt, daß die Gründer gleich das ganze Kapital einzahlen: Simultangründung.

Dieser Umstand hat, wie schon angedeutet, weitreichende Wirkungen auf die Organisation unserer Banken gehabt. Und das kam so: bei uns erfordert das Gründen von Aktiengesellschaften eben wegen der Simultangründung einen großen Kapitalbesitz bei den Gründern. Es lag daher nahe, daß sich besonders die Banken und größeren Bankiers diesem Geschäfte widmeten. Andere konnten es nicht wegen des Kapitals, das die Simultangründung erfordert. In England und den Vereinigten Staaten dagegen, den Ländern mit Sukzessivgründung, konnte sich das Gründen von Aktiengesellschaften, weil es kein eigenes Kapital erfordert, als besonderer Erwerbszweig entwickeln, der vom Bankwesen vollständig getrennt ist. Daher gelangte England zu einer vollkommenen Trennung des Gründungsgeschäftes vom Bankgeschäft. Seine Banken sind reine Depositenbanken, während sich auf dem Kontinent in Deutschland und Frankreich die sogenannten Gründungs- oder Effektenbanken entwickelten, die neben den regulären, d. h. kurzfristigen, aktiven Kreditgeschäften auch das Gründungs- oder besser Finanzierungsgeschäft betreiben, die Geldbeschaffung für Aktiengesellschaften.

In England und Amerika dagegen geschieht das Gründen von Aktiengesellschaften durch private Unter-



nehmer, die sogenannten Financiers oder Merchants, sie werden mit Recht nicht Bankers genannt. Denn das Charakteristikum der Banken im eigentlichen Sinne ist, daß sie sich das Kapital, das sie anderen zur Verfügung stellen, selbst im Wege des Kredits von Dritten beschaffen, also die Verbindung aktiver und passiver Kreditgeschäfte, Kreditnehmen auf der einen, Kreditgeben auf der anderen Seite, mit einem Wort: Geldkapitalhandel. Die Financiers dagegen arbeiten mit eigenem Kapital, nehmen keine Depositen an. Diese scharfe Scheidung ist also bei den kontinentalen Gründungs- oder Effektenbanken nicht vorhanden, sie nehmen auch in großem Umfang Depositen an.

Diese Verbindung des Depositengeschäfts mit der Finanzierungstätigkeit, der Geldbeschaffung für Unternehmungen, hat den vielerörterten, schwerwiegenden Mangel, daß derartige Banken auf der einen Seite, aus dem Depositengeschäft, Schuldner für kurzfristige, ihnen gewährte Darlehen sind, während sie auf der anderen Seite ihre Gelder in langfristigen, oft gar nicht realisierbaren Gründungen festlegen. Sie verstoßen damit gegen die Grundregel alles Bankwesens, daß die Art des passiven Kreditgeschäfts, ob kurz- oder langfristig, die des aktiven bestimmen muß. Allerdings werden diese Gefahren dadurch vermindert, daß die kontinentalen Gründungsbanken mit sehr viel größerem eigenem Kapital arbeiten als die englischen Depositenbanken. Mit diesem allein sollten sie auch die Gründungstätigkeit ausüben, das Depositenkapital darf nur in kurzfristigen Anlagen Verwendung finden. Doch wird das nicht immer eingehalten.

Tatsache ist, daß heute bei weitem die meisten Gründungen von Aktiengesellschaften durch solche Gründungsbanken erfolgen. Selbst wenn eine schon bestehende Unternehmung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird, also hauptsächlich Sacheinlagen gemacht werden und kein großes Geldkapital erforderlich ist, wirken meist Banken

mit. Denn wenn sie schon für die Geldbeschaffung, das Finanzieren nötig sind, so erst recht für die zweite daran anschließende Operation, das Emittieren. Die Banken oder sonstigen Gründer wollen nämlich die Aktien in der Regel nicht behalten, sie betreiben vielmehr die Finanzierung von Unternehmungen als Erwerb, wollen die Aktien mit Gewinn verkaufen. Deshalb schließt sich an die Finanzierung einer Aktiengesellschaft früher oder später die Emission der Aktien durch die Bank an, d. h. die Abgabe der Effekten an das Publikum. Man hat bisher diese Seite der Banktätigkeit so ausschließlich im Auge gehabt, daß man ihre gesamte Tätigkeit auf diesem Gebiete als Emissionsgeschäft bezeichnete. Das ist aber nicht zutreffend. Die Emission ist nur die eine, passive Seite ihrer Tätigkeit, das Wiederherausziehen des in eine Aktiengesellschaft gesteckten Kapitals durch Verkauf der Aktien ans Publikum. Die ihr vorausgehende aktive Seite der Kapitalanlage war die Finanzierung. Beide Tätigkeiten sind völlig getrennt zu halten, allein schon deswegen, weil die Finanzierung zwar meist aber nicht immer mit einer Emission verbunden ist. Eine Bank behält oft die Aktien einer von ihr finanzierten Gesellschaft und emittiert sie nicht und zwar, weil sie sie nicht emittieren will oder kann. Sie will sie nicht emittieren, weil sie sich durch ihren Aktienbesitz Einfluß auf die Unternehmung erhalten will; sie kann sie nicht emittieren, weil das Publikum die Aktien nicht nehmen würde. Das kommt vor bei Unternehmungen, die lange Zeit zu ihrer Entwicklung gebrauchen, wie z. B. Bergwerke, oder die rein lokaler Natur sind oder sich im Auslande befinden. Wenn aber die Bank die Aktien einer von ihr gegründeten Aktiengesellschaft emittiert, also das Publikum zur Zeichnung auffordert, sucht sie dabei natürlich einen möglichst hohen Gewinn herauszuschlagen. Sie betreibt das Emittieren erwerbsmäßig.

An diesen Vorgang der Emission der Aktien knüpfen sich nun zahlreiche Mißstände an, die bei dieser Unter-



nehmensform zutage getreten sind. Sie bestehen regelmäßig darin, daß das Publikum über den Wert der Aktien, d. h. über die sachlichen Grundlagen der Unternehmung, deren Aktien ihm angeboten werden, nicht genügend aufgeklärt, unter Umständen direkt getäuscht wird. Wenn Sacheinlagen gemacht werden, z. B. bei Umwandlung einer schon als Einzelunternehmung bestehenden Fabrik in eine Aktiengesellschaft, müssen diese Sacheinlagen auf ihren Wert abgeschätzt werden. Das ist sehr schwierig und daher sehr willkürlich. Die Gründer haben das Bestreben, sie möglichst hoch einzuschätzen, um möglichst viele Aktien ausgeben zu können. Für ihren Wert werden natürlich die durchschnittlichen Erträge des Unternehmens in den letzten Jahren maßgebend sein. Aber diese können unter Umständen künstlich gesteigert werden, oder man bringt die Aktien nach einigen besonders günstigen Jahren zur Emission. Auch der Wert der eingebrachten Vorräte an Rohstoffen und Waren ist sehr schwer richtig abzuschätzen. So kommt es häufig vor, daß das Aktienkapital zu hoch bemessen oder daß auf Grund vorübergehender Erträge ein zu hoher Aktienkurs berechnet wird und die Aktien nach der Emission bald stark im Kurse fallen. Besonders sind alle diese Mißstände in Amerika zutage getreten, wo die meisten Neugründungen stark überkapitalisiert zu werden pflegen. Dort werden in der Regel Vorzugs- und Stammaktien ausgegeben, von denen oft nur die ersteren einigermaßen dem Wert des eingebrachten Unternehmens entsprechen, die letzteren aber größtenteils „Wasser“ sind und nur bei besonders günstigem Geschäft eine Dividende erhalten. Die Aktionäre werden häufig durch übermäßig hohe Bewertung der Sacheinlagen, auch durch direkt falsche Versprechungen und Angaben übervorteilt. Bei uns ist derartige stark erschwert durch die strengen Bestimmungen unseres Aktienrechts über Revision des Gründungshergangs und weitgehende Haftung der Gründer, auf deren Einzelheiten ich hier nicht eingehen kann.<sup>8)</sup>



Aber auch sie können nicht verhindern, daß bei Abschätzung der Sacheinlagen, Maschinen, Waren und Rohstoffe ein sehr großer Spielraum gegeben ist und sie sich nachträglich nicht selten als zu hoch herausstellt. In noch viel höherem Grade sind diese Gefahren vorhanden, wenn es sich um Gründung neuer Unternehmungen handelt, deren wirtschaftliche Erfolge sich gar nicht voraussehen lassen, z. B. den Wert eines neuen Patents, das unter Umständen mit einem viel zu hohen Betrage eingebracht ist.

So ist also die Beteiligung an einer neugegründeten Aktiengesellschaft in höchstem Grade riskant. Sie ist, wenn die Aktionäre nicht selbst genau Einblick haben und sich informieren können, ein Hazardspiel. Aber gerade das zieht vielfach das Kapital an und so sehen wir, daß namentlich in England und Amerika oft für die schwindelhaftesten Gründungen Kapital zusammenströmt, wenn nur der Prospekt, der das Publikum zur Zeichnung auffordert, besonders hohe Dividenden in Aussicht stellt. Die Gründer verlangen und erzielen dann oft noch ein sehr hohes Agio auf die Aktien, und wenn die Gründung ganz schwindelhaft ist, können sie mit diesem Agio in der Tat eine Zeitlang hohe Dividenden verteilen, eventuell noch junge Aktien ebenfalls mit hohem Agio ausgeben und sich so noch weiteres Kapital verschaffen. Schließlich muß der ganze Schwindelbau doch zusammenbrechen. Ein typisches Beispiel lieferte bei uns um die Wende des Jahrhunderts die Aktiengesellschaft für Treber- und Trocknung in Kassel. In Amerika ist derartige wegen der geringeren Kontrollmaßregeln des Aktiengesetzes viel häufiger, auch wegen der viel größeren Spekulationsucht des Publikums.

Denn alles das ist natürlich nur möglich wegen der Leichtgläubigkeit und Spielsucht des Publikums und wegen seiner Gier nach hohen Dividenden. Wie leicht das Kapital sich für alle Neugründungen zusammenfindet, kann man seit einigen Jahren auch an der Gründungswut in der

Kaliindustrie feststellen, wo schon längst eine noch nie dagewesene Überkapitalisation vorhanden ist, trotzdem aber immer noch neue Werke gegründet werden.

In letzter Linie trägt natürlich das Publikum selbst die Schuld, wenn es bei Beteiligungen an Aktiengründungen Verluste erleidet. Es müßte die Verhältnisse des Unternehmens genau prüfen. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, den Kapitalisten die Sicherheit ihrer Anlage zu garantieren, sondern nur, schwindelhafte Maßregeln zu verhindern, eine weitgehende Haftung der Gründer festzusetzen und dafür zu sorgen, daß das Publikum sich möglichst genau unterrichten kann.

Andererseits ist es aber doch volkswirtschaftlich zweifellos ein Mißstand, daß manche Gründer von Aktiengesellschaften auf diese Leichtgläubigkeit und diesen Dividendenhunger des Publikums spekulieren, berufs- und erwerbsmäßig Aktiengesellschaften gründen, mit möglichst hohem Gewinn an das Publikum abstoßen und dann ihrem Schicksal überlassen. Freilich hüten sich solide Banken vor dieser Praxis, weil dadurch ihr sogen. Emissionskredit leidet: einsichtige Kapitalisten werden späteren Gründungen dieser Banken ablehnend gegenüberstehen.

Immerhin bleibt es bedenklich und bedeutet einen der größten volkswirtschaftlichen Nachteile der Aktiengesellschaft, daß ihre Gründung weit weniger mit Rücksicht auf den wirklichen Bedarf der Volkswirtschaft an neuen Produkten, als vielmehr mit Rücksicht auf den augenblicklichen Emissionserfolg der Aktien geschieht. Daher überstürzen sich z. B. in der Hochkonjunktur die Gründungen, die Kapitalinanspruchnahme wird übermäßig gesteigert, besonders in Deutschland, wo eben die Gründer das ganze Kapital einzahlen müssen und das meist mit Bankkredit tun, sofern die Bank nicht selbst gründet. Alles das trägt viel dazu bei, daß der Diskontsatz bei uns dann so enorm in die Höhe geht, der eingetretene Kapitalmangel kann die günstige Kon-

junktur abkürzen. So kann ein Übermaß der Gründung von Aktiengesellschaften krisenfördernd wirken. Der Effektenkapitalismus bewirkt so, daß das private Gewinnstreben keineswegs der beste Regulator der Kapitalbildung in der Volkswirtschaft ist, weil die Gründer ihren Gewinn eben nicht aus den wirklichen Erträgen der Unternehmungen, sondern aus der Emission ans Publikum erwarten, deren Erfolg von der augenblicklichen Stimmung auf dem Kapitalmarkte abhängt. Überhaupt kann man die Frage aufwerfen, ob nicht durch die Leichtigkeit der Kapitalbeschaffung im Wege des Effektenwesens der Unternehmungsgeist zu stark angefaßt wird und durch das Streben der Banken, ihre großen Kapitalien ertragreicher als im laufenden Kreditgeschäft zu beschäftigen, die Gründungsspekulation zu sehr gefördert wird. Man könnte auch erwägen, ob nicht für manche Gesellschaften ein noch längerer Zeitraum zwischen Gründung und Emission an der Börse vorgeschrieben werden könnte, als er heute durch das Börsengesetz bestimmt ist.

#### 6. Die Kapitalgesellschaften und die Börse.

Damit sind wir bei derjenigen wirtschaftlichen Einrichtung angelangt, die für die Stellung der Aktiengesellschaften in der heutigen Volkswirtschaft von der allergrößten Bedeutung ist, der Börse. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Aktiengesellschaften und überhaupt des ganzen Effektenwesens werden erst verständlich durch Kenntnis ihrer engen Beziehungen zur Börse. Zwar werden nicht alle Aktien von Aktiengesellschaften an die Börse gebracht, aber doch der Kapitalsumme nach die meisten und diejenigen, die am meisten in die Hände weiter Bevölkerungsschichten kommen. Die Börse ist der Markt, durch dessen Vermittlung die Effekten ihre Besitzer wechseln, und zwar ein so zentralisierter Markt, wie er für keine andere Ware besteht. Dieser Markt ist wegen seiner außerordentlichen wirtschaftlichen Bedeutung



auch weitgehend staatlich geregelt und daher dürfen wenigstens offiziell an der Börse nur solche Effekten gehandelt werden, die amtlich zugelassen sind. Nur für solche werden die täglichen Kurse amtlich festgestellt. Gerade diese Kursnotiz ist aber für die Effektenbesitzer sehr wertvoll. Erst dadurch werden nämlich die in eine Unternehmung hineingesteckten Kapitalien wirklich in höchstem Maße mobilisiert. Der Besitzer kann sie jederzeit an der Börse verkaufen. Die größten Kapitalmengen können so in jedem Augenblick ihre Anlage wechseln oder neue Anlagen finden. Erst hierdurch wird die Heranziehung selbst der größten Kapitalmengen möglich. An Aktiengesellschaften, die nicht an der Börse eingeführt sind, beteiligen sich meist nur Kapitalisten, die einen gewissen Einblick in die Industrie haben und in der Regel nur zu dauernder Anlage ihres Kapitals. Das Charakteristische der Verbindung des Aktienwesens mit der Börse ist aber, daß so für Unternehmungszwecke gewaltige Kapitalien zusammenströmen, die sich nicht dauernd an der Unternehmung beteiligen wollen, sondern nur Spekulationsabsichten verfolgen, aus vorübergehenden Kurschwankungen profitieren wollen. Diese Börsenspekulation erstreckt sich natürlich vorwiegend auf Aktien, die ja wegen ihrer schwankenden Erträge viel größeren Kursveränderungen unterworfen sind als festverzinsliche Obligationen. Die Börsenspekulation in Aktien nun ist es, welche auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Aktiengesellschaften von so großem Einfluß ist. Ein großer Teil der Gefahren und Nachteile der Aktiengesellschaften rührt von ihrer Verbindung mit der Börse her, genauer gesagt mit der Börsenspekulation. Sie beruhen immer darauf, daß Aktien nicht zu dauernder Kapitalanlage, zu wirklicher Beteiligung an der Unternehmung, sondern nur gekauft werden, um aus Konjunkturschwankungen Gewinn zu erzielen. Derartige Leute haben gar kein wirkliches Interesse an der Unternehmung, an ihrer gesunden Entwicklung und soliden Leitung, sondern nur daran, daß möglichst bald, nachdem

sie Aktien erworben haben, eine starke Kurssteigerung eintritt. Dann realisieren sie ihren Gewinn. Das machen sie eventuell gleichzeitig bei vielen Unternehmungen. Sie werden unter Umständen auch suchen, in ihrem Interesse die Kurse zu beeinflussen; z. B. günstige oder, wenn sie kaufen wollen, ungünstige Berichte zu verbreiten. Manchmal sind sie auch bestrebt, auf die Verwaltung in ihrem Interesse Einfluß zu gewinnen. Das ist natürlich insbesondere möglich, wenn es solchen Spekulanten gelingt, wenn auch nur vorübergehend, die Hälfte der Aktien einer Gesellschaft in die Hand zu bekommen und sie damit zu „kontrollieren“. Namentlich in Amerika beuten die großen Kapitalisten ihre Macht über viele Aktiengesellschaften in dieser Weise zu ihren Spekulationen aus, treiben z. B. durch Aufstellung günstiger Bilanzen, Verteilung hoher Dividenden, auch bloß durch eigene Käufe und Verbreitung günstiger Berichte, z. B. von Verschmelzungen mit anderen Unternehmungen, den Kurs in die Höhe, verkaufen alsbald mit Nutzen und suchen darauf den Kurs zu drücken, um möglichst billig wieder kaufen zu können. Die kleinen Aktionäre sind regelmäßig die Leidtragenden.

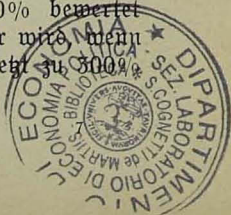
Ich kann hier nicht näher schildern, in welcher ungeheuren Umfange in dieser Weise in Amerika die Kurse manipuliert werden. Nur darauf sei hingewiesen, daß sehr viele amerikanische Milliardäre die Hauptmasse ihrer Riesenvermögen nicht durch die Produktion oder sonstige wirtschaftliche Tätigkeit, sondern durch Börsenspekulation und Beeinflussung der Aktienkurse ihrer Unternehmungen erworben haben. Sie verwenden ihre Einnahmen und die Herrschaft über ihre Unternehmungen, um immer weitere Erwerbszweige unter ihre Kontrolle zu bringen. Am meisten ist dies der Gruppe von Männern gelungen, die an der Spitze des Petroleumtrustes stehen. Sie haben zunächst die Herrschaft über Banken und Versicherungsgesellschaften erworben und mit deren Kapital dann Eisenbahnen, Straßenbahnen, Gas- und Wasserwerke, Berg-



werke, den Metallmarkt usw. unter ihre Kontrolle gebracht. Der Einfluß dieser Kapitalistengruppen wächst dadurch lawinenartig an und man behauptet, daß die wenigen Männer der Standard Oil-Gruppe den neunten Teil des ganzen Volksreichtums der Vereinigten Staaten, d. h. Kapitalien in der Höhe von 50 Milliarden Mark kontrollieren.

Aber auch bei uns spielt die Börsenspekulation in Aktien eine sehr große Rolle und viel weitere Schichten der Bevölkerung beteiligen sich an ihr, als man gewöhnlich glaubt. Von Interessenten wird zwar immer behauptet, diese Spekulation sei volkswirtschaftlich nützlich, denn sie führe eine Ausgleichung der Preise herbei. Wenn das auch für die Warenspekulation an der Produktenbörse in gewissem Umfange gilt, so hat es doch für das Effektenwesen keine Bedeutung. Die Ausgleichung der Preise durch die Aktienspekulation gilt höchstens innerhalb eines kurzen Zeitraumes, etwa einer Woche oder eines Monats. Zieht man aber längere Zeiträume in Betracht, so verstärkt die Aktienspekulation die Preisdifferenzen, weil sie die jeweils im Wirtschaftsleben vorhandene Tendenz, günstige oder ungünstige Konjunktur, Hausse- oder Baissestimmung steigert. Auch sei hier der sehr verbreiteten Anschauung entgegengetreten, als ob es im volkswirtschaftlichen Interesse liege, daß die Aktien von Gesellschaftsunternehmungen recht hoch im Kurse stehen. Die Volkswirtschaft hat nur ein Interesse daran, daß das wirklich investierte Kapital mit mindestens dem durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Ertrage arbeitet. Denn wenn das nicht der Fall ist, so ist das ein Beweis, daß diese Kapitalien in anderen Erwerbszweigen mit größerem Ertrage hätten angelegt werden können. Bei gleichbleibendem Ertrage ist aber die Volkswirtschaft nicht reicher, ob Aktien eines Unternehmens 200 oder 300% bewertet werden. Ebenso wenig wie sie dadurch reicher wird, wenn ich Aktien, die ich zu 200% gekauft habe, jetzt zu 300% verkaufen kann.

Liefmann, Die Unternehmungsformen.





Aber die Möglichkeit, solche arbeitslosen Gewinne zu erzielen, treibt viele der Aktienspekulation in die Arme. Es ist sehr schwer, sie durch staatliche Maßnahmen zu bekämpfen. An und für sich würde die Volkswirtschaft keinen Nachteil von strengen gesetzlichen Maßregeln haben — es liegt wirklich kein volkswirtschaftliches Interesse dafür vor, daß alltäglich in den Spielpapieren große Umsätze stattfinden. Die einzige Gefahr staatlicher Beschränkungen ist nur, daß die Aktienspekulation dadurch ins Ausland getrieben wird. Denn gespielt wird doch und da ist es immer noch besser, daß diese Effektenumsätze sich an deutschen Börsen mit ihren strengeren Bestimmungen und solideren Geschäftsbedingungen vollziehen, als daß durch deutsches Kapital die Bedeutung ausländischer Effektenmärkte verstärkt wird und große Summen für Bankprovisionen und etwaige Spielverluste ins Ausland wandern müssen.

In diesem Zusammenhang mit der Börsenspekulation ist auch eine der interessantesten und schwierigsten Fragen des Aktienwesens zu erörtern: die der gesetzlichen Festlegung des Mindestbetrages der einzelnen Aktien. In diesem Punkte weist das Aktienrecht der meisten Länder sehr große Verschiedenheiten auf. In Deutschland ist als Nominalbetrag der einzelnen Aktien 1000 M. festgesetzt und zwar müssen sie, im Gegensatz z. B. zum schweizer Gesetz, voll eingezahlt sein, bevor weitere Aktien ausgegeben werden können. Nur für öffentliche und gemeinnützige Zwecke und neuestens für Kolonialgesellschaften kann der Nominalbetrag auf 200 M. festgesetzt werden. Früher war in Deutschland die 100-Taler-Aktie das übliche. Jene Erhöhung des Mindestbetrages erfolgte unter dem Einfluß der zahlreichen schwindelhaften Gründungen, namentlich anfangs der 70er Jahre. Man glaubte, daß eine Aktiengesellschaft immer eine ungeheuer riskante Unternehmung sei und wollte kleine Kapitalisten dadurch auch besonders vom Börsenspiel in Aktien fernhalten. Alle

anderen wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder haben aber wesentlich geringere Aktienbeträge: In England ist 1 Pfd. Sterl. das reguläre, aber auch 10-sh-Aktien sind häufig. In Amerika gibt es Aktien bis zu 1 D. Die Frage, ob nicht auch in Deutschland die Herabsetzung des Mindestbetrags der Aktien zweckmäßig sei, ist schon vor einer Reihe von Jahren von Georg v. Siemens, dem damaligen Direktor der Deutschen Bank, im Reichstage bejaht worden. Und in der Tat spricht eine Reihe von Gründen dafür. Allerdings dürfte keinesfalls auf unter 100 M. hinabgegangen werden, und die ganze Frage kann jedenfalls nicht als sehr dringlich bezeichnet werden. Die Befürchtung aber, daß dadurch das Börsenspiel in weitere Kreise getragen werden könnte, scheint mir unbegründet. Wer an der Börse spekulieren will, kann es auch heute schon und läßt sich durch die 1000-M.-Aktie nicht abhalten. Sehr verschiedene Methoden kommen in Anwendung: es gibt zahlreiche sog. Banken, die sich mit einer sehr geringen Anzahlung, wenigen Prozenten, begnügen und damit in der Hauptsache kleine unerfahrene Kapitalisten zum Börsenspiel heranzuziehen suchen. Oder man macht überhaupt sog. Ultimogeschäfte, bei welchen nur die Differenz zwischen Ein- und Verkaufspreis zu zahlen ist. Wenn diese auch durch die Gesetzgebung für Nichtkaufleute erschwert sind, so spielen sie doch noch eine große Rolle. Oder, wie das insbesondere die kleinen Bankangestellten gern zu tun pflegen, man spekuliert in Aktien, die sehr niedrig im Kurse stehen, so daß man mit ein paar 100 M. schon eine ganze Anzahl dieser „Werte“ kaufen kann. Oder endlich — und das ist volkswirtschaftlich das Wichtigste — man spekuliert überhaupt nicht an deutschen Börsen, sondern im Auslande, insbesondere in den 10-M.-Aktien südafrikanischer Goldminen, wo auch die Stempelkosten u. dergl. unter Umständen noch billiger sind. Wer also spekulieren will, spekuliert doch. Ich glaube aber nicht, daß die Herabsetzung des Mindestbetrags der Aktien auf 100 Mark in Deutschland die Spekulation steigern würde.



Dagegen würde sie weiteren Kreisen die Kapitalanlage in soliden Aktien ermöglichen. Es würde dadurch mit der Zeit der Gegensatz von Kapitalbesitzern und Kapitallosen etwas geringer werden, bezw. die Klasse der ersteren an Zahl zunehmen.

Wir sind zwar noch lange nicht so weit wie in Amerika, wo auch die Arbeiter trotz dem erheblich größeren Risiko oft Aktionäre der Gesellschaften sind, in denen sie arbeiten, oft auch in Aktien spekulieren, aber immerhin ist es nicht erwünscht, daß Aktienbesitz nur einer kleinen Schicht reicher Leute vorbehalten ist: in Preußen beträgt nach einer vor einigen Jahren vorgenommenen Feststellung die Zahl der Aktieninhaber nur ca. 2% der Einkommensteuer Zahlenden. In Verbindung mit einer sorgfältigeren Überwachung der großen Unternehmungen durch die Öffentlichkeit könnten Aktien solider und bewährter Gesellschaften, natürlich keiner Neugründungen, auch als Kapitalanlage kleinerer Kapitalisten dienen, insbesondere auch der zahlreichen Angestellten der Gesellschaftsunternehmungen selbst.

Daß die Tendenz in der Richtung einer immer weiteren Ausbreitung des Aktienwesens geht, dafür bietet vielleicht die Entwicklung in Amerika einige Anhaltspunkte. Trotzdem dort das ganze Aktienwesen viel unsolider, das Aktienrecht schlechter, der Einfluß der Spekulation größer, die Beteiligung also riskanter ist, ist dort der Erwerb der Aktien, wie gesagt, in sehr viel weitere Kreise herabgedrungen. Je mehr nun die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Unternehmungszweiges stabiler werden, je mehr es z. B. durch Kartelle gelingt, starke Konjunkturschwankungen zu verhüten, um so mehr wird auch die Beteiligung an Aktiengesellschaften für weitere Kreise geeignet. Es gibt heute schon eine Reihe solide geleiteter Unternehmungen, welche eine sehr gleichmäßige Dividende zu verteilen imstande sind. Daß das Risiko der Beteiligung an solchen nicht größer ist als an manchen als sehr gut angesehenen ausländischen Staatspapieren, spricht sich

schon in der Verzinsung aus, die diese Aktien im Verhältnis zu ihrem Kurse gewähren. Das Verhältnis zwischen Dividende und Kurs der Aktien unserer großen Banken, Elektrizitätsgesellschaften, Montanwerke, Schiffahrtsgesellschaften, chemischen Fabriken ist derart, daß sie kaum eine Rente von 5% gewähren, also eine Rente, wie man sie auch mit als solide betrachteten ausländischen Staatspapieren und Eisenbahnpapieren erzielt, die sich gerade vielfach in den Händen kleinerer Kapitalisten in Deutschland befinden. Namentlich gilt das, wenn man sich einen günstigen Moment zum Kaufe der Aktien aussucht und nicht gerade auf dem Gipfel der Hochkonjunktur kauft.

Immerhin bleibt die Spekulation in Aktien eine der bedenklichsten Seiten des Aktienwesens und ihre allmähliche Einschränkung eines der schwierigsten Probleme einer auf immer größere Sicherung und daher Gleichmäßigkeit gerichteten Wirtschaftspolitik. Wir sind von der Lösung dieses Problems heute noch sehr weit entfernt und sie ist um so schwieriger, weil der einzelne Staat hier wenig ausrichten kann und im eigenen Interesse die Fühlung mit den internationalen Effektenmärkten nicht verlieren darf.

## 7. Neuere Entwicklungstendenzen der Kapitalgesellschaften.

### Die Beteiligungen.

Durch die Entwicklung der Kapitalgesellschaften tritt an die Stelle des „Unternehmers“ als volkswirtschaftlicher Faktor immer mehr die „Unternehmung“. Nicht daß die Persönlichkeit des Leiters, seine Fähigkeiten und Kenntnisse von geringerer Bedeutung wären! Im Gegenteil, je größer die Unternehmungen werden, um so schwieriger ist es, Persönlichkeiten zu finden, welche imstande sind, die modernen Riesenunternehmungen noch zu übersehen, zu leiten und zweckmäßig zu organisieren. Aber diese Leiter sind in der Regel nicht die Unternehmer, sondern

selbst Angestellte der Unternehmung. Das Effektenwesen hat dem unpersönlichen Kapitalismus zu immer größerer Ausdehnung verholfen und diese Entwicklung ist noch in ständigem Wachsen begriffen. In neuester Zeit macht sich nun ganz besonders eine Tendenz bemerkbar, die im Effektenkapitalismus liegenden Prinzipien der Risiko- und Ertragsverteilung auch zwischen mehreren Unternehmungen zur Anwendung zu bringen. Es geschieht durch das System der Beteiligungen, durch die Tendenz der großen Unternehmungen, sich bei anderen im Wege des Aktienerwerbs zu beteiligen. Diese Beteiligung stellt eine der wichtigsten Entwicklungserscheinungen in der modernen Volkswirtschaft dar. Sie hat heute schon eine solche Ausdehnung erlangt, daß man geradezu sagen kann, es wird wenig größere Aktiengesellschaften geben, die nicht durch Effektenbesitz an anderen beteiligt sind. Es wird dadurch eine sehr intensive Verflechtung der größeren Unternehmungen geschaffen, die vor allem der Ausgleichung und Verteilung des Risikos in der Volkswirtschaft dient. Neben die Fusionierungen, durch welche sich zwei oder mehrere Unternehmungen gleicher oder verschiedener Art überhaupt verschmelzen, neben die Kartelle und Trusts, die zu einer Beseitigung des Konkurrenzkampfes im ganzen Erwerbszweige führen, tritt mit den Beteiligungen eine losere Form der Beziehungen zwischen mehreren Unternehmungen, welche aber wegen der weiten Verbreitung des Aktienwesens der allgemeinsten Anwendung fähig ist.

Es können durch das Mittel der Beteiligung sehr verschiedenartige Beziehungen geschaffen werden, die natürlich um so intensiver sind, einen je größeren Teil des Kapitals einer Gesellschaft die andere besitzt. Der Besitz einer Minorität des Aktienkapitals einer anderen Gesellschaft hat oft nur den Zweck, einen Einblick zu erlangen, oder man will an den Erträgen rohstoffliefernder oder die eigenen Produkte weiterverarbeitender Unternehmungen partizipieren. Der Erwerb einer erheblichen Minorität



hat aber oft schon den Zweck, einen bestimmenden Einfluß auf die andere Unternehmung auszuüben. Dieser wird voll erlangt, wenn die eine Gesellschaft die Mehrheit des Aktienkapitals einer anderen im Besiz hat. Man spricht dann mit einem in Amerika üblichen Ausdruck von Kontrolle. Aber eine solche Kontrolle einer Gesellschaft über eine andere durch Aktienbesiz ist auch bei uns heutzutage sehr häufig. Es bedarf dazu nicht einmal des Besizes einer wirklichen Mehrheit des Aktienkapitals, weil in den Generalversammlungen doch nicht alle Aktien vertreten zu sein pflegen. In Amerika aber genügen oft verhältnismäßig sehr geringe Aktienmengen zur Kontrolle, weil das Aktienkapital dort in der Regel in Stammaktien und Vorzugsaktien zerlegt ist und meist nur eine dieser Aktienarten stimmberechtigt ist. Das führt jedoch vielfach zu Mißbräuchen, die durch das deutsche Aktienrecht größtenteils verhindert werden.

Nicht selten aber kommt es vor, daß eine Gesellschaft auch das gesamte Kapital einer anderen in Besiz hat. Das ist dann den äußeren Wirkungen nach fast so viel wie eine Fusion, nur daß die Verbindung beider jederzeit gelöst werden kann. Auch hat dieses Verhältnis die unten noch näher zu erörternde Wirkung, daß die eine Gesellschaft eben nur das Effektenkapital der anderen besitzt, diese aber äußerlich noch als selbständiges Rechtssubjekt besteht und das Sachkapital in Besiz hat. Jene erhält daher nur die Erträge der anderen Gesellschaft auf die Aktien, haftet aber nicht für ihre Schulden. Alles das und auch die Kosten einer völligen Fusion bewirken, daß solche Beteiligungen durch Besiz des ganzen Aktienkapitals einer anderen Gesellschaft häufig vorkommen. Ja, die erwähnten Rechtsverhältnisse bringen es mit sich, daß Unternehmungen, statt ihren eigenen Geschäftskreis zu erweitern, namentlich wenn es sich um Pläne handelt, deren Erfolg unsicher ist, z. B. Ausbeutung neuer Erfindungen, es vorziehen, eine eigene Aktiengesellschaft oder Gesellschaft m. b. H. zu errichten,

an der sie dann beteiligt bleiben (sog. Tochtergesellschaft).

Nach der Art der Unternehmungen nun, die so durch Beteiligung miteinander in Verbindung treten, kann man verschiedene Zwecke der Beteiligung unterscheiden, nämlich folgende:

1. Zwischen Unternehmungen gleicher Art. Das bedeutet eine Verminderung der Konkurrenz zwischen ihnen, die um so mehr hervortritt, je mehr die eine Unternehmung an der anderen durch Aktienbesitz interessiert ist. Ist dies in erheblichem Grade der Fall, also namentlich bei einer wirklichen Kontrolle, so führt die Beteiligung zu den sog. Interessengemeinschaften, die darin bestehen, daß die Gewinne zweier oder mehrerer Unternehmungen zusammengeworfen und nach einem bestimmten Verhältnis, meist nach der Größe des Aktienkapitals verteilt werden. Durch eine Beteiligung mittels gegenseitigen Aktienbesitzes wird ganz dasselbe erreicht und daher finden wir eine solche auch bei vielen Interessengemeinschaften, z. B. in der chemischen Industrie bei derjenigen zwischen den Höchster Farbwerken, der Firma Cassella u. Co. und der Aktiengesellschaft Kalle u. Co.

2. Beteiligungen zwischen aufeinander angewiesenen, d. h. mit Rohstoff liefernden oder weiterverarbeitenden Unternehmungen, dann überhaupt mit solchen, die für die Herstellung eines Produktes zusammenwirken und daher vielfach gleichartige Interessen haben. Auch hier führt die bloße Beteiligung häufig zu eigentlichen Interessengemeinschaften, wie zwischen der Berlin-Anhalter Maschinenfabrik und der Stettiner Chamottefabrik, die beide gemeinsam den Bau von Gasanstalten betreiben.

3. Eine weitere Art der Beteiligung ist die der Banken an von ihnen errichteten Unternehmungen. Sie hängt mit der neueren Entwicklung des deutschen Gründungswesens zusammen. Die großen Banken nehmen heute vielfach die Gründung von Aktiengesell-



schaften vor, deren Aktien sie in absehbarer Zeit nicht zur Emission an das Publikum bringen können, so z. B. Gründungen im Auslande, namentlich Bergwerksgesellschaften, oder solche Unternehmungen, die längere Zeit zu ihrer Entwicklung gebrauchen, wie ebenfalls Bergwerke (Kali und Petroleum), Eisenbahnen oder Terraingesellschaften. Wenn auch die Banken bei solider Leitung naturgemäß höchstens einen Teil ihres eigenen Kapitals, niemals aber fremde Gelder in derartigen Gründungen festlegen dürfen, spielen solche doch heute bei vielen Banken eine sehr bedeutende Rolle.

4. Von der größten Bedeutung ist aber die Beteiligung von Unternehmungen an ihren eigenen Tochtergesellschaften. Es liegen dabei ähnliche Verhältnisse vor, wie bei den eben erwähnten Beziehungen der Banken zu den von ihnen finanzierten Unternehmungen. Nicht mehr von den Banken allein werden heute neue Gesellschaftsunternehmungen errichtet, sondern es gibt einige Unternehmungszweige, in denen zu besonderen Zwecken große Unternehmungen sich selbst eigene Tochtergesellschaften gründen und an ihnen beteiligt bleiben. Besonders verbreitet ist das in der elektrischen Industrie. Die gewaltige Entwicklung der Elektrotechnik hat es mit sich gebracht, daß die großen elektrotechnischen Fabriken neben ihrem Fabrikationsgeschäft immer mehr in das sog. Unternehmergeschäft hineingerieten, d. h. sie errichteten lokale Licht- und Kraftanlagen nicht mehr nur auf Bestellung, sondern auf eigene Rechnung. In den meisten Fällen wurden dann daraus besondere Gesellschaften gemacht. Doch waren deren Aktien in der Regel nicht oder doch nicht sehr bald ans Publikum zu emittieren, und so kommt es, daß die großen Fabrikationsgesellschaften der elektrischen Industrie alle in erheblichem Umfange an solchen Tochtergesellschaften beteiligt sind. Das gleiche gilt für die großen Eisenbahnbaufirmen, die sich vielfach auf den Bau von Kleinbahnen im In- und Auslande geworfen haben. Auch



daraus entstanden meist Aktiengesellschaften, an denen die Baufirma beteiligt blieb. Ferner hat die Notwendigkeit, in manchen Unternehmungszweigen Filialen im Ausland zu errichten, häufig zur Gründung von Tochtergesellschaften und zur Beteiligung der deutschen Stammunternehmung an ihnen geführt. Die Zollgesetzgebung z. B. in Amerika, die Patentgesetzgebung z. B. in Großbritannien machte vielfach die Errichtung eigener ausländischer Fabriken nötig, die in manchen Fällen einen solchen Umfang angenommen haben, daß sie die Stammunternehmung an Bedeutung übertreffen.

Überhaupt aber geht heute die Entwicklung dahin, die Ausbeutung neuer technischer Fortschritte, neuer Produktionsverfahren gern einer besonders dafür errichteten Tochtergesellschaft zu übertragen. Dabei wird einmal, wie oben gesagt, das Risiko der Stammunternehmung auf die von vornherein vorgesehene Einlage begrenzt, andererseits der Geschäftsbetrieb der neuen Unternehmung ganz von dem der Stammgesellschaft abgetrennt, so daß die Verwaltung der letzteren in ihren Bilanzen und Geschäftsberichten über das neue Unternehmen nur in bezug auf seine Ergebnisse zu berichten braucht, sonst aber in der Verwaltung von den eigenen Aktionären ganz unabhängig ist.

Das Prinzip der Beteiligung spielt heute in einigen Erwerbszweigen eine derartige Rolle, daß bei manchen großen Unternehmungen die Beteiligungen in bezug auf Umfang sowohl, als auf Erträge größere Summen aufweisen als das eigene Sachkapital. Allerdings pflegen die meisten Unternehmungen ihre Erträge aus Beteiligungen und aus der eigenen Fabrikation nicht gesondert auszuweisen. Die Stettiner Chamottefabrik weist z. B. bei 16 Millionen M. Aktienkapital 8,2 Millionen M. Beteiligungen auf, dann noch 1,8 Mill. M. sonstigen Besitz an Wertpapieren. Demgegenüber stehen die eigenen Anlagen einschließlich Waren und Vorräten nur mit 5½ Millionen M. in der Bilanz. Die Kammgarnspinnerei

Stöhr u. Co. war bei 12 Millionen M. Aktienkapital an andern Unternehmungen, insbesondere einer amerikanischen Zweigfabrik, mit 11 Millionen M. beteiligt, wogegen die eigenen Anlagen mit etwa 9 Millionen M. in der Bilanz aufgeführt werden. Die Akt.-Ges. vormal's Ludwig Loewe u. Co. ist bei  $7\frac{1}{2}$  Millionen M. Aktienkapital mit 7,1 Millionen M. bei anderen Unternehmungen beteiligt, die Zellstofffabrik Waldhof bei 15 Millionen Mark Aktienkapital mit  $15\frac{1}{2}$  Millionen M. Die Akkumulatorenfabrik Akt.-Ges. hat bei 8 Millionen M. Aktienkapital Beteiligungen im Betrage von 7,3 Millionen M., dagegen in Grundstücken, Gebäuden, Maschinen und Waren zusammen nur  $4\frac{1}{2}$  Millionen M. investiert.

Es gibt sogar Unternehmungen, die ihre eigene Produktion ganz oder fast ganz aufgegeben haben und sie nur durch Tochtergesellschaften betreiben lassen, an denen sie beteiligt sind. Das gilt z. B. von Siemens u. Halske Aktiengesellschaft, die bei 63 Millionen M. Aktienkapital 79,23 Millionen M. Beteiligungen aufweisen, zum größten Teil an den Siemens-Schuckert-Werken G. m. b. H., denen sie ihre ganze Fabrikation von Starkstrommaschinen übertragen haben. Der Gewinn aus der ihnen noch verbliebenen eigenen Fabrikation wird nicht gesondert ausgewiesen, sondern mit dem aus Beteiligungen zusammengeworfen, was unzulässig sein sollte; aber ersterer ist jedenfalls ganz erheblich geringer, da die Bestände an Rohmaterial nur mit  $2\frac{1}{2}$  Millionen Mark, die an angefangenen und fertigen Waren mit  $9\frac{1}{2}$  Millionen M. bewertet werden. Ganz die Eigenfabrikation aufgegeben hat die Elektrizitätsgesellschaft vormal's Schuckert, deren Aktienkapital von 60 Millionen M. und 57 Millionen M. Obligationen, abgesehen von wenigen Elektrizitätswerken in eigener Verwaltung, ganz in Beteiligungen angelegt ist, nämlich 44,94 Millionen M. bei den Siemens-Schuckert-Werken, dazu 13 Millionen M. ihnen gewährter Darlehen und  $38\frac{3}{4}$  Millionen M. bei sonstigen Beteiligungen. Auch die Holzverkohlungsindustrie Akt.-Ges. in

Konstanz besitzt bei 14 Millionen M. Aktienkapital Effekten im Betrage von 12,7 Millionen M. Außerdem weist sie  $10\frac{1}{2}$  Millionen M. Debitoren auf, die größtenteils wieder in Vorschüssen an ihre Nebengesellschaften bestehen. Das ganze Sachkapital der Unternehmung, Gebäude, Utensilien und Vorräte steht mit noch nicht 1,2 Millionen Mark zu Buch.

Endlich gibt es Gesellschaften, die überhaupt nur zu dem Zweck gegründet werden, sich an anderen zu beteiligen. Solche Unternehmungen kann man als Beteiligungsgesellschaften bezeichnen, d. h. als Gesellschaften, deren einziger oder doch weit überwiegender Zweck es ist, sich an anderen durch Effektenbesitz zu beteiligen. Drei Zwecke derartiger besonderer Beteiligungsgesellschaften kann man unterscheiden, die aber häufig kombiniert vorkommen:

1. Anlage suchenden Kapitalisten die Beteiligung an höher rentierenden oder riskanteren Unternehmungen zu ermöglichen ohne eine Vergrößerung des Risikos, wie es bei direkter Kapitalanlage vorhanden wäre. Es werden die Effekten mehrerer solcher Unternehmungen erworben und auf diesen Besitz hin Anteile einer besonderen Beteiligungsgesellschaft ausgegeben, die man als Kapitalanlagegesellschaften bezeichnen kann. Die größte Verbreitung haben derartige Unternehmungen in den englischen Investment-Trusts erlangt.

2. Um das Publikum zur Kapitalbeschaffung für Unternehmungen heranzuziehen, deren Effekten aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht direkt an das selbe emittiert werden können. Zur Übernahme derartiger Effekten werden, namentlich in Deutschland, besondere Gesellschaften gegründet, die ihrerseits ihre eigenen Effekten, Aktien und Obligationen an das Publikum bringen: Effektenübernahmegesellschaften.

3. Um, im Gegensatz zum zweiten Falle, Effekten verschiedener Unternehmungen dem Verkehr zu entziehen, aber das dafür aufgewendete Kapital durch Emission von



Effekten besonderer Beteiligungsgesellschaften an das Publikum wieder herauszuziehen, also um ohne eigene Kapitalaufwendung einen Einfluß auf die so zusammengefaßten Unternehmungen zu gewinnen. Diese Form ist namentlich in Amerika verbreitet, es ist dies der Zweck der amerikanischen sog. Holding Companies. Man kann sie Effektenfestlegungs-, Haltungs- oder Kontrollgesellschaften nennen.

Jede der drei Formen von Beteiligungsgesellschaften hat also in einem der drei genannten Länder besondere Bedeutung erlangt. Jedoch kommen in Deutschland, ebenso in Frankreich, Belgien und der Schweiz neben den Übernahme- gesellschaften auch Kapitalanlage- und Kontrollgesellschaften vor (ein Beispiel für letztere ist die zum Zwecke des Festhaltens der Majorität der Hiberniaaktien gegründete Gesellschaft Herne m. b. H.). Die Kontrollgesellschaft ist vor allem in Amerika auch zum Zusammenschluß ganzer Gewerbe zu monopolistischen Zwecken benutzt worden, und durch die monopolistischen Kontrollgesellschaften (Trusts) knüpft die ganze Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften an die parallellaufende der monopolistischen Vereinigungen an.

In Deutschland haben aber die Übernahme- gesellschaften eine die anderen Länder weit übertreffende Bedeutung erlangt, insbesondere für Kleinbahnen und Elektrizitätswerke. Derartige Übernahme- gesellschaften entstanden, weil die großen Bahnbauten und Elektrizitätsfirmen bald nicht mehr das Unternehmergeschäft in der eben geschilderten Weise ausüben konnten. Sie konnten nicht ihr eigenes Kapital, das sie in der Fabrikation brauchten, bei Gründung von lokalen Elektrizitätswerken und Kleinbahnen festlegen und auch die Banken, mit denen sie natürlich in Verbindung standen, waren dazu nicht in der Lage. So gliederten sich die großen Fabrikationsgesellschaften Unternehmungen an, die die von ihnen gemeinsam mit den Banken geschaffenen, nicht emissionsfähigen Effekten übernahmen: Übernahme- gesellschaften.

ten. Deren Aktien und Obligationen wurden ans Publikum gebracht, das namentlich in der Hochkonjunktur 1895—1900 alle derartigen Effekten willig aufnahm. Man kann den darin liegenden Vorgang als Effekten-substitution bezeichnen: die Beteiligungsgesellschaft substituiert den von ihr erworbenen Effekten ihre eigenen, bringt diese an das Publikum, und die hinter ihr stehenden Fabriken und Banken ziehen auf diese Weise ihre in Kleinbahnen und Elektrizitätswerken angelegten Kapitalien schnell wieder heraus. So gründeten die großen Bahnbau- und Elektrizitätsfirmen eine ganze Reihe von Beteiligungsgesellschaften teilweise im Auslande: Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Bank für elektrische Unternehmungen, Deutsch-überseeische Elektrizitätsgesellschaft, Eisenbahn-Rentenbank, Zentralbank für Eisenbahnwerte usw.

Allmählich aber fingen diese Gesellschaften auch selbst an, das Kapital für derartige Zwecke zusammenzubringen, sie übernahmen nicht mehr nur Effekten, die von den hinter ihnen stehenden Fabriken und Banken geschaffen waren, sondern finanzierten die Unternehmungen selbst. So entstanden aus den bloßen Beteiligungsgesellschaften die Finanzierungsgesellschaften. Dieselbe Entwicklung nahmen auch die meisten Kapitalanlagegesellschaften. Die Finanzierungsgesellschaften spielen daher heute neben den großen Emissionsbanken eine erhebliche Rolle, namentlich für Finanzierung solcher Unternehmungen, deren Effekten nicht oder nicht schnell zur Emission gebracht werden können, weil die Unternehmung zu lokaler Natur (Elektrizitätswerke, Kleinbahnen) ist oder zu lange Zeit zu ihrer Entwicklung gebraucht, oder sich im Auslande befindet (ebenfalls Elektrizitätswerke, Bahnen und Bergwerke).

Welche Wirkungen das auf die Organisation unseres Bankwesens hat, kann hier nicht näher erörtert werden. Tatsächlich wurde auf diese Weise die Gründung von Gesellschaftsunternehmungen für die erwähnten Zwecke



sehr erleichtert und die große Entwicklung unseres Elektrizitätswesens, die rasche Ausdehnung unserer Kleinbahnen, die bessere Versorgung der deutschen Weiterverarbeiter mit wichtigen Bergwerksprodukten, die größere Beteiligung deutschen Kapitals an ausländischen Unternehmungen sind zu einem nicht geringen Teile auf diese neue Organisation der Finanzierung von Gesellschaften zurückzuführen. Ebenso ist es zweifellos, daß dieses ganze System der Beteiligungen engere Interessenverbindungen zwischen den verschiedenen großen Unternehmungen herbeiführt, damit ihnen das Risiko vermindert und verteilt. Es werden so dauernde Beziehungen geschaffen zwischen Unternehmungen, die sonst im Preiskampf miteinander stehen, und ebenso wird auch die Konkurrenz, das gegenseitige sich Bekämpfen gleichartiger Unternehmungen, eingeschränkt. Aber es dürfen auch die Gefahren dieser neuesten Entwicklung des Effektenkapitalismus nicht verkannt werden. Sie liegen vor allem in dem, was man die Verschachtelung der Unternehmungen genannt hat. Der seine Ersparnisse verwertende Kapitalist ist hier beteiligt an Gesellschaften, die selbst von den eigentlich ökonomisch tätigen Unternehmungen weit entfernt sind, erst durch ein kompliziertes System oft mehrfachen und ineinandergeschachtelten Effektenbesitzes ihre Gewinne überwiesen erhalten und so nur sehr indirekt Einfluß auf die eigentlich produktiven Unternehmungen haben. Den einzelnen Kapitalisten wird durch das ausgedehnte System der Beteiligungen die Übersicht über die ökonomische Wirksamkeit und die Gewinnaussichten des von ihnen zur Verfügung gestellten Kapitals noch viel mehr erschwert, als das schon überhaupt durch die Aktiengesellschaften der Fall ist. Die Effektersubstitution erleichtert in hohem Grade Bilanzverschleierungen, Schiebungen von Forderungen und Vermögensstücken zwischen den verschiedenen ineinander verschachtelten Gesellschaften, Erzielung von bloßen Buchgewinnen auf diese Weise u. dergl. Derartige Manipulationen sind schon öfter zum



Schaden des Publikums angewendet worden. Andererseits ermöglicht aber die Beteiligung die Beherrschung großer Unternehmungen und ganzer Unternehmungsweige mit wenig Kapital, da jede Gesellschaft nur die Hälfte des stimmberechtigten Kapitals ihrer nächsten Untergesellschaft zu besitzen braucht, um sie und alle folgenden zu kontrollieren. Auch dies kann zwar zu einer größeren Vereinheitlichung und zur Ausschaltung übermäßigen Konkurrenzkampfes führen, aber andererseits liegt auch die Gefahr vor, daß einige Kapitalisten mit verhältnismäßig wenig eigenem Kapital die Herrschaft über ganze Unternehmungsweige an sich reißen. Namentlich in Amerika ist das Prinzip der Beteiligung nicht selten in dieser Weise angewendet und mißbraucht worden.

Diese neuesten Entwicklungserscheinungen bei den Kapitalgesellschaften sind es nun auch, welche vor allem, voraussichtlich schon in naher Zukunft, wirtschaftspolitisches Eingreifen nötig machen und eine Weiterbildung des Aktienrechtes erfordern. Davon soll noch mit ein paar Worten die Rede sein. Die weitgehende Anwendung des Prinzips der Beteiligung und Effektaussubstitution macht insbesondere genauere Vorschriften über die Bilanzierung von Effekten erforderlich. Es ist schon ein Problem, wie die Bilanzierung eines Effektenbesitzes am richtigsten zu erfolgen hat. Im Gegensatz zu Sachgütern ist hier eine möglichst niedrige Bewertung keineswegs immer erwünscht. Es können dadurch allerlei Effektenoperationen ermöglicht und die jährlichen Gewinne durch Verkäufe und Spekulationen künstlich gesteigert werden. \*) Für Effektenbesitz ist vielmehr das Prinzip der Bilanzwahrheit viel leichter durchzuführen als bei Sachbesitz, da ihr ungefährender Verkehrswert in den meisten Fällen jederzeit festzustellen ist und bei Börseneffekten alltäglich im Kurse zum Ausdruck kommt. Es könnten daher, im

---

\* Näheres darüber s. Beteiligungs- und Finanzierungs- gesellschaften. S. 455 ff.

Gegensätze zum Sachvermögen, auch Effekten, die als dauernde Anlage dienen, zum gegenwärtigen Kurse statt zum Erwerbspreise in die Bilanz aufgenommen werden.

Wichtiger aber noch ist, dafür zu sorgen, daß ein Effektenbesitz überhaupt in der Bilanz genügend klar hervortritt. Eine Gesellschaft kann heute den größten Teil ihres Kapitals in Effekten angelegt haben und kein Gesetz verlangt, daß sie Näheres darüber verlauten lassen muß, woraus dieser Besitz besteht. Es gibt Gesellschaften, deren ganze Bilanz lautet:

Aktiva: Beteiligungen  $\times$  M.; Passiva: Aktienkapital  $\times$  M.

Es ist erforderlich, Bestimmungen zu treffen, welche Gesellschaften, die in größerem Maße Effekten von anderen in Besitz haben, die Berichterstattung darüber zur Pflicht machen, etwa immer dann, wenn der zu Buch stehende Betrag der Effekten einer anderen Unternehmung mehr als  $\frac{1}{10}$  des eingezahlten Kapitals der besitzenden Gesellschaft ausmacht. In diesem Falle wäre die Bilanz der anderen Gesellschaft mit zu veröffentlichen. Auch müßten die Gewinne aus Effektenbesitz von denen aus eigentlicher Wirtschaftstätigkeit getrennt ausgewiesen werden.

Für Banken und für Beteiligungs- und Finanzierungs gesellschaften, deren Zweck die Beteiligung an anderen Unternehmungen ist, könnten noch besondere Vorschriften getroffen werden. Hier ist insbesondere in der Bilanz zu unterscheiden zwischen den Effekten, die die Unternehmung, zunächst wenigstens, dauernd zu besitzen beabsichtigt und denen, die sie im Laufe des nächsten Geschäftsjahres voraussichtlich zu veräußern gedenkt. Erstere wären auf Beteiligungskonto, letztere auf Effektenkonto zu buchen, auf Konsortialkonto vielleicht schließlich die, auf welche noch Einzahlungen zu leisten sind. Alle derartigen Unternehmungen könnten etwa verpflichtet werden, in allen Fällen, in denen der Besitz einer einzigen Gattung von Effekten  $\frac{1}{10}$  des eingezahlten Kapitals

der besitzenden Gesellschaft übersteigt, die Art der Effekten und ihren Betrag in der Bilanz anzugeben.

Alle diese und andere Vorschriften, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, werden natürlich nicht jeden Mißbrauch des Systems der Beteiligungen verhüten können. Aber sie werden doch dem Ziele näher kommen, das mit der weiteren Entwicklung der Gesellschaftsunternehmungen von immer größerer Bedeutung, aber auch leichter erreichbar wird, dem Ziel möglicher Öffentlichkeit in ihrer Geschäftsführung. Dieses Ziel ist aber auf diesem Gebiete nur ein Ausdruck des allgemeinen Ziels unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung, dem auch die Beteiligung an sich dient, größerer Sicherheit aller Verkehrsbeziehungen und besonders auch der Kapitalanlagen.

#### 8. Wirtschaftspolitische Aufgaben gegenüber den Kapitalgesellschaften.

Die Kapitalgesellschaften sind wegen ihrer allgemeinen Bedeutung weitgehend durch die Gesetzgebung geregelt, nicht nur in bezug auf ihre rechtlichen Wirkungen, sondern auch nach der volkswirtschaftlichen Seite. Rechtlich kam es vor allem darauf an, die mit Gesellschaftsunternehmungen in Tauschverkehr tretenden Personen sicherzustellen. Die wirtschaftspolitischen Maßregeln der Gesetzgebung bezwecken dagegen vor allem Sicherung der Kapitalisten, die sich an solchen Gesellschaften beteiligen. Dahin gehören die Vorschriften über die Haftung der Gründer, des Vorstandes und des Aufsichtsrates, die Bestimmungen über die Generalversammlung und die Bilanz aufstellung. Der allgemeinste und wichtigste Gesichtspunkt, der dabei maßgebend ist, ist der möglichst großer Öffentlichkeit. Sie herbeizuführen ist das Ziel auch aller weiteren Bestrebungen und Aufgaben auf dem Gebiete der gesetzlichen Regelung des Aktienwesens. Größere Öffentlichkeit in der Geschäftsführung und Verwaltung



der Kapitalgesellschaften wird um so mehr von Bedeutung, je mehr die Zahl dieser Unternehmungen, der Kapitalisten, die an ihnen beteiligt sind, und ihr Einfluß in der Volkswirtschaft wachsen. Unternehmungen, die Tausende von Besitzern haben, oder denen Tausende von Obligationengläubigern ihr Kapital anvertraut haben und die Tausende von Arbeitern beschäftigen, sind keine bloße Privatangelegenheit mehr, um die sich niemand zu kümmern hat, sondern nehmen immer mehr einen öffentlichen Charakter an. Sie brauchen deswegen noch nicht durch öffentliche Beamte geleitet und überwacht zu werden, aber die Öffentlichkeit muß einen möglichst großen Einblick erhalten.

Der neuerdings gemachte Vorschlag, wenigstens in den großen Gesellschaftsunternehmungen den Aufsichtsrat durch staatliche Beamte zu ersetzen oder sie neben jenen als besondere Revisoren anzustellen, ist unter den heutigen Verhältnissen unausführbar. Der Staat kann die damit zusammenhängende Verantwortung nicht übernehmen. Das wäre erst möglich mit einer sehr viel weiteren Öffentlichkeit in der Geschäftsführung der großen Unternehmungen. Auch müßten dafür geeignete Beamte erst herangebildet werden. Dagegen ist neuerdings, teilweise nach englischem und amerikanischem Vorbild (chartered accountants, Audit Companies), eine gewisse Überwachung von Gesellschaftsunternehmungen, namentlich mittels periodischer Prüfung der Bücher durch besondere Revisionsunternehmungen, Treuhandgesellschaften, die meist mit einer großen Bank in Verbindung stehen, häufiger geworden. Doch haben auch sie betrügerische Maßnahmen nicht immer verhindern oder nur rasch aufdecken können. Immerhin liegen hier Anfänge einer Entwicklung vor, die, eventuell durch den Staat geregelt, zu einer Ergänzung der Kontrollfunktionen des Aufsichtsrates führen könnten. Daneben aber wären Maßregeln erwünscht, um dessen Verantwortlichkeitsgefühl und Sorgfalt zu erhöhen. Es wäre denkbar, den

Aufsichtsratsmitgliedern eine gewisse Kautionsleistung vorzuschreiben. Auch eine gewisse Arbeitsteilung der Mitglieder des Aufsichtsrates bei der Kontrolle wäre oft zweckmäßig. Die Bestimmung des § 245 H.G.B., daß die Vergütung für die Tätigkeit des Aufsichtsrates erst nach Vornahme sämtlicher Abschreibungen und 4% Dividende berechnet werden darf, sollte zwingendes Recht sein und nicht durch Statut abgeändert werden können. Heute kommt es sehr häufig vor, daß sich der Aufsichtsrat ohne jede Rücksicht auf den Gewinn der Unternehmung eine feste, oft sehr hohe Vergütung zusichern läßt. (Bei der 1900 zusammengebrochenen Aktiengesellschaft für Treber-trocknung erhielt jedes Aufsichtsratsmitglied jährlich 50 000 M.!)

Vor allem sind aber im Interesse größerer Öffentlichkeit eingehende Vorschriften über Bilanzaufstellung und Veröffentlichung von Wichtigkeit. Durch das Gesetz von 1884 ist zwar auf diesem Gebiete in Deutschland im Verhältnis zu anderen Ländern noch am meisten geschehen, aber noch viel bleibt zu tun übrig und wird durch die neuere Entwicklung der Aktiengesellschaften gebieterisch gefordert. Die Vorschrift des § 265, wonach die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung nach der Genehmigung durch die Generalversammlung vom Vorstand zu veröffentlichen sind, sollte streng gehandhabt werden. Sehr häufig werden heute ganz unvollständige Bilanzen aufgestellt und veröffentlicht, z. B. die Gewinn- und Verlustrechnung ganz weggelassen oder nur die Differenz zwischen Debitoren und Kreditoren in einer Summe angegeben. Die Ab- und Zugänge bei Grund- und Hausbesitz, Maschinen u. dergl. müßten immer genau angegeben werden, die Abschreibungen deutlich ersichtlich sein.

Für verschiedene Gewerbe könnten Normalbilanzen vorgeschrieben werden, um eine Einheitlichkeit und damit Vergleichbarkeit herbeizuführen, wie das jetzt für die Großbanken auf Grund von Vereinbarungen geschehen ist.



Auch sonst wären mancherlei Maßregeln zur besseren Sicherung der Aktionäre möglich. Es müßte im Geschäftsbericht z. B. mitgeteilt werden, nach welchen Grundsätzen die Vorräte an Rohstoffen und fertiger Ware, die in der Bilanz aufgeführt werden, bewertet worden sind. Ebenso könnten auch für den Bericht des Aufsichtsrates, der oft nur „sich dem (auch schon nichtsagenden) Bericht des Vorstandes anschließt“, nähere Bestimmungen getroffen werden. Ferner ist die Prüfung der Bücher und Bilanzen einer Aktiengesellschaft noch bedeutender Verbesserungen fähig. Unsere Revisoren prüfen in Deutschland in der Regel nur, ob die Endziffern der Bücher mit der Bilanz übereinstimmen, nicht aber ob sie richtig geführt sind. Es erfolgt keine Vergleichung mit den Fakturen oder der Korrespondenz. Es sollte nach dem Vorbilde der englischen Aktiennovelle von 1900 vorgeschrieben sein, daß jede Aktiengesellschaft einen ständigen Bücherrevisor haben muß, der amtlich bestellt und jederzeit zur Einsichtnahme der Bücher berechtigt ist. Zwar lassen manche Aktiengesellschaften neuerdings freilich durch die sog. Treuhandgesellschaften eine weitgehende Kontrolle ihrer Bücher vornehmen, um Unterschleife von Beamten zu verhindern, aber allgemein ist das noch keineswegs. Eine Ausgestaltung des Revisionswesens wäre entweder in Anlehnung an diese Treuhandgesellschaften, die dann auch staatlich zu organisieren wären, oder unter Erweiterung der Pflichten der jetzigen staatlich anzustellenden Revisoren möglich.

Darüber hinaus aber wird eine ständige Beobachtung der großen Unternehmungen, ihrer gemeinsamen Organisationen und der bei ihnen zutage tretenden Entwicklungstendenzen durch den Staat immer mehr zu einer Notwendigkeit. Die sog. Konzentration der Unternehmungen ist heute in manchen Erwerbszweigen schon so weit vorgeschritten, daß sie einen Staat im Staate bilden und ihre Macht der Allgemeinheit unter Umständen gefährlich werden kann. Der Staat muß sie daher dauernd beaufsichtigen,



was am besten durch ein allgemeines Industrieamt von Reichs wegen geschieht, wie es ähnlich schon in den Vereinigten Staaten besteht. Die Ministerien und Reichsämter verfügen nicht über genügend sachverständige Beamte, um auf den verschiedenen Wirtschaftsgebieten sachverständige Entscheidungen treffen zu können, in denen staatliches Eingreifen erforderlich werden wird. Die Errichtung einer sachverständigen Behörde zur dauernden Beobachtung der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung wird daher von immer größerer Bedeutung.

Die heutige populäre Anschauung sieht allerdings einen anderen Weg als gegeben an, ja betrachtet, unter dem Einfluß des Sozialismus, eine andere Entwicklung geradezu als selbstverständlich, die allmähliche immer fortschreitende Ersetzung der privaten Unternehmungen durch öffentliche, die fortschreitende Verstaatlichung der Produktionsmittel. Von den öffentlichen Unternehmungen und ihrer Bedeutung in der Volkswirtschaft soll im letzten Kapitel noch die Rede sein.

---

## Anmerkungen zu Kapitel II.

1) Da der Unternehmer Eigentümer der Einlage des „stillen Gesellschafters“ wird, liegt hier vom ökonomischen Standpunkt gar kein Gesellschaftsverhältnis, kein Miteigentum, keine gemeinsame Unternehmung vor. Die sog. Stille Gesellschaft ist ökonomisch nur ein Kreditverhältnis, aber nicht mit fester Verzinsung, sondern mit einer Beteiligung am Gewinn und Verlust. — Die Übergänge zwischen Miteigentum an der Unternehmung und Kreditgewährung sind überhaupt sehr mannigfaltig und oft recht schwankend. Dahin gehören z. B. die sog. festverzinslichen Prioritätsaktien, die in England und Amerika häufig sind, aber auch in Deutschland von einigen Unternehmungen ausgegeben werden (meist zu  $4\frac{1}{2}\%$  verzinslich). Im Interesse juristischer Klarheit und ökonomischer Sicherheit wäre es, wenn alle solchen Zwischenformen, auch z. B. die Genußscheine, die neben den Aktien, aber ohne besondere Einzahlung hier und da ausgegeben werden, durch die Rechtsordnung einfach untersagt würden. Ein volkswirtschaftliches Bedürfnis besteht für sie nicht.

2) Nach dem Vorbild des Genossenschaftsgesetzes hat man auch bei den Gesellschaften m. b. H. eine Nachschußpflicht eingeführt, doch ist sie nicht obligatorisch wie die Zubußpflicht bei den Gewerkschaften des Bergbaus, sondern kann nur durch das Statut festgesetzt werden. Sie kann beschränkt oder unbeschränkt sein, muß aber stets im Verhältnis der Geschäftsanteile festgesetzt werden. Der Geschäftsanteil ist kein Effekt, kein vertretbares Wertpapier. Er ist nur der Inbegriff der aus der Mitgliedschaft fließenden Rechte des einzelnen Gesellschafters. Deshalb kann bei der Gründung jeder Gesellschafter nur einen Geschäftsanteil übernehmen. Diese können also verschieden hoch sein. Sie sind auch, im Gegensatz zur Aktie, teilbar, doch ist der Mindestbetrag jedes Anteils 500 M., des Gesamtkapitals der Gesellschaft 20 000 M. Jede 100 M. eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Für die vollständige Einzahlung des Stammkapitals haften, zur Sicherung der Gläubiger, die Gesellschafter solidarisch, die eventuelle Nachschußpflicht gilt aber nur der Gesellschaft gegenüber.

Aus dem Gesagten ergibt sich schon, daß die Gesellschaft m. b. H. im allgemeinen den Personalgesellschaften näher steht.

Die meisten Gesellschafter sind in der Regel an der Leitung beteiligt und ihre Zahl pflegt gering zu sein. Über 25 Mitglieder haben nur sehr wenige Gesellschaften m. b. H. Bedeutend größer dagegen ist die Zahl derjenigen, die nur ein „Mitglied“ haben<sup>1)</sup>, meist Termingesellschaften zu dem oben erwähnten Zweck, Steuern zu sparen.

<sup>3)</sup> An juristischer Literatur über die Aktiengesellschaften seien, außer den Lehrbüchern des Handelsrechts, genannt: C. Lehmann, Das Recht der Aktiengesellschaften, 2 Bände, Berlin 1898 und 1904; ferner die Kommentare zum Handelsgesetzbuch von Staub, Esser u. a.

Über Bilanzwesen informieren V. Simon, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, 2. Aufl. 1898 und H. Rehm, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften. 1903.

<sup>4)</sup> Über die Frage der kleinen Aktien s. Ziffer 6 dieses Kapitels. — Auch in Deutschland ist es zulässig, verschiedene Gattungen von Aktien mit verschiedenen Rechten, insbesondere in betreff der Verteilung des Gewinns auszugeben (§ 185). So ist die Ausgabe von Prioritätsaktien häufig, namentlich wenn in ungünstiger Lage befindliche Unternehmungen ihr Kapital vermehren wollen. Sie haben gegenüber den alten Aktien (Stammaktien, aus denen sie häufig durch „Zusammenlegung“ entstehen), das Vorrecht auf eine Dividende, manchmal mit dem Recht auf Nachzahlung derselben, wenn sie einmal nicht geleistet werden konnte. Es gibt auch festverzinsliche Prioritätsaktien, die auf eine bestimmte Maximaldividende beschränkt sind. In Amerika ist die Trennung von Stamm- und Vorzugsaktien allgemein. Erstere werden oft ohne dafür zu leistende Einzahlungen ausgegeben, so daß eigentlich nur die Vorzugsaktien den Wert des Unternehmens darstellen, während jene „Wasser“ sind. Sie sind aber ein beliebter Gegenstand der Börsenspekulation. In Deutschland kommen sog. Genußscheine vor, die keinen Anteil am Vermögen der Aktiengesellschaft, sondern nur ein Recht auf bestimmte Gewinnbezüge darstellen. In Amerika wird mit der Verknüpfung des Stimmrechtes an die Aktien viel Mißbrauch getrieben. Um eine Unternehmung mit möglichst wenig Kapital kontrollieren zu können, erhält nur eine gewisse Kategorie von Aktien, z. B. die Stammaktien, auf die vielleicht gar nichts eingezahlt ist, das Stimmrecht. Beim Tabaktrust z. B. sind ausgegeben



56	Mill. D	6%ige	Vorzugsobligationen,
78,7	"	"	4%ige Obligationen,
80	"	"	Vorzugsaktien, also

214,7 Mill. D nicht stimmberechtigtes Kapital, denen nur  
 40 " " Stammaktien als allein stimmberechtigt gegen-  
 überstehen.

Derartige Versuche, einzelnen Aktienkategorien ein beson-  
 deres Stimmrecht zu gewähren, sind bei uns selten. Dagegen  
 spielt die Kapitalbeschaffung durch Obligationenausgabe auch in  
 Deutschland eine große und in neuester Zeit, ebenso wie in  
 Amerika, stark wachsende Rolle. Es kamen an Obligationen,  
 außer Hypothekenobligationen, in Deutschland zur Emission  
 im Jahre

1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	
Millionen M.	331	257	173	402	329	425	392

Darunter befinden sich allerdings auch ausländische (russische,  
 amerikanische) Eisenbahnobligationen. Im ganzen beträgt das  
 allein in Industrieobligationen deutscher Unternehmungen ange-  
 legte Kapital nach einer Reichsstatistik von 1910 rund 4 Mil-  
 liarden Mark.

5) Von großem Interesse sind die Statistiken über die  
 Rentabilität der Aktiengesellschaften, da sie einen vor-  
 züglichen Gradmesser der Konjunkturen bilden. Die durchschnitt-  
 liche Jahresrentabilität der Industrie-Aktiengesellschaften war:

Jahr	%	Jahr	%	Jahr	%	Jahr	%	Jahr	%
1890	6,82	1894	6,40	1898	9,49	1902	6,07	1906	—
1891	6,45	1895	8,01	1899	9,58	1903	6,88	1907	8,4
1892	6,44	1896	8,69	1900	8,68	1904	7,88	1908	8,07
1893	6,18	1897	9,49	1901	6,85	1905	—	1909	7,38
								1910	7,76

Von größerer Bedeutung als diese allgemeinen Durchschnitts-  
 zahlen ist die seit einiger Zeit im Deutschen Reiche aufgestellte  
 genaue Statistik der wichtigsten Geschäftsergebnisse der Aktien-  
 gesellschaften und Gesellschaften m. b. H. überhaupt. (Sta-  
 tistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches XVII, 1 g.) Daraus

seien einige der wichtigsten Zahlen angeführt. Die meisten Aktiengesellschaften hatten folgende Erwerbszweige:

Erwerbsgruppen	Zahl der Gesellschaften	Eingezahltes Aktienkapital in Millionen Mark	Obligationen in Milli. Mark	Zahl d. Gesellsch. m. Jahresgewinn	Summe der Jahresgewinne in Millionen Mark	Dividenden- summe in Millionen Mark	in % des dividendenberechtigten Aktienkapitals	Don dem dividendenberechtigten Aktienkapital bezogen in Prozenten desselben			
								keine Divid.	b. 6% inkl.	6-10 %	über 10%
Handelsgewerbe.	688	4155	265	597	376	302	7,34	5,8	26	59,3	8,9
darunter Banken .	435	3652	119	420	343	276	7,65	1,8	25	64	9,2
Maschin.-Industr.	514	1546	627	427	165	126	8,32	12,2	26,3	32	29,5
Verkehrsgewerbe	473	1489	652	390	60	49	3,35	35,8	45,4	17,2	1,6
darunter Klein- und Straßenbahnen . .	220	695	303	186	37	29	4,32	19,8	51,2	28	1
See- u. Flußschiff. .	117	493	208	83	8,7	7,6	1,54	67,8	27	5,2	0
Bergbau u. Hütten	225	1158	276	165	114	91	8,07	28,1	14,6	32,2	25,1
Nahrungs- und Genußmittel . .	800	995	242	665	88	66	6,73	20,5	30,8	29,7	19
darunt. Brauereien	541	626	187	459	49	39	6,25	18	38,8	29	14,2
Bergbau, Hütten und Maschinen, komb. Betriebe .	37	956	372	29	90	73,5	7,79	5,7	22,9	57,7	13,7
Textilindustrie .	333	584	145	260	62	45	7,78	21,1	24,5	30	24,4
Industrie d. Steine u. Erden. . .	335	422	90	248	40,7	31,4	7,48	21,9	23,6	28,3	26,2
Chem. Industrie	141	435	79	119	73,4	57	14,03	9,8	8,9	20,2	61,1
Versicherungsgewerbe . . .	128	143	—	118	50	28,5	19,97	10,4	10,6	15	64

<sup>6)</sup> Über die Verteilung des Besitzes an Aktien einzelner großer Unternehmungen sind wir nur aus England und Amerika auf Grund der dortigen Namensaktien, deren Inhaber ins Aktienbuch eingetragen werden, unterrichtet. Die U. S. Steel Corporation hatte 1906 65 000, 1911 120 000 Aktionäre, die American Telegraph & Telephone Company 1906 17 800,

1911 41 000 Aktionäre, die New-York Central Eisenbahn 1906 9800, 1911 20 500 Aktionäre usw. — In Preußen stellte eine Einkommensteuerstatistik vor einigen Jahren fest, daß nur 2% der Einkommensteuerpflichtigen Aktien im Besitz haben.

<sup>7)</sup> Für alle diese Erörterungen und besonders auch die der folgenden Abschnitte dieses Kapitels vgl. meine Schrift: *Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften*, eine Studie über den modernen Kapitalismus und das Effektenwesen, Jena 1909, in der zum ersten Male der Versuch gemacht wird, alle Erscheinungen des modernen Gründungs- und Effektenwesens deskriptiv und systematisch zu erfassen. Auch die im folgenden zugrunde gelegte Theorie des Bankwesens ist dort entwickelt (Kap. VIII). Eine neue ergänzte Auflage ist in Vorbereitung.

<sup>8)</sup> Es kommen vor allem die §§ 186 ff. des Handelsgesetzbuches in Betracht, welche die allgemeinen Erfordernisse der Gründung enthalten. Die §§ 192 ff. geben die Vorschriften für die Prüfung des Gründungshergangs, §§ 202 ff. die über die Haftung der Gründer und Emittenten. Diese Bestimmungen werden ergänzt durch die Vorschriften des Börsengesetzes: Prospektzwang, einjähriges Bestehen der Aktiengesellschaft (allerdings nur bei aus Privatunternehmungen umgewandelten Gesellschaften) usw.

---

---



## Kapitel III.

### Die Genossenschaften.

#### 1. Das Wesen der Genossenschaften.

Neben den Gesellschaftsunternehmungen gibt es noch eine weitere Form gemeinschaftlicher Wirtschaften, die heutzutage von der größten Bedeutung ist: die Genossenschaften. Über den Begriff der Genossenschaft ist viel geredet und geschrieben worden. Auch hier hat sich zunächst nur die Rechtswissenschaft mit der Begriffsbestimmung beschäftigt. Manche fassen den Begriff so weit, daß jede Vereinigung, jeder Verein, jedes Kartell, jede Gesellschaftsunternehmung als Genossenschaft zu bezeichnen wäre. So z. B. v. Gierke, der Hauptvertreter der deutsch-rechtlichen Genossenschaftslehre (Das deutsche Genossenschaftsrecht, 3 Bände, 1868—81), der die Verkörperung der Einheit durch die Vielheit als Wesen der Genossenschaft ansieht und alle Vereine mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, außer Staat und Gemeinde, als Genossenschaften bezeichnet. Fast ebenso weitgehend definiert der Genossenschaftsanwalt Dr. Krüger (Artikel: Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im Handwörterbuch der Staatswissenschaften): „Genossenschaft ist jede Gemeinschaft von Personen — im Gegensatz zur Vereinigung von Kapital — zur Verfolgung gemeinsamer Zwecke.“ Danach wäre jede Offene Handelsgesellschaft, jedes Kartell, jeder Fachverein, ja auch jeder Gesangsverein und jeder Kegelklub eine Genossenschaft. Und auch eine Aktiengesellschaft ist doch schließlich nicht nur „eine Vereinigung von Kapital“, sondern auch eine solche von

Personen und wäre nach dieser Auffassung eine Genossenschaft.

Mit allen derartigen Definitionen läßt sich für das ökonomische Verständnis der Genossenschaften gar nichts anfangen. Der ökonomische Begriff der Genossenschaft aber, wie er in einem freilich noch wenig ausgebildeten System der tauschwirtschaftlichen Vereinigungen seine Stelle zu finden hätte, scheint mir einfach, und zwar stimmt er ausnahmsweise ungefähr mit der Abgrenzung überein, die die Gesetzgebung zu praktischen Zwecken gegeben hat. Während die wirtschaftspolitische Gesetzgebung, namentlich die neuere, sich sonst meist nicht durch scharfe Definitionen auszuzeichnen pflegt, hat sie hier einmal eine Definition gegeben, die ökonomisch das Wesen der Sache trifft. Schon das erste deutsche „Gesetz betr. die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ vom 4. Juli 1868 definierte die Genossenschaften als „Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Kredits, des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezwecken“. Das neue Gesetz vom 1. Mai 1889 hat dann die besondere Erwähnung des Kredits als auch zur Förderung der Wirtschaft gehörig weggelassen. Die nicht geschlossene Mitgliederzahl ist kein wesentliches Merkmal der Genossenschaften. Sie ist aber insofern ökonomisch von Bedeutung, als die Genossenschaften, weil jederzeit neue Mitglieder ein- und alte austreten können und diese dann ihren Kapitalanteil zurückerhalten, Unternehmungen mit einem stets wechselnden Kapital sind.

Eine ökonomisch scharfe Definition der Genossenschaft muß lauten: Genossenschaften sind Wirtschaften, die mittels gemeinsamen Geschäftsbetriebes die Förderung oder Ergänzung der Haus- oder Erwerbswirtschaft ihrer Mitglieder bezwecken. Während also das Gesetz und überhaupt die Rechtswissenschaft die Genossenschaften als eine Abart

der Gesellschaften auffassen, ist vom ökonomischen Standpunkte beides scharf zu trennen. Das Wesen der Genossenschaften im Gegensatz zu den Gesellschaften im ökonomischen Sinne liegt nämlich darin, daß sie nicht wie diese selbständige Vereinigungen von Personen zu gemeinsamer Wirtschaftstätigkeit sind, sondern sie wollen die private Wirtschaftstätigkeit der einzelnen Mitglieder nur fördern und ergänzen. Eine Genossenschaft ist also immer eine unselbständige Wirtschaft, sie hängt zusammen mit der privaten Haus- oder Erwerbswirtschaft ihrer Mitglieder. Diese gehören also immer einer bestimmten wirtschaftlichen Gruppe an, sind gegenüber dem Genossenschaftszweck wirtschaftlich in der gleichen Stellung; das kommt in dem Begriff: Genossen zum Ausdruck. Die Genossenschaft nimmt ihren Mitgliedern einen Teil ihrer wirtschaftlichen Aufgaben ab, z. B. der Konsumverein den Hauswirtschaften den Einkauf gewisser Waren bei den Produzenten, die Molkereigenossenschaft den Landwirten die Verarbeitung und den Verkauf der Milch. Das Charakteristische ist, daß sich mehrere Wirtschaften für diesen Zweck vereinigen, sie vereinigen sich aber nicht zu einer selbständigen Erwerbswirtschaft wie eine Aktiengesellschaft oder jede andere Gesellschaftsunternehmung, sondern sie bilden nur ein gemeinsames Organ ihrer einzelnen Erwerbs- oder Hauswirtschaften. Eine Genossenschaft ist daher keine selbständige Erwerbswirtschaft, keine Unternehmung, die auf eigenen Erwerb im Tauschverkehr ausgeht, sondern — man denke z. B. an eine Einkaufsgenossenschaft — ein gemeinsames Organ der einzelnen selbständigen Wirtschaften der Mitglieder.<sup>1)</sup> Sie besorgt deren Geschäfte, nimmt ihnen einen Teil ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit ab. Im Tauschverkehr aber tritt die Genossenschaft doch zumeist als eigene Unternehmung auf und auch rechtlich ist sie eigene juristische Person. Sie handelt auch zumeist in eigenem Namen und auf eigene Rechnung und trägt daher auch das Risiko. Nur durch



die Verpflichtung der Mitglieder untereinander der Genossenschaft gegenüber, einen Teil ihrer Wirtschaftstätigkeit an sie zu übertragen, z. B. den Einkauf oder Verkauf durch sie zu besorgen, unterscheidet sie sich von der selbständigen Unternehmung. Manchmal ist aber auch die Genossenschaft bloßer Kommissionär für die Mitglieder, handelt zwar in eigenem Namen aber auf deren Rechnung. Nach außen tritt sie deswegen doch als Unternehmung auf. Bei den Viehverkaufsgenossenschaften z. B. kommen beide Formen vor; teils verkaufen sie das Vieh in Kommission für jeden Genossenschafter, teils auf eigene Rechnung, kaufen es daher von den Mitgliedern.

Übrigens ist auch hier wieder zu betonen, daß die handels- oder zivilrechtliche Form, in die sich eine wirtschaftliche Organisation kleidet, keinerlei Bedeutung hat dafür, was nun ökonomisch als Genossenschaft aufzufassen ist und was nicht. Wenn es Landwirten oder Gewerbetreibenden gefällt, ihre Einkaufs- oder Verkaufsvereinigung lieber in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft oder Genossenschaft zu organisieren, so ist das für die ökonomische Auffassung ganz gleichgültig. Der Bund der Landwirte z. B., der große politische Verein, ist als Einkaufsvereinigung für Thomasmehl eine Genossenschaft.<sup>2)</sup> Das ist nicht unwichtig für das richtige Verständnis wichtiger Erscheinungen des modernen Wirtschaftslebens: das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat z. B. ist, obwohl juristisch als Aktiengesellschaft errichtet, doch ökonomisch eine Genossenschaft, dient der Förderung der Erwerbswirtschaft seiner Mitglieder, nimmt ihnen einen Teil ihrer Wirtschaftstätigkeit, den Verkauf, ab und ersetzt sie durch eine gemeinsame Organisation. Nur ist damit noch ein monopolistischer Zweck verbunden, der diese Verkaufsgenossenschaft gleichzeitig zu einem Kartell macht. Ebenso ist es bei jedem Kartell mit gemeinsamer Verkaufsstelle.<sup>3)</sup> Auch eine Aktiengesellschaft für Zuckerfabrikation, bei welcher der größte Teil der Aktionäre zur Rübenlieferung verpflichtet ist, ist ohne Rücksicht auf ihre rechtliche

Organisation ökonomisch eine Verkaufsgenossenschaft mit eigener Weiterverarbeitung. Sie weist jene Beziehung zu den Erwerbswirtschaften ihrer Mitglieder auf, die für die Genossenschaft charakteristisch ist und sie zu einem Organ jener macht.

Je größer nun der Teil der Wirtschaftstätigkeit ist, den die Genossenschaft den einzelnen Mitgliedern abnimmt, um so mehr nähert sie sich der Gesellschaft, in der die ganze Erwerbstätigkeit des betr. Wirtschafters eingeschlossen ist. Dieser Fall wird erreicht bei den sog. Produktivgenossenschaften, die daher eigentlich überhaupt keine Genossenschaften, sondern Gesellschaften sind. Die Produktivgenossenschaft (zu unterscheiden von den Produktionsgenossenschaften) ergänzt nicht mehr die Wirtschaft des einzelnen Mitglieds, sondern sie ist seine Erwerbswirtschaft, die er gemeinsam mit andern betreibt.

Der Grundgedanke der Genossenschaften: Förderung und Ergänzung der Einzelwirtschaften durch eine ihnen subsidiäre gemeinsame Wirtschaft ist volkswirtschaftlich natürlich von der größten Bedeutung. Wie die Gesellschaft den Zweck hat, Kapital und Arbeit mehrerer zusammenzufassen, wo der einzelne nicht ausreicht, so auch die Genossenschaft. Aber der Gedanke der Förderung des einzelnen durch gemeinsames Vorgehen, der gegenseitigen Hilfe, ist hier viel stärker ausgeprägt. Genossenschaften dienen heute besonders, aber nicht ausschließlich, der Zusammenfassung der Schwachen, beruhen auf dem Satz: Einigkeit macht stark. Dagegen ist es durchaus verkehrt, wenn behauptet wird, daß in den Genossenschaften das persönliche Moment besonders im Vordergrund stünde, und daß die Genossenschaften den Personalgesellschaften näher stünden als den Kapitalgesellschaften. Das mag in den Anfängen der genossenschaftlichen Entwicklung noch ein charakteristisches Moment gewesen sein, heute trifft es nicht mehr zu. Ebenso wie bei den Gesellschaften und wie überhaupt bei jedem wirtschaftlichen Zusammenwirken



kann auch die Genossenschaft eine Vereinigung von Kapital oder von Arbeit oder von beidem zugleich sein. Aber weitaus die meisten heutigen Genossenschaften sind reine Kapitalorganisationen, d. h. die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder schießt nur Kapital bei. Doch sind diese Mitglieder eben meist kleinere Erwerbswirtschaften, bei denen selbst die eigene Arbeitstätigkeit des Wirtschafters im Verhältnis zu seinem Kapital eine besondere Rolle spielt.

Das Charakteristische der Genossenschaften gegenüber den Gesellschaften besteht aber überhaupt nicht in der Art des Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit, sondern in der Verbindung einer unselbständigen gemeinsamen Wirtschaft mit den einzelnen privaten Haus- oder Erwerbswirtschaften der Mitglieder. Diese Verbindung führt immer zu irgend-einer vertragsartigen Verpflichtung zwischen der Genossenschaft und den Mitgliedern, zur Lieferung bei den Verkaufsgenossenschaften, zum Abkauf bei den Einkaufsgenossenschaften, zur Kapitalhaftung bei den Kreditgenossenschaften. In dieser Verpflichtung und der dadurch geschaffenen engen Beziehung zwischen der gemeinsamen Wirtschaft und der Einzelwirtschaft der Mitglieder liegt das Wesen der Genossenschaft. Je mehr sie zurücktritt, um so mehr wird aus der Genossenschaft eine Gesellschaft, so in dem obigen Beispiel der gemeinsamen Zuckerfabrik, je geringer die Zahl der zur Rübenlieferung verpflichteten Aktionäre gegenüber den nicht so verpflichteten ist. Eine solche Umbildung einer Genossenschaft in eine Gesellschaft ist durchaus nichts Seltenes. Ein typisches Beispiel lernte ich in Wien kennen. Dortige Hotelbesitzer, große Delikateßgeschäfte u. dgl. hatten sich zur Errichtung einer großen genossenschaftlichen Eisfabrik zusammengeschlossen. Sie arbeitete glänzend, konnte den Mitgliedern das Eis fast zur Hälfte des früheren Preises liefern und doch noch einen statutarisch begrenzten Überschuß verteilen. Allmählich aber gelangten die Anteile



durch Vererbung immer mehr in die Hände von Leuten, die nicht Hotelbesitzer u. dgl. und daher Eisverbraucher im großen waren. Diese hatten kein Interesse daran, daß jenen das Eis so billig geliefert wurde, vielmehr nur ein Interesse an möglichst hohem Gewinn auf ihre Anteile. So wird allmählich aus der Genossenschaft eine selbständige, Gewinn bezweckende gemeinsame Unternehmung, eine Gesellschaft.

Damit dürfte das Wesen der Genossenschaften klar gestellt sein.

## 2. Das Genossenschaftsgesetz.

Das deutsche Genossenschaftswesen wurde neu geordnet durch das Reichsgesetz vom 1. Mai 1889. Die unbeschränkte Haftung aller Mitglieder mit ihrem ganzen Vermögen, die bis dahin allein gegolten hatte, war in der Krisis der 70er Jahre vielfach als nachteilig empfunden worden und hatte zu zahlreichen Umwandlungen von Genossenschaften in Aktiengesellschaften geführt. Jetzt wurden neben ihr die beschränkte Haftpflicht und eine unbeschränkte Nachschußpflicht der Aufsichtsräte eingeführt. Es haften also für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft die einzelnen Mitglieder 1. der Genossenschaft sowie unmittelbar den Gläubigern derselben mit ihrem ganzen Vermögen (unbeschränkte Haftpflicht), oder 2. zwar mit ihrem ganzen Vermögen aber nicht unmittelbar den Gläubigern, vielmehr nur der Genossenschaft, indem sie verpflichtet sind, der letzteren die zur Befriedigung der Gläubiger erforderlichen Nachschüsse zu leisten (unbeschränkte Nachschußpflicht), oder 3. sowohl der Genossenschaft wie unmittelbar den Gläubigern nur mit einer im voraus bestimmten Summe (beschränkte Haftpflicht) (§ 2). In diesem Falle darf die Haftsumme des einzelnen Mitglieds nicht niedriger als der Geschäftsanteil sein (§ 125). Bei den Genossenschaften mit unbeschränkter Haft- und Nachschußpflicht darf ein Genosse (das erste Gesetz von 1867 sprach

von Genossenschaftern) nicht mit mehr als einem Geschäftsanteil beteiligt sein (§§ 112 und 120).

Die Genossenschaft muß einen Vorstand und einen Aufsichtsrat haben, deren Mitglieder Genossen sein müssen. Ein weiteres Organ ist die Generalversammlung, die von der Gesamtheit der Genossen gebildet wird und in der jeder nur eine Stimme hat. Im Gegensatz zu den Gesellschaften können die Genossen das Stimmrecht in der Regel nicht durch Bevollmächtigte ausüben (§ 41). Hierdurch, nicht aber durch die Art ihrer Wirtschaftstätigkeit tritt in der Genossenschaft gegenüber manchen Gesellschaften das Moment der persönlichen Beziehung zwischen den Mitgliedern mehr hervor.

Wie der Reingewinn verteilt wird, ob im Verhältnis zu den Kapitalanteilen oder im Verhältnis des mit der Genossenschaft getätigten Umsatzes jedes einzelnen Mitgliedes, ist für das Wesen der Genossenschaft ohne Bedeutung. Das Gesetz bestimmt im allgemeinen ersteres, wenn das Statut nichts anderes vorsieht. Die letztere Art der Verteilung findet sich häufig bei Konsumvereinen. Es ist aber überhaupt nicht der Zweck von Genossenschaften, Reingewinn zu erzielen, und wenn ein Konsumverein einen solchen aufweist, so geschieht das nur, weil er aus Zweckmäßigkeitsgründen den Mitgliedern die gelieferten Waren zu ortsüblichen Preisen anrechnet. Es sind das dann aber nur Geldsummen, die den Mitgliedern zeitweise auf ihren Umsatz mit der Genossenschaft vorenthalten sind.

Dieser Auffassung entspricht es dann aber auch, daß die Genossenschaft ihre Leistungen nicht neben den Mitgliedern gleichzeitig auch Nichtmitgliedern zugänglich macht, z. B. eine Einkaufsvereinigung die beschafften Waren auch an Nichtmitglieder veräußert. Den deutschen Konsumvereinen ist dies infolge der darauf gerichteten Agitation der Detaillistenvereine durch § 8 letzter Absatz verboten worden. In manchen anderen Ländern besteht eine derartige Beschränkung nicht.

Es gibt aber zahlreiche ökonomisch als Genossenschaft zu bezeichnende Vereinigungen, welche juristisch nicht die Form der Genossenschaft besitzen, sondern irgendwie anders organisiert sind (Aktiengesellschaft, Ges. m. b. H., bloßer Verein u. a.). Die offizielle Genossenschaftsstatistik umfaßt nur die als solche eingetragenen Vereinigungen. Rechnet man die andern hinzu, so kann man die Zahl aller deutschen Genossenschaften Mitte 1911 auf über 30 000 veranschlagen mit 4,5 Millionen Mitgliedern. Ihr Vermögen ist auf 640 Millionen Mark, ihr Umsatz auf 22,75 Milliarden Mark zu schätzen.

### 3. Arten der Genossenschaften.

Die Arten der Genossenschaften hat man in verschiedener Weise zu unterscheiden versucht. Schulze-Delitzsch, der hauptsächlichste Begründer des deutschen Genossenschaftswesens, unterschied Distributiv- und Produktivgenossenschaften. Zu den ersteren sollen diejenigen gehören, die den Mitgliedern die Vorteile des Großbezuges gewähren, die letzteren umfassen die Produktionsbetriebe für gemeinsame Rechnung. Die bloßen Absatzgenossenschaften finden bei dieser Unterscheidung keine Stelle, die Kreditgenossenschaften sind nur recht gezwungen hier einzureihen. Auch die Unterscheidung von Käufer- und Verkäufergenossenschaften (Oppenheimer, Die Siedlungsgenossenschaft, Leipzig 1896) umfaßt nicht alle Formen. Merkwürdigerweise hat man die nächstliegende Unterscheidung übersehen, obwohl sie schon in der Definition des ersten Genossenschaftsgesetzes angedeutet ist. Sie beruht auf dem fundamentalen und ganz scharfen Unterschied, ob die Förderung der Hauswirtschaft oder der Erwerbswirtschaft der Zweck der Vereinigung ist. Die ersteren Genossenschaften sind naturgemäß älter. Die Markgenossenschaft bei den alten Deutschen war die intensivste Form der Förderung der Hauswirtschaft durch eine gemeinsame Wirtschaft, die sich denken läßt. Sie streifte nahe an die Gesellschaft, die die ganze Wirt-



schaftstätigkeit der Mitglieder umfaßt. Aber die alten Deutschen hatten neben ihrem gemeinsamen Besitz in der Markgenossenschaft, der Acker- und Weidewirtschaft, auch ihre eigene Hauswirtschaft mit Gartenbau, Geflügelzucht u. dgl. So ist die gemeinsame Wirtschaft nur eine Ergänzung ihrer Hauswirtschaft. Ähnlich war es mit den anderen schon im Mittelalter vorkommenden Genossenschaften: Waldbau-, Deich-, Ent- und Bewässerungsgenossenschaften, genossenschaftlichen Mühlen usw.

Es ist aber bemerkenswert, daß die meisten dieser Vereinigungen Zwangsgenossenschaften waren, die Angehörigen bestimmter Berufe mußten an ihnen teilnehmen und ihre Rechte und Pflichten waren weitgehend durch die öffentlichen Körperschaften geregelt. Auch heute noch spielen solche Zwangsgenossenschaften eine Rolle, z. B. für gemeinsame Deichbauten, Ent- und Bewässerungen, Aufforstungen.<sup>4)</sup>

Weitaus die meisten heutigen Genossenschaften verdanken aber ihr Entstehen freiem Zusammenschluß der Interessenten. Sie sind eine Maßregel gemeinschaftlicher Selbsthilfe. Die französische Revolution und die technischen Umwälzungen hatten fast überall die Genossenschaften des Mittelalters beseitigt. Der aufkommende Großbetrieb empfand ihre Schranken störend, in seinem Interesse wurden sie aufgehoben. Aber die Schichten der Kleingewerbetreibenden und der Arbeiter vermißten bald eine gemeinsame Organisation zur Besserung ihrer Lage, und so entstanden im 19. Jahrhundert überall Genossenschaften als Mittel der sozialen Hebung der unteren Klassen, als ein Versuch der schwächeren Wirtschaften, durch gemeinsames Vorgehen sich den Großen und Kapitalkräftigen gegenüber zu behaupten. Die Genossenschaften wurden so ein Hauptmittel der Sozialpolitik, wenn das auch gerade von den nach der politischen Herrschaft strebenden Arbeiterparteien am wenigsten anerkannt wurde.

Da in der modernen Hauswirtschaft die eigene Pro-

duktion immer mehr verschwindet, sie immer mehr zu einer reinen Konsumtionswirtschaft wird, so haben auch die Genossenschaften zur Förderung der Hauswirtschaft heute andere Aufgaben als im Mittelalter. Sie dienen besserer Beschaffung wichtiger Konsumgüter aus dem Tauschverkehr. Vor allem zwei Formen haben Bedeutung erlangt: die Konsumvereine und die Bau-  
genossenschaften. Erstere wollen durch gemeinsamen Bezug im großen den Mitgliedern die Beschaffung der Lebensmittel verbilligen, letztere wollen durch gemeinsame Errichtung von Wohnungen in verschiedener Weise die großen sozialen Mißstände beseitigen und mildern helfen, die auf dem Gebiete der Wohnungsfrage heute vorhanden sind.

Mit der im Laufe des 19. Jahrhunderts immer allgemeiner werdenden völligen Trennung von Haus- und Erwerbswirtschaft, wie sie der aufkommende Großbetrieb mit sich brachte, haben dann die Genossenschaften zur Förderung der Erwerbswirtschaften immer größere Bedeutung erlangt. Und zwar gerade als ein Versuch der kleineren Betriebe, den großen gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben. Zunächst freilich gelangte in der Wirtschaftspolitik allein der Großbetrieb zur Herrschaft. Die staatliche Regelung der Gewerbe, das Zunftwesen wurde aufgehoben, ohne daß etwas Neues an seine Stelle gesetzt wurde. Die freie Konkurrenz wurde als der einzige Regulator des Wirtschaftslebens erklärt und eine wirtschaftspolitische Richtung lehrte, daß sie die beste Versorgung aller mit Gebrauchsgütern gewährleiste. Aber das Wirtschaftsleben hat nie ein wirtschaftliches Prinzip bis ins Extrem verwirklicht. So rief auch der extreme Individualismus alsbald Gegenmittel hervor. An Stelle der früheren staatlich geschaffenen Organisation suchen nun die Erwerbswirtschaften sich selbst zu organisieren. Man kann drei Arten unterscheiden, in der Intensität ihrer Wirkungen sind es folgende: 1. die Fachvereine zur gemeinsamen Vertretung der Interessen eines Er-



werbszweiges nach außen,<sup>5)</sup> 2. die Genossenschaften und 3. die Kartelle. Die letzteren gehen dem Prinzip der freien Konkurrenz am energischsten zu Leibe, indem sie an seine Stelle das andere Extrem, das Monopol, nämlich ein teilweises Monopol auf vertragsmäßiger Grundlage setzen. Genossenschaften stehen in der Mitte. Ihre Stellung kann in das Monopol der Kartelle übergehen. Insbesondere Einkaufsgenossenschaften gelangen leicht zu monopolistischen Wirkungen, wenn sie den größten Teil der für die Anbieter in Betracht kommenden Käufer umfassen. Die Genossenschaften sind aber von diesen drei Organisationsformen diejenige, welche ganz besonders der Zusammenfassung der kleineren und schwächeren Betriebe dient, damit sie sich den großen gegenüber behaupten können. In diesem Zweck liegt die Hauptbedeutung aller derjenigen Genossenschaften, welche der Förderung der Erwerbswirtschaften dienen.

Auch ihre Formen hat man in verschiedener Weise zu unterscheiden versucht oder besser, man hat die Formen, die das Bedürfnis des wirtschaftlichen Lebens ausgebildet hatte, in verschiedener Art systematisch zusammengefaßt. Am verbreitetsten ist wohl die Unterscheidung von Distributiv- und Produktgenossenschaften, sehr viel klarer aber dürfte man die verschiedenen Formen zusammenfassen, wenn man Einkaufs-, Verkaufs- und Leihgenossenschaften unterscheidet. Alle drei können mit eigener genossenschaftlicher Produktion verbunden sein, z. B. die für die Mitglieder zu verkaufenden Produkte zunächst noch selbst weiterverarbeiten. Die Leihgenossenschaften zerfallen naturgemäß in zwei große Gruppen: Genossenschaften zum Zwecke der Sachleihe, sog. Werkgenossenschaften, wozu außer der gemeinsamen Benutzung von Maschinen auch die von Lagerräumen u. dergl. gerechnet werden kann (Magazingenossenschaften), und solche zum Zwecke der Geldleihe: Kreditgenossenschaften.

Praktisch wichtiger als diese Unterscheidung der For-



men der Genossenschaften ist aber eine andere nach den großen Erwerbszweigen: landwirtschaftliche Genossenschaften einerseits und gewerbliche oder besser städtische andererseits. Denn wenn es auch Genossenschaften gibt, die Landwirte und Gewerbetreibende sowie Kaufleute umfassen, so bringen es doch die Besonderheiten des landwirtschaftlichen Betriebes mit sich, daß sein Genossenschaftswesen vielfach eigene Wege eingeschlagen hat. Neben den genannten kann man als eine besondere Gruppe noch die gemeinnützigen Genossenschaften unterscheiden, wohin Deichgenossenschaften, Ent- und Bewässerungsgenossenschaften u. dergl. zu rechnen wären.

Neben diesen Genossenschaftsformen spielt in der Literatur eine sehr große, im Wirtschaftsleben aber eine sehr geringe Rolle noch eine weitere, die sog. Produktivgenossenschaft, nicht zu verwechseln mit Produktionsgenossenschaften, die mit dem Ein- oder Verkauf die Produktion verbinden. Die Produktivgenossenschaft ist eine theoretische Konstruktion wirtschaftlicher Reformatoren: Saint-Simon, Fourier in Frankreich und namentlich Robert Owen in England. Als der Großbetrieb sich entwickelte und der soziale Gegensatz von Unternehmern und Arbeitern immer schärfer hervortrat, fragten sich diese Reformatoren, wie dem abgeholfen werden könne. Da war nun eine Lösung sehr naheliegend: man suchte die Arbeiter zu Unternehmern zu machen. Das ist es, was die Produktivgenossenschaft bezweckt: die Arbeiter sollen die Unternehmungen selbst gründen und gemeinsam betreiben. Die Meinung, daß etwas derartiges allgemein möglich sei, kann zu den Zeiten Saint-Simons und Owens, d. h. in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, in den Anfängen des Großbetriebs, als entschuldbar angesehen werden. Ganz unfassbar aber scheint es uns, wie noch in den 60er Jahren die hervorragendsten Leute die ökonomische Bedeutung der Produktivgenossenschaft überschätzen konnten. Schulze-Delitzsch u. a. erblickten in ihnen geradezu das Mittel zur „Lösung der sozialen

Frage", Ferdinand Lassalle erwartete von ihnen die Befreiung der Arbeiterklasse und verlangte vom König von Preußen einen Kredit von 100 Millionen Talern, mit denen die Arbeiter zunächst einen großen Teil der Unternehmungen in ihr Eigentum bringen und dann mit deren Erträgen allmählich immer weitere Unternehmungszweige in die Hand nehmen sollten. Es ist erstaunlich, wie dieser Gedanke noch bis auf den heutigen Tag sehr vielen als das Endziel der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung, als die Lösung der sozialen Frage vorschwebt.

Wer heute noch den Glauben vertritt, daß derartige Organisationen, in denen die Arbeiter einer Unternehmung zugleich Eigentümer und Leiter derselben sind, einmal allgemein Verbreitung finden könnten, der muß als sehr naiv bezeichnet werden. Er erkennt die so einfache Wahrheit, daß große Unternehmungen eine einheitliche Leitung haben müssen, es können da nicht Dutzende oder Hunderte von Arbeitern auch in der Leitung mitreden wollen. Von einem Ersatz großer Unternehmungen durch Produktivgenossenschaften der Arbeiter kann allein schon aus diesem Grunde keine Rede sein. Aber selbst in kleinem Umfange hat diese Organisation versagt, und wenn noch heute in den Lehrbüchern ihnen „die größte sozialpolitische Bedeutung“ zugeschrieben wird, so ist das nicht zutreffend und wird auch in Zukunft nicht zutreffen. Selbst in kleinem Umfange schlugen derartige Versuche meist fehl und zwar aus folgenden Gründen: 1. aus Mangel an Kapital. Denn wer genug Kapital hat, um selbst produzieren zu können, vertraut es nicht einer Produktivgenossenschaft an, wo er sich in der Verwendung dem Willen der Genossen unterwerfen muß. 2. Aus Mangel an Unterordnung. Denn sobald die Zahl der Mitglieder über ganz wenige hinausgeht, können nicht alle die Leitung haben. Die Mehrzahl muß sich also der Leitung einiger Weniger unterordnen. Dabei kommt aber 3. der Mangel an zur Leitung geeigneten Personen in Betracht. Denn wer zur Leitung eines größeren Geschäfts befähigt

ist, wird heute nicht in eine Produktivgenossenschaft eintreten. Er kann sich selbständig machen oder kann doch als Leiter von Gesellschaftsunternehmungen ein sehr viel größeres Einkommen sich beschaffen, als ihm eine Genossenschaft von Arbeitern gewähren kann. Das Zusammentreffen dieser drei Punkte bewirkt, daß die Produktivgenossenschaft eine künstliche Konstruktion ist, die nicht mit den Realitäten des Lebens und der wirklichen Natur des Menschen rechnet. Und schließlich: wenn die Arbeiter die Eigentümer der Unternehmung wären, in der sie tätig sind, so wäre es keine Genossenschaft mehr, die ihre Haus- und Erwerbswirtschaft nur ergänzt, sondern sie wäre, wie schon gesagt, eben ihre gemeinsame Erwerbswirtschaft. Sie wäre eine Gesellschaftsunternehmung wie jede andere, nur daß die Arbeiter zugleich die Gesellschafter, Aktionäre sind.

Solche Organisationen sind gelegentlich vorgekommen, zumeist durch Stiftungen sozial gesinnter früherer Unternehmer.<sup>6)</sup> Aber nur unter ganz besonderen Verhältnissen bleibt hier die Mitgliedschaft auf die Arbeiter beschränkt. Aus verschiedenen Gründen kommen, wie oben schon an dem Beispiel der Wiener Eisfabrik geschildert wurde, Genossenschaftsanteile leicht in andere Hände. Und so ist es so gut wie sicher, daß von den 329 gewerblichen Produktivgenossenschaften, die das Jahrbuch des allgemeinen Genossenschaftsverbandes für 1909 aufzählt, nur ein verschwindender Teil dem Schulze-Cassalleschen Ideal auch nur nahekommt, wohl keine einzige ihm ganz entspricht. Fast alle dieser sog. Produktivgenossenschaften sind nämlich bloße Teilproduktions- oder Materiallieferungs-genossenschaften, wie Brauereien oder Mineralwasserfabriken, die Gastwirten oder Landwirten gehören. Aber auch bei den wenigen Genossenschaften, bei denen die Mitglieder selbst in der und für die Genossenschaft tätig sind, machen diese Mitglieder in der Regel nur einen kleinen Teil der Mitglieder der betr. Genossenschaft überhaupt aus.



Den idealen Gedanken, daß Wirtschaftsbetriebe gemeinsam und ausschließlich den darin tätigen Arbeitskräften gehören sollen, verwirklichen vollkommen und in größerem Maßstabe nur einige kommunistische Gemeinden in Nordamerika. So kann man die bekannte deutsche Amana-Gemeinde im Staate Iowa, die größte kommunistische Gemeinde der Vereinigten Staaten, als eine große Produktiven Genossenschaft bezeichnen. Sie geht aber über eine solche bedeutend hinaus dadurch, daß hier eben nicht nur die Erwerbswirtschaft, sondern auch die Hauswirtschaft, d. h. wenigstens das gesamte Land, die Häuser und auch ein Teil des Haushalts (Küchenhäuser) im Kollektiveigentum steht.<sup>7)</sup>

#### 4. Genossenschaften zur Förderung der Hauswirtschaft.

Gehen wir nun zu einer kurzen Betrachtung der einzelnen Genossenschaftsarten über. Es ist eine bemerkenswerte Erscheinung: in Deutschland, England und Frankreich hat je eine andere Genossenschaftsform die größte Bedeutung erlangt. In Deutschland sind es die Kreditgenossenschaften, in England die Konsumvereine, in Frankreich die Ein- und Verkaufs- bzw. Produktionsgenossenschaften, die am zahlreichsten zustande gekommen sind.

Diese Verschiedenheit hängt zum Teil mit der verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder zusammen. Als in England die Genossenschaften entstanden, war der Großbetrieb schon ziemlich entwickelt und es gab dort schon einen zahlreichen Fabrikarbeiterstand. Dieser bemächtigte sich vor allem des Genossenschaftsgedankens und die Folge war die gewaltige Entwicklung der Konsumvereine. In Deutschland herrschte, als die Genossenschaften aufkamen, noch fast ausschließlich der Kleinbetrieb im Gewerbe. Dieser suchte vor allem durch Kreditinanspruchnahme sich lebensfähig zu erhalten und ebenso erschien in der Landwirtschaft eine Verbesserung des Kreditwesens für kleine Betriebe als eine Hauptaufgabe für die Genossenschaften, nachdem der Großbetrieb schon

in den Landschaften sich gemeinsame Organisationen für diesen Zweck geschaffen hatte. Die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften in Frankreich endlich ist auf die frühe und starke Verbreitung sozialistischer Gedanken zurückzuführen, welche an den Zusammenschluß der Schwächeren zu gemeinsamer Produktion die größten Hoffnungen knüpften.

Beginnen wir mit den Konsumvereinen. Ihr Heimatland ist England. Sie gehen dort auf den Sozialreformer Robert Owen, 1771—1859, zurück. Owen, der in den 20er Jahren kommunistische Kolonien in Amerika gründete, dann um 1830 in London eine „Arbeitstauschbank“ zu errichten versuchte, widmete sich in den 30er Jahren der Förderung des Genossenschaftswesens. Er wollte die Welt im Wege von Produktivgenossenschaften zum Kommunismus führen. Die Ersetzung der privaten Unternehmungen durch solche Produktivgenossenschaften aber sollte durch Konsumvereine erfolgen. Diese sollten allmählich den ganzen Bedarf ihrer Mitglieder selbst produzieren. So entstanden, durch Owen angeregt, mehrere hundert Konsumvereine auf sozialistischer Grundlage. Aber sie hielten sich ebensowenig wie die ganze sozialistische Bewegung, die sog. Chartistenbewegung, der sie ihr Entstehen verdankten.

Die heutige Entwicklung der englischen Konsumvereine und auch ihre heutige Form knüpft vielmehr an den berühmten Verein der „redlichen Pioniere von Rochdale“ (equitable pioneers) an, den im Jahre 1844 28 arme Flanellweber gründeten. Auch sie hatten die Owenschen Ideen. Jeder zahlte 1 Pfd. Sterl. ein, damit eröffneten sie einen Kramladen und hofften durch allmähliche Erweiterung schließlich auch die Produktion der von ihnen benötigten Waren selbst in die Hand nehmen zu können, ja eine ganze sich selbst genügende geschlossene Siedelung im Sinne Owens errichten zu können. Wenn das sich auch nicht alles verwirklicht hat, so ist doch dieser Verein das glänzendste Beispiel genossenschaftlicher Selbsthilfe.



Die Grundsätze, denen er seine Erfolge verdankte und die ihn zum Vorbild aller Konsumvereine zuerst in England, dann in der ganzen Welt gemacht haben, sind:

1. Überlassung der Waren nicht zum Selbstkostenpreise an die Mitglieder, sondern Verkauf zu ortsüblichen Preisen.

2. Verteilung des so erzielten Gewinns an die Mitglieder nicht wie bei Gesellschaftsunternehmungen im Verhältnis der Kapitalbeteiligung eines jeden, sondern im Verhältnis der Wareneinkäufe jedes Mitgliedes. Diese Gewinnverteilung vollzieht sich in der Regel so, daß bei jedem Einkauf Marken gegeben werden, die dann am Ende des Jahres mit von der Genossenschaft festgesetzten Summen eingelöst werden. Es wird aber regelmäßig nicht der ganze Gewinn verteilt, sondern es werden Teile zurückbehalten, um damit allmählich die Eigenproduktion einzelner Gebrauchsgüter für den Verein beginnen zu können.

Wie sehr sich dieser aus den kleinsten Anfängen entstandene erste Konsumverein allmählich entwickelt hat, geht daraus hervor, daß er 1909 nahezu 17000 Mitglieder zählte, deren Geschäftsanteile 7 Millionen M. betrugen und die von ihm für über 8 Millionen M. Waren kauften.

Nach dem Vorbild der „Pioniere von Rochdale“ haben sich die englischen Konsumvereine außerordentlich schnell entwickelt. Viele sind dazu übergegangen, einen Teil ihrer Waren selbst zu produzieren, haben besonders Bäckereien und Schuhfabriken sich angegliedert. Das sind aber keine Produktivgenossenschaften im eigentlichen ursprünglichen Sinne, obwohl sie oft so genannt werden. Denn die Arbeiter sind in diesen Betrieben nicht Unternehmer, sondern genau wie in irgendeinem anderen Betriebe im Lohn angestellt. Wenn sie auch Mitglieder des Konsumvereins sind, sind sie in ihrer erwerbswirtschaftlichen Stellung in demselben doch keine Unternehmer, sondern eben Lohnarbeiter.



Die englischen Konsumvereine schlossen sich schon 1850 zu einem gemeinsamen Verbands zusammen und gründeten 1863 die erste gemeinsame „Großeinkaufsgesellschaft“ in Manchester, der nach einigen Jahren eine solche in Glasgow für die schottischen Konsumvereine nachfolgte. Diese Großeinkaufsgesellschaften sollen für die Konsumvereine den Einkauf der Waren im großen vollziehen und haben sich ihrerseits wieder zahlreiche Produktionsbetriebe angegliedert zur eigenen Herstellung von Waren, die sich für den einzelnen Konsumverein noch nicht lohnt. Sie beschäftigen in diesen Betrieben über 20000 Personen, dazu 5000 in den Handelsbetrieben. Ihr Kapital beträgt 40 Millionen M., ihr Jahresumsatz nahezu 700 Millionen M. Der Verband der britischen Konsumvereine umfaßte Ende 1909 1558 Genossenschaften, die über  $2\frac{1}{2}$  Millionen Einzelmitglieder hatten, deren Geschäftsanteile 700 Millionen M. betrugen und denen sie für  $2\frac{1}{4}$  Milliarden M. Waren verkauften.

Dem Vorbilde Englands in der Konsumvereinsbewegung folgten die übrigen Länder. Besonders haben sie sich in Belgien entwickelt, teils als sozialistische Organisationen, teils auf christlicher Grundlage. Die beiden großen sozialistischen Konsumvereine in Brüssel und Gent sind wohl die größten ihrer Art auf dem Kontinent.

In Deutschland wurden die englischen Konsumvereine schon frühzeitig durch die Schilderungen des Sozialpolitikers Victor Aimé Huber bekannt. Aber sie sind in Deutschland später zur Entwicklung gelangt als die Kredit- und Rohstoffbezugsgenossenschaften. Sie fanden eine heftige Gegnerschaft bei den kleinen Detailhändlern und Handwerkern. In deren Interesse bestimmte das Gesetz von 1889, daß die Konsumvereine nur an Mitglieder verkaufen dürfen. Das hatte aber nur die Wirkung, daß die Zahl der Mitglieder stark zunahm. Die Klagen der Detailhändler über die Konsumvereine können aber keineswegs als ganz unberechtigt bezeichnet werden. Besonders deswegen haben sie eine Berechtigung, weil die

Konsumvereine ihnen gerade den Absatz der gangbarsten Waren wegnehmen, an denen die Händler des Massenumsatzes wegen am meisten verdienen. Die Konsumvereine beschränken sich in der Regel gerade auf den Ein- und Verkauf derartiger Warengattungen. Das hatte aber die Wirkung, daß die Detaillisten die Gewinnzuschläge auf die ihnen verbliebenen Verkaufsgüter steigern mußten, diese so verteuert wurden. Doch kann nicht die Rede davon sein, daß die Konsumvereine und die in der gleichen Weise wirkenden Warenhäuser der Hauptgrund für die tatsächlich vielfach sehr ungünstige Lage der kleinen Kaufleute seien. Der liegt vielmehr in ihrer eigenen Konkurrenz, der sog. Übersezung dieser Berufe, in dem Umstande, daß heute jedermann, und mit Hilfe des Kredits fast ohne eigenes Kapital, einen Laden eröffnen kann.

Am meisten entgegengekommen ist man den gegen die Konsumvereine gerichteten Bestrebungen in Deutschland durch eine Besteuerung derselben. Sowohl die Art der Steuer als auch ihr Geltungsbereich ist aber in den einzelnen Bundesstaaten sehr verschieden. Einige Staaten unterwerfen sie nur der Gewerbesteuer, wogegen kaum etwas einzuwenden ist, andere aber der Einkommensteuer oder gar einer besonderen Umsatzsteuer. Teils werden alle Konsumvereine besteuert, teils nur die eingetragen sind, die einen offenen Laden haben, die über den Mitgliederkreis hinausgehen, die Gewinn verteilen u. dergl. Die Gewinnbesteuerung der Konsumvereine ohne Abzugsrecht bei dem Einkommen der Genossen ist jedenfalls eine Doppelbesteuerung und hat mehrfach die Vereine veranlaßt, von dem Prinzip des Verkaufs zu ortsüblichen Preisen abzugehen und so den „Gewinn“ verschwinden zu machen.

Die Konsumvereine betreiben in der Hauptsache den Verkauf der Waren in ihren eigenen Läden. Oft aber ist mit ihnen das sog. Lieferantengeschäft verbunden. Der Verein führt seine Mitglieder dem Kaufmann zu, der von jenem Rabattmarken zu einem bestimmten Preise

kauft und sie dem Kunden im Verhältnis zu seinem Einkauf übergibt. Dieser bezieht darauf am Ende des Jahres die beschlossene Dividende. Der Vorteil des Kaufmanns liegt hier, ebenso wie bei den heute so verbreiteten Rabattspargvereinen,<sup>8)</sup> in dem Wegfall der Kreditgewährung, also in der sofortigen Bezahlung durch den Kunden.

In der Erziehung der Konsumenten zur Barzahlung besteht überhaupt eine der wichtigsten Wirkungen der Konsumvereine. Gerade die Angehörigen der ärmsten Volksschichten nehmen nur zu leicht in einer ungünstigen Lage Kredit beim Detailhändler in Anspruch und geraten dadurch oft allmählich in die drückendsten Verhältnisse. Und was bei den ärmeren Klassen als Folge einer momentanen Notlage geschieht, das findet sich bei den reicheren häufig aus Nachlässigkeit oder Leichtsinn. Man beachtet nicht, daß das Kreditnehmen die Preise der Waren steigern muß, da der Kaufmann sich für den späteren Eingang der Verkaufspreise Zinsen berechnen muß.

Liegt darin schon ein wichtiger Grund, weshalb der Konsumverein billiger verkaufen kann als die kleinen Detailhändler, so kommt noch hinzu, daß diese meist einen viel geringeren Umsatz haben als jener. Sie müssen also, zumal bei ihrer eigenen Kapitallosigkeit, die Waren in kleinen Posten und meist ebenfalls auf Kredit und damit teurer einkaufen, so daß auch nach der Einkaufsseite hin der Konsumverein im Vorteil ist und diesen Vorteil seinen Mitgliedern zugute kommen läßt. Diesen Vorteil beim Einkauf haben die deutschen Konsumvereine noch zu steigern gewußt, indem sich eine größere Zahl benachbarter Konsumvereine häufig zu Einkaufsvereinigungen zusammenschließen, die besondere Einkaufstage abhalten. Aber darüber hinaus haben die deutschen Konsumvereine das englische Vorbild nachgeahmt und im Jahre 1894 die „Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung“ in Hamburg errichtet. Es waren an ihr 1909 633 Konsumvereine beteiligt, denen sie für 75 Millionen M. Waren lieferte.



Gegenüber den oben mitgeteilten englischen Ziffern sind das bescheidene Summen, aber sie stellen doch einen großen Fortschritt dar. Die Großeinkaufsgesellschaft hat auch ihrerseits die Eigenproduktion in die Hand genommen und besitzt eine eigene Seifenfabrik und Zigarrenfabriken.

Die deutschen Konsumvereine sind in zwei großen Verbänden, dem Hamburger Verband und dem Allgemeinen Verband organisiert. Aber es gibt eine ganze Anzahl von Konsumvereinen, die nicht die Form einer Genossenschaft, sondern eines eingetragenen Vereins oder einer Aktiengesellschaft haben. Die Zahl aller deutschen Konsumvereine betrug Anfang 1911 2311, die ihrer Mitglieder über  $1\frac{1}{2}$  Millionen.

Zu den Genossenschaften, welche die Förderung der Hauswirtschaft ihrer Mitglieder bezwecken, gehören ferner die Baugenossenschaften. Sie wollen ihnen die Beschaffung der wichtigsten Grundlage der Hauswirtschaft, eben des Hauses selbst, der Wohnung erleichtern. Es sind aber zwei Arten zu unterscheiden: 1. solche, die ihren Mitgliedern Vorschüsse zum Erwerb eines Hauses geben, sog. Building Societies, die besonders in England und Amerika entstanden sind, wo das Eigenhaus das übliche ist. Sie sind eigentlich eine Art Kreditgenossenschaften; 2. solche, die selbst bauen, in England und Amerika Land & Building Societies genannt. Sie sind besonders in Deutschland errichtet worden und zwar vor allem für Mietwohnungen. Eine erste Periode der Gründung dieser Baugenossenschaften in den 60er und 70er Jahren verlief ungünstig infolge der großen Krisis, die 1873 hereinbrach. Im Jahre 1888 bestanden nur noch 28. Seitdem aber begann ein zuerst langsamer, dann immer schnellerer Aufschwung. Im Jahre 1900 gab es schon über 400 Baugenossenschaften und 1910 über 1000. Die Zahl der Mitglieder beträgt heute etwa 200 000. Sie haben bis 1910 zirka 14 000 Häuser mit etwa 40 000 Wohnungen

errichtet. So schnell diese Entwicklung ist, so versorgen diese Baugenossenschaften doch nur einen verschwindend kleinen Teil des Wohnungsbedarfs der unteren Klassen, und selbst von den Mitgliedern dieser Genossenschaften bekommt, wie aus obigen Zahlen hervorgeht, nur etwa jeder fünfte Genosse von ihnen eine Wohnung.

Es sind aber auch mancherlei Mißstände und Gefahren mit diesen Baugenossenschaften verbunden. Vor allem ist regelmäßig nur ein verschwindender Teil des erforderlichen Kapitals von den Mitgliedern selbst aufgebracht, selten mehr als 10, hier und da noch nicht einmal 5 %. Das Bauen ist regelmäßig nur möglich mit allerstärkster Kreditinanspruchnahme. Und diese Genossenschaften verdanken ihren großen Aufschwung nur dem weitgehenden Entgegenkommen der öffentlichen Körperschaften, der Eisenbahn- und Postverwaltung, vor allem aber den Invalidenversicherungsanstalten, die zusammen ihnen mehrere hundert Millionen M. zu den günstigsten Bedingungen zur Verfügung stellten. Da diese Mittel jetzt ziemlich erschöpft sind und das Reichsversicherungsamt beschloßen hat, keine Gelder mehr unter  $3\frac{1}{2}\%$  Zinsen auszuliehen, wird die Kreditbeschaffung den Genossenschaften wohl in Zukunft größere Schwierigkeiten machen und ihrem weiteren Aufschwung im Wege stehen. Die Beschaffung billiger Wohnungen für die unteren Klassen ist zweifellos eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialpolitik, aber es hat sich gezeigt, daß die Genossenschaften nicht gerade besonders dafür geeignet sind, weil bei dieser Unternehmungsform, die das Ausscheiden von Mitgliedern und Zurückziehung ihrer Kapitaleinlage mit kurzer Frist gestattet, die für die Beschaffung eines großen stehenden Kapitals erforderliche Stetigkeit der Geschäftsführung und Sicherheit der finanziellen Grundlage oft fehlt.

Im allgemeinen zeigt die Beobachtung, daß Konsumvereine sowohl wie Baugenossenschaften nicht so sehr für die untersten Schichten der Bevölkerung überhaupt als vielmehr für die mittleren Schichten in Betracht kom-



men. Die Zugehörigkeit zu einem Konsumverein oder einer Baugenossenschaft ist schon ein Zeichen für eine überproletarische Existenz. Kleine Beamte und kleine selbstständige Gewerbetreibende machen meist einen größeren Prozentsatz der Mitglieder dieser Genossenschaften aus als die eigentlichen Arbeiter. Doch zeigt die Zunahme der Mitglieder aus den höheren Schichten der Arbeiterschaft ein Herauswachsen derselben über das Proletariat.

### 5. Genossenschaften zur Förderung der Erwerbswirtschaft.

Unter den Genossenschaften zur Förderung der Erwerbswirtschaft haben in Deutschland die Kreditgenossenschaften weitaus die größte Bedeutung erlangt und zwar, wie schon erwähnt, von allen Genossenschaften überhaupt. Denn von 30 555 Genossenschaften überhaupt, die Anfang des Jahres 1911 gezählt wurden, waren 17 493 Kreditgenossenschaften, d. s.  $57\frac{1}{4}\%$ . In dieser Entwicklung kommt zum Ausdruck, auf welche Kreise das Genossenschaftswesen in Deutschland sich bisher vor allem erstreckte. Es waren nicht, wie in England, die Kreise der Arbeiterschaft, die in den Konsumvereinen die ihnen nützlichste Anwendung des Genossenschaftsgedankens fand, sondern es waren die Kreise der kleineren selbstständigen Produzenten: Handwerker und ganz besonders Landwirte, dann auch die kleineren Kaufleute. Was diese Leute vor allem brauchten, war Kapital und zwar, je mehr im Gewerbe und Handel der Großbetrieb sich entwickelte und die Landwirtschaft zu immer intensiverem Betrieb überging, ein immer größeres Kapital. Und da ihr eigenes Kapital für die so wachsenden Anforderungen nicht ausreichte, so blieb ihnen nur der Weg des Kredits. Hier haben nun die Genossenschaften eingesezt und in der Kreditbeschaffung für kleinere Erwerbswirtschaften hat der Genossenschaftsgedanke, zusammen mit dem ihm eng verbundenen, schon früher verwirklichten der Solidarhaftung, seine großartigste Wirksamkeit entfaltet.<sup>9)</sup>



Der Gedanke der Solidarhaftung war es auch, der von den Gründern der deutschen Kreditgenossenschaften von Anfang an an die Spitze gestellt wurde. Der Kreisrichter Hermann Schulze aus Delitzsch hatte schon im Sommer 1849 in seiner Heimatstadt eine Kranken- und Sterbekasse errichtet, wie sie von altersher vielfach bestanden. Im selben Jahre aber gründete er eine Rohstoffeinkaufsgenossenschaft der Schreiner und eine solche der Schuhmacher in Delitzsch, die ersten derartigen Organisationen in Deutschland. Dabei kam ihm der Gedanke, diese kleinen Handwerker beim Einkauf auch durch Gewährung von Kredit zu unterstützen. Auch solche Darlehnskassen und Hilfsvereine waren nicht selten, aber neu war der Gedanke, sie im Wege der genossenschaftlichen Selbsthilfe zu schaffen. Während Schulze wegen seiner Teilnahme an der liberalen Bewegung von Delitzsch versetzt worden war, gründete ein Freund von ihm, Dr. Bernhardt, in dem benachbarten Eilenburg nach diesen Grundsätzen 1850 den ersten Kreditverein. Nachdem aber Schulze 1851 den Staatsdienst verlassen hatte, widmete er sich ganz dem Genossenschaftswesen, und namentlich die Kreditgenossenschaften, „Volksbanken“, wie er sie nannte, nahmen einen raschen Aufschwung. 1859 gründete Schulze den „Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“, der seinen Sitz jetzt in Berlin hat.

Die Kreditgenossenschaften Schulzes waren von Anfang für kleinere Erwerbswirtschaften aller Art, Handwerker, Kaufleute, Landwirte, persönliche Leistungen usw. gedacht und haben an diesem Prinzip auch bis heute festgehalten. Doch begannen seit Anfang der 60er Jahre besondere für die Landwirte bestimmte Kreditgenossenschaften sich immer stärker zu entwickeln. Das waren die „Darlehnskassenvereine“, die seit 1862 der Bürgermeister von Heddesdorf bei Neuwied, Fr. W. Raiffeisen gründete. Sie waren nämlich mit ihrer Organisation den speziellen Bedürfnissen der Landwirte

im allgemeinen besser angepaßt als Schulze Volksbanken. Es bestehen ja erhebliche Unterschiede in den Kreditbedürfnissen und der Kreditfähigkeit der Landwirte einerseits, städtischer Gewerbetreibender anderseits. Der Landwirt braucht vor allem einen Kredit auf längere Frist, als ihn die Volksbanken gewähren, die über wenige Monate selten hinausgehen. Dagegen gewähren die Darlehnskassen Kredit bis zu ein und zwei Jahren. Auch sonst stattete Raiffeisen seine Kassen mit mancherlei Besonderheiten aus, die den rein landwirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechen. Sie waren lokal begrenzt, so daß den Leitern die Kreditwürdigkeit der Entleiher bekannt war. Der Kredit ist in der Regel Bürgschaftskredit, wogegen die Volksbanken meist mit Wechseln arbeiten. \*) Bei den Volksbanken soll durch größere Geschäftsanteile und Verteilung der Überschüsse den Mitgliedern ein Anreiz zum Sparen gegeben und zugleich so das Kapital für den Genossenschaftszweck beschafft werden. Bei Raiffeisen ist der Grundbesitz der Genossen die erste Kreditbasis, er will keine größeren Geschäftsanteile, aber auch keine Verteilung von Überschüssen. Die Gewinne sollen einem Stiftungsfonds zufließen, der für allgemeine Wohlfahrtszwecke verwendet werden kann. Ihre Kapitalien beschaffen sich die Darlehnskassen sowohl wie die Volksbanken vor allem durch Spareinlagen, wozu sie auch Nichtmitglieder heranzuziehen suchen. Dabei haben sie aber, außer mit den Sparkassen, in neuerer Zeit auch immer mehr mit den großen Kreditbanken zu kämpfen, die alle Spargelder an sich zu ziehen suchen. Die Leitung der Raiffeisenkassen erfolgt im Ehrenamt. Nur der Rechner kann besoldet werden. Raiffeisen verband mit seinen Kassen auch allgemeine soziale und religiöse Zwecke, während Schulze seine Volksbanken rein kaufmännisch geleitet

---

\*) Neuerdings bildet sich bei den Darlehenskassen der Kontokorrentverkehr immer mehr aus, wodurch die Kasse die Bank des Landwirts wird.



wissen wollte. Beide gewähren natürlich in der Hauptsache Personalkredit. Doch kommt bei den Darlehnskassen auch Hypothekarkredit in nicht unerheblichem Umfange vor, vielfach allerdings wohl nur als Sicherungshypothek. Die Gewährung von Hypothekarkredit aus Depositengeldern ist natürlich sehr bedenklich und in der That ist hie und da bei diesen Kassen die Liquidität recht gering. Auch Zusammenbrüche waren nicht gerade selten zu verzeichnen.

Auch die Raiffeisenkassen schlossen sich 1877 zu einem Verbands zusammen, doch spalteten sich bald namentlich hessische Vereinigungen ab und bildeten die Organisation, die jetzt den Namen „Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften“ führt und ihren Sitz, der früher in Offenbach war, jetzt in Darmstadt hat.

Ebenso wie die Konsumvereine durch eine Zentraleinkaufsgenossenschaft ihrerseits wieder sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammenschließen, haben auch die Kreditgenossenschaften eine solche gemeinsame Organisation für zweckmäßig gefunden. Insbesondere bei den landwirtschaftlichen Darlehnskassen ist ein gewisser Geldausgleich zwischen den verschiedenen Genossenschaften oft nötig und daher hier auch schon früh das Bestreben vorhanden, die lokalen Vereine in Provinzial- dann in Landeskreditkassen zusammenzuschließen. Solange nur die unbeschränkte Haftung bestand, war dies wegen der daraus erwachsenden komplizierten Rechtsverhältnisse mit Schwierigkeiten verbunden. Als aber das Gesetz von 1889 die beschränkte Haftung eingeführt hatte, entstanden mehrere Zentralkreditgenossenschaften. Daß manche von ihnen juristisch nicht den Charakter der Genossenschaft haben, beeinflusst natürlich ihre ökonomische Stellung nicht.

Zuerst gründeten die Schulzeschen Genossenschaften 1865 die Genossenschaftsbank Soergel, Parrius u. Co. in Berlin, deren Kapital von anfänglich nur  $\frac{3}{4}$  Millionen M. allmählich auf 36 Millionen M.



erhöht wurde. Sie organisierte auch einen Giroverkehr unter ihren Mitgliedern und das Inkasso ihrer Wechsel. In der Krisis von 1900 geriet sie durch Spekulationsgeschäfte in Verlegenheiten und wurde 1904 von der Dresdener Bank aufgenommen, die eine besondere Genossenschaftsabteilung bildete.

Raiffeisen hatte 1872 in Neuwied die erste Zentralkreditkasse als Genossenschaft gegründet. Es folgten dann einige andere, aber erst die 1876 als Aktiengesellschaft in Neuwied gegründete „Landwirtschaftliche Zentralkreditkasse“ (seit 1890 „für Deutschland“) gewann größere Bedeutung. Sie ist in den letzten Jahren in nähere Beziehungen zur gleich zu erwähnenden „Preussische Zentralkreditkasse“ getreten und hat seit 1910 ihren Sitz nach Berlin verlegt.

Die im „Reichsverband“ organisierten Genossenschaften hatten eine Reihe provinzieller Zentralkassen. 1902 aber gründete man für ihre Zusammenfassung die „Landwirtschaftliche Reichsgenossenschaftsbank“ in Darmstadt, seit 1907 als Aktiengesellschaft mit 5 Millionen Mark Kapital. Sie soll als Großhandelsgesellschaft auch zugleich den Ein- und Verkauf landwirtschaftlicher Rohstoffe bezw. Produkte besorgen. Sie hat dabei aber erhebliche Verluste erlitten.

Außerdem bestehen noch eine ganze Reihe von selbstständigen provinziellen Zentralkreditkassen.

Um eine Zusammenfassung sämtlicher derartiger Verbandskassen herbeizuführen, den Ausgleich zwischen ihnen und die Verbindung mit dem Geldmarkt noch vollkommener zu gestalten, überhaupt um den genossenschaftlichen Personalkredit zu fördern, wurde 1895 von der preussischen Regierung durch den Finanzminister Miquel die „Preussische Zentralgenossenschaftskasse“ errichtet. Der Staat beteiligte sich mit einer Einlage von 5 Millionen Mark, die allmählich auf 75 Millionen M. erhöht worden ist. Verschiedene Verbandskassen sind außerdem mit gegenwärtig zirka  $1\frac{1}{2}$  Millionen M. beteiligt. Sie gewährt

in der Regel nur Verbandskassen Kredit, nicht einzelnen Genossenschaften, macht aber dabei den Unterschied, ob diese Verbandskassen selbst Genossenschaften sind oder nicht. Während sie nämlich im letzteren Falle nur deren Eigenvermögen bei der Kreditgewährung zugrunde legt, berücksichtigt sie bei den in Genossenschaftsform errichteten Verbandskassen die Haftsummen der als Mitglieder auftretenden Einzelgenossenschaften. Die „Preußenkasse“ ist aber bei ihrer Gewährung sehr billigen Kredits vielleicht schon zu weit gegangen, ohne doch den Wünschen, insbesondere der städtischen Genossenschaften ganz gerecht werden zu können.

Es zeigte sich eben, daß das Kreditbedürfnis eine Sache ohne Ende ist. Je mehr der Kredit ausgedehnt wird, um so mehr Leute ohne Kapital suchen sich selbständig zu machen, um so mehr wächst die Überföhung bei den kleinen Gewerbe- und Handeltreibenden, um so größer wird das Kreditbedürfnis jedes einzelnen. Wenn durch staatliche Anstalten einigen besonders billiger Kredit gewährt wird, beklagen sich natürlich wieder die anderen. Es kann im Rahmen dieser Schrift auf das Kreditproblem mit seinen verschiedenen Seiten für Gewerbe und Landwirtschaft nicht näher eingegangen werden. Jedenfalls ist die Annahme, daß mit möglicher Ausdehnung und Verbilligung des Kredits das Mittelstandsproblem gelöst werden könne, ja daß beides unter allen Umständen vorteilhaft und erwünscht sei, durchaus verkehrt.

Das Hauptproblem für die Kreditgenossenschaften ist heute, ob sie überwiegend nur eigenes Kapital ausleihen oder sich zu Banken entwickeln sollen, die ihr Kapital größtenteils im Wege des Depositengeschäfts beschaffen. Für die landwirtschaftlichen Genossenschaften wäre aus banktechnischen Gründen, eben des langfristigen Kreditbedarfs ihrer Mitglieder wegen, prinzipiell ersteres zu fordern. Aber andererseits ist die Erziehung der Landwirte zum Verkehr in laufender Rechnung mit einem Kreditinstitut von solcher Wichtigkeit, daß man als Er-



ziehungsmittel für kleinere Landwirte den Genossenschaften bei vorsichtiger Geschäftsführung und guter Aufsicht die Depositenannahme, die zu einem dauernden Verkehr in laufender Rechnung führt, nicht wird untersagen können. Natürlich dürfen sie diese Depositengelder nicht in langfristigen Kreditgewährungen festlegen.

Der Hauptnutzen der Kreditgenossenschaften liegt in der Vergangenheit. Was sie zur Befreiung insbesondere der Bauern aus der Abhängigkeit vom Händler und zur Einschränkung des damit so oft verbundenen Wuchers geleistet haben, kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Noch heute sind diese Verhältnisse nicht ganz überwunden und noch heute können Kreditgenossenschaften natürlich nützlich wirken. Aber im allgemeinen ist es erwünscht, daß auch auf die kleinen Erwerbswirtschaften ein mehr bankmäßiger Verkehr ausgedehnt wird, als ihn die Genossenschaften ihrer Natur nach einrichten können.

Wir haben die Kreditgenossenschaften wegen ihrer besonderen Wichtigkeit in Deutschland etwas ausführlicher behandelt. Bei den übrigen Genossenschaftsarten können wir uns kürzer fassen. Die zahlreichsten unter ihnen sind die Molkereigenossenschaften, also Verkaufs-genossenschaften mit teilweiser Verarbeitung. Ihre Zahl einschließlich der nicht in Genossenschaftsform organisierten betrug 1909 über 4000 mit über 300 000 Mitgliedern. Sie lösten für die letzteren etwa 400 Millionen Mark. Sie sind eine Folge der vorgeschrittenen Technik (Erfindung der Zentrifuge Ende der 70er Jahre) einerseits, anderseits der Verfeinerung der Nachfrage, der der primitive Betrieb der bäuerlichen Einzelwirtschaft nicht mehr genügte. Daher war die Genossenschaft am Platze, welche die maschinellen Einrichtungen schuf, die sich für den einzelnen nicht lohnten. Neben der Butterfabrikation ist aber in neuerer Zeit der Verkauf von frischer Milch bei den Molkereigenossenschaften von immer größerer Be-



deutung geworden und zwar infolge der Zunahme der städtischen Bevölkerung und daher besonders in den den Städten näher liegenden landwirtschaftlichen Gebieten. Die weniger rentable Butter- und Käseherstellung ist mehr in die entlegeneren Gegenden gedrängt worden.

Die sonstigen landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften sind von geringerer Bedeutung. Die für Eier haben sich in der letzten Zeit gut entwickelt (über 100). Schon 1905 verkauften sie 60 Millionen Stück, was freilich bei einer Produktion von 3 Milliarden und einer Einfuhr von zirka  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Stück nicht viel sagen will.

Mit den größten Schwierigkeiten haben Verkaufsgenossenschaften für die beiden wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte zu kämpfen, für Getreide und für Vieh. Um welche Werte es sich dabei handelt, kann man daraus ersehen, daß von beiden Produkten in Deutschland jährlich für mehr als 8 Milliarden M. verkauft werden. Der Anteil der Genossenschaften an diesen Verkäufen ist aber verschwindend. In den 90er Jahren wurde eine große Propaganda für genossenschaftliche Errichtung von Kornhäusern gemacht. Die preußische Regierung stellte 5 Millionen M. dafür zur Verfügung. Die Erfolge sind nicht sehr bedeutend gewesen. Die Verschiedenheit der in Deutschland gebauten Getreidequalitäten, die überhaupt oft einer günstigen Verwertung hinderlich ist, erschwerte auch den genossenschaftlichen Verkauf. Ferner konnte man sich meist nicht entschließen, eine Lieferungsverpflichtung für die Mitglieder einzuführen und diese ließen oft die Genossenschaft im Stich, wenn ein Händler ihnen etwas mehr bot. Endlich haben Ungeschicklichkeiten der Leitung nicht selten zu Verlusten geführt. Am meisten bewährt haben sich Getreideverkaufsgenossenschaften noch bei den Kleinbauern Süddeutschlands. Doch macht der genossenschaftliche Verkauf noch nicht 4% der deutschen Produktion aus.

Günstigere Erfolge hatten in den letzten Jahren die Viehverwertungsgenossenschaften. Ihre Entwicklung ist

von besonderer Wichtigkeit, weil gerade beim Viehhandel noch große Mißstände vorhanden sind, die kleinen Landwirte oft ganz in Abhängigkeit von den Händlern stehen. Aber auch große Viehzüchter waren durch den Handel ganz vom Schlachtviehmarkt ferngehalten und die Genossenschaften mußten daher sehen, Einfluß auf den Markt zu erhalten, den Händler durch den Kommissionär der Genossenschaft zu ersetzen. Die Viehverkaufsgenossenschaften sind in zwei Formen errichtet worden: solche, bei denen die Genossenschaft den Mitgliedern ihr Vieh abkauft und es dann auf eigene Rechnung verkauft, und solche, die nur in Kommission für die einzelnen Mitglieder verkaufen. Diese sind die häufigeren, sie gebrauchen auch weniger Kapital. Auch bei den Viehverkaufsgenossenschaften macht die Verschiedenheit der Qualitäten große Schwierigkeiten. Daher hat sich auch hauptsächlich der genossenschaftliche Schweineverkauf entwickelt, wo diese Verschiedenheiten die geringste Rolle spielen. Die Errichtung eigener genossenschaftlicher Schlächtereien hat sich bisher nicht bewährt. Viehverkaufsgenossenschaften sind jedenfalls in Deutschland noch großer Entwicklung fähig.

Es gibt noch einige andere Arten landwirtschaftlicher Verkaufsgenossenschaften. Zucker- und Stärkefabriken, erstere meist als Aktiengesellschaften, kommen vor, über 100 Brennereigenossenschaften und einige Spiritusverwertungsgenossenschaften kennt die Statistik. Die eine monopolistische Stellung einnehmende, ein Kartell darstellende Spirituszentrale ist nicht in Genossenschaftsform organisiert. Obstverkaufs- und Winzergenossenschaften, welche letztere in Konkurrenz mit dem Weinhandel den direkten Absatz an die Konsumenten betreiben sollten, haben meist versagt.

Eine große Bedeutung haben dagegen die landwirtschaftlichen Einkaufsvereinigungen erlangt. Es gibt deren über 2000, vor allem für Dünger- und Futtermittel, daneben für Sämereien. Ihre Bedeutung liegt einerseits in der Ausschaltung des Handels und damit in



der Erzielung billigerer Einkaufspreise für die Mitglieder, außerdem aber in der Sorge für gute Qualitäten. Letzteres wurde ihnen ermöglicht durch ihre Beziehungen zu den landwirtschaftlichen Versuchstationen, die zahlreich, vor allem von den Landwirtschaftskammern, errichtet wurden. Die Einkaufsgenossenschaften können als Kommissionäre der Mitglieder oder doch auf feste Bestellung derselben oder auf Vorrat einkaufen. Das letztere sollte die Ausnahme sein. Die großen landwirtschaftlichen Interessenverbände, der Bund der Landwirte und die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, haben ebenfalls Einkaufsvereinigungen insbesondere für Thomasmehl und Kali organisiert. Diese Genossenschaften sind noch einer erheblichen Ausbreitung fähig.

Daselbe gilt von den landwirtschaftlichen Leistungsgenossenschaften. Von über 200 bestehenden sind fast alle Dreschgenossenschaften. Ferner gibt es einige Elektrizitäts- und Wasserversorgungsgenossenschaften. Neuerdings scheinen Kartoffel- und Rübenblättertrocknungsgenossenschaften nach neueren technischen Verfahren Verbreitung zu finden, die große Bedeutung gewinnen können, wenn es ihnen gelingt, diese für die Viehfütterung höchst wichtigen Produkte besser als bisher zu konservieren.

Die gewerblichen und kaufmännischen, überhaupt die städtischen Genossenschaften haben gegenüber den landwirtschaftlichen viel geringere Erfolge zu verzeichnen. Betrachten wir nur die Einkaufs-, Verkaufs- und Leistungsgenossenschaften, so standen 1909 über 7000 landwirtschaftlichen nur zirka 1000 gewerbliche gegenüber. Der Grund für die stärkere Entwicklung der ersteren ist weniger in der allgemeinen Notlage der deutschen Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten zu suchen, denn manchen Zweigen des Handwerks, die durch den Großbetrieb verdrängt wurden, ist es sicherlich mindestens ebenso schlecht ergangen. Sondern hauptsächlich darin, daß in der Landwirtschaft der kleine Produzent viel mehr als



im Gewerbe vom Händler abhängig war und, wo keine Genossenschaften bestehen, es noch ist. Ihm fehlte viel mehr als dem städtischen Gewerbetreibenden die Beziehung zum Markte, er war dadurch dem marktkundigen Händler mehr in die Hand gegeben. Dieser nutzte seine Stellung den Landwirten gegenüber ebenso aus, wie der kaufmännische Verleger sie früher dem Handwerker und Hausindustriellen gegenüber ausgenutzt hatte. Hier Wandel zu schaffen ist die äußerst segensreiche Wirkung der verschiedenen landwirtschaftlichen Genossenschaften gewesen.

Der städtische kleine Gewerbetreibende und Kaufmann leidet dagegen hauptsächlich an der Übersehung in seinem Erwerbszweige, dem der Großbetrieb ein Gebiet nach dem andern abnimmt. Da können Genossenschaften wenig helfen. Insbesondere können sie nur in den seltensten Fällen den Mitgliedern wirklich die technischen Vorteile des Großbetriebs verschaffen. Nur wo der Kleinbetrieb als solcher lebensfähig ist, da kann die Genossenschaft die Erwerbswirtschaft des einzelnen fördern und ergänzen. So z. B. bei Werkgenossenschaften, den zahlreichsten von allen, indem sie den Mitgliedern gewisse Maschinen, namentlich größere Holzbearbeitungsmaschinen, zur Verfügung stellen. Dahin gehören auch genossenschaftliche Schlachthäuser der Metzger, genossenschaftliche Mühlen der Bäcker. Magazingenossenschaften sind schon sehr alt, aber ihre Zahl hat immer noch nicht hundert erreicht. Ob sie den Handwerkern die Produkte abkauft oder sie nur als Kommissionär zu verkaufen sucht, gar zu leicht kommt es zwischen der Leitung und den Mitgliedern zu Streitigkeiten. Zumeist fehlt es auch an den zur Leitung geeigneten kaufmännisch genügend gebildeten Personen.

Der Mangel an solchen und der Mangel an Kapital sind auch regelmäßig die Hauptschwierigkeit bei den Ein- und Verkaufsgenossenschaften der Handwerker und Kaufleute. Trotzdem und trotz manchen Fehlschlägen haben beide Formen in neuerer Zeit eine erfreuliche Entwicklung ge-

nommen. Einkaufsgenossenschaften gibt es 3—400. Sie sind vor allem von den Schuhmachern und Schneidern errichtet worden. Aber auch bei den Schreibern, Glasern, Bäckern, Uhrmachern und anderen Gewerben kommen sie vor. Von Verkaufsgenossenschaften haben sich hauptsächlich die Häuteverwertungsvereinigungen der Metzger entwickelt und zu einem ganz Deutschland umfassenden Verbands zusammengeschlossen.

Bemerkenswert ist endlich das Vordringen der Einkaufsgenossenschaften im Detailhandel, wo ebenfalls ein „Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften“ 1908 in Berlin errichtet wurde. Einkaufsgenossenschaften sind hier vor allem von den Kolonialwarenhändlern gebildet worden.

#### 6. Entwicklungstendenzen im Genossenschaftswesen.

Diese Entwicklung der Ein- und Verkaufsgenossenschaften in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist vielleicht die interessanteste Erscheinung im deutschen Genossenschaftswesen der Gegenwart. Sie sind es, an die die Keime der Weiterbildung vor allem anzuknüpfen scheinen. Konsumvereine und Kreditgenossenschaften haben im großen und ganzen den Höhepunkt ihrer Entwicklung schon erreicht. Hier dagegen sind noch weitere Fortschritte und eigenartige Neubildungen möglich.<sup>10)</sup> Die Richtung der Entwicklung scheint mir in den Hauptzügen schon deutlich erkennbar. Sie geht auf die Erlangung einer monopolistischen Stellung, entweder beim Verkauf selbst oder beim Einkauf und dann meist als Gegenmittel gegen Monopolorganisationen anderer Verkäufer. Damit wird auch das Genossenschaftswesen der stärksten in der heutigen Volkswirtschaft auftretenden Entwicklungstendenz dienstbar gemacht, der Tendenz zur Monopolstellung, zur mehr oder weniger vollkommenen Beseitigung der Konkurrenz. Diese Beziehungen sind naheliegend. Denn die Kartelle mit gemeinsamer Verkaufsstelle sind, wie



wir sahen, nichts anderes als Genossenschaften mit monopolistischem Zweck.

Einem großen Teil der Ein- und Verkaufsgenossenschaften liegt heute eine gewisse monopolistische Tendenz zugrunde. Es ist dazu keineswegs nötig, daß die Genossenschaft überhaupt keine Konkurrenz hat, daß alle in Betracht kommenden Wirtschaftspersonen in ihr vereinigt sind. Namentlich beim Einkauf können vielmehr monopolistische Wirkungen schon erzielt werden — man übersehe den sprachlichen Verstoß, von einer monopolistischen Stellung beim Einkauf zu reden — wenn nur ein großer Teil der Verkäufer auf den Absatz an die Einkaufsvereinigung angewiesen ist. Das ist nicht selten der Fall. So haben die Einkaufsvereinigungen der Landwirte für Thomasmehl erfolgreich das Kartell der Fabrikanten bekämpft. Dasselbe ist der Einkaufsvereinigung der Berliner Glaser dem Kartell der rheinisch-westfälischen Glashütten gegenüber gelungen und den Einkaufsvereinigungen der Apotheker gegenüber dem Kartell der Verbandstofffabrikanten. Das letzte Mittel, mit dem diese Einkaufsvereinigungen einen Druck auf die Verkäufer auszuüben suchen, ist die genossenschaftliche Eigenproduktion, wodurch sie von den Produzenten ganz unabhängig werden. So sind eine gemeinsame Flaschenfabrik von Weinhändlern, gemeinsame Eis- und Kohlensäurefabriken von Gastwirtsvereinigungen, eine gemeinsame Verbandstofffabrik der Apotheker als Maßregel gegen die Kartelle der Produzenten zustande gekommen.

Aber auch Verkaufsgenossenschaften können eine monopolistische Stellung erlangen. Sie werden damit zu Kartellen. Das ist z. B. bei den Häuteverwertungsgenossenschaften und Knochenverkaufsvereinigungen der Metzger nicht selten der Fall, weil hier die Nachfrage das Angebot regelmäßig zu übersteigen pflegt. Die Metzger sichern sich damit einen besseren Preis, während früher der Hauptgewinn den Zwischenhändlern zufiel. Es ist anzunehmen, daß namentlich im Kleingewerbe diese Ent-



wicklung Fortschritte machen wird, weil hier Einschränkung der Konkurrenz mittels gemeinsamer Vereinbarungen durch das Innungsgesetz (Zwangsinnungen) sehr erleichtert wird. Wenn auch in den Innungsversammlungen selbst Preisvereinbarungen zu treffen verboten ist (§ 100 q der Gewerbeordnung), so bringt doch die Innung die Beteiligten einander näher und erleichtert so gemeinsames Vorgehen irgendwelcher Art. Aber auch in der Landwirtschaft ist die Tendenz zu monopolistischem Zusammenschluß vorhanden. Der größte bisherige Versuch, der Berliner Milchring, ist zwar an dem Widerstand der organisierten Händler gescheitert, aber es ist nur eine Frage der Zeit und der Organisation, daß ähnliche Vereinigungen auf diesem oder jenem Gebiete zustande kommen. Der Drang nach Zusammenschluß und womöglich Erreichung einer Monopolstellung ist heute so mächtig, daß auch die Landwirtschaft die ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten überwinden wird.

Je mehr die genossenschaftlichen Organisationen der Verkäufer sich ausdehnen und eine gewisse monopolistische Stellung erlangen, von um so größerer Bedeutung werden andererseits Einkaufsvereinigungen als Gegenmittel gegen jene. So stehen sich schließlich auf beiden Seiten die Interessentengruppen von den Rohstoffproduzenten bis zu den Konsumenten organisiert gegenüber. Und diese organisierten Interessenkämpfe sind die Signatur unserer Zeit. Die Genossenschaften spielen dabei die größte Rolle. Man kann daran erkennen, wie sehr sich die volkswirtschaftliche Organisation in den letzten Jahrzehnten geändert hat. Die Konkurrenz der Angehörigen desselben Erwerbszweiges wird heute immer mehr ausgeschaltet. Man kann sagen: früher kämpften die Angehörigen desselben Erwerbszweiges gegeneinander um den Kunden; das war der Zustand freier Konkurrenz. Heute kämpfen sie vereint gegen die Kunden um den Preis. Bei den früheren Konkurrenzkämpfen war der Abnehmer, der ihnen zusah, der tertius gaudens. Er profitierte davon, daß die

Produzenten um den Absatz kämpften, denn er erzielte so die billigsten Preise. Heute wissen wir, daß dieser Konkurrenzkampf zwar den Konsumenten oder richtiger einigen Konsumenten die billigste Versorgung ermöglicht, daß er aber sehr oft höchst unwirtschaftlich ist, zu Kapitalverlusten und Kapitalverschwendung führt. Heute haben sich die Anbieter, um ihr Kapitalrisiko zu vermindern, in zahlreichen Erwerbszweigen organisiert und deshalb wird ein derartiges Vorgehen auch für die Abnehmer nötig.

Hier liegt die größte Bedeutung der Genossenschaften für die Zukunft: sie stellen die Organisationsform der Abnehmer dar gegen die Vereinigung der Verkäufer. Die Erwerbswirtschaften haben es hier am leichtesten. Sie sind als Verkäufer schon vielfach vereinigt und suchen sich nun auch als Käufer gegen ihre Lieferanten zu organisieren. So erklären sich die zahlreichen Einkaufsgenossenschaften, die im Detailhandel in den letzten Jahren entstanden sind: der Kohlenhändler, Holz-, Schuhwaren-, Glas- und Porzellan-, Posamentenhändler, für zahlreiche Textilwaren, der Apotheker, Drogisten usw. Derartige Einkaufsvereinigungen werden jedenfalls in naher Zukunft noch stark an Bedeutung gewinnen.

Am wenigsten leicht organisieren können sich wegen ihrer großen Zahl und ihrer verschiedenen Interessen die Hauswirtschaften, die letzten Konsumenten. Gegen sie aber richtet sich gerade die Macht aller organisierten Erwerbswirtschaften. Man ist heute noch der Meinung, daß der Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern, daß die sozialen Kämpfe das Zentralproblem der modernen Volkswirtschaft seien. Das ist heute schon nicht mehr ganz richtig, und in Zukunft wird es noch weniger zutreffen. Je mehr sich alle Erwerbswirtschaften in Verbänden organisieren und die Konkurrenz beseitigen, um so leichter wird es ihnen auch, den Forderungen ihrer ebenfalls organisierten Arbeiter nachzukommen und die Kosten auf die Konsumenten abzuwälzen. So kann man

schon heute die Beobachtung machen, daß, wo Kartelle bestehen, die Unternehmer eher geneigt sind, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen, weil sie die Kosten auf die Konsumenten abwälzen können. Im Zustand des Konkurrenzkampfes wäre das unmöglich; daher kann man schon heute voraussagen, daß nicht mehr der Gegensatz von Unternehmern und Arbeitern, sondern der zwischen Produzenten und Konsumenten das große volkswirtschaftliche Zentralproblem der Zukunft bilden wird.

In diesem Kampfe der organisierten Erwerbswirtschaften sind also Genossenschaften der Konsumenten von der größten Wichtigkeit. Sie sind das einzige Mittel der Selbsthilfe und würden als solches eine unermessliche Bedeutung haben, wenn der Staat hier alles der Selbsthilfe im Kampfe mit den Produzenten überlassen würde. Das wird aber sicher nicht der Fall sein. Es ist hier nicht der Ort, die Aufgaben des Staates zwecks Regelung der Bedarfsversorgung zu erörtern — ich kann auf das letzte Kapitel meiner „Kartelle und Trusts“ verweisen — jedenfalls braucht man nicht gleich an Verstaatlichung zu denken.

Dies ist die eine Seite der Bedeutung des Genossenschaftswesens, die besonders in den Konsumvereinen zutage tritt. Die andere besteht darin, daß die Genossenschaften die eine oder andere Instanz im Tauschverkehr ausschalten und durch eine eigene Organisation der Genossen ersetzen wollen. Das ist die Aufgabe der Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften. Sie sind ein Mittel gegen die vielfach zu weitgehende Arbeitsteilung, gegen die Zerlegung der Bedarfsversorgung in zu viele aufeinanderfolgende Wirtschaften, oder umgekehrt ausgedrückt, gegen die den kleinen Betrieben mangelnde Arbeitsvereinigung. Dieser Zweck der Genossenschaft richtet sich meist gegen die verschiedenen Formen des Handels. Sie wollen die Zwischengewinne ausschalten, die die Händler für ihre Vermittlung in Anspruch nehmen. Einkaufsgenossenschaften der Konsumenten wollen direkt mit den Produzenten oder



Großhändlern in Verbindung treten, wollen mindestens den Detailhandel ausschalten. Verkaufsgenossenschaften der Produzenten wollen direkt mit den Konsumenten oder Detaillisten in Verbindung treten, den Großhandel und eventuell auch den Kleinhandel ausschalten. Einkaufsgenossenschaften der Kleinhändler wollen den Großhandel ausschalten. Wenn man vom Standpunkte der Konsumenten die Gewinne aller Wirtschaftspersonen, die an Produktion und Absatz beteiligt sind, zu den Kosten rechnet, so werden also durch Ausschaltung einer Instanz Kosten gespart. Das ist das Hauptziel aller Genossenschaften, diese Gewinne, die so gespart werden, den Mitgliedern selbst zuzuführen.

Aber die Tätigkeit der ausgeschalteten Personen, z. B. des Großhandels war natürlich nicht überflüssig, sie erfüllten eine volkswirtschaftliche Funktion, die so wichtig war, daß Käufer und Verkäufer der Waren geneigt waren, einer solchen Zwischeninstanz einen Teil des Gesamtgewinns zu überlassen. Die Genossenschaften beseitigen daher diese Instanz nicht, sondern ersetzen sie nur. Sie setzen an Stelle einer selbständigen gewinnerstrebenden Zwischeninstanz eine solche, die von den Käufern oder Verkäufern selbst gebildet wird und daher deren Wirtschaft nur ergänzt. Natürlich ist das nicht überall möglich. Die Grenze ist etwa da, wo auch die Grenze für die Kapitalgesellschaften im Handel liegt. Wo es auf rasche Disposition ankommt, wo ein großes Risiko vorliegt, starke Preisschwankungen vorhanden sind, es sich um große Qualitätsverschiedenheiten handelt, da sind die Genossenschaften nicht geeignet. Daher gibt es z. B. wenig Genossenschaften im Getreide-, gar keine im Metallhandel. In allen solchen Fällen ist ein privater Händler mehr am Platze, der bei Aussicht auf großen Gewinn auch ein erhebliches Risiko übernimmt. Hier ist also ein selbständiger Großhandel unentbehrlich. Umgekehrt wo starke Dezentralisation nötig ist, um einer Ware den Absatz zu verschaffen, da ist die Ausschaltung des Detailhandels

durch Genossenschaften unmöglich. Sie können nicht durch zahlreiche Filialen den Absatz fördern. Ein Beispiel ist der Buchhandel. Es ist unmöglich für die Verleger, den Sortimenten zu beseitigen. Ebenso aber umgekehrt für diese, den Verleger auszuschalten, denn es fehlt ihnen an Kapital, um das Risiko zu tragen. Ein anderes Beispiel ist der Verkauf von Zucker, Petroleum, Kohle usw., für die ein möglichst großer Stand von Detailhändlern nötig ist und es eigentliche Verkaufsgenossenschaften nicht gibt.

Für Einkaufs- und Rohstoffproduktionsgenossenschaften ist das gegebene Feld da, wo ziemlich gleichmäßiger Bedarf der Genossenschafter vorhanden ist, die Verhältnisse des Rohstoffmarktes leicht übersehbar und stabil sind, Qualitätsverschiedenheiten eine geringe Bedeutung haben. So z. B. bei der Beschaffung von Düngermitteln, der gemeinsamen Eis-, Flaschen-, Verbandstoffabrik. Aber schon die gemeinsame Holzbeschaffung der Schreiner begegnet großen Schwierigkeiten. Bei der genossenschaftlichen Eigenproduktion ist auch von Anfang an darauf zu achten, daß die Anlagen nicht zu teuer errichtet werden.

Ebenso sind Verkaufs- und weiterverarbeitende Genossenschaften da am Plage, wo es sich um stabilen Bedarf der Abnehmer und geringe Preisschwankungen handelt. Eine große Schwierigkeit liegt in allen Fällen darin, die Lieferungenmengen der Rohstoffe seitens jeden Genossenschafters bei den Verkaufsgenossenschaften und die Abnahmeverpflichtungen bei den Einkaufsgenossenschaften zu regulieren. Es ist klar, daß nicht ein jeder beliebige Mengen Rohstoffe produzieren und die Genossenschaft dann zwingen kann, sie ihm abzunehmen. Oder umgekehrt, daß die Genossenschaft Rohstoffe produziert und dann plötzlich die Mitglieder sagen, jetzt brauchen wir keine. Vielmehr liegt das Wesen der Genossenschaft darin, daß durch die Zusammenfassung die individuelle Nachfrage oder das individuelle Angebot jedes Mitgliedes gemeinsam reguliert wird. Also eine bestimmte Verpflichtung

tung gegenüber der Genossenschaft, eine gewisse Kontingentierung ist nötig und hier, wie bei den Kontingentierungskartellen, eine Hauptschwierigkeit. Geringer ist sie noch bei den Einkaufsgenossenschaften, die jeden Genossen verpflichten, eine bestimmte Menge abzunehmen. Da jeder hofft, seinen Absatz und Betrieb auszudehnen, ergibt sich wenigstens bei der Gründung meist keine Schwierigkeit. Wohl aber später, wenn sich seine Erwartungen nicht erfüllen, wenn er sieht, daß er sich zur Abnahme von mehr Rohstoffen verpflichtet hat, als er Fabrikate verkaufen kann. Dann gerät der einzelne leicht in ungünstige Lage und, wenn dasselbe gleichzeitig bei mehreren eintritt, auch die Genossenschaft.

Noch viel schwieriger ist aber die Kontingentierung bei den Verkaufsgenossenschaften. Jeder will natürlich seinen Verkauf möglichst ausdehnen und läßt die Genossenschaft dafür sorgen, wie Absatz zu schaffen ist. Daher ist oft starke Überproduktion die Folge von Verkaufsgenossenschaften und viele sind darüber zusammengebrochen. Es ist sehr schwierig, zu vereinbaren, wieviel ein jeder an die Genossenschaft liefern darf. Es werden darüber Verträge abgeschlossen, aber wenn einige sich benachteiligt fühlen, entstehen leicht Streitigkeiten. Daher sind auch diese Genossenschaften nur bei stabilen Verhältnissen anwendbar. Manche dieser Genossenschaften sind überhaupt keine eigenen Unternehmungen, sondern kaufen oder verkaufen nur in Kommission, in eigenem Namen aber auf Rechnung der Genossenschaftsmitglieder.

Es zeigt sich: die Ersetzung selbständiger Instanzen im Tauschverkehr durch unselbständige Genossenschaften hat ihre Grenzen. Es wohnt den Genossenschaften naturgemäß eine gewisse Schwerfälligkeit inne, die den privaten Unternehmungen fehlt. Das Dazwischentreten des Händlers und unter Umständen zweier Händler zwischen Produzenten und Konsumenten bedeutet eben für beide Teile eine Verminderung des Risikos.

Auch die Ersetzung selbständiger Kreditinstitute durch



unselbständige Kreditgenossenschaften findet hier ihre Grenzen, sie sind nur da möglich, wo die Kreditwürdigkeit leicht zu übersehen ist. In der Berücksichtigung der persönlichen Kreditwürdigkeit liegt die Stärke der Genossenschaft. Genossenschaftlicher Personalkredit ist daher nur in kleinen Verbänden möglich, wo der Leiter und die meisten Mitglieder gegenseitig ihre persönliche Kreditwürdigkeit kennen. Für große Unternehmungen kommt Genossenschaftskredit schon deshalb nicht in Betracht, weil die Genossenschaften in der Hauptsache doch immer nur eigenes Kapital ausleihen sollen, sie also sehr große Kapitalmengen gar nicht zusammenbringen oder doch nicht einem einzelnen zuwenden können.

### 7. Allgemeine Beurteilung der Genossenschaften.

Man sieht also, daß auch die Bäume des Genossenschaftswesens nicht in den Himmel wachsen können. Ihre Grenzen sind in ihrer Natur gegeben. Sie haben eine sehr große Bedeutung für die Zusammenfassung kleinerer Wirtschaften und Unternehmungen, insbesondere als Abnehmer und als gemeinsames Kampfmittel gegen mächtige Gegner im Tauschverkehr. Auch größere Unternehmungen werden sich ihrer oft zur Verstärkung ihrer Macht im Preiskampfe, eventuell zur Erlangung einer monopolistischen Stellung bedienen. Die Genossenschaften können auch, aber scheint es nicht in sehr großem Umfange, einzelne Wirtschaften im Tauschverkehr ganz ausschalten und durch gemeinsame Organisationen ersetzen. Aber ein allgemeiner Ersatz für die eigentlichen Unternehmungen sind sie nicht. Der private Unternehmungsgeist bleibt immer die Hauptsache, die treibende Kraft im Wirtschaftsleben. Der Unternehmer wird sich zur Ergänzung seines Kapitals und seiner Arbeitskraft mit anderen zusammenschließen zu Gesellschaften, deren künftige Bedeutung noch gar nicht vorauszusagen ist. Die Genossenschaften aber bleiben immer etwas Subsidiäres,

ein wichtiges Hilfsmittel im Wirtschaftsleben, aber kein wirtschaftliches Agens. Sie sind ein Ersatz entweder für mangelnde Arbeitsteilung (Spezialisierung) oder für mangelnde Arbeitsvereinigung (Kombination).

Es ist sehr wichtig, diese Grenzen des Genossenschaftswesens zu erkennen. Denn ein zu starkes Vertrauen auf den Genossenschaftsgedanken als eine Art Allheilmittel ist zweifellos in aufstrebenden Volkswirtschaften nicht förderlich. Das Genossenschaftswesen kann leicht dahin führen, daß das Vertrauen auf die eigene Kraft, der Gedanke an Selbsthilfe verloren geht, man alles von anderen erwartet. Diese Gefahr liegt namentlich in Deutschland nahe. Es ist eben noch zu kurze Zeit her, daß wir in Deutschland das wirtschaftliche Bevormundungssystem des Merkantilismus und das damit engverbundene politische des Absolutismus überwunden haben. Man ist bei uns nur zu leicht geneigt, alles von der Allgemeinheit zu erwarten, immer zu sagen, hier reicht der einzelne nicht aus, hier muß die Gesamtheit eintreten. Auch unsere Versicherungsgesetzgebung hat diese Tendenz gefördert und den Gedanken an Selbsthilfe zurücktreten lassen, und auch hier sind wir nahe daran, das Prinzip der öffentlichen Hilfe zu übertreiben.

So ist auch die Gefahr vorhanden, daß der einzelne von den Genossenschaften zu viel erwartet, sich zu viel auf sie verläßt. Das wäre bedenklich für den wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt, der durch ein Übermaß von Organisation gehindert wird. Denn neue Ideen, kulturelle Fortschritte stammen stets vom einzelnen. Wenn aber der einzelne sich nur als Teil einer Organisation fühlt, für sich allein nichts vermag, fehlt eben die notwendige Initiative. Wir kommen dann zu Zuständen wie in der mittelalterlichen regulierten Stadtwirtschaft, wo alles in Zünften eingeteilt war. Nur daß diese modernen Zünfte aus freiem Willen der Beteiligten zustande kommen. Sie werden aber ihrer wirtschaftlichen Macht wegen ebenso wie jene durch den Staat geregelt werden

müssen. Das muß schließlich wie dort zu einer Verknöcherung und zum Verfall führen.

Und mit dieser ganzen heutigen Tendenz zu Verbänden und gemeinsamen Organisationen, zu Genossenschaften und Kartellen ist eine weitere Gefahr verbunden: die Uniformierung des Bedarfs. Auch sie ist nichts Kulturförderndes. Ihr wird durch den Groß- und Riesenbetrieb zweifellos Vorschub geleistet, ferner durch die Monoporganisationen. Und auch die Genossenschaften, vor allem die Konsumvereine setzen eine gewisse Gleichartigkeit des Bedarfs voraus, individualisierter Konsum kann nicht auf genossenschaftlichem Wege befriedigt werden. Hier ist wiederum der private Unternehmungsgeist, der dem persönlichen Geschmack und Bedürfnis entgegenkommt, nicht zu entbehren.

Wie stark die Tendenz zur Uniformierung des Bedarfs durch den Großbetrieb und die heutigen Vereinigungsbestrebungen ist, kann man insbesondere in Amerika erkennen. Ganz besonders wird sie dort auch gefördert durch die zahlreichen Großbetriebe im Detailhandel, die Warenhäuser, ferner aber durch die Trusts. Nur ein Beispiel sei angeführt: die Herstellung photographischer Apparate. Die Eastman-Kodak Company macht einige wenige Sorten und beherrscht damit den Weltmarkt. So ist es dort mit vielen Produkten. Dazu kommt, daß die demokratischen Anschauungen in Amerika, von einer dünnen Oberschicht der Geldaristokratie abgesehen, überhaupt eine gewisse Uniformierung der Lebensweise und Gewohnheiten und damit des gesamten Bedarfs herbeiführen.

Diese Gefahr ist auch in Deutschland, wo die modernen Unternehmungsformen, nächst den Vereinigten Staaten, die schnellste Entwicklung gefunden haben, nicht von der Hand zu weisen. Sie würde der weiteren Ausdehnung des Genossenschaftswesens Vorschub leisten, aber im Sinne des Kulturfortschritts ist sie nicht. Der liegt im individualisierten Konsum. Glücklicherweise wirkt ihr bei



uns ein stark individualistischer Zug entgegen, der stets Deutschland eigentümlich war und durch die politische Zersplitterung und Dezentralisation vielleicht gesteigert wurde. Dieser Individualismus ist — wenn auch Schattenseiten, eben die politische Zersplitterung zutage treten — ein großes Gut, das wir uns erhalten müssen.

Es ist richtig, daß durch die Uniformierung des Bedarfs und die dadurch ermöglichte Massenproduktion nach amerikanischem Vorbild manche Waren billiger hergestellt werden können. Wir können mit unserer spezialisierten Produktion manchmal durch die Amerikaner aus dem Felde geschlagen werden; aber auf der anderen Seite ist es eine bekannte Erfahrung, daß wir eben deswegen mit unseren Produkten uns dem Geschmack der ausländischen Konsumenten besser anpassen können und dadurch mancherlei Erfolge beim Export erzielt haben. Auch stellt sich immer mehr heraus, daß gerade auf dem Weltmarkte individualisierte Spezialfabrikate, in denen ja auch mehr qualifizierte Arbeit steckt, zu günstigeren Bedingungen Absatz finden, als die Massenprodukte, in denen die Konkurrenz aller Länder am schärfsten ist. Der Absatz der letzteren wird immer mehr den sogenannten Weltreichen zufallen, die allein über alle Rohstoffe verfügen. In der Herstellung individualisierter Qualitätsprodukte findet Deutschland — und in derselben Lage befindet sich Frankreich — das Mittel, um sich jenen gegenüber auf dem Weltmarkt zu behaupten. In allen derartigen Industrien wird aber das Genossenschaftswesen keine große Bedeutung finden.

Ferner ist, wie ich schon andeutete, eine derartige individuelle Produktion von großer kultureller Bedeutung auch für das Inland. Sie bewahrt vor zu weitgehender Uniformierung des Bedarfs und fördert damit den kulturellen Fortschritt, der durch jene gehemmt wird. Im heutigen demokratischen Zeitalter ist es zwar üblich, immer nur die Versorgung der großen Massen im Auge zu haben. Aber man darf doch demgegenüber einmal be-

tonen, daß der Kulturfortschritt und die Steigerung und Verfeinerung der Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten immer nur von einzelnen ausgehen und daß sie aufhören müssen, wenn die Gleichheit der Einkommen und der Lebenshaltung und die Uniformierung des Bedarfs zu weit gehen. Individuen machen die Kultur, und Aufgabe des Staates und der übrigen menschlichen Verbände ist es dann nur, zu sorgen, daß die großen Massen allmählich auf die höhere Kulturstufe emporgehoben werden. In diesem Gesichtspunkte findet die Demokratie, das Sozialprinzip und finden alle sozialen Gemeinschaften und so auch die Genossenschaften ihre Grenze. Er gibt uns auch den Leitsatz, von dem aus wir im nächsten Kapitel noch die letzte Form der Unternehmung, die öffentlichen Unternehmungen betrachten wollen.

---

## Anmerkungen zu Kapitel III.

1) Diese Auffassung ist von Bedeutung für die vielumstrittene Frage der Besteuerung der Genossenschaften, insbesondere der Konsumvereine. Während sich die Erhebung der Gewerbesteuer bei Genossenschaften noch rechtfertigen läßt, weil hier ein eigener gewerblicher Betrieb vorliegt und mit ihm oft ein eigener Ertrag erzielt wird, ist die Erhebung einer besonderen Einkommensteuer, der die Konsumvereine in manchen Staaten unterliegen, steuertheoretisch nicht begründet. Sie findet aber ihre Analogie in der vielfach vorkommenden besonderen Einkommensbesteuerung der Aktiengesellschaften neben der Besteuerung des daraus fließenden Einkommens bei den Aktionären.

2) Auch für die Statistik ist das von Bedeutung. Die deutsche Genossenschaftsstatistik, die offizielle sowohl wie die der Verbände, zählt nur die in der Rechtsform der Genossenschaft errichteten Vereinigungen. Die Zahlen der Statistik sind daher für manche Genossenschaftsarten nicht unerheblich zu niedrig.

3) Die Kartelle sind aber keine Unternehmungen und gehören daher nicht in eine Darstellung der Unternehmungsformen, sondern sie sind vertragsmäßige Vereinbarungen zwischen selbständig bleibenden Unternehmungen mit monopolistischem Zweck. Dagegen sind die Trusts eine Zusammenfassung mehrerer Unternehmungen zu einer einzigen, also wieder eine Unternehmung, die nur durch die Art ihrer Entstehung und ihren Zweck Besonderheiten aufweist. In den Trusts berührt sich also die Darstellung der Unternehmungsformen mit der der monopolistischen Vereinigungen. Für die Kartelle und Trusts und für die hier interessierenden verschiedenen Formen der letzteren und verwandte Organisationen (Kontrollgesellschaften u. dergl.) vgl. die im selben Verlage erschienene Schrift: Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation. 2. Aufl. 1911.

4) Die Zwangsorganisationen, die für Zusammenlegung und zweckmäßige Neuaufteilung von Grundstücken geschaffen werden, sind keine Genossenschaften, da sie keine gemeinsame Wirtschaftstätigkeit bezwecken, sondern Vereine. Ebenso die Zwangsinnungen (s. folgende Anmerkung).

5) Die Fachvereine bezwecken auch die Förderung der Erwerbswirtschaft ihrer Mitglieder, aber nicht mittels gemeinsamen Geschäftsbetriebs, sondern nur durch Agitation und Petitionen



3. B. für Zölle, gesetzliche Maßregeln irgendwelcher Art zur Förderung des Gewerbes, gemeinsame Abstellung von Mißbräuchen, Berichte über die Lage des Erwerbszweiges usw. Auch die Innungen, die Handwerks-, Handels-, Landwirtschaftskammern sind derartige Vereine, die losste Form wirtschaftlichen Zusammenwirkens, nur keine freien Vereinigungen, sondern staatlich organisierte und besonders geregelte. über die ökonomische Abgrenzung aller dieser Organisationen vgl. meine „Unternehmerverbände“ Freiburg, Leipzig und Tübingen 1897. Kap. 1.

<sup>6)</sup> Als ein Beispiel einer Stiftungsunternehmung sei die Carl Zeiß-Stiftung in Jena erwähnt, das Werk des langjährigen verdienstvollen Leiters und Mitbegründers jener berühmten optischen Werkstätten: Ernst A b b e. Sie ist keine Produktivgenossenschaft, die Werke gehören nicht den Arbeitern, sondern einer unter dem Staat stehenden Stiftung als unpersönlichen Eigentümerin. Die Leitung des Unternehmens liegt in den Händen eines Kollegiums von drei Mitgliedern, die nur in Geschäftsangelegenheiten Vorgesetzte der Angestellten sind. Sie bekommen ein festes Gehalt, das das Zehnfache des durchschnittlichen Lohnes der im Zeißwerk tätigen Arbeiter nicht übersteigen darf. Sie allein haben keinen Anspruch auf die „Lohn- und Gehaltsnachzahlung“, sog. Gewinnbeteiligung, das sind Zuschüsse, die alle Angestellten aus den Einnahmen des Werkes nach einem bestimmten Plane erhalten. Neben der Geschäftsleitung steht ein staatlich bestellter Stiftungskommissar, der darüber wacht, daß die dem Unternehmen zur Pflicht gemachte Bereitstellung von Mitteln für Wissenschaft und Wohlfahrtszwecke, insbesondere auch für die Jenaer Universität im Auge behalten werde. Solche Stiftungsunternehmungen können im allgemeinen den öffentlichen Unternehmungen zugerechnet werden.

<sup>7)</sup> Vgl. über diese und andere kommunistische Gemeinden meinen Aufsatz: Die heutigen kommunistischen Gemeinden in Nordamerika, Conrads Jahrbücher 1908, III. Folge, Band 36.

<sup>8)</sup> Die Rabattsparvereine sind lokale Vereinigungen der Ladengeschäfte, um das Rabattwesen, welches vielfach übermäßige Formen angenommen hatte, einheitlich zu regeln. Gleichzeitig soll dadurch dem Publikum das Interesse an den Konsumvereinen mit ihrer Dividende etwas genommen und die Käufer sollen

zur Barzahlung erhoben werden. Die Kaufleute müssen dem Verein die Marken abkaufen. Daraus bezahlt er den Konsumenten den regelmäßig 5% betragenden Rabatt bei Einreichung der vollgeklebten Markenbücher. Es gab 1908 bereits über 500 solcher Vereine in Deutschland, die sich zu einem Verbandszusammenschluß und ca. 30 Millionen M. an Rabatt auszahlen, was einem Umsatz von 600 Millionen M. entspricht.

<sup>9)</sup> Am meisten nähern sich von den vor dem 19. Jahrhundert entstandenen Genossenschaften den heutigen die preussischen „Landschaften“, die seit 1770 zuerst in Schlesien für die Beschaffung von Hypothekarkredit überwiegend für die Rittergüter errichtet wurden. Aber auch sie waren, wenn auch keine Zwangsgenossenschaften, öffentlich-rechtliche Korporationen unter weitgehender staatlicher Mitwirkung. Ihr Grundgedanke, die Solidarität, die Ersetzung der individuellen Hypothek durch den von der Gesamtheit garantierten Pfandbrief ist auch die Grundlage der heutigen Kreditgenossenschaften.

<sup>10)</sup> Eine Übersicht über die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens geben folgende Zahlen:

Zweck der Genossenschaften	1891	1895	1900	1905		1909	
	Zahl der Genossenschaften			Ge- nossen- schaften	Mitgl. in 1000	Ge- nossen- schaften	Mit- glieder in 1000
Kreditgenossenschaften . . . .	3910	8069	12140	14497	1926	16092	2203
Rohstoffgenossensch. gewerbliche	110	58	145	211	7,5	299	11
„ „ landwirtsch.	980	1085	1394	1603	132,6	1845	160
Wareneinkaufsvereine . . . .	—	—	—	83	3,7	141	6
Werkgenossensch. gewerbliche .	8	21	67	184	17	390	26,6
„ „ landwirtsch. .	286	248	546	269	6	399	8,8
Magazingenossensch. gewerblich.	61	56	79	64	2,4	81	4,1
„ „ landwirtsch.	7	3	154	231	31	314	43
Produktionsgenossensch. gew.	151	169	255	199	23	275	30,4
„ „ landw.	974	1610	2507	3142	225	3480	272
Zuchtgenossenschaften . . . .	—	—	—	159	11,5	162	11,6
Konsumvereine . . . . .	984	1400	1528	1853	900	2110	1131
Bau- u. Wohnungsgenossensch.	50	132	385	657	121	844	153
Sonstige . . . . .	87	184	375	416	37	419	44
Summe	7608	13005	19557	23569	3446	26851	4103,6

## Kapitel IV.

### Die öffentlichen Unternehmungen.

#### 1. Arten der öffentlichen Unternehmungen.

Neben der Einzelunternehmung, den Gesellschaftsunternehmungen und den Genossenschaften stehen die Unternehmungen, die sich im Besitze der öffentlichen Körperschaften, des Staates oder der Gemeinden befinden: die öffentlichen Unternehmungen. Ihnen stellt man alle übrigen Formen als private Unternehmungen gegenüber. Auch hier ist also, wie bei den Gesellschaftsunternehmungen für die ökonomische Auffassung in erster Linie nicht entscheidend, wer die Unternehmung leitet, sondern wer sie besitzt und wem daher die Erträge zufallen. Allerdings kommen gerade in diesem Punkte Übergänge zwischen privaten und öffentlichen Unternehmungen in verschiedener Weise vor. Entweder so, daß das Kapital durch Privatunternehmer aufgebracht wird, die Leitung aber durch öffentliche Beamte erfolgt, oder daß öffentliche Körperschaften und private Unternehmer gemeinsam das Kapital aufbringen und die Erträge teilen, wobei wieder die Leitung entweder durch öffentliche oder durch private Beamte erfolgen kann. Oder endlich kommt es vor, daß die öffentlichen Körperschaften an den Erträgen privater Unternehmungen ohne eigene Kapitalbeteiligung und Teilnahme an der Leitung partizipieren. Dies namentlich bei Unternehmungen, die auf einer besonderen Konzession beruhen oder die gewissen allgemeinen Interessen dienen. Sehr oft behalten sich die öffentlichen Körperschaften gleichzeitig auch eine weitgehende Regelung



und eingehende Vorschriften über den Betrieb derartiger privater Unternehmungen vor. Die Übergangsformen von der privaten zur öffentlichen Unternehmung sind also äußerst mannigfaltig.

Indem wir von öffentlicher Unternehmung sprechen, betonen wir, daß auch hier das Gewinnstreben und insbesondere das Risiko vorhanden ist, das, wie wir gesehen haben, die Unternehmung charakterisiert. Anstalten, die nicht des Gewinns wegen betrieben werden, wie Staatsfabriken militärischer Gegenstände, Museen, Universitäten, Schulen, Krankenhäuser sind keine öffentlichen Unternehmungen. Es gibt aber auch hier wieder verschiedene Übergangsformen, welche für die heutige Volkswirtschaft äußerst charakteristisch sind und deren Stellung klar zu erfassen für das Verständnis ihrer Organisation von großer Bedeutung ist. Man kann m. E. drei Gruppen unterscheiden: öffentliche Anstalten, öffentliche Wirtschaften und öffentliche Unternehmungen.

1. Öffentliche Anstalten sind diejenigen staatlichen Einrichtungen, welche gar nicht aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten verwaltet werden, bei welchen es also weder auf den Ertrag ankommt, noch auch das Prinzip möglichst geringer Kosten ausschlaggebend ist. Derartige Einrichtungen erscheinen nur deswegen häufig nach außen hin als Wirtschaften, weil in der heutigen geldwirtschaftlichen Organisation auch alle derartigen Anstalten Etats aufzustellen, Einnahmen und Ausgaben einander gegenüberzustellen pflegen. Zu diesen Anstalten, die nicht nach dem wirtschaftlichen Prinzip verwaltet zu werden pflegen, gehört vor allem der Staat selbst in seiner Gesamtheit. Für ihn und für manche andere dieser Anstalten ist es charakteristisch, daß nicht, wie es auf Grund des wirtschaftlichen Prinzips erforderlich wäre, die zu erzielenden Einnahmen das Primäre sind, sondern daß man von den als notwendig erkannten Ausgaben ausgeht und danach die zu beschaffenden Einnahmen bemißt. Außer

den oben genannten seien noch Prüfungs- und Versuchsanstalten, wissenschaftliche und Kunstinstitute, Feuerwehr, Strafanstalten u. dergl. genannt. Alle diese Anstalten werden betrieben wegen ihrer allgemeinen kulturellen und für die Gesamtheit nützlichen Zwecke und in der Hauptsache ganz ohne Rücksicht auf ihre Kosten und einen Geldertrag.

2. Ganz anders die öffentlichen Wirtschaften. Sie werden betrieben auf Grund des wirtschaftlichen Prinzips, d. h. Erzielung eines möglichst großen Nutzens mit möglichst geringen Kosten. Aber während es bei der privaten Wirtschaft auf den individuellen Nutzen ihrer Inhaber ankommt, ist bei der öffentlichen Wirtschaft der allgemeine Nutzen das Ziel. Der Gegensatz zu den öffentlichen Unternehmungen scheint mir aber darin zu liegen, daß es bei den öffentlichen Wirtschaften nicht auf einen Geldertrag, sondern nur allgemein auf einen Nutzertrag ankommt. Der Nutzen dieser Wirtschaften für die Allgemeinheit, der oft nicht in Geld abzuschätzen ist, wird aber, wie bei jeder Wirtschaft, den Kosten gegenübergestellt. Die Verwaltung der öffentlichen Wirtschaften erfolgt also ganz wie die der Privatwirtschaften. Jedoch nicht wie die der privaten Erwerbswirtschaften, bei welchen nur der Geldertrag entscheidend ist, sondern wie bei den Hauswirtschaften, denen es ebenfalls auf den Nutzertrag, möglichen Überschuß des Nutzens über die Kosten ankommt. Nur ist hier nicht der individuelle Nutzen, sondern der allgemeine maßgebend. Zu derartigen öffentlichen Wirtschaften gehören z. B. die Post- und Telegraphenverwaltung, öffentliche Sparkassen, staatliche Notenbanken und mancherlei kommunale Einrichtungen wie Wasserwerke, Badeanstalten, Kehrriktabfuhr u. dgl. Die Preise für die Leistungen derartiger öffentlicher Wirtschaften werden nicht so bemessen, daß, wie bei den Unternehmungen, der höchste Geldertrag das Ziel ist, sondern maßgebend ist in der Regel das Kostenprin-



zip: die Einnahmen sollen wenigstens die Kosten decken. Aus dem Gesagten ergibt sich schon, daß derartige öffentliche Wirtschaften in der Regel nicht in Konkurrenz mit privaten Unternehmungen betrieben zu werden pflegen. Denn entweder ist den letzteren diese Tätigkeit durch Gesetz verschlossen und den öffentlichen Körperschaften vorbehalten oder sie können faktisch, da sie eben dem Ertragsprinzip folgen müssen, mit diesen nicht konkurrieren.

Im Übergang zu den öffentlichen Unternehmungen stehen solche Betriebe wie Eisenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke. Sie sind um so mehr öffentliche Wirtschaften, als bei ihrer Errichtung und Verwaltung das allgemeine Interesse eine Rolle spielt, wie z. B. bei strategischen Bahnen, Bahnen zur Erschließung abgelegener Gegenden, Benützung der Gas- und Elektrizitätswerke für Straßenbeleuchtung. Sie sind um so mehr Unternehmungen, als in ihnen das tauschwirtschaftliche Erwerbsinteresse ausschlaggebend ist.

3. Die öffentlichen Unternehmungen unterscheiden sich also von den öffentlichen Wirtschaften genau so wie überhaupt die Unternehmung von der Wirtschaft. Letzteres ist der weitere Begriff und eine Wirtschaft wird zur Unternehmung, wenn nicht die eigene Bedarfsversorgung, sondern die Erzielung von Gelderträgen ihr Zweck ist. So wird auch die öffentliche Unternehmung charakterisiert als Erwerbswirtschaft, die ein selbstständiges Vermögen darstellt und selbständigen Ertrag bezweckt. Zu den reinen öffentlichen Unternehmungen gehören vor allem die Bergwerke, die Domänen, soweit sie nicht Musterbetriebe und Versuchsanstalten sind, die Forsten, die Heilquellen, auch die gewerblichen Betriebe, staatliche Porzellan- und Tuchfabriken u. dgl. Auch die Eisenbahnen, die wichtigsten aller öffentlichen Betriebe, sind hierher zu rechnen. Doch steht bei ihnen zum Teil das allgemeine Interesse an ihren Leistungen so im Vordergrund, daß sie oft auf dem Übergang zu öffentlichen Wirtschaften zu stehen scheinen.



Bei den öffentlichen Unternehmungen hat man aber, was in der Regel nicht klar erkannt wird, die Gründe, aus denen sie als solche errichtet werden, und die Grundsätze, nach denen sie verwaltet werden, wohl zu unterscheiden. In der Regel sind es erst die letzteren, die Prinzipien ihrer Verwaltung, welche öffentliche Wirtschaften zu Unternehmungen machen, also das Streben nach möglichst hohem Geldertrag. Das tritt besonders charakteristisch bei den Eisenbahnen zutage. Der Staat errichtet sie zunächst des allgemeinen Interesses wegen, vielfach weil anfänglich der private Unternehmungsgeist noch nicht genügend entwickelt war. Verwaltet aber werden sie ganz wie private Unternehmungen und ebenso wie Privatbahnen verwaltet werden würden, nachdem der Staat die Tarife festgesetzt hat. In diesen Tariffestsetzungen liegt also die eigentliche Regelung im öffentlichen Interesse, die genau in der gleichen Weise erfolgen kann, wenn der Staat oder wenn Private die Bahnen besitzen.

Es würde zu weit führen, wollten wir hier auch alle öffentlichen Anstalten und Wirtschaften in ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft und darüber hinaus für das gesamte Leben eines Volkes betrachten und damit die ganze große Frage öffentlichen Betriebes überhaupt aufrollen. Wir wollen uns vielmehr entsprechend dem Rahmen dieser Schrift auf die Betrachtung der öffentlichen Unternehmungen beschränken.

Die Entstehung öffentlicher Unternehmungen beginnt, wenn wir vom Altertum absehen, wo überhaupt der Unternehmungscharakter der Wirtschaft wenig entwickelt war, mit dem Aufkommen des Merkantilsystems in den großen westeuropäischen Staaten, insbesondere im 17. Jahrhundert.<sup>1)</sup> Der Merkantilismus war das erste große System einer staatlichen Wirtschaftspolitik, das mit allen Mitteln die inländische Volkswirtschaft, besonders Gewerbe und Handel, zu heben versuchte. Es scheute zu

diesem Zwecke vor den weitestgehenden Maßnahmen und so auch vor dem Errichten staatlicher Unternehmungen nicht zurück. So entstanden die zahlreichen staatlichen Gewerbebetriebe: Spinnereien, Tuchfabriken, Porzellanmanufakturen, Glasfabriken, Mühlen, Eisenwerke, Banken, Seehandelsunternehmungen, die zwar oft recht künstliche und willkürliche Gründungen waren, aber im ganzen doch dazu beigetragen haben, den wirtschaftlichen Aufschwung ihres Landes zu fördern. (Die heutigen Domänen waren dagegen ursprünglich meist Privatbesitz der fürstlichen Familien und sind erst mit der Errichtung der Verfassungen und der scharfen Trennung des Staatsvermögens von dem des Landesherrn zu öffentlichen Wirtschaften geworden.) Der Merkantilismus erreichte seinen Höhepunkt in Deutschland und Österreich erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als im Westen schon andere wirtschaftspolitische Ideen aufgekommen waren. Diese, die physiokratische Richtung in Frankreich und der ökonomische Liberalismus des Adam Smith in England, waren der Entwicklung öffentlicher Unternehmungen nicht günstig. Der mit der Zunahme des Kapitalreichtums sich entfaltende private Unternehmungsgeist bedurfte aber auch immer weniger des Vorbildes und der Unterstützung durch die öffentlichen Körperschaften.

Der Einfluß der individualistischen Ideen hat auch längere Zeit hindurch im 19. Jahrhundert staatliches Vorgehen auf dem Gebiete verhindert, auf dem heute öffentliche Unternehmungen die größte Bedeutung erlangt haben, bei den Eisenbahnen. Trotz der Schwierigkeit, die großen Kapitalien aufzubringen, wofür in den Credits mobiliers erst eine neue Bankorganisation geschaffen werden mußte, überließen die meisten Länder den Eisenbahnbau zunächst dem privaten Unternehmungsgeist. Charakteristischerweise waren es zuerst nur Kleinstaaten, welche auf Staatskosten Eisenbahnen zu bauen wagten. Belgien begann Mitte der 30er Jahre, ihm folgte Braunschweig 1837, Baden 1838, Bayern 1840, Hannover 1841, Würt-



temberg 1842. In den anderen Ländern aber hatten sich die Staaten vielfach durch Gewährung von Zinsgarantien u. dgl. beteiligen müssen. Größere Bedeutung gewann das Staatsbahnsystem erst, als Ende der 70er Jahre Preußen, das zwar schon in den 40er Jahren gelegentlich kleine Bahnen auf Staatskosten gebaut hatte, dazu überging, planmäßig seine Eisenbahnen zu verstaatlichen. Der Gedanke Bismarcks, alle deutschen Bahnen dem Reiche zu übertragen, konnte damals — leider! müssen wir heute sagen — nicht verwirklicht werden. Seit Preußens Übergang zum fast reinen Staatsbahnsystem sind Verstaatlichungen der Eisenbahnen in Österreich, Rußland, der Schweiz, Italien und anderen Ländern zur Durchführung gelangt. Nirgends ist aber die Verstaatlichung der Eisenbahnen so vollkommen durchgeführt wie im Deutschen Reich. Von 58 216 km vollspuriger Eisenbahnen im Deutschen Reich waren 54 578 im Besitz der einzelnen Staaten, 3638 im Privatbesitz, davon 129 km vom Staate betrieben. Dazu kommen noch etwas über 1000 km schmalspurige Staatsbahnen und ungefähr ebenso viele Privatbahnen.

Die preußisch-hessische Staatseisenbahn-Verwaltung ist die größte — öffentliche oder private — Unternehmung der Welt (vgl. damit die Zahlen in Kapitel II über den Stahltrast und die amerikanischen Eisenbahnen). Diese Verwaltung umfaßte Anfang 1911 37 517 km Vollbahnen, deren Anlagekapital etwa 11 120 Millionen Mark betrug (wovon 350 Millionen Mark auf Hessen fallen). Die Gesamteinnahmen betrugen 1910 2171 Millionen Mark, wovon 70% aus dem Güterverkehr stammen. Die Ausgaben stellten sich auf 1460 Millionen Mark, befördert wurden 1084 Millionen Menschen, angestellt waren 184 716 Beamte und 229 115 Arbeiter.

Neben den Eisenbahnen sind die andern öffentlichen Unternehmungen des Staates von geringerer Bedeutung.<sup>2)</sup> Zu nennen sind die Berg- und Hüttenwerke, die namentlich in Preußen von Wichtigkeit sind. In 141



den Bundesstaaten gehörenden Betrieben waren hier 74 798 Personen beschäftigt, sie werden an Zahl übertroffen von den Betrieben der Maschinen- und Instrumentenindustrie, in welcher Gruppe in 703 Betrieben der Einzelstaaten 96 922 Personen beschäftigt waren.

Ganz anderer Art als die öffentlichen Betriebe der Staaten sind die der Gemeinden. Über sie hat 1908 bis 1909 der Verein für Sozialpolitik eine Untersuchung angestellt.<sup>3)</sup> Es gehören dahin Wasserwerke, Gasanstalten, elektrische Licht- und Kraftversorgung, Straßenbahnen, ferner Schlachthäuser, Rieselgüter, Kehrichtabfuhranstalten, Markthallen, Plakatinstitute, Gemeindezeitungen, Sparkassen, Begräbniswesen usw. Von den städtischen Wasserwerken sind rund 93% Gemeindebetriebe, von den Gasanstalten 64,5%, von den Elektrizitätswerken 41%. 1909 gab es 1328 Elektrizitätswerke im Privatbesitz und 632 im öffentlichen Besitz. Von den ersteren dienten natürlich viele ausschließlich privaten Zwecken.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts, namentlich in der zweiten Hälfte desselben, haben sich im Zusammenhang mit den gewaltigen technischen Fortschritten, mit der enormen Steigerung des Verkehrs, mit dem Anwachsen der Bedürfnisse und des Reichtums die Aufgaben aller öffentlichen Körperschaften nach den verschiedensten Richtungen hin außerordentlich erweitert. Für einen Teil der dadurch nötig gewordenen Tätigkeiten und Leistungen hat man die öffentlichen Körperschaften als die geeignetsten Träger angesehen. So hat sich der sog. Staats- und Munizipalsozialismus entwickelt, der den öffentlichen Körperschaften immer weitere Aufgaben wirtschaftlicher Art zuweisen will. Der Sozialismus fordert ja die Verstaatlichung der Produktionsmittel überhaupt, und der Glaube ist sehr verbreitet, daß jede weitere Verstaatlichung oder Verstadtlischung nur ein neuer Schritt zu dem schließlichen sozialistischen Endziel hin sei. Natürlich bedeutet aber der einzelne derartige Vorgang, etwa die Anlage eines städtischen Elektrizitätswerkes, noch nicht die

Preisgabe unserer Wirtschaftsordnung, die dabei in der Hauptsache ja auf dem Privateigentum basiert bleibt. Sonst wäre auch etwa die Einführung des Branntwein- oder Tabaksmonopols schon eine sozialistische Maßregel.

Man spricht aber von Staats- und Gemeindesozialismus überall, wo eine Überführung in öffentlichen Besitz empfohlen wird, deshalb weil es heute gewissermaßen Dogma geworden ist, daß die ganze wirtschaftliche Entwicklung der vollkommenen Beseitigung der privaten Unternehmungen zutriebe. Demgegenüber ist es nun von Interesse zu sehen, daß in neuerer Zeit Unternehmungen eine immer größere Bedeutung erlangen, welche gewissermaßen eine Kombination von privater und öffentlicher Unternehmung und damit eine gewisse Versöhnung der in beiden liegenden Gegensätze darstellen. Es sind die sog. gemischten Unternehmungen, die von den öffentlichen Körperschaften und privaten Unternehmern gemeinsam errichtet werden. Das kann in sehr verschiedener Weise geschehen. Eine der ältesten Formen solcher gemischter Unternehmungen ist die, in der z. B. die Reichsbank errichtet ist. Das Kapital wird von Privaten aufgebracht, aber die Angestellten werden vom Staate ernannt, der gleichzeitig am Gewinn in sehr erheblichem Umfange partizipiert.<sup>4)</sup> Dieses System hat natürlich die Nachteile einer bureaukratischen Verwaltung, die allerdings bei einer Notenbank, bei welcher es sich um eine stetige und ziemlich gleichmäßige Beschäftigung handelt, weniger ins Gewicht fallen. Auch ist die Verwaltung der Reichsbank keine rein beamtenmäßige. Denn neben dem Reichsbankdirektorium steht der Zentralausschuß, dem 15 angesehene Persönlichkeiten aus den Kreisen des Handels und Verkehrs angehören und der mindestens einmal monatlich zur Beschlußfassung über einige der wichtigsten Aufgaben der Reichsbank, insbesondere über die Festsetzung des Diskonts zusammentreten muß. Aus seiner Mitte aber nehmen wiederum drei Delegierte



an allen Sitzungen des Reichsbankdirektoriums mit beratender Stimme teil und bilden eine Art ständigen Aufsichtsrat. Ähnliche aus Angehörigen verschiedener Erwerbsstände gebildete Kommissionen oder Ausschüsse werden überhaupt, mit größeren oder geringeren Befugnissen, bei den öffentlichen Unternehmungen empfohlen, um bei der Beamtenverwaltung regere Beziehungen zum wirtschaftlichen Leben aufrecht zu erhalten und eine bessere Kenntnis seiner Bedürfnisse und Wünsche zu gewährleisten. Solche Ausschüsse sind auch vielfach errichtet worden und namentlich bei den Eisenbahnen von Bedeutung (Eisenbahnräte u. dgl.).

Man hat an dieses gemischte System der Reichsbank sehr große Erwartungen für die Entwicklung der öffentlichen Unternehmungen geknüpft. Aber im allgemeinen muß man sagen, daß gerade hier der Unterschied von der rein öffentlichen Unternehmung gering ist. Das Kapital der Reichsbank könnte ebensogut von den öffentlichen Körperschaften selbst aufgebracht sein, wie das auch bei andern Zentralnotenbanken der Fall ist. Die private Kapitalbeschaffung hat nur den Vorteil, daß die Bank dadurch unter Umständen (nicht immer!) weniger abhängig wird von der Regierung und den im Parlament herrschenden Interessengruppen, die sie für ihre Zwecke verwenden könnten, sowie daß ihr Kapital bei einer feindlichen Invasion respektiert werden wird.

Von größerer Bedeutung sind neuerdings zwei andere Formen gemischter Unternehmungen geworden, die gemeinsame Ausbringung der Mittel für Unternehmungen von allgemeinerem Interesse seitens der öffentlichen Körperschaften und Privaten. Die ersteren sichern sich den maßgebenden Einfluß dadurch, daß sie 51% des Aktienkapitals übernehmen. In dieser Weise werden heute sehr häufig Gas-, Wasserwerke, Elektrizitätswerke usw. errichtet, namentlich auch solche, wo mehrere Kommunen oder Kreise zusammenwirken, wie bei Überlandzentralen, Kleinbahnen und ähnlichen Unternehmungen. Voraus-



setzung dafür, daß das privaten Gewinn erstrebende Kapital sich bereitfinden läßt, in solchen Unternehmungen gegenüber den öffentlichen Körperschaften die Minorität zu bilden, ist natürlich ein eingehender Vertrag über die Art und Weise, wie die Unternehmung verwaltet werden soll, insbesondere wie die Preise und Leistungen fixiert werden sollen. Häufig werden sie zu den Gewinnen in ein festes Verhältnis gebracht, dergestalt, daß wenn die Dividende einen bestimmten Prozentsatz übersteigt, Preisermäßigungen einzutreten haben. Für die Abfassung derartiger Verträge und Konzessionsbedingungen, die bei solchen Unternehmungen das wichtigste sind, hat man allmählich mancherlei Erfahrungen gesammelt. Natürlich sind sie nur da möglich, wo die Geschäftsführung eine stabile und die Resultate leicht zu übersehen sind, daher ein vorher aufgestelltes Schema Platz greifen kann. Jedenfalls aber ist damit das Anwendungsgebiet auch dieser Unternehmungsform verhältnismäßig beschränkt.

Bei allen derartigen Unternehmungen handelt es sich meist um Tätigkeiten, die überhaupt nur auf Grund einer öffentlichen Konzession vorgenommen werden können oder bei denen die Mitwirkung der öffentlichen Körperschaften doch in verschiedener Weise z. B. für Expropriation, Benutzung öffentlicher Wege u. dgl. unentbehrlich ist. Daher haben die öffentlichen Körperschaften vielfach den Weg eingeschlagen, die Kapitalbeschaffung ganz den privaten Unternehmen zu überlassen, sich aber eine mit den Erträgen steigende Gewinnbeteiligung auszubedingen und auch sonst schon bei der Konzession alle diejenigen Auflagen zu machen, die ihnen im öffentlichen Interesse erforderlich scheinen. Dies ist auch, wie schon gesagt, das System der Reichsbank, nur daß dort die Verwaltung eine solche durch öffentliche Beamte ist. Es handelt sich dabei regelmäßig um Tätigkeiten, welche ganz besonders im allgemeinen Interesse liegen, um Unternehmungen, welche man in Amerika als public service corporations bezeichnet. Wo das private Kapital für

solche Zwecke nicht ausreicht, kann es die öffentliche Körperschaft ergänzen. Das Wichtigste ist aber immer die eingehende vertragliche Festlegung der Rechte und Pflichten derartiger Unternehmungen im Interesse der Öffentlichkeit.

Natürlich dürfen die öffentlichen Körperschaften ihre Konzessionsbedingungen auch nicht zu sehr überspannen, weil dadurch das private Kapital abgeschreckt wird, und dann eben nur die eigene Unternehmung übrig bleibt. Geeignete Verträge abzuschließen, welche die allgemeinen Interessen genügend berücksichtigen, auch das fiskalische Interesse zur Geltung kommen lassen und doch dem privaten Kapital noch genügend Anreiz zur Betätigung geben, setzt bei der Verwaltung der öffentlichen Körperschaften sehr viel Geschicklichkeit und eine so große Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse voraus, wie sie nicht immer zu finden ist. Die große Ausdehnung derartiger Unternehmungen, wie Gaswerke, Elektrizitätswerke für die verschiedenen Zwecke, Kleinbahnen, ist denn auch nicht auf die Initiative der öffentlichen Körperschaften zurückzuführen, sondern auf das Bedürfnis der Baufirmen, sich fortgesetzt neue Beschäftigung zu suchen. Die großen elektrotechnischen Fabriken insbesondere, die ihre Maschinen absetzen wollen, haben sich um Konzessionen an die verschiedenen öffentlichen Körperschaften gewendet und dabei haben sich allmählich die Formen der Konzession und die Festlegung der Rechte und Pflichten der Unternehmung herausgebildet, die sich für jedes einzelne Gebiet als zweckmäßig erwiesen haben. Ebenso ist es bei der Errichtung von Kleinbahnen gewesen durch einige große Baufirmen, die sich berufsmäßig damit befassen. In allen solchen Fällen war die private Kapitalbeschaffung deswegen verhältnismäßig leicht möglich, weil sie zu einem erheblichen Teile in Obligationen erfolgen konnte, die, abgesehen von ihrer meist hypothekarischen Sicherstellung, bei einem derartigen konzessionierten Unternehmen auch sicherer sein werden als bei einem im



Konkurrenzkampf stehenden. Nicht selten pflegen die öffentlichen Körperschaften für die Obligationen auch Zinsgarantien zu leisten, namentlich bei Kleinbahnen. Das Aktienkapital konnte demgegenüber meist ziemlich niedrig gehalten werden und daher oft eine verhältnismäßig hohe Rentabilität erzielen.

Aus diesen Erörterungen ergibt sich schon, daß es wirtschaftspolitisch nicht so wichtig ist, wer die Unternehmungen besitzt, ob private Unternehmer oder öffentliche Körperschaften, als vielmehr, nach welchen Grundsätzen sie verwaltet werden. Es ist klar, daß der Staat auch auf private Unternehmungen durch seine Gesetzgebung den größten Einfluß ausüben kann. Durch eine geeignete Wirtschaftspolitik, durch zweckmäßige Auflagen und Verträge bei Konzessionerteilungen kann er die privaten Unternehmungen weitgehend regulieren und so sehr oft die Errichtung öffentlicher Unternehmungen unnötig machen. In dieser Hinsicht werden der staatlichen und kommunalen Wirtschaftspolitik in Zukunft noch große Aufgaben bevorstehen. Verstaatlichung ist eben gewissermaßen nur das plumpeste Mittel, die Mißstände der heutigen privaten Unternehmung zu beseitigen. Es ist aber verkehrt, sie ohne weiteres als das notwendige Ziel der ganzen heutigen Entwicklung anzusehen. Man muß vielmehr sowohl die Grenzen der öffentlichen Unternehmungen, als auch die anders gerichteten heutigen Entwicklungstendenzen genau erkennen.

Bevor wir diese Grenzen der öffentlichen Unternehmungen näher untersuchen, wollen wir uns aber mit den Gründen für ihr Entstehen beschäftigen.

## 2. Die Gründe für die Errichtung öffentl. Unternehmungen.

Die Gründe, welche die öffentlichen Körperschaften zur Errichtung und zum Besitz selbständiger Unternehmungen veranlassen, sind sehr verschiedenartig: 1. Zunächst gibt es Unternehmungen, die hauptsächlich aus



historischen Gründen in öffentlichem Besitz stehen. Dahin gehören die Domänen und Forsten, die staatlichen Porzellan- und Tuchfabriken, Eisenwerke, zum Teil auch die Bergwerke. Manchmal sind es allgemeine Interessen, welche die öffentlichen Körperschaften veranlassen, sie beizubehalten, wie bei den Forsten, oder weil sie Rohstoffe für andere staatlichen Betriebe liefern, wie die Kohlenzechen den Eisenbahnen. Oft aber werden solche öffentlichen Unternehmungen nur beibehalten, weil sie einmal bestehen und Einnahmen liefern; der Staat würde aber heute solche Betriebe nicht mehr erwerben oder anlegen.

2. Ein anderer Grund zur Errichtung öffentlicher Unternehmungen ist das Fehlen privaten Unternehmungsgeistes. Das war in den Zeiten des Merkantilismus die Veranlassung zur Errichtung jener staatlichen Porzellan-, Tuchfabriken u. dgl., die zum Teil noch heute bestehen. Es war dann später in verschiedenen Ländern die erste Veranlassung zum Staatseisenbahnsystem. Noch heute liegt darin einer der großen Vorteile desselben gegenüber privaten Eisenbahnunternehmungen. Der Staat, der das ganze Eisenbahnnetz besitzt, wird eher geneigt sein, Bahnen auch in abgelegenen Gegenden zu bauen, wo der private Unternehmungsgeist dafür fehlt, weil wenigstens zunächst keine Rentabilitätsaussichten vorhanden sind. Das gleiche gilt bei städtischen Straßenbahnen, Gaswerken u. dgl., die oft nur deswegen als öffentliche Unternehmungen errichtet wurden, weil, wenigstens zu den von den öffentlichen Körperschaften auferlegten Bedingungen, das private Kapital dafür nicht zu finden war. Damit hängt eng zusammen, daß öffentliche Körperschaften in der Regel das Kapital für ihre Unternehmungen sich billiger verschaffen können als Private. Allerdings ist das von um so geringerer Bedeutung, je günstiger die Ertragsaussichten einer Unternehmung sind. Die Aussicht auf Erträge ersetzt den Kapitalisten die geringere Kreditwürdigkeit privater Unternehmungen und

veranlaßt sie zum Erwerb von Aktien statt von Obligationen.

3. Ein dritter Grund für öffentliche Unternehmungen ist ebenfalls von großer Bedeutung: das Interesse an einer einheitlichen Organisation gewisser Leistungen über das ganze Land oder innerhalb einer ganzen Stadt. Dies wird am besten durch öffentliche Betriebe gewährleistet. Das Interesse an einheitlicher Organisation ist z. B. ausschlaggebend beim Post- und Telegraphenwesen. Wäre dieses der privaten Konkurrenz überlassen, so wären zwar die großen Städte gut daran, die Nachrichtenbeförderung in ihnen und zwischen ihnen würde gut und billig sein, sie wäre sehr viel billiger möglich als zu den heutigen Sätzen. Daher haben sich ja auch früher Privatposten in den größeren Städten vielfach entwickelt. Aber an kleinen Orten würde niemand Postämter einrichten wollen, die Briefbeförderung nach und von dort würde sehr viel teurer sein. Um daher eine bessere Ausgleichung bei solchen Leistungen herbeizuführen, hat der Staat die privaten Postanstalten beseitigt. Genau das gleiche Interesse an einheitlicher Organisation führt bei den Eisenbahnen, Telegraph und Telephon, bei Straßenbahnen in größeren Städten zum öffentlichen Betriebe.

4. Mit alledem steht wieder einer der wichtigsten Gründe für öffentliche Unternehmungen in nahem Zusammenhang: die Gefahr der Monopolisierung derartiger Leistungen durch private Unternehmungen. In solchen Unternehmungszweigen nämlich, die am besten einheitlich organisiert sind, ist, wenn sie in Privatbesitz stehen, regelmäßig auch ein besonders starker Drang zur Monopolisierung vorhanden. Es ist eben wirtschaftlich unzweckmäßig, daß hier Konkurrenz besteht, weil das die Kosten der Leistung verteuert. Es ist unwirtschaftlich, wenn, wie es in Amerika vorkommt, zwei Eisenbahnen dieselben Orte verbinden. Besteht aber nur eine, so hat sie ein natürliches Monopol und bei allen



privaten Monopolstellungen ist die Gefahr ihrer Ausbeutung zum Nachteil der Konsumenten vorhanden. Aber auch wo Konkurrenz besteht, ist in der heutigen Volkswirtschaft bekanntlich gerade bei großen Unternehmungen eine Tendenz zum monopolistischen Zusammenschluß, zu Kartellen und Trusts vorhanden. Nun können ja solche private Monopolorganisationen auch durch staatliche Normen geregelt werden, wie das bei den Eisenbahnen in England und Amerika, in letzterem Lande auch beim Telegraphen und bei der Paketbeförderung geschieht. Öffentlicher Betrieb ist eben nur das radikalste Mittel, eine Wirtschaftstätigkeit dem privaten Erwerbsstreben zu entziehen. Immerhin kann es Fälle geben, wo dieses Mittel zweckmäßig erscheint. Wann sie vorhanden sind, dafür lassen sich keine allgemeinen Regeln aufstellen. So läßt sich z. B. auch nicht allgemein die große Streitfrage entscheiden, ob Staatsbahnen oder Privatbahnen besser seien. Das hängt von zahlreichen Gesichtspunkten ab, dem Charakter des betreffenden Landes und seiner Bevölkerung, der Art der Regierung, den Eigenschaften des Beamtentums usw. Mit den Gefahren der Monopolisierung hängt auch die intensive Börsenspekulation zusammen, die sich bei privatem Eisenbahnwesen leicht entwickelt und vor allem in den Vereinigten Staaten sehr ungünstig gewirkt hat. Die Gefahren der privaten Monopolisierung sind es auch, die z. B. beim Kohlenbergbau zur Erhaltung und Erweiterung des staatlichen Bergwerkes besitzes den Anlaß gegeben haben.

5. Aber darüber hinaus ist schließlich der allgemeinste Grund für öffentliche Unternehmungen in vielen Fällen ganz einfach die Tatsache, daß ein besonders großes allgemeines Interesse an dieser oder jener Leistung vorhanden ist und man glaubt, daß dieses Interesse am besten durch öffentliche Betriebe sichergestellt werde. Hier ist der Punkt, wo die öffentliche Wirtschaft oft mehr angebracht sein wird, als die öffentliche Unternehmung, wo der Erwerbscharakter der Unternehmungen am ersten



mit den allgemeinen Interessen in Konflikt geraten wird und wo es zweckmäßiger erscheinen kann, das Ertragsprinzip, auf dem sie beruhen, etwas zurückzustellen. Auch hier wird aber, wie gegenüber der Monopolgefahr, immer erst nachgewiesen werden müssen, daß die bloße gesetzliche Regelung privater Unternehmungen die Interessen der Allgemeinheit nicht genügend wahren würde. Hierher gehört auch der für das Wirtschaftsleben wichtige Fall, daß Leistungen, die große Mittel erfordern, aber in der Hauptsache erst einer späteren Generation zugute kommen, oft von den öffentlichen Körperschaften übernommen werden müssen, weil der private Unternehmer, der auf baldige Erträge rechnet, dafür nicht zu haben ist. Doch werden auch derartige Leistungen mehr durch öffentliche Anstalten und Wirtschaften (Kanäle, Entwässerungen, Aufforstungen) übernommen als von Unternehmungen.

6. Endlich ist noch als Grund öffentlicher Unternehmungen das reine Erwerbsinteresse der öffentlichen Körperschaften zu erwähnen, die Notwendigkeit der Erzielung von Einnahmen, welche sie veranlaßt, gewisse Erwerbszweige ganz der privaten Unternehmung zu entziehen und sich selbst vorzubehalten. Es sind diejenigen öffentlichen Unternehmungen, die man als Steuerunternehmungen bezeichnen könnte, weil sie finanzwissenschaftlich nur eine besondere Erhebungsform in direkter Steuern sind. Es gehören dahin z. B. staatliche Tabak- oder Zündholzfabriken, staatliche Salinen, sowie auch Handelsmonopole, wie das Branntweinmonopol. Im Interesse der Einnahmen ist hier regelmäßig die private Konkurrenz ganz ausgeschlossen. Die Einnahmen werden erzielt durch Normierung der Verkaufspreise. Derartige Steuerunternehmungen ersetzen regelmäßig eine Steuer, durch die die Einnahmen sonst aufgebracht werden mußten.

Es ergibt sich, daß eine Notwendigkeit für das Vorhandensein öffentlicher Unternehmungen aus den verschiedenen Gründen, aus denen sie entstanden sind, eigentlich nicht abgeleitet werden kann. In den wichtigsten Fällen: 3, 4 und 5 wäre wohl immer auch die Regelung privater Unternehmungen durch staatliche Normen möglich. Selbst wenn eine Verbindung aller drei Gründe vorliegt, wie bei den Eisenbahnen, wo allgemeines Interesse, Vorteile einheitlicher Organisation und Gefahr der Monopolisierung für öffentliche Unternehmungen sprechen, muß man doch sagen, daß von einer allgemeinen Überlegenheit des Staatsbahnsystems über das private auf Grund dieser Gesichtspunkte nicht die Rede sein kann. Das Beispiel Englands und der Vereinigten Staaten beweist, ohne daß die Regelung hier als in jeder Hinsicht befriedigend bezeichnet werden soll, daß an und für sich eine eingehende gesetzliche Regelung im privaten Besitz befindlicher Bahnen sehr wohl möglich ist. Auch bei dem letzten Grunde, öffentliche Unternehmungen als Ersatz für indirekte Steuern, kann von einer Notwendigkeit derselben offenbar nicht die Rede sein.

Am notwendigsten erscheinen öffentliche Unternehmungen daher im Falle 2, also aus dem Grunde, weil der private Unternehmungsgeist fehlt. Aber gerade dieser Gesichtspunkt, der in früheren Zeiten bekanntlich eine erhebliche Rolle spielte, tritt heute in den entwickelten Volkswirtschaften ganz zurück. Es ist dort eher zuviel Unternehmungsgeist vorhanden und wo er fehlt, da kann man im allgemeinen sagen, daß dort eine Übernahme der betreffenden Tätigkeiten durch öffentliche Körperschaften unökonomisch wäre und nur mit einem geringeren als dem durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Ertrage vorgenommen werden könnte. Daher ließe sich hier das Eintreten der öffentlichen Körperschaften nur rechtfertigen, wenn eben das allgemeine Interesse von so ausschlaggebender Bedeutung ist, daß darüber das Ertragsprinzip zurücktreten muß. Es liegt dann aber einer



jener Fälle vor, daß Tätigkeiten nur äußerlich als Unternehmungen nach dem Ertragsprinzip ausgeübt werden, in Wahrheit aber übernommen werden wegen des großen allgemeinen Interesses an der Leistung (wie Eisenbahnen in abgelegenen Gegenden).

Gerade in solchen Fällen nun, wo das allgemeine Interesse an einer Leistung das Eintreten öffentlicher Körperschaften veranlaßt, ist aber eigentlich für öffentliche Unternehmungen gar kein Platz, sondern nur für öffentliche Anstalten und Wirtschaften. Und damit sprechen wir es klar aus, was diese Unterscheidung bedeutet, denn wir erkennen auf ihrer Grundlage, daß eigentlich ein Widerspruch darin liegt, daß eine Tätigkeit, die der Staat hauptsächlich im allgemeinen Interesse übernommen hat, in Form einer Unternehmung, einer auf Geldertrag gerichteten Erwerbswirtschaft betrieben wird. Hier liegt in der Tat der schwache Punkt aller öffentlichen Unternehmungen: es muß bei den öffentlichen Körperschaften als Besitzer von Unternehmungen fortgesetzt zu einem Konflikt der Interessen bzw. der Pflichten kommen. Der Staat oder die Gemeinde wäre als Fiskus, d. h. vom Standpunkt ihrer Finanzwirtschaft, wie ein privater Unternehmer an möglichst hohen Erträgen ihrer Unternehmungen interessiert. Zugleich aber sollen sie auch die Interessen der Allgemeinheit wahren, die meist niedrige Preise der gelieferten Produkte oder Leistungen fordert, deren Interesse jedenfalls verletzt wird, wenn der Staat nur oder zu sehr dem Prinzip möglichst hoher Ertragserzielung bei seinen Unternehmungen folgt. Öffentliche Unternehmungen sind daher sozusagen eine *contradictio in adjecto*.

Es ist deshalb leicht erklärlich, daß man die Anwendung des Ertragsprinzips durch die öffentlichen Körperschaften angefochten hat, daß man gesagt hat, der Staat solle die Tätigkeiten, die er, wenn auch nur in der Hauptsache, im öffentlichen Interesse übernimmt, nicht nach dem Ertragsprinzip betreiben, sondern nach dem Kosten-



prinzip, kurzum: wenn man keine öffentlichen Unternehmungen, sondern nur öffentliche Wirtschaften fordert.

Was ist nun darüber zu sagen? Ist dieses Verlangen berechtigt? Es wäre, muß man sagen, in gewissem Grade berechtigt, wenn der Staat außer den Kosten für derartige Tätigkeiten gar keine weiteren Aufwendungen zu machen hätte. Dann könnte man verlangen, daß er auch keinen Gewinn erzielen dürfe — denn wozu sollte er ihn auch verwenden —, sondern nur die Kosten decke, die ihm diese Tätigkeiten verursachen. Das ist aber bekanntlich nicht der Fall. Der Staat hat Aufgaben zu erfüllen, die ungeheuere Kosten verursachen, aber nichts einbringen, z. B. vor allem die Sorge für Sicherheit im Inneren und nach außen. Die Mittel dafür kann er sich anstatt durch Umlagen, Steuern auch durch die sog. Erwerbseinkünfte beschaffen, und dies sind die öffentlichen Unternehmungen. Solche Erwerbseinkünfte neben den Steuern machen die Steuerlast weniger drückend. Da die Steuern, je höher sie sein müssen, um so leichter ungleichmäßig wirken, ist ihre Ergänzung durch Erwerbsunternehmungen des Staates sehr zweckmäßig. Dasselbe gilt natürlich für die Gemeinden. So bekommen also die verschiedenen Gründe, aus denen öffentliche Unternehmungen errichtet wurden, durch die Notwendigkeit, die Mittel für die öffentlichen Aufgaben irgendwie aufzubringen, einen starken Rückhalt.

Aber noch aus einem weiteren damit zusammenhängenden Grunde ist es richtig, daß die öffentlichen Körperschaften, wenn sie wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben, sie nicht nur nach dem Kostenprinzip, sondern, wie private Unternehmungen, wenn auch vielleicht in abgeschwächter Form nach dem Erwerbsprinzip vornehmen: die Leistungen derartiger Tätigkeiten werden nämlich von den einzelnen Bürgern in sehr verschiedenem Grade benutzt. Wenn also diese Leistungen so billig werden, daß sie nur die Kosten decken, kommt der Umstand, daß sie

nicht von privaten Unternehmungen, sondern von öffentlichen Körperschaften geboten werden und deshalb kein Gewinnzuschlag hinzutritt, den einzelnen Wirtschaften in sehr verschiedenem Umfange zugute. Würden z. B. die Bahnfrachten sehr billig werden, so würden die Produzenten, die viele schwere Güter versenden, bei denen die Transportkosten also einen großen Teil ihrer Kosten überhaupt ausmachen, und insbesondere die großen Produzenten, z. B. von Kohle oder Zement, und ebenso die großen Verbraucher einen sehr bedeutenden Vorteil davon haben. Der kleine lokale Handwerksmeister, der kleine Landwirt und besonders die ganze Arbeiterschaft hätten von den billigen Bahnfrachten keinen Nutzen. Das billige Paketporto kommt gewissen Handelsgeschäften, die viel versenden, in sehr viel größerem Maße zugute als dem kleinen Landwirt oder Handwerker. Und so gibt es zahlreiche Beispiele. Es ist daher sehr wohl berechtigt, daß alle derartigen Leistungen öffentlicher Körperschaften nach den Grundsätzen des allgemeinen Verkehrs bemessen werden.

Dieser Gesichtspunkt, zusammen mit dem oben erwähnten, daß die öffentlichen Körperschaften für die verschiedensten Zwecke große Mittel gebrauchen, ist heutzutage der einzig wirklich durchschlagende Grund für die Anwendung des Erwerbsprinzips bei öffentlichen Leistungen. Man kann wohl sagen: wären diese beiden Gründe nicht vorhanden, so wären öffentliche Unternehmungen unangebracht, dann hätten die öffentlichen Körperschaften ihre Leistungen höchstens in der Form von Wirtschaften, nach dem Kostenprinzip zu gewähren.

### 3. Die Verwaltung öffentlicher Unternehmungen.

Wir kommen damit von den Gründen für die Errichtung öffentlicher Unternehmungen zu den Verwaltungsgrundsätzen, nach denen sie betrieben werden. Von diesem Gesichtspunkt aus sind zwei Gruppen öffentlicher Unternehmungen zu unterscheiden: solche, bei denen sich

die öffentlichen Körperschaften das ausschließliche Recht des Betriebes vorbehalten und solche, die sie in Konkurrenz mit privaten Unternehmungen betreiben. Bei diesen letzteren beruht die Preisfestsetzung ganz auf dem privatwirtschaftlichen Erwerbsprinzip. Die Preisbildung erfolgt hier eben nach den Grundsätzen und unter der Herrschaft des freien Verkehrs, richtet sich daher nach der Nachfrage, den Bedürfnissen der Konsumenten, denen gegenüber das Angebot nach den von den Unternehmern kalkulierten Ertragsmöglichkeiten erfolgt. Die öffentlichen Körperschaften müssen mit ihren Preisen dieser Preisbildung des freien Marktes folgen, sind daher auch in der Höhe ihrer Erträge von derselben abhängig. Das gilt vor allem für die Verwaltung der Bergwerke, Feldgüter und Forsten. Allerdings spielt gerade im Bergbau auch bei den privaten Unternehmungen die monopolistische Tendenz in Deutschland eine große Rolle, so daß von einer Preisbildung durch den freien Verkehr höchstens da gesprochen werden kann, wo ausländische Konkurrenz in Betracht kommt. Aber es hat sich gezeigt, daß eben aus den bei allen öffentlichen Unternehmungen hervortretenden fiskalischen Interessen die staatliche Konkurrenz meistens versagte, so daß auch als Mittel gegen private Monopole die Errichtung öffentlicher Unternehmungen bisher keine große Bedeutung gewonnen hat. Im Kalibergbau ist der Staat sogar von Anfang an Mitglied des Kartells gewesen. Er hat aber durch seine Beteiligung die an und für sich schon in und neben jedem Kartell vorhandene Tendenz zu Erweiterungen und Errichtung neuer Unternehmungen enorm gesteigert. Als dann in den letzten Jahren infolge übermäßiger Neugründungen die Auflösung des Syndikats einzutreten drohte und die freie Konkurrenz, die dann eingesetzt hätte, auch dem Staate seine Rente hätte schmälern müssen, hat er mit allen Mitteln das Kartell zusammenzuhalten versucht, und als das nichts half, schließlich ein Zwangssyndikat geschaffen. Er hat dadurch die



enorme Überkapitalisation, die schon vorher in dieser Industrie vorhanden war und die volkswirtschaftlich eine große Kapitalverschwendung bedeutet, noch weiter gesteigert.

Aber auch im Kohlenbergbau sind die Erfolge staatlicher Unternehmungen nicht sehr bedeutend und von einer Notwendigkeit derselben kann keine Rede sein. Hier kommt allerdings in Betracht, daß der preußische Staat einen erheblichen Teil seiner Kohlenproduktion selbst für seine Eisenbahnen gebraucht. Aber seine Kohlenzechen, die er im nördlichen Ruhrrevier mit Aufwand vieler Millionen angelegt hat, arbeiten nicht sehr erfolgreich, mit der Erwerbung der Aktien der Hibernia-Gesellschaft hat er nicht viel Glück gehabt und es kann keine Rede davon sein, daß er mit seinen Unternehmungen der Monopolorganisation der privaten entgegentreten könnte. Durch den kürzlich erfolgten Beitritt der staatlichen Ruhrzechen zum Rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikat wird zwar an den tatsächlichen Verhältnissen nicht viel geändert, aber nach außen wird dadurch die Preispolitik des Syndikats gewissermaßen legitimiert.

Von den sonstigen öffentlichen Unternehmungen, die in Konkurrenz mit privaten betrieben werden, sind die landwirtschaftlichen Betriebe zu nennen. Bei den Forsten empfiehlt sich Besitz und Verwaltung durch die öffentlichen Körperschaften, weil diese eher als private Unternehmen für eine rationelle Bewirtschaftung, die sich auf lange Zeiträume erstreckt, Sorge tragen können. Vor allem können sie eher als private Unternehmer Ödland u. dgl. aufforsten, weil es ihnen nicht so sehr auf baldige Erträge ankommt. Auch können sie eher Wälder, bei denen ein besonders großes Interesse der Allgemeinheit vorliegt, z. B. in der Nähe großer Städte, der wirtschaftlichen Benutzung überhaupt entziehen. Doch sind das alles Verhältnisse, bei denen der Charakter der Unternehmung eben wieder zurücktritt. Übrigens erfordert das Interesse der Allgemeinheit am Walde be-

kanntlich auch für die privaten Waldungen ein weitgehendes Eingreifen durch den Staat.

Was dann die Feldgüter betrifft, so bewirtschaftet sie der Staat ja in der Hauptsache nicht selbst, sondern verpachtet sie und daher gelten hier nicht die eben erörterten Grundsätze. Irgendeine Notwendigkeit des öffentlichen Besitzes besteht hier jedenfalls nicht und er macht ja auch überall nur einen verschwindenden Teil des landwirtschaftlichen Besitzes aus. Außerdem ist auch die Verpachtung bekanntlich keineswegs ein ideales System. Bei kurzen Pachtzeiten besteht die Gefahr, daß der Pächter sein privatwirtschaftliches Erwerbsinteresse zu sehr in den Vordergrund stellt, den Boden aussaugt und Meliorationen unterläßt. Bei längeren Pachtzeiten wird der Staat häufig an den Ertragssteigerungen nicht genügend partizipieren. Musterwirtschaften, Landwirtschaftliche Versuchsanstalten u. dgl. werden wiederum nicht als Unternehmungen betrieben.

Zu den öffentlichen Unternehmungen, welche wenigstens teilweise in Konkurrenz mit privaten betrieben werden, gehören auch die Staatsbanken sowie die kommunalen Sparkassen. Staatsbanken spielten früher in unentwickelteren Zuständen eine Rolle, um das Kreditwesen zu fördern, den Unternehmungsgeist anzuregen, auch um die eigenen Anleihen besser unterbringen zu können. Heute haben sie nur noch eine gewisse Bedeutung für die Verwaltung staatlicher Gelder, doch ist in einigen Staaten, wie Rußland, Skandinavien, die Banknotenausgabe dem Staate bzw. einer staatlichen Zentralnotenbank vorbehalten, während in anderen Ländern, wie England, Frankreich und Deutschland, private Aktiengesellschaften dazu konzessioniert sind, eventuell, wie bei der Reichsbank, unter staatlicher Leitung.

Die kommunalen Sparkassen konkurrieren als Depositenempfänger natürlich in gewisser Hinsicht mit den privaten Banken, haben aber insofern einen Vorsprung vor ihnen, als das Vermögen der öffentlichen

Körperschaften den Sparkassen eine große Sicherheit gewährt. Sie kommen auch in erster Linie für solche Kreise in Betracht, die nicht in ständigem Geldverkehr mit einer Bank stehen.

Bei den öffentlichen Unternehmungen, die unter Ausschluß privater Konkurrenz betrieben werden, kommt das Ertragsprinzip nur bei den Steuerunternehmungen vollkommen zur Geltung. Sonst erfolgt die Preisbildung, die hier ja autonom geschieht, in der Regel auf Grund einer Kombination von Kosten- und Ertragsprinzip, das letztere ist jedenfalls nicht in derselben Ausschließlichkeit wie bei privaten Unternehmungen maßgebend. Dieses Kostenprinzip bezeichnet die untere Grenze der Preise. Ob sich die wirklichen Preisfestsetzungen ihr mehr oder weniger nähern, dafür sollte theoretisch die größere oder geringere Allgemeinheit des Interesses an der Leistung entscheidend sein. Je mehr sie nur einigen wenigen Berufsklassen zugute kommt, um so mehr ist die Preisfestsetzung nach den Grundsätzen des allgemeinen Verkehrs nicht nur vom Standpunkte der öffentlichen Körperschaft berechtigt, sondern auch von dem der Allgemeinheit aus gerecht. Tatsächlich aber spielt auch in den Fällen, wo es sich wirklich um sehr allgemeine Interessen handelt, das sog. fiskalische Prinzip, die Notwendigkeit der Aufbringung großer Mittel für die allgemeinsten staatlichen Zwecke eine solche Rolle, daß sich daraus vor allem die weitgehende Anwendung öffentlicher Unternehmungen erklärt. Daher auch die fortwährenden Klagen, daß der Staat seine Unternehmungen zu fiskalisch betreibe.

In der Tat liegt hier aber eine der allerschwierigsten Aufgaben für die öffentlichen Körperschaften vor. Es gibt so viele Abstufungen des Interesses an öffentlichen Leistungen und diese Interessen sind oft so schwer festzustellen und ihrer Stärke nach zu vergleichen, daß die Entscheidung über die zweckmäßigste und gerechteste Preisfestsetzung immer mehr oder weniger willkürlich



sein muß. Das gilt vor allem für die wichtigsten öffentlichen Unternehmungen, die Eisenbahnen. Auch sie haben nicht für alle Bevölkerungsklassen die gleiche Bedeutung und daher sind auch weder billige Personen- noch billige Gütertarife gleichmäßig im Interesse aller. Andererseits können aber billige Tarife den gesamten Verkehr außerordentlich heben und indirekt auch Wirtschaftsgruppen zugute kommen, die direkt nicht davon profitieren. Daher ist die zweckmäßigste Feststellung der Eisenbahntarife ein außerordentlich schwieriges Problem, bei dem es fast unmöglich ist zu sagen, ob im einzelnen Falle die Gesamtinteressen wirklich am besten berücksichtigt sind. Allerdings handelt es sich hier um Leistungen, bei denen die Preisbildung niemals ganz durch den freien Verkehr erfolgen könnte. Auch in den Ländern mit Privatbahnsystem mußte der Staat die Personen- und Gütertarife weitgehend normieren. Bei den Staatsbahnen wird aber diese Schwierigkeit noch dadurch verstärkt, daß das Bestreben, durch sie Einnahmen für die Erfüllung der allgemeinen Staatszwecke zu erzielen, hinzukommt. Umgekehrt ist bei den Privatbahnen eine übermäßige Konkurrenz volkswirtschaftlich keineswegs erwünscht, einmal weil sie zur Kapitalverschwendung führt, dann aber weil häufige Schwankungen in den Tarifen volkswirtschaftlich äußerst nachteilig sind. Daher liegt einer der größten Vorteile des Staatsbahnsystems in der größern Stetigkeit seiner Tarife. Wenigstens gilt das den amerikanischen Eisenbahnen gegenüber, während die englischen Privatbahnen den Vergleich mit den kontinentalen Staatsbahnen in diesem Punkte wohl aushalten können. Andererseits werden gerade Staatsbahnen in Notzeiten eher in der Lage sein, Tarifiermäßigungen für bestimmte Waren eintreten lassen zu können.

Sehr große Schwierigkeiten machen die Preisfestsetzungen regelmäßig auch bei den kommunalen Unternehmungen, bei denen ja meist die Konkurrenz ausgeschlossen ist. Auch die Leistungen derartiger Unterneh-

mungen kommen ja den Einwohnern in sehr verschiedenem Umfange zugute und es würde häufig ungerecht sein, nur deswegen, weil sie zufällig nicht von privaten Unternehmern, sondern von öffentlichen Körperschaften geboten werden, das Ertragsprinzip, d. h. die Preisfestsetzung nach den Grundsätzen des freien Verkehrs hier ganz zu vermeiden. In der That bewirkt auch der Geldbedarf der Kommunen, daß derartige Betriebe regelmäßig als Erwerbsunternehmungen verwaltet zu werden pflegen. Höhere Preise kommen hier auch den Einwohnern im Wege von Steuererleichterungen in direkterer und sichtbarer Weise zugute als beim Staate.

Die Festsetzung der Preise öffentlicher Unternehmungen ist aber nur eine Seite, die äußere, bei ihrer Verwaltung. Große Schwierigkeiten bereiten die öffentlichen Unternehmungen aber auch häufig bezüglich ihrer inneren Verwaltung. Es gilt für die öffentlichen Unternehmungen in noch höherem Grade dasselbe, was wir schon bei den Aktiengesellschaften kennen gelernt haben: Unternehmungsbesitz und Unternehmungsleitung sind getrennt. Besitzer sind die öffentlichen Körperschaften, die Leitung liegt in den Händen angestellter Beamten. Das hat zunächst die schon bei den Aktiengesellschaften erwähnte Folge, daß die Leitung eine schwerfälligere ist. Es ist eine allbekannte Tatsache: öffentliche Betriebe arbeiten teurer. Das gilt ganz allgemein. Der Staat muß fast überall, wo er wirtschaftliche Tätigkeiten ausübt und sich selbst solche leisten läßt, höhere Kosten aufwenden als andere. Jedes öffentliche Gebäude pflegt teurer zu sein, als wenn es ein Privatmann bauen würde. Es liegt das an der größeren Schwerfälligkeit der Leitung und an dem geringeren Interesse der Beamten. Sie tritt bei den öffentlichen Unternehmungen noch viel stärker hervor als bei den Aktiengesellschaften. Denn während hier ein fähiger, organisatorisch begabter Generaldirektor oft die ganze Leitung in seiner Person konzentriert und sie dadurch einheitlich gestalten kann, ist das bei öffentlichen

Unternehmungen regelmäßig durch das Kollegialsystem und die Beamtenhierarchie ausgeschlossen. Eine Aktiengesellschaft ist deshalb noch für viele Unternehmungszweige geeignet, wo die öffentliche Unternehmung zweifellos versagen würde.

Es kommt dabei in Betracht, daß die Beamten öffentlicher Körperschaften meist noch weniger interessiert sind als bei Aktiengesellschaften. Die Aussicht auf ein Aufsteigen zu höheren Gehaltsstufen, zu leitenden Stellen, auf Titel und Auszeichnungen bei öffentlichen Beamten ist doch kein vollwertiger Ersatz für das fehlende persönliche Interesse. Dazu kommt, daß dieses ganze Aufsteigen immer nur auf gewisse durchschnittliche Leistungen eingestellt ist und ein Mehr sehr häufig nicht genügende Anerkennung und Würdigung findet, ja sogar von dem Vorgesetzten vielleicht nicht einmal gern gesehen wird. Dieses geringere Interesse der Beamten muß sich nun bei öffentlichen Unternehmungen, genau wie bei Aktiengesellschaften, um so nachteiliger bemerkbar machen, je mehr der Ertrag von ihren persönlichen Leistungen abhängt. Genau wie daher schon die Aktiengesellschaft durch die größere Schwerfälligkeit ihrer Leistung für alle Unternehmungen spekulativen Charakters, bei denen es sich um rasche Entschlüsse, schnelle Entscheidungen handelt, weniger geeignet ist, ebenso wenig oder noch weniger sind es auch öffentliche Unternehmungen. Immerhin sind in einem Lande, in dem von alters her ein pflichtgetreues Beamtentum besteht, wie in Deutschland, noch öffentliche Unternehmungen auf Gebieten möglich, in denen sie in anderen Ländern aus Mangel an geeigneten Beamten undenkbar wären. Schon aus diesem Grunde ist das Anwendungsgebiet öffentlicher Unternehmungen in den einzelnen Ländern sehr verschieden.

Man hat allerdings versucht, die Beamten öffentlicher Unternehmungen ebenso durch Tantiemen zu interessieren wie bei Aktiengesellschaften. Es ist dies aber in gewisser Hinsicht bedenklich bei allen den öffentlichen



Betrieben, die nicht ausschließlich im Gewinninteresse betrieben werden. Es darf jedenfalls nur da geschehen, wo die Preise der Leistungen festgelegt sind und die Beamten ihr Einkommen daher nicht durch Preiserhöhungen vergrößern können. Also etwa da, wo eine Gewinnsteigerung durch Ersparnisse an Kosten herbeigeführt werden kann, auf die die Beamten durch größere Sorgfalt, schärfere Aufsicht u. dgl. Einfluß haben. Aber dann sollten die Tantiemen nicht auf die obersten Beamten beschränkt bleiben. Und sie auf größere Beamtenkategorien auszudehnen macht natürlich große Schwierigkeiten und ist überhaupt nicht überall anwendbar. Die streng aufgebaute Hierarchie und die Regelung des Aufrückens in höhere Gehaltsstufen würde dadurch einen Stoß bekommen. Immerhin wäre eine weitere Ausdehnung des Tantiemensystems bei öffentlichen Unternehmungen zu erwägen. Denn gerade für die leitenden Stellen in solchen finden sich oft schwer Leute, weil dafür geeignete Personen bei großen privaten Unternehmungen ein sehr viel höheres Einkommen erzielen. Aber im allgemeinen entspricht das auch dem volkswirtschaftlichen Interesse, denn organisatorische Talente können sich in der Regel bei Privatunternehmungen viel ungehinderter betätigen.

Es können übrigens auch Gefahren mit der Tantiemegewährung verbunden sein. So hat man behauptet, daß hier und da die Reichsbankdirektoren, um sich höhere Tantiemen zu verschaffen, Kaufleute und Banken zur Einreichung recht vieler Wechsel anregen, während dann offiziell über die Kreditüberspannung geklagt wird.

Ein Nachteil des hierarchischen und bureaukratischen Systems in der Verwaltung öffentlicher Unternehmungen ist es auch, daß es sehr vielfach an einer geeigneten Vorbildung für ihre Beamten fehlt. Insbesondere der nötige kaufmännische Geist ist oft nicht vorhanden, die Beamten haben eine einseitig technische oder juristische Ausbildung, sind in der Regel niemals in privaten Unternehmungen tätig gewesen und kennen nicht das genaue Kal-

kulieren, wie es das privatwirtschaftliche Ertragsstreben mit sich bringt. Auch findet häufig im Interesse des Aufrückens ein zu starker Wechsel der Beschäftigung und des Wohnsitzes statt — den älteren Beamten müssen allmählich die angenehmeren Wohnorte zugewiesen werden —, namentlich die leitenden Beamten sind oft nicht genügend eingearbeitet. Auch die lebenslängliche Anstellung der meisten Beamten ist oft ein Hindernis. Aus allen diesen Gründen ist in der Verwaltung die private Unternehmung überlegen.

In der Stellung der Handarbeiter tritt wiederum der Unterschied zwischen öffentlicher Unternehmung und öffentlicher Wirtschaft deutlich zutage. Bei den ersteren, insbesondere im Bergbau und bei Staatsfabriken, ist die Stellung der Arbeiter ganz wie in privaten Unternehmungen. Nur fühlt der Staat oft, nicht immer, die Verpflichtung, seine Unternehmungen in sozialer Hinsicht als Musterbetriebe zu verwalten und leistet daher viel in Fürsorge, Pensionen, Unterstützungen. Je mehr der Betrieb sich dem Charakter der öffentlichen Wirtschaft nähert, je weniger das Erwerbsprinzip im Vordergrund steht, um so mehr tritt auch bei den Arbeitern das Beamtenverhältnis hervor, so schon bei den Eisenbahnen, noch mehr bei der Post.

Sehr schwierig wird oft die Stellung der öffentlichen Körperschaften als Arbeitgeber den großen Scharen von Handarbeitern gegenüber, die sie beschäftigen. Die öffentlichen Körperschaften werden dadurch eng mit den heutigen Arbeitskämpfen verknüpft und ihre Stellung als Unternehmer kann sie unter Umständen veranlassen, einseitig Partei zu nehmen. Immerhin ist es als ein Vorzug öffentlicher Unternehmungen in Deutschland zu bezeichnen, daß auch ihre untersten Beamten, wie Halb- und Hilfsbeamte — denn es gibt da bekanntlich zahlreiche Abstufungen, die sich daraus ergeben, daß eine definitive Anstellung mit Anrecht auf Pension u. dgl. erst nach einer Reihe von Jahren zu erfolgen pflegt — in

der Regel nicht dem Proletariat zugerechnet werden können, sondern eine untere Schicht des Mittelstandes bilden. Wegen ihrer großen Zahl und der allgemeinen Bedeutung ihrer Leistungen muß der Staat ihr große Aufmerksamkeit zuwenden, um so mehr als ihr manche Hilfsmittel der sonstigen Arbeiterschaft, Koalitionsrecht, freie Organisationen nicht im selben Maße zur Verfügung stehen.<sup>5)</sup>

#### 4. Die Grenzen der öffentlichen Unternehmungen.

Auf Grund unserer Erörterungen in den beiden vorigen Abschnitten lassen sich nun einigermaßen die Grenzen für die Anwendbarkeit öffentlicher Unternehmungen ziehen. Öffentliche Unternehmungen haben die Nachteile der Kapitalgesellschaften in verstärktem Maße. Die Leistung ist noch schwerfälliger, das Interesse der Leiter noch geringer und daher ist die öffentliche Unternehmung überall da nicht geeignet, wo es auf rasche Entschlüsse, scharfes Kalkulieren und schnelles Disponieren ankommt. In Unternehmungszweigen, in denen Konjunkturschwankungen, wechselnde Marktverhältnisse, technische Fortschritte und dadurch bewirkte Produktionsveränderungen eine große Rolle spielen, ist die öffentliche Unternehmung nicht am Platze. Überall wo die Kosten und die Preise starken Schwankungen ausgesetzt sind, ist sie nicht geeignet. Einmal deswegen, weil die bürokratische Leitung nicht imstande ist, den Betrieb häufigen Kostenschwankungen anzupassen, zweitens weil überhaupt die Preise der Leistungen öffentlicher Unternehmungen in der Regel auf längere Zeit einheitlich festgelegt werden müssen. Auch eine geordnete staatliche Finanzwirtschaft wird dadurch sehr erschwert, wenn bei den öffentlichen Unternehmungen in einem Jahr große Gewinne, im anderen Verluste, wie bei privaten Unternehmungen vorkommen. Schon heute erschweren z. B. die großen staatlichen Erwerbsunternehmungen Preußens im Vergleich



mit anderen Staaten die Aufstellung des Staatsvoranschlages.

Man kann diese Grenze für öffentliche Unternehmungen auch so ausdrücken: eine Wirtschaftstätigkeit eignet sich um so weniger für öffentliche Unternehmungen, je weniger sie nach bestimmten, von der Regierung oder den Vorgesetzten erlassenen Vorschriften und Regeln, kurz nach einem bestimmten Schema betrieben werden kann. Und das gilt heute für weitaus die meisten Unternehmungszeige. Daß sich für den Betrieb von Eisenbahnen, von kommunalen Licht- und Kraftanlagen die öffentliche Unternehmung im allgemeinen bewährt hat, darf nicht zu Verallgemeinerungen führen, daß nun deswegen überhaupt die Ersetzung privater Unternehmungen durch öffentliche zweckmäßig sei. Vielmehr ist es, wenn sich Mißstände in einem privaten Unternehmungszeige herausstellen, erforderlich, zu erwägen, ob die Verstaatlichung notwendig ist oder ob es nicht andere Arten der Regelung gibt, um Mißbräuche privater Unternehmungen zu verhüten. Heute wird der Übergang zur öffentlichen Unternehmung, die Verstaatlichung ganzer Erwerbszeige überall da empfohlen, wo monopolistische Vereinigungen der Privatunternehmer größere Bedeutung erlangt haben. So insbesondere im Bergbau. Vorschläge einer Verstaatlichung des Bergbaus sind daher in den letzten Jahrzehnten in Deutschland sehr häufig gemacht worden. Wozu auch noch der Umstand viel beitrug, daß es sich hier um nicht wieder ersetzbare Güter handelt, deren Verschleuderung an das Ausland man durch die Verstaatlichung hindern wollte. Verstaatlichungsvorschläge sind insbesondere aufgetaucht bei großen Arbeiterbewegungen im Bergbau, sowie in Krisenzeiten, so 1890, 1900, 1905, 1912. Auch für Kali hat man des öfteren, ebenfalls schon seit den 80er Jahren, die Verstaatlichung der gesamten Unternehmungen vorgeschlagen, und neuestens veranlassen die ungünstigen Verhältnisse in der Industrie trotz dem neuen Kaligesetze — oder wegen desselben —

von neuem im Reichstage Angehörige der verschiedenen Parteien, die Verstaatlichung zu empfehlen.

Dabei sind auf dem Gebiete des Bergbaus die bisher im Deutschen Reiche vorgenommenen Verstaatlichungsaktionen keineswegs sehr erfolgreich gewesen. Unter dem Einfluß jener Bestrebungen hat es der preußische Fiskus für richtig befunden, zu verschiedenen Zeiten seinen Besitz sowohl an Kohlen- wie an Kalibergwerken zu verstärken. Er hat im nördlichen Ruhrrevier große Zechen angelegt, die jedoch recht ungünstig arbeiten, und versuchte im Jahre 1904 die Bergwerksgesellschaft Hibernia zu erwerben, gelangte aber nur in Besitz einer starken Minorität der Aktien, die er sehr teuer bezahlen mußte. Sehr glückliche Auspizien für ein weiteres Vorgehen des Staates in dieser Richtung bietet das jedenfalls nicht. Wenn eine Gesamtverstaatlichung des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaus jemals beabsichtigt würde — heutzutage denkt allerdings wohl ernsthaft kein Mensch daran — würde sie dem Staate sehr teuer kommen. Er könnte die hohen Kauffsummen nur verzinsen, wenn er die Kohlenpreise mindestens so hoch hielte wie jetzt.

Auch die Beteiligung des Staates an der Kaliindustrie ist bisher nicht sehr erfolgreich gewesen. Hier waren der preußische und der anhaltische Fiskus allerdings die ersten und ursprünglich die einzigen Produzenten und daher auch von Anfang an am Kalisyndikat beteiligt, das sich Mitte der 70er Jahre bildete, nachdem zu den Staatswerken noch einige private hinzugekommen waren. Die Beteiligung des Staates an dieser Industrie und ihrem Kartell hatte anfangs eine gewisse Berechtigung, als man noch glaubte, daß Kali ein Seltenheitsgut von sehr beschränktem Vorkommen sei, mit dessen Verkauf man zurückhalten müsse. Nachdem jedoch seit Ende der 90er Jahre geradezu ungeheure Kalilager in den verschiedensten Gegenden Deutschlands aufgeschlossen worden sind, hat es keinen Sinn, den staatlichen Kaliwerksbesitz noch zu vermehren. Trotzdem kaufte der preußische

Staat 1906 die Bergwerksgesellschaft Hercynia zum Phantasiepreise von 30 Millionen Mark und hat noch verschiedene neue, eigene Kaliwerke angelegt. Die Folge der zahlreichen Neugründungen von Kaliwerken war eine zunehmende Überkapitalisation in dieser Industrie, und die im Kalisyndikat vereinigten Werke wurden immer weniger entsprechend ihrer wirklichen Leistungsfähigkeit beschäftigt. Als infolgedessen die günstiger arbeitenden Werke schließlich kein Interesse mehr am Syndikat hatten und durch freie Konkurrenz die Gründung immer neuer Unternehmungen hintanhalten wollten, hat die Reichsregierung unter dem Einfluß der schwächeren Werke sich dem widersetzt und durch das Kaligesetz von 1910 ein Zwangssyndikat geschaffen. Die Folge davon ist gewesen, daß die Überkapitalisation immer weitere Fortschritte macht und die gesamte Lage der Industrie trotz der hohen Preise sehr ungünstig ist.

Die Beteiligung des Staates an monopolisierten Industrien mit eigenen Unternehmungen hat sich bisher als sehr unzweckmäßig erwiesen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens, weil der Staat dadurch zu eng mit den Interessen der betreffenden Industrie verknüpft wird. Der Staat hat die Aufgabe, die Allgemeinheit vor Benachteiligungen durch die privaten monopolistischen Vereinigungen zu schützen, nicht aber, sich an ihnen mit eigenen Unternehmungen zu beteiligen. Zweitens aber verstärkt er durch diese Beteiligung die bei jedem Kartell schon vorhandene Tendenz zu weiterer Ausdehnung der Industrie ganz unnötigerweise und fördert damit eine volkswirtschaftlich höchst ungünstige Überkapitalisation.

Es ist jedenfalls durchaus verkehrt, wie es durch den Sozialismus allgemein geworden ist, als Mittel gegen die Mißbräuche monopolistischer Vereinigungen nur die Verstaatlichung zu beachten und aus der zunehmenden Verbreitung monopolistischer Organisationen den Schluß zu ziehen, daß die Überführung der wichtigeren Unternehmungs Zweige im Staatsbetrieb nur noch eine Frage



kurzer Zeit sei. Vielmehr muß man auch hier bedenken, daß Verstaatlichung immer nur die ultima ratio sein kann und daß es zunächst Aufgabe des Staates ist, andere wirtschaftspolitische Maßregeln anzuwenden. Der viel zitierte Satz, der bei allen Verstaatlichungsvorschlägen wiederkehrt, ist zweifellos richtig, daß das Staatsmonopol gegenüber dem Privatmonopol das kleinere Übel sei. Aber er übersieht, daß der Staat zahlreiche Mittel in der Hand hat, um den privaten Monopolen Schranken anzulegen, und es ist sehr fraglich, ob nicht ein Staatsmonopol auf die Dauer ungünstiger wirkt als ein durch staatliche Eingriffe in Schranken gehaltenes und geregeltes Privatmonopol. Solche beschränkende Maßregeln sind jedenfalls die erste Aufgabe der heutigen Wirtschaftspolitik. Je mehr monopolistische Vereinigungen, Kartelle, Trusts u. dgl. zunehmen, um so häufiger wird der Staat in die Lage versetzt werden, in die großen privaten Unternehmungen und ihre Beziehungen regelnd und beschränkend einzugreifen. Mittel der Zollpolitik stehen ihm hier in erster Linie zur Verfügung. Länder mit Staatsbahnsystem haben auch in den Tarifen der Verkehrsanstalten ein bedeutsames Mittel an der Hand, Mißbräuchen der monopolistischen Vereinigungen entgegenzuwirken. An letzter Stelle stehen immer staatliche Preisfestsetzungen. Sie sind, namentlich wenn es sich um Güter und Leistungen handelt, die nicht häufigen Preisschwankungen unterliegen, immer noch ein einfacheres und zweckmäßigeres Mittel, als für die Verstaatlichung, etwa des Kohlen- oder Kali-bergbaus Hunderte von Millionen aufzuwenden. Sicherlich wird die Zahl der Unternehmungszweige, die in dieser Weise durch öffentliche Übernahme, eventuell durch staatliche Preisfestsetzungen geregelt werden, mit der Zeit noch größer werden. Es ist auch gewiß erwünschter, das private Ertragsstreben unter staatlicher Aufsicht und Regelung im Interesse der Allgemeinheit sich entfalten zu lassen, als öffentliche Unternehmungen zu schaffen, die in den meisten Fällen Zwitterdinge sind, weil der Staat

einerseits mit ihnen möglichst hohe Einnahmen sich verschaffen, sie aber gleichzeitig im öffentlichen Interesse verwalten soll.

Als Mittel gegen monopolistische Stellungen im modernen Tauschverkehr das private Eigentum durch das öffentliche zu ersetzen, hat größere Bedeutung m. E. nur für den Grund und Boden, natürlich nicht als Produktionsmittel der Landwirtschaft, sondern als räumliche Grundlage der Wohnung in den größeren Städten. Hier können die aus dem beschränkten Vorhandensein derartigen Bodens sich ergebenden Wertsteigerungen durch Verstaatlichung oder Verstädtlichung der Allgemeinheit zugeführt werden. Aber bei derartigen Maßregeln handelt es sich nicht um Unternehmungen, nicht um Erwerbstätigkeiten, und daher gehört die Bodenfrage nicht hierher.

Für die Bekämpfung monopolistischer Organisationen der privaten Unternehmer aber immer nur an Verstaatlichung zu denken, scheint mir eine kurzsichtige und durchaus phantasielose Konstruktion der Zukunft zu sein: das Privateigentum an den Produktionsmitteln hat zu mancherlei Härten in der heutigen Wirtschaftsordnung geführt, also hebt man es auf und überläßt es dem Staate, der seinerseits sehen mag, wie er die Produktionsmittel besser als der private Eigentümer im Interesse der Bedarfsversorgung verwaltet! Es liegt da eine bei allen Sozialisten vorhandene Überschätzung der Leistungsfähigkeit des Staates in wirtschaftlicher Hinsicht vor. Man hat sich den Mechanismus des heutigen Tauschverkehrs, der in der Preisbildung gipfelt, überhaupt nicht richtig klargemacht. Auch die bürgerliche ökonomische Theorie zeigt in diesem Punkte noch große Lücken. Der Sozialismus glaubt auf Grund der durchaus irrigen Arbeitswerttheorie, die ihm jedoch keineswegs eigentümlich ist, sondern früher, in der klassischen Nationalökonomie, ganz allgemein galt, in der geleisteten Arbeitszeit einen allgemeinen Wert- und Preismaß-

stabs gefunden zu haben. Er erkennt, daß sich ein „gerechter“ Preis überhaupt nicht feststellen läßt, daß der Preis vielmehr eine Resultante aus der Höhe der Bedarfsempfindungen der Konsumenten, übertragen auf das Geld, und den Ertragsbestrebungen aller Wirtschaftssubjekte ist, daß aber die Hauptaufgabe des wirtschaftlichen Mechanismus und die Hauptschwierigkeit darin besteht, die Größe und Intensität des Bedarfs nach den verschiedenen Gütern festzustellen und gegeneinander abzuwägen, wie weit nun die Nachfrage nach jedem Gut befriedigt werden kann und soll. Er erkennt ferner, daß diese Anpassung des Angebots an die Nachfrage, die hinuntergeht bis zur Produktion der Rohstoffe, mit anderen Worten: daß die Verteilung der verfügbaren Kapital- und Arbeitsmengen auf die verschiedenen Produktionszweige das Wichtigste ist, was der private Unternehmungsgeist unter dem Einflusse des Ertragsstrebens heute leistet, und er hat noch niemals gezeigt, wie das durch öffentliche Organisationen zweckmäßig ersetzt werden könnte.

Man darf daher Verstaatlichungsvorschläge, auch ganz abgesehen von der finanziellen Seite, nicht so leicht nehmen, wie es heute in der Regel geschieht, wo es gewissermaßen Dogma ist, daß schließlich ein Unternehmungsweig nach dem andern in Besitz und Betrieb der öffentlichen Körperschaften übergeführt werden würde. Auch muß gegen die Anschauung, als ob die Umwandlung ganzer Erwerbszweige in öffentliche Unternehmungen gar keine Änderung des Organisationsprinzips der heutigen Volkswirtschaft bedeute, protestiert werden. Manche, z. B. v. Philippowich, behaupten, die öffentliche Unternehmung, die Verstaatlichung oder Verstädtlichung privater Betriebe bedeute gar keine Änderung des heutigen Wirtschaftsprinzips, weil diese öffentlichen Unternehmungen ja auch zumeist nach dem Erwerbsprinzip verwaltet werden. Es liegt hier eben der Fehler vor, das Erwerbsprinzip als allein für die Unternehmung und die heutige Wirtschaftsordnung charakteristisch anzusehen. Für eine besondere



Organisation der Volkswirtschaft ist aber nicht charakteristisch, daß überhaupt Erträge erzielt werden — ein Gewinnstreben ist vielmehr immer vorhanden — sondern, wem sie zufließen. Für die unternehmungsweise Organisation des Verkehrs ist daher nicht das Streben nach Gewinn an sich charakteristisch, sondern daß dieses privatwirtschaftliche Gewinnstreben und die dadurch herbeigeführte Konkurrenz das Organisationsprinzip des Wirtschaftslebens ist. Das ist es, was früher nicht der Fall war. Die Organisation der Bedarfsversorgung geschah nicht auf Grundlage des Gewinnstrebens, sondern erfolgte von oben herab durch Regulierung seitens der öffentlichen Körperschaften. Würde die private Unternehmung in größerem Umfange durch die öffentliche ersetzt, die Konkurrenz also gesetzlich ausgeschaltet, so müßte auch die frühere Regulierung der Bedarfsversorgung wieder eingeführt werden. Es müßte dann von oben herab festgestellt werden, wieviel von allen Gütern hergestellt werden soll. Die Organisation der Bedarfsversorgung durch den privaten Unternehmungsgeist, durch die freie Konkurrenz würde dadurch beseitigt werden. Das beweist zur Genüge, daß eine Ausdehnung der öffentlichen Unternehmungen auf zahlreiche Erwerbszweige, vorausgesetzt, daß der Staat sich das Monopol für sie vorbehält, eine Veränderung unserer Wirtschaftsordnung darstellen würde.

Noch in anderer Weise läßt sich das zeigen: wenn man sich den größten Teil der Unternehmungen in öffentlichen Besitz übergeführt denkt, so ist damit auch das Privateigentum an den Produktionsmitteln stark eingeschränkt. Wer also behauptet, daß die Verstaatlichung der Unternehmungen keine Änderung unserer Wirtschaftsordnung sei, behauptet auch, daß das Ziel des Sozialismus, die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, mit unserer Wirtschaftsordnung vereinbar sei. In Konkurrenz mit den privaten Unternehmungen ist natürlich eine Ausdehnung der öffentlichen denkbar,

ohne die Grundlage unserer Wirtschaftsordnung zu verändern. Aber sie werden wegen ihrer größeren Schwerfälligkeit sehr häufig den kürzeren ziehen. Ihre Erträge werden geringer sein als die der privaten Unternehmungen. Und wenn sie beibehalten werden, so wird das zur Folge haben, daß sie zu bloßen Wirtschaften werden, daß man in ihnen auf die Erzielung höchster Erträge verzichtet, und das würde dann doch wieder eine Änderung des heutigen Organisationsprinzips darstellen.

Mit alledem ist natürlich nicht gesagt, daß nicht da und dort einmal ein ganzer Erwerbszweig verstaatlicht und so dem privaten Erwerbsinteresse entzogen werden kann, ohne daß damit das Grundprinzip unserer Wirtschaftsordnung angetastet und erschüttert erscheint. Aber es wird sich immer fragen, ob nicht andere Möglichkeiten der Regelung eines Erwerbszweiges vorhanden sind als die Verstaatlichung. Verstaatlichung ist immer nur das radikalste Mittel, die Schäden der heutigen unternehmensweisen Bedarfsversorgung zu beseitigen, aber heute, wo man dem Staate so viele Aufgaben zuweist, das nächstliegende und jedenfalls das bequemste. Man überläßt es dem Staate, wie er die Produktionsmittel zu verwalten vermag, überläßt es seiner Weisheit, die zweckmäßigste Wirtschaftsorganisation zu schaffen.

Ich halte, wie gesagt, diesen Glauben an die Omnipotenz des Staates, diese Hoffnung, daß er alles zum besten wenden wird, für sehr unvernünftig und kurzfristig. Die Schwierigkeit einer Organisation des ganzen Produktions- und Verteilungsprozesses auf der heutigen Stufe spezialisiertesten Bedarfs wird gewaltig unterschätzt. Es ist nicht die geringste Sicherheit vorhanden, daß die verfügbaren Kapitalien und Arbeitskräfte im großen und ganzen in die Erwerbszweige geleitet werden, wo noch die dringendsten Bedürfnisse von Konsumenten vorhanden sind, wie das unter dem Einfluß des privaten Gewinninteresses in der heutigen Volkswirtschaft geschieht. Es liegt vielmehr die Gefahr vor, daß unter

einer bureaukratischen Regelung die Bedarfsversorgung unvollkommener, uniformer wird und der kulturelle Fortschritt darunter leidet.

Wenn nicht unter dem Einfluß des Sozialismus Verstaatlichungsexperimente gemacht werden, glaube ich demnach nicht, daß in den nächsten Menschenaltern die öffentliche Unternehmung noch große weitere Ausbreitung finden wird. Jedenfalls aber ist es nötig, daß wir uns allmählich etwas von der heute so verbreiteten Auffassung befreien, die es als selbstverständlich ansieht, daß die ganze Entwicklung der unternehmungsweisen Bedarfsversorgung schließlich zu öffentlichen Unternehmungen führen müsse. Ich glaube demgegenüber gezeigt zu haben, daß in einer in der Entwicklung begriffenen Volkswirtschaft zu viele öffentliche Unternehmungen eher ein Rückschritt und ein wirtschaftliches Hemmnis sind. Sie schläfern leicht den privaten Unternehmungsgeist ein, der einzelne gewöhnt sich daran, alles vom Staate und von der Gesamtheit zu erwarten, zieht es vor, statt selbst zu wagen, ein Staatsbeamter zu werden, der ein zwar geringes aber sicheres Einkommen hat. Die Neigung dazu ist bei uns sehr verbreitet, es ist nicht Sache des Staates und überhaupt nicht im Interesse der kulturellen Weiterentwicklung, wenn der Staat ihr durch immer weitere Ausdehnung seiner Funktionen entgegenkommt. Aufgabe des Staates ist es nicht, die privaten Unternehmungen einfach zu beseitigen, wenn ihre Nachteile hervortreten, sondern durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, insbesondere durch Überwachung der großen Unternehmungen und möglichste Öffentlichkeit, einer rücksichtslosen Geltendmachung des Erwerbstriebs Schranken anzulegen.

Eine Ausdehnung der öffentlichen Tätigkeiten wird erst dann möglich und zweckmäßig sein, wenn der Staat auf ihren Charakter als Unternehmung verzichtet, das Erwerbstreben zurückstellen und sie als Anstalten oder Wirtschaften betreiben kann. Das wird aber erst der



Soll sein, wenn das ganze Wirtschaftsleben sehr viel stabiler geworden ist als heute, technische Errungenschaften und wirtschaftliche Fortschritte keine große Rolle mehr spielen. Dann ist der mächtige Hebel, den das Erwerbsinteresse heute darstellt und der die ganze Bedarfsversorgung in Bewegung setzt, vielleicht nicht mehr nötig. Dann ist die Zeit der Unternehmung überhaupt vorbei. Sehr möglich, daß es einmal dazu kommt, sicher jedenfalls, daß die unternehmungsweise Organisation des heutigen Tauschverkehrs nicht für alle Zeiten bestehen bleiben wird. Es ist durchaus denkbar, daß die öffentlichen Körperschaften, vielleicht wenn sie einmal für die Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben, z. B. die Sicherheit nach außen, nicht mehr so gewaltiger Mittel bedürfen wie heute, eine größere Anzahl von Leistungen von allgemeiner Bedeutung übernehmen können, ohne dabei das Erwerbsprinzip zu verfolgen. Aber als Unternehmung mit dem Ziele des Geldertrages werden öffentliche Tätigkeiten immer eine Ausnahme bleiben müssen. Jedenfalls sind sie weit entfernt, ein Ideal zu sein, sie sind unter Umständen notwendig, weil eben die Befolgung des privaten Gewinninteresses nicht immer, wie der extreme Individualismus lehrt, die beste Bedarfsbefriedigung aller gewährleistet, sondern weil sie im Gegenteil häufig mit allgemeinen Interessen in Konflikt kommen kann. Aber solange, wie heute, die meisten Wirtschaftszweige großen technischen und ökonomischen Umwälzungen unterworfen sind, immer neue Bedürfnisse aufkommen, daher von der Dispositionsfähigkeit des einzelnen, seiner Initiative, seinem Organisationstalent am meisten abhängt, ist die private Unternehmung, sei es als Einzel-, sei es als Gesellschaftsunternehmung unentbehrlich und in den meisten Wirtschaftszweigen der öffentlichen überlegen. So lange ist immer das privatwirtschaftliche Streben nach Gewinn der Hauptantrieb, der für neue Unternehmungen Kapitalien und Arbeitskräfte auf den Plan ruft, zum wirtschaftlichen

Fortschritt und zur Verbesserung der Bedarfsbefriedigung führt. Daher wird die private Unternehmung zunächst die Grundlage unserer Wirtschaftsordnung bleiben. Das privatwirtschaftliche Ertragsstreben ist dasjenige Organisationsprinzip, welches es in der vollkommensten Weise ermöglicht, die wir kennen, daß im großen und ganzen jeder Mensch sich den Teil am Lebensgenuß beschaffen kann, der seinen Leistungen für andere entspricht.

---

#### Anmerkungen zu Kapitel IV.

<sup>1)</sup> Die zahlreichen ökonomischen Einrichtungen der mittelalterlichen Stadt, Kaufhäuser, Bäckereien, Brauhäuser, Schlachthöfe u. dergl. sind keine Unternehmungen in unserem Sinne, sondern den Bürgern, insbesondere den Gewerbetreibenden zur Verfügung gestellte Anstalten.

<sup>2)</sup> Die Post ist, wenn sie auch Überschüsse abwirft, nicht als öffentliche Unternehmung aufzufassen. Der Überschuß der drei deutschen Postverwaltungen im Jahre 1910/11 von mehr als 94 Millionen M. bei einer Einnahme von 805 Millionen M. würde sich stark reduzieren, wenn sie die Transportleistungen der Eisenbahnen ihrem vollen Werte nach bezahlen müßten. Die Post zählt aber, wie die preußische Eisenbahnverwaltung, zu den größten Betrieben der Welt. Die drei deutschen Postverwaltungen verfügten Anfang 1911 über 41 035 Postanstalten, die 9367 Millionen Brief- und Paketsendungen, 59 Millionen Telegramme und 1851 Millionen Telefongespräche vermittelten, dazu Geldsendungen im Betrage von 47 Milliarden Mark. Beschäftigt waren 92 381 Beamte und 139 772 Unterbeamte.

<sup>3)</sup> Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 128, 129, 130 und 132. An sonstiger Literatur sei erwähnt: Lord Aveburn (Sir John Lubbock), Staat und Stadt als Be-

triebsunternehmer. Aus dem Englischen, Berlin 1909 und E. Schiff, Unternehmertum oder Gemeindebetrieb? Leipzig 1910.

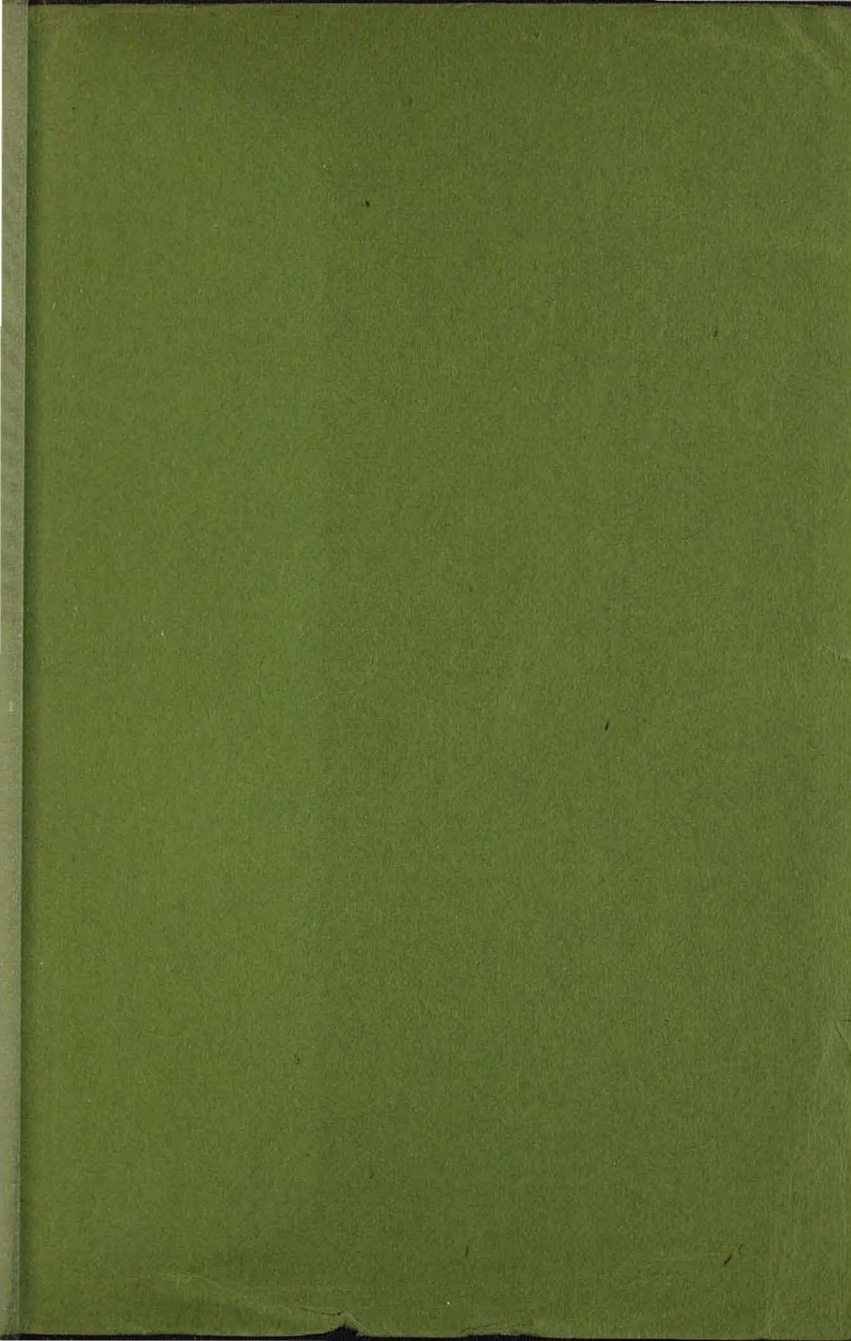
4) Bei der Reichsbank, die jetzt mit einem Kapital von 180 Millionen Mark arbeitet, ist die Gewinnverteilung so geregelt, daß vom Reingewinn zunächst  $3\frac{1}{2}\%$  an die Aktionäre fallen, von dem Rest gehen 10% in den Reservefonds, 70% an das Reich, 20% an die Aktionäre.

Preußen besitzt auch noch eine reine Staatsbank in der 1772 gegründeten „Seehandlung, Kgl. preussische Staatsbank“, die heute hauptsächlich der Anlage von Staatsgeldern dient.

5) Die schwierige Frage, ob bei gewissen Leistungen von allgemeinstem Interesse, wie Post, Eisenbahnen, kommunale Licht- und Kraftversorgung, überhaupt ein Recht der Arbeiter auf gemeinsame Arbeitseinstellung anerkannt werden soll und wie solche Maßregeln mit ihren verheerenden Folgen für die ganze Volkswirtschaft praktisch zu verhindern sind, führt jedenfalls auch dazu, in dieser Hinsicht einen Vorzug der öffentlichen Unternehmungen anzuerkennen, weil die öffentlichen Körperschaften leichter den Arbeitern entgegenkommen und den reinen Erwerbsstandpunkt zurücktreten lassen können.







Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht  
Berlin W. 56, Französischestraße 28.

# Handbuch des Deutschen Kartellrechts

Don

**Dr. Ludwig Silberberg**

Verfasser des im gleichen Verlage erschienenen Kartelljahrbuchs.

327 Seiten Gr. 8° M 8.—, gebunden M 10.—

Das „Handbuch“ beantwortet als erstes und einziges Nachschlagewerk alle kartellrechtlichen Fragen, und zwar in einer auch dem Nichtjuristen verständlichen Weise.

Der erste Teil gibt eine ausführliche Darstellung der gesamten Rechtsformen der Kartellierung von den einfachen Verträgen bis zu den kunstvoll zusammengesetzten Gebilden.

Ein besonderer zweiter Teil ist den Rechtsverhältnissen der Kartellgeschäftsstelle gewidmet.

Den Schluß bildet die Beantwortung der großen Anzahl kartellrechtlicher Einzelfragen: Außenseiter, Boykott, Kampfpreise, Steuerpflicht, Kartellstrafen, Schiedsgericht, Kartellierung bei Submissionen, Kartelle und Treu und Glauben, Bedeutung der Beteiligungsziffern, rechtliche Sicherungen für die Erneuerung eines Kartells usw.

Das Werk ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.